

ISS AKTUELL

1/2020

INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK
LANDESVERTEIDIGUNGS-AKADEMIE WIEN

HERWIG JEDLAUCNIK (HRSG.)

ZUR STRATEGISCHEN LAGE JAHRESBEGINN 2020

Globale Akteure und internationale
Organisationen



Zur Logik des Kartenmaterials:

Die Kartenskizzen dienen dem besseren Verständnis des jeweiligen Kapitels. Farblich gekennzeichnet sind daher nur jene Staaten, welche im Text analysiert werden. Die Graphiken bieten daher keine vollständige Auflistung aller Akteure des jeweiligen geographischen Raumes. Die Kartendarstellungen zeigen dabei die realpolitischen Gegebenheiten und berücksichtigen keine völkerrechtlichen Beurteilungen bzw. Auseinandersetzungen bezüglich territorialer Grenzziehungen.

Impressum:

Amtliche Publikation der Republik Österreich/
Bundesminister für Landesverteidigung

Medieninhaber, Herausgeber und Hersteller:

Republik Österreich/Bundesminister für Landesverteidigung,
BMLV, Roßauer Lände 1, 1090 Wien

Redaktion:

Landesverteidigungsakademie
Institut für Strategie und Sicherheitspolitik
Stiftgasse 2a, 1070 Wien

Periodikum der Landesverteidigungsakademie

ISBN: 978-3-903121-81-2

Februar 2020

Druck:

Heeresdruckzentrum, 1030 Wien



AT/028/048



Gedruckt nach der Richtlinie „Druckerzeugnisse“
des Österreichischen Umweltzeichens,
UW-Nr. 943

Vorwort

Mittlerweile sind es rund zehn Jahre, dass das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien regelmäßig zweimal im Jahr einen Überblick zur aktuellen strategischen Lage präsentiert. Die vorliegende Ausgabe des „ISS-Aktuell“ soll in diesem Sinne die Ereignisse des vergangenen Halbjahres beleuchten (die letzte Ausgabe erschien Ende Juni 2019) und so eine Einschätzung künftiger Abläufe erleichtern. Dabei geht es uns bewusst nicht um eine umfassende und detaillierte Schilderung aller Ereignisse der letzten sechs Monate, sondern um eine kurze, aber präzise Analyse und Bewertung ausgewählter Aspekte, unter Einbeziehung regionaler Zusammenhänge. Die einzelnen Beiträge wurden Mitte Jänner 2020 fertiggestellt.

Leitung und Redaktion dieser Zusammenschau lagen wieder in den bewährten Händen von Oberst Dr. Herwig Jedlaunik. Ihm und allen Kollegen, die an der Erstellung dieses Überblicks beteiligt waren, gebührt unser Dank. Neben mehreren Angehörigen des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik (Hofrat Dr. Gunther Hauser und Dr. Felix Schneider sowie Dr. Rastislav Bächora, derzeit der Abteilung für Verteidigungspolitik dienstzugeteilt, und Oberst Dr. Otto Naderer, derzeit dem Generalstab dienstzugeteilt) möchte ich Dr. Gerald Hainzl, Maximilian Marek, BSc, Carmelo Rodriguez, BA, und Dr. Walter Posch (alle vom Institut für Friedenssicherung und Konfliktmanagement unserer Akademie), Oberst Mag. Walter J. Unger (den Leiter des Cyber-Verteidigungszentrums / Cyber Defence Centre) sowie Dr. Johannes Maerk und Mag. Barbara Farkas nennen. Im Namen des Instituts danke ich allen Autoren für ihre Mitwirkung.

Wie schon in den letzten Ausgaben haben wir die einzelnen Abschnitte durch Übersichtsskizzen erläutert, für deren Anfertigung wir dem Institut für militärisches Geowesen danken. Diese Skizzen sollen die Orientierung erleichtern – daher sind jeweils jene Staaten, auf die im jeweiligen Kapitel näher eingegangen wird, farblich hervorgehoben. Ziel ist es daher nicht, beispielsweise alle Mitglieder der EU oder der NATO darzustellen – dazu sind genügend Übersichten leicht verfügbar. Die Darstellung der Gebiete oder Staatsgrenzen zeigt jeweils die realpolitisch aktuell existierenden Gegebenheiten, weil es im Text um diese und nicht um etwaige völkerrechtliche Beurteilungen geht.

Die Landesverteidigungsakademie versteht sich als wissenschaftliche Institution. Daher ergeben sich auch hier, wie in jedem wissenschaftlichen Medium, aus der unterschiedlichen Bewertung aus verschiedenen Blickwinkeln differenzierte, manchmal widersprüchliche Ableitungen und Analysen. Wie immer reflektieren weder die Texte noch die Karten oder Graphiken irgendeine amtliche Position. Die einzelnen Beiträge erscheinen unter der Verantwortung der jeweiligen Autoren als Wissenschaftler und repräsentieren daher ausschließlich deren persönliche Einschätzung, nicht aber irgendeine offiziöse Meinung des Ressorts oder der Akademie.

Die Mitarbeiter des ISS wünschen in diesem Sinne eine spannende Lektüre.

Hofrat Univ.-Doz. Dr. Erwin A. Schmidl
Leiter des Instituts für Strategie und Sicherheitspolitik der Landesverteidigungsakademie in Wien

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	1
Inhaltsverzeichnis	2
 Ungleiche Bipolarität als fragile Globalordnung.....	 6
Konflikt USA-China	6
Euro-atlantische Herausforderungen.....	7
NATO-interne Problemstellungen.....	7
Unsicherheitsfaktor Russland.....	7
Innereuropäische Schwachstellen	8
North Stream, JCPOA und die begrenzte Souveränität Europas	10
North Stream und die europäische Energiesicherheit.....	10
Divergierende Iranpolitik.....	10
Europäische Krisendiplomatie in der Libyen-Krise und seine Position im MENA-Raum	11
USA - Abzug Syrien.....	13
Militärische Konfrontation USA - Iran	14
 Die westliche Welt	 17
Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran – eine Retrospektive	17
Wie alles begann.....	17
Der Putsch von 1953.....	17
Der Schah als Verbündeter Washingtons.....	18
Revolutionsjahr 1979.....	19
Die Geiselnahme von Teheran (1979-1981).....	20
Operation „Eagle Claw“	21
Politische Eiszeit	22
Iran-Contra-Affäre (Irangate).....	22
Fortgesetzte Spannungen.....	22
Das Atomprogramm des Iran.....	22
Tauwetter und Atomabkommen	23
Die Ära Trump.....	23
 Europa und die EU	 27
Die neue EU-Kommission und ihre „grünen“ und „geopolitischen“ Ziele	27
EU vertieft militärische Kooperationen	27
Wird die EU durch SSZ/PESCO „strategisch autonom?“	28
Norwegens umfassende Verteidigungspolitik	29
Terroranschläge in Frankreich und Deutschland.....	29

Neuer Reformvorschlag zur EU-Erweiterung bremst vorläufig Beitrittsprozesse	30
FRONTEX stockt auf, Migration soll nachhaltig gesteuert werden	31
“Get Brexit done”	31
Die NATO und die transatlantischen Beziehungen	33
Einleitung	33
Das Ende des INF-Vertrags und die NATO	33
Die Türkei und das S-400 Programm	33
NATO-Außenministertreffen	34
NATO „Leader“-Treffen	34
NATO beurteilt den Abzug aus dem Irak	35
Trotz interner Querelen noch Fortschritte	35
US-Senat bestätigt Beitritt Nordmazedoniens zur NATO	35
NATO-Mitglieder verstärken Marinezusammenarbeit	35
Neues NATO-Kommando einsatzbereit	36
Nuklearwaffenübung „Steadfast Noon“	36
AGS und AWACS	36
Die USA überprüfen Seetransportfähigkeiten	36
US-polnisches Abkommen zur Verstärkung der Truppenpräsenz	36
Tschechien tritt multinationaler Initiative bei	37
Partner	37
Stabsgespräche mit der EU und mit der Russischen Föderation	37
Serbien	37
Afrikanische Union (AU)	37
NATO-Generalsekretär Stoltenberg besucht Australien und Neuseeland	37
Zusammenfassung	38
Ausblick	38
... und ihre Partner und Herausforderer	41
Status Quo der ukrainisch-russischen Beziehungen	41
Machtwechsel in der Ukraine	41
Parlamentswahlen	41
Sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen	41
Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland	42
Wiederbelebung des Normandie-Formats	42
Gastransit durch die Ukraine	44
Fertigstellung der Krim-Brücke	45
Ausblick	45

Der indopazifische Raum	47
China, Hongkong & Taiwan	47
China	47
Bewertung.....	47
Unruhen in Hongkong.....	48
Chinas strategische Wirtschaft -.....	50
Taiwan.....	52
Südkorea, Japan & die USA.....	52
Südostasien: Wirtschaft als Machtfaktor	53
Indien, Kaschmir & China.....	53
Maritimes Konfliktfeld.....	54
Chinas Abriegelung.....	54
Machtprojektion der USA.....	55
USA, Australien & Japan: Talisman Sabre	55
Australien: militärische Modernisierung.....	56
Indien: russische U-Boote.....	56
Hongkong & die Greater Bay Area.....	50
Iran: Legitimitätskrise der Revolutionsgarde	59
Tod Qâsim Soleymânîs und Abschuss Flug PS 752.....	59
Überblick: Sepâh-e Pâsdârân - die Revolutionsgarde.....	59
Iranische Auslandsoperationen: Qods und Qâsem Soleymânî.....	60
Iran im Irak	62
Der Kampf gegen den IS und der Aufbau der VME.....	63
Eskalation in der Region und Auswirkungen auf den Sicherheitssektor im Irak und im Iran	65
Gewalteskalationen im Sahelraum.....	69
Mali	69
Die Gewaltspirale dreht sich weiter	69
Sicherheitslage verschärft Humanitäre Krise.....	69
Wirtschaftlicher Hoffnungsschimmer	70
Zunehmende Fragilität durch regionsübergreifende Konflikte	70
Burkina Faso	70
Intensivierung der Gewalt	70
Die Interdependenz religiöser, ethnischer und ökonomischer Konflikte.....	71
Counter-Terrorismus.....	71
Innenpolitische Auswirkungen	72

Lateinamerika	75
Mexiko – das erste Jahr von AMLO	75
Bolivien – ein „ziviler“ Putsch beendet ein linkes Experiment	75
Venezuela – Maduro hält sich an der Macht	75
Chile –Protest gegen den Neoliberalismus	76
Argentinien – die Linke ist zurück	76
Aktuelle Cyberlage	78
Beeinflussung westlicher Demokratien durch Desinformationskampagnen über Soziale Medien	78
Desinformationskampagnen nehmen stetig zu	78
Beeinflussung amerikanischer Wahlen.....	78
Sieben Desinformationsoperationen mit Ursprung in der RUSSISCHEN FÖDERATION	79
Staatlich unterstützte polnische Marketingfirma betrieb Desinformation.....	79
Facebook, Twitter und YouTube sperren chinesische Propaganda-Konten	79
USA Operation gegen Mediennetzwerk des ISLAMISCHEN STAATS (IS)	80
Cyber-Spionage – Nutzung des Cyber-Raums zur Informationsbeschaffung.....	80
Iranische offensive Cyberaktivitäten.....	80
Erkenntnisse zu russischen Cyberaktivitäten.....	80
Russisches Android-Spionage-Programm.....	81
Erkenntnisse zu chinesischen Cyberaktivitäten	81
Chinesische Cyberspionage-Operationen	81
Operation SOFT CELL.....	81
Spionage gegen und Überwachung von Smartphones.....	82
Cybersabotage - Attacke gegen den Instant Messaging Dienst Telegram	83
17 Sicherheitslücken in SCADA Systemen entdeckt.....	83
Cyberkriminalität – Nutzung des Cyber-Raums zur Zahlungsmittelbeschaffung.....	83
Nordkorea nutzt Hackergruppen, um finanzielle Mittel zu lukrieren	83
Erpressung einer Stadtverwaltung und von Krankenhäusern	83
Bildnachweis	84
Kartenmaterial.....	86
Autoren.....	88

Ungleiche Bipolarität als fragile Globalordnung

Nach der Phase US-amerikanischer Unipolarität Ende des 20. Jahrhunderts und einiger Jahre eines diffusen multipolaren Übergangs entwickelt sich die globale geopolitische Struktur aktuell zu einer fragilen ungleichen Bipolarität. Den stärkeren der ungleichen Pole stellen dabei die USA und ihre Verbündeten dar. Je nach Bedarf oder Relevanz stehen den USA dabei unterschiedliche regionale Kräfte zur Seite. Den schwächeren Pol bilden in einer Art Zwangsallianz China und Russland sowie ihre Verbündeten. Russland und China entwickeln sich dabei gemeinsam mit wechselnden Koalitionspartnern in noch größerem Ausmaß als in den vergangenen Jahren zu einem anti-westlichen Block. Die nicht-westlichen Staaten suchen und finden dabei zumindest in begrenztem Rahmen einen Schulterchluss. Je stärker dabei der Gegendruck durch den westlichen Pol, umso enger wird die russisch-chinesische Bindung sein. Grundlage für die Positionierung Russland ist, dass seine strategischen Interessen vom Westen ignoriert und es gleichzeitig von diesem an den Rand gedrängt wurde. Seine Perspektive wurde daher zwangsweise Richtung China gedrängt. Obwohl die russisch-chinesische Kooperation durchaus als fragil betrachtet werden muss, wird sie sich mit zunehmender Dauer verfestigen. Das Potential einer alternativen strategischen Kooperation zwischen Europa und Russland ist hingegen auf absehbare Zeit nicht nutzbar. Bisher mangelt es den Gegenspielern des Westens noch an einer effektiven Projektionsfähigkeit ihrer Macht außerhalb des eigenen engeren regionalen Rahmens. Überdies hatten diese Staaten bisher nicht die wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Anziehungskraft des Westens. Dies verändert sich jedoch mit dem Ausbau der ökonomischen und militärischen Macht Chinas und der Festigung der russisch-chinesischen Achse zusehends.

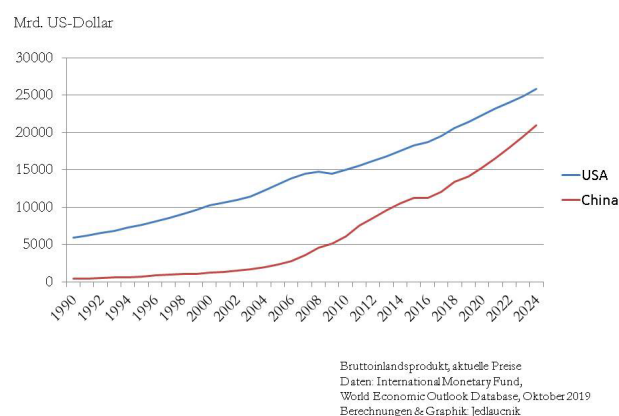
Die globale geopolitische Struktur entwickelt sich zu einer fragilen ungleichen Bipolarität, dominiert durch einerseits die USA und andererseits die chinesisch-russische Zwangsallianz.

Im regionalen Rahmen können sich hingegen - abhängig vom spezifischen Raum und den jeweiligen Konflikten - unterschiedlichste machtpolitische Strukturen zeigen. So ist im gesamtamerikanischen Raum die von den USA dominierte Unipolarität weiterhin unbestritten, während im südasiatischen Raum sowie im MENA-Raum auch eine Multipolarität erkennbar ist. An den US-amerikanischen Gegenküsten, in Europa und Ostasien,

ist hingegen die globale bipolare Struktur erkennbar. Der Gegenpol zu den USA mit seinen regional wechselnden Verbündeten ist dabei alternierend Russland oder China in der Führungsrolle, mit dem jeweiligen Partner als indirekter oder verdeckter Unterstützungsmacht.

Konflikt USA-China

Das Hauptaugenmerk der USA richtet sich jedenfalls weiterhin Richtung Asien und dabei primär auf China. Die größte Herausforderung für die bisherige Weltordnung und die USA stellt der stetige Aufstieg Chinas als wirtschaftliche und zukünftig auch militärische Macht dar. China steht dem Westen kritisch gegenüber, fühlt sich aber gegenwärtig noch nicht stark genug, seine (regionalen und territorialen) Interessen auch militärisch durchzusetzen. Dennoch - oder gerade deshalb - baut China seine militärischen Kapazitäten sukzessive weiter aus. Die USA halten ihre sehr hohen Verteidigungsausgaben von über 700 Mrd. USD nominell stabil und werden dies wohl auch in den nächsten Jahren so beibehalten. Ihre Rolle als dominierende militärische Weltmacht steht daher nicht zur Disposition. Regional stellt aber China, mit Militärausgaben von über 200 Mrd. USD, einen immer relevanteren Gegenspieler dar. Eine militärische Konfrontation zwischen China und den USA ist kurz- bis mittelfristig jedoch nicht zu erwarten, da eine solche Konfrontation China auf Grund der ungleichen Machtverhältnisse, die USA auf Grund des Risikos erheblicher eigener Opfer scheuen. Konflikte unterhalb der Schwelle der direkten militärischen Gewalt sind jedoch sehr wahrscheinlich bzw. finden in Teilen bereits statt.



Wirtschaftsentwicklung USA – China im Vergleich

Das Hauptfeld der Auseinandersetzung zwischen den USA und China ist aktuell jedoch der bilaterale Handel. Für Präsident Trump ist China für die wirtschaftlichen Probleme der USA zumindest mitverantwortlich. Die Durchsetzung US-amerikanischer (Wirtschafts-) Interessen bedingt daher eine direkte und massive

Konfrontation mit China. Die USA führen faktisch einen begrenzten Handelskrieg, dessen Ziel es je nach Lesart ist, das Handelsbilanzdefizit zwischen den beiden Staaten sowie Import- und Investitionsschranken Chinas zu beenden oder aber den Aufstieg Chinas als potenziellen Rivalen zu verhindern. Inzwischen erheben die USA Strafzölle von bis zu 25% auf verschiedene Produkte im Handelswert von zuletzt über 350 Mrd. US-\$. China hatte natürlich mit Vergeltungsmaßnahmen geantwortet und erhob zwischenzeitlich Strafzölle auf Produkte im Handelswert von über 110 Mrd. US-\$. Ein massiver Handelskrieg ist jedoch nicht im Interesse der USA. Deshalb wurde Anfang 2020 der erste Teil eines neuen Handelsabkommens zwischen den USA und China abgeschlossen. Dieser erste Teil soll vor allem zu einer Reduktion des massiven Handelsbilanzdefizits der USA führen. Inwieweit sich die Verpflichtung Chinas, seine Importe aus den USA innerhalb von zwei Jahren um 200 Milliarden USD zu steigern, realisieren lässt, wird sich erst in den nächsten Jahren zeigen – lange nach der US-Präsidentschaftswahl 2020. Die bisher eingeführten Strafzölle bleiben jedoch seitens der USA weiterhin bis zum Abschluss eines zweiten umfassenderen Teils eines Handelsabkommens wirksam. China hat hingegen angekündigt, Teile der Strafzölle zu reduzieren. Auch haben die USA ihre Partnerstaaten aufgefordert, chinesische Telekommunikationsfirmen auf Basis militärischer und kommerzieller Spionagevorwürfe von strategischen Projekten auszuschließen. Deutlich wurde die US-amerikanische Priorität zuletzt auch beim NATO-Gipfel in London Ende 2019, bei dem Chinas Einfluss und internationale Politik unter Druck der USA erstmals als Herausforderung bezeichnet wurde – quasi als Vorstufe zur Definition einer Bedrohung.

Euro-atlantische Herausforderungen

NATO-interne Problemstellungen

Washington hat beim NATO-Gipfel 2019 zwar neuerlich klargestellt, dass es zu seinen Bündnisverpflichtungen langfristig steht, aber auch, dass Europa mehr Engagement zeigen müsse. Insbesondere die von Trump forcierten höheren Ausgaben der europäischen NATO-Partner werden dabei (sehr) langsam Realität. Die europäischen Verteidigungsausgaben stiegen 2019 um etwa 5,2%, wobei wiederum die osteuropäischen Staaten die deutlichsten Steigerungen aufwiesen. Aber auch Deutschland, das von Trump in den vergangenen Jahren besonders kritisiert wurde, beginnt die Forderungen des US-Präsidenten inzwischen umzusetzen. Es erhöhte seine Verteidigungsausgaben 2019 um deutliche 11%, wird aber weiterhin nicht annähernd die geforderten 2% des BIP für militärische Aufgaben bereitstellen. Dennoch haben die NATO-

Mitglieder in ihrer Gipfelerklärung 2019 (wieder einmal) ihre Zielsetzung der 2%-Marke und den darin enthaltenen 20%igen Investitionsanteil bestätigt. Von einer Realisierung dieses Ziels sind die meisten NATO-Staaten, insbesondere die in der westeuropäischen „Etappe“, jedoch weiterhin weit entfernt. Wie die NATO-Mitglieder aber korrekt feststellten: *„We must and will do more.“*

Die NATO-Mitgliedsstaaten ringen weiter mit der Erreichung des selbstgesteckten Ziels, 2% ihres BIP für Verteidigungsaufgaben und davon wiederum 20% für Investitionen bereitzustellen.

Zum Vergleich: Österreich gab - nach NATO-Standards berechnet - für seine militärischen Aufgaben 2019 etwa 0,72 % seines BIP aus, mit einem Investitionsanteil von deutlich unter 10 %.

Der militärische Realzustand der NATO ist aber beispielhaft daran zu erkennen, dass die 2018 beschlossene und planmäßig 2020 verfügbare „NATO Readiness Initiative (NRI)“ bis heute nicht vollumfänglich realisiert werden konnte. Durch die NRI soll die Einsatzbereitschaft der bestehenden nationalen Streitkräfte und ihre Fähigkeit, innerhalb Europas zum Einsatz zu kommen, erhöht werden. Die Bündnispartner hatten sich daher 2018 verpflichtet, bis 2020 insgesamt 30 Bataillone, 30 Luftwaffengeschwader, und 30 Kampfschiffe innerhalb von 30 Tagen einsatzbereit zu machen. Jedoch sind - nur beispielsweise- die von Deutschland zugesagten Kräfte (zwei Kampftruppenbataillone, 40 Kampfflugzeuge und drei Kampfschiffe) *„nicht voll einsatzbereit“*.

Unsicherheitsfaktor Russland

Dass absolute Zahlen aber nicht alles sind, unterstreicht Russland, das trotz eher bescheidener und zuletzt sinkender Militärausgaben von etwa 61 Mrd. USD weiterhin eine relevante Herausforderung für die westlichen Militärmächte darstellt. Entsprechend wurde es bei der NATO-Gipfelerklärung neben Terrorismus-, Cyber- und hybriden Gefahren als einzige explizite staatliche Bedrohung benannt. Russland stellt trotz seines begrenzten wirtschaftlichen Gewichts in sicherheits-, verteidigungs- und rüstungspolitischer Hinsicht eine permanente Herausforderung des Westens dar. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise auf den Mitte 2019 beendeten INF-Vertrag verwiesen. Der INF-Vertrag sah den Verzicht auf landgestützte atomare Mittelstreckenraketen vor. Dieser wurde bekanntlich von den USA mit der Begründung einer angeblichen Vertragsverletzung durch Russland aufgekündigt. Hintergrund dieser Aufkündigung war weniger die umstrittenen Fähigkeit des bodengestützten

Marschflugkörpers vom Typ 9M729 (SSC-8) als eher der Problematik geschuldet, dass der INF-Vertrag andere potentielle Herausforderer der USA - wie China, Nordkorea oder den Iran - nicht umfasste. Davon abgesehen zeigte sich jedoch am genannten Beispiel moderner Raketentechnologie, dass Russland rüstungstechnisch weiterhin der führende Herausforderer westlicher Militärsysteme ist. Diese Fähigkeit hat zuletzt auch die Beziehungen zwischen der Türkei und den restlichen NATO-Staaten erheblich belastet. Der Kauf des russischen Flugabwehrsystems S-400 führte nicht nur zu einer erheblichen Verstimmung innerhalb der Allianz, sondern zeigte allen Beteiligten deutlich auf, dass auch ohne westliche Waffensysteme eine eigenständige Verteidigungs- und Rüstungspolitik möglich ist.



Abschuss einer russischen Iskander-K 9M728, dem Vorgängermodell der 9M729

Russlands vorrangiges strategisches Ziel bleibt es, eine auf globaler Ebene mitwirkende, jedenfalls aber auf regionaler Ebene dominante Großmacht zu sein. Russland versucht dabei, die als destruktiv wahrgenommenen globalen Wirkungsmöglichkeiten der USA im Zusammenwirken mit anderen regionalen Mächten einzuschränken. Die russischen Streitkräfte sind dabei das zentrale strategische Instrument, um seine Rolle als (regionale) Großmacht aufrechtzuerhalten.



Russisches Flugabwehrsystem S-400

Innereuropäische Schwachstellen

Europa ist sicherheitspolitisch weiterhin primär mit sich selbst beschäftigt. Die meisten europäischen Staaten sind trotz massiver sicherheitspolitischer und strategischer Problemstellungen an Europas Peripherie und den Versuchen der USA, die eigene Rolle (vor allem aber den entsprechenden Aufwand) zu reduzieren, weiterhin nicht bereit, relevante militärische Aufgaben zu übernehmen. Dies ist nicht *nur*, aber *auch* an den europäischen Verteidigungsausgaben zu erkennen. Die durch den Brexit realisierte weitergehende Distanz Großbritanniens zur EU wird sicherheitspolitisch zu einem noch irrelevanteren Kerneuropa und einer aktiveren angloamerikanischen Gruppe führen. Dabei gilt es sich auch vor Augen zu führen, dass nach dem Brexit 80% der transatlantischen Militärausgaben von Nicht-EU-Staaten getätigt werden.

Daher wird der zentrale machtpolitische Akteur des Westens weiterhin die USA bleiben. Dies ist auch daran zu erkennen, dass zahlreiche europäische Staaten die enge Anlehnung an die USA einer europäischen Verteidigungsidentität vorziehen. Dies zeigte sich auch am Desinteresse an der zuletzt durch den französischen Präsidenten Macron forcierten europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Vor allem die osteuropäischen Staaten, aber auch die sogenannten westeuropäischen Atlantiker ziehen eine mit Hilfe der NATO gesicherten engen Bindung an die USA einer vagen europäischen Idee vor. Europas äußere Sicherheit wird daher weiterhin primär durch die NATO garantiert, welche sich dabei nicht nur im Hinblick auf Ressourcen auf die USA abstützt, sondern auch von der US-amerikanischen Führungsrolle abhängig ist. Bisher musste keine militärisch relevante Sicherheitsfrage innerhalb Europas bzw. der EU entschieden werden. Die USA werden jedoch nicht nur in ihrer Forderung nach Erfüllung von Verteidigungsausgaben in der Höhe von 2% des BIP unnachgiebig bleiben, sondern die europäischen Partner auch zunehmend zu mehr Verantwortung in den Konflikträumen an der europäischen Peripherie drängen.

„What we are currently experiencing is the brain death of NATO.” Emmanuel Macron.

Die Diskussion über eine eigenständigere europäische Rolle und die strategische Unabhängigkeit der EU wurde kurzfristig durch den US-amerikanischen Abzug aus dem türkisch-syrischen Grenzraum belebt. Eine Konsequenz der noch darzulegenden mangelhaften Kooperation innerhalb des US-amerikanischen Regierungsapparates und den dadurch ausgelösten, teils chaotischen Szenen und unklaren Rahmenbedingungen für alle involvierten Kräfte war ein Interview des französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron. In

diesem leitete er von den Ereignissen an der syrisch-türkischen Grenze einen Hirntod der NATO ab. Bei allem Verständnis für den Ärger über die holprige Kommunikation und mangelnde Abstimmung zwischen den beteiligten NATO-Partnern ist die Analyse auf Basis dieser Ereignisse eher schwer nachzuvollziehen. Der „Hirntod“ der NATO dürfte daher eher Macrons Wunsch als die Fakten widerspiegeln. Seine Forderung nach einer neuen strategischen Ausrichtung der NATO ergänzte er mit der Forderung nach einer größeren europäischen Souveränität. Dieser Punkt ist der Vater seines Gedankens. Macron hatte bereits 2017 angeregt, eine europäische Interventionstruppe für Kriseneinsätze zu schaffen und eine gemeinsame Strategische Kultur zu entwickeln. 2018 hatte Macron überdies eine europäische Armee gefordert. Seinen Appell zur Gründung einer solchen hatte Macron damals mit der Warnung vor „autoritären Mächten, die an den Grenzen Europas aufsteigen und die sich wieder bewaffnen“ begründet. Europa müsse sich verteidigen „mit Blick auf China, auf Russland und sogar auf die USA“. Frankreich ist an einer aktiven Rolle der EU interessiert und versucht dabei, Europa für seine Interessen – unter anderem im arabischen und afrikanischen Raum – zu instrumentalisieren. Ob es gefällt oder nicht, eine umfassende westliche Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird aber auf absehbare Zeit von der NATO und somit den USA abhängig bleiben. Bisher hat nur eine Pseudo-Europäisierung der Verteidigungspolitik stattgefunden. Daran wird sich auch in absehbarer Zukunft nichts ändern. Abgesehen von der unterschiedlich interpretierten Rollenverteilung zwischen EU und NATO verhindert unter anderem die irische Klausel eine reale wechselseitige Verteidigungsverpflichtung aller EU-Staaten. Eine wie immer geartete unabhängige operative Fähigkeit jenseits nationaler Fähigkeiten oder vergleichsweise einfacher militärischer Operationen ist inexistent. Die EU begnügte sich bisher daher auch mit Aufgaben, die mit dem Einsatz von „Soft Military Instruments“¹ das Auslangen finden konnten. Konsequenterweise lehnen daher die Realisten innerhalb Europas eine weitere Aufweichung der bestehenden transatlantischen Verbindung ab.

¹ Soft Military Instruments sind militärische Mittel, die bei der Lösung von Sicherheitsproblemen ohne die zielgerichtete Anwendung oder Androhung von Gewalt zur Durchsetzung von Zielen oder Aufgaben auskommen, bzw. zu einer zielgerichteten Anwendung oder Androhung von Gewalt zur Durchsetzung von Zielen oder Aufgaben nicht befähigt sind. Auf politisch-strategischer Ebene sind Soft Military Instruments vor allem Military Assistance, diplomatieunterstützende Einsätze, Traditional und Multidimensional Peace Keeping sowie Robust Peace Keeping, sofern bei letzterem Gewalt nur zur Selbstverteidigung, Nothilfe und der Verteidigung schutzloser Dritter eingesetzt wird.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die explizite und prominente Betonung der Notwendigkeit atomarer Bewaffnung durch die NATO-Gipfelerklärung 2019.

„We are further strengthening our ability to deter and defend with an appropriate mix of nuclear, conventional, and missile defence capabilities, which we continue to adapt. As long as nuclear weapons exist, NATO will remain a nuclear alliance.“ (NATO-Gipfelerklärung 2019, Pkt. 4)

Konträr dazu stellt sich die bis zuletzt verweigerte Nukleardiskussion innerhalb Europas dar. Der französische Staatspräsident Macron hat zuletzt Ende Jänner 2020 Europa zu einem „strategischen Dialog“ über die „Rolle der nuklearen Abschreckung Frankreichs“ aufgefordert. Vor allem bot er an, dass europäische Partner in die Übungen der französischen Nuklearstreitkräfte eingebunden werden. Frankreich versucht dabei offensichtlich einen französisch dominierten europäischen Gegenpol zur nuklearen Planungsgruppe der NATO, in der Frankreich bekanntlich ja nicht Mitglied ist, anzuregen. Neuerlich plädiert Macron auch für die Entwicklung einer gemeinsamen europäischen Strategischen Kultur. Macron kritisierte in seiner programmatischen Rede im Jänner 2020, dass es Europa auch zuletzt nicht gelungen sei, in militärischen und geopolitischen Fragen einheitlich aufzutreten. Macron will daher der französischen Kernwaffenstrategie eine europäische Dimension geben. Dies ist auch im Zusammenhang mit Macrons grundlegender Vorstellung zukünftiger europäischer Souveränität zu begreifen. Macron spricht sich dabei für eine Reduktion nationaler Souveränität und eine Zentralisierung von Aufgaben innerhalb Europas aus – mit einer zentralen und dominierenden Rolle Frankreichs. Daher soll Europa durch einen unter uneingeschränktem französischem Kommando stehenden Nuklearschirm geschützt werden. Macron versucht vermutlich die französischen Atomwaffen einzusetzen, um die militärische Führungsrolle Frankreichs in der EU sicherzustellen. Macron formulierte dies folgendermaßen: „Die vitalen Interessen Frankreichs haben fortan eine europäische Dimension“. Während deutlich ersichtlich ist, dass Frankreich mit diesem „Diskussionsvorschlag“ sowohl nationale als auch europäische Ziele und Interessen verfolgt, ist eine europäische Position nicht auszumachen. Denn die von Macron eingeforderte Diskussion wurde von Europa (bisher) verweigert. Damit wird aber neuerlich deutlich, dass Europa ohne den großen transatlantischen Bruder verteidigungspolitisch (noch) nicht handlungsfähig ist.

North Stream, JCPOA und die begrenzte Souveränität Europas

North Stream und die europäische Energiesicherheit

Die besondere Rolle der USA hat aber auch ihren Preis. Die Machtstellung der USA innerhalb des Westens zeigte sich zuletzt bei der unmittelbaren Einmischung in innereuropäische Fragen zur Energiesicherung. Ende Dezember 2019 beschloss der US-Kongress Sanktionen gegen Firmen, die sich am Bau der zwischen Russland und Deutschland verlaufenden Gaspipeline North Stream 2 beteiligen. Offiziell versuchen die USA damit einen negativen russischen Einfluss auf die europäische Energiesicherheit zu verhindern. In Wahrheit wird jedoch vollkommen konträr zu dieser Behauptung die europäische und insbesondere die deutsche Energiesicherheit gerade durch North Stream 2 abgesichert. Die Notwendigkeit dieser Absicherung ergibt sich aus der Störungsanfälligkeit der bisherigen Leitungen durch die Ukraine mangels entsprechender Instandsetzung und der Abhängigkeit von der politischen Willkür der ukrainischen Führung. So „verschwanden“ im Zuge des Transits durch die Ukraine in den Jahren 2006 bis 2009 zeitweise bis zu 30% des für West- und Zentraleuropa bestimmten Gases. Die von den USA und einigen anti-russischen europäischen Staaten, wie Polen und Litauen, behauptete Abhängigkeit Europas von Russland wäre überdies nur dann gegeben, wenn es keine alternativen Transportrouten gäbe. Dem ist aber nicht so, da in etlichen europäischen Häfen Terminals für Flüssiggas-Tanker existieren, welche an das europäische Gasnetz angeschlossen sind. Sollte Russland zukünftig nicht oder zu inadäquaten Bedingungen liefern, könnte jederzeit eine alternative Gasversorgung über diese Terminals sichergestellt werden. Ein gegebenenfalls notwendiger Ausbau des innereuropäischen Gasnetzes oder die Vergrößerung von Gaszwischenlagern könnten diese Energiesicherheit weiter verbessern, sind aber in keinerlei Hinsicht von der Inbetriebnahme oder Nicht-Inbetriebnahme der zweiten Nord-Stream-Pipeline abhängig. Nord-Stream 2 führt also durch die Diversifizierung der entsprechenden Transportwege entgegen der US-Behauptung zu einer Versorgungssicherheit Europas mit russischem Erdgas. Mittels der beschlossenen Strafmaßnahmen mischen sich die USA jedoch nicht nur in Fragen der europäischen Energie-Versorgungssicherheit, sondern auch unmittelbar in die diesbezüglichen innereuropäischen Auseinandersetzungen ein. Auf diese Art und Weise wollen die USA zumindest symbolisch die Liefersicherheit des durch Pipelines gelieferten russischen Gases in die EU stören und überdies den europäischen Markt für US-amerikanische Wirtschaftsinteressen öffnen. Die USA verhehlen dabei auch gar nicht, dass sie durch ihre Maßnahmen die

Lieferung des beim Fracking anfallenden und am eigenen Markt nicht benötigten Flüssiggases (liquefied natural gas – LNG) auf den europäischen Markt sicherstellen wollen. Es geht somit um Machtfragen und die Sicherung US-amerikanischer Interessen und Einflüsse auch auf Kosten von europäischen US-Verbündeten. Relativierend ist zwar anzumerken, dass der entsprechende Beschluss seit 2017 verzögert worden ist und daher die 2019 beschlossenen Sanktionsdrohungen nur die Fertigstellung von North Stream 2 aufschieben, aber nicht verhindern. Dennoch unterstreichen die USA mit der gewählten Vorgangsweise ihre Hegemonialstellung. Das gleichzeitige Nicht-Ergreifen von Gegenmaßnahmen durch Deutschland und die EU unterstreicht wiederum – wenn auch in diesem Fall eher symbolisch – die eigene machtpolitische Impotenz und die begrenzte Souveränität Europas.

Divergierende Iranpolitik

Noch deutlicher wird diese begrenzte europäische Souveränität und die Hegemonialstellung der USA bei der von den USA gewünschten Beendigung des Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action - JCPOA). Die EU bzw. die relevanten europäischen Mächte haben im Gegensatz zu den USA versucht, gegenüber dem Iran weiterhin eine kooperative Politik zu verfolgen. Um den JCPOA umzusetzen, wollte Europa trotz US-amerikanischer Sanktionen die Wirtschaftsbeziehungen mit dem Iran aufrechterhalten. (siehe detaillierter ISS Aktuell 3/2019, 4-5) Europa war und ist jedoch nicht in der Lage die extraterritoriale Anwendung von US-Sanktionen zu verhindern. Weder die „Blocking Statute“ der EU, noch die von einzelnen europäischen Staaten gegründete Handelsplattform INSTEX (Instrument in Support of Trade Exchanges) konnten den Einbruch der Handelsbeziehungen verhindern. Global konnte der Iran im Jahr 2019 nur noch 68% der Exporte und nur noch 77% der Importe des Vorjahres realisieren. Der Handel zwischen Europa und dem Iran reduzierte sich im gleichen Zeitraum noch dramatischer auf etwa 25%. INSTEX war dabei bis zuletzt faktisch nicht arbeitsfähig. Es ist schwierig, diese Tatsache – ein Jahr nach ihrer Gründung – nicht als Inkompetenz europäischer Institutionen und der beteiligten europäischen Staaten zu interpretieren. Der zentrale Grund für den Einbruch der iranischen Handelsbeziehungen ist jedoch die grundsätzlich mangelnde Bereitschaft der EU bzw. der europäischen Staaten, betroffenen Unternehmen und Banken Kompensationen für potentielle Verluste aus US-amerikanischen Sanktionen zu bieten und Gegenmaßnahmen gegenüber den USA zu ergreifen. Dies wiederum ist ein Beweis für den mangelnden

politischen Willen und die Unterwürfigkeit Europas gegenüber den USA.

Europäische Krisendiplomatie in der Libyen-Krise und seine Position im MENA-Raum

Auch auf Grund des US-amerikanischen Desinteresses ist europäische Krisendiplomatie in der Libyen-Krise aktiver zu erkennen gewesen. Schon seit längerem versucht Deutschland im europäischen Konzert eine stärkere und selbstbewusstere Rolle einzunehmen. In der Libyenkrise war überdies Deutschlands spezielle Rolle im Zuge des Libyenkrieges 2011 von besonderem Interesse. Deutschland hatte seinerzeit einen Militäreinsatz abgelehnt und sich im UN-Sicherheitsrat der Stimme enthalten. Da es auch sonst keine unmittelbaren nationalen Interessen in Libyen hat, bietet es sich als Mediator geradezu an. Bei der Anfang Jänner 2020 organisierten Berliner Libyen-Konferenz konnte schließlich auch ein Waffenstillstand und die Zusage der internationalen Akteure zur Einhaltung des vor Jahren beschlossenen UN-Waffenembargos erreicht werden. Dabei handelte es sich aber maximal um einen kurzfristigen Prestigeerfolg. Eine Lösung des Libyen-Konfliktes ist nicht ansatzweise in Sicht. Längst hat sich der Konflikt regionalisiert, in gewisser Hinsicht sogar internationalisiert. Und bezeichnenderweise sind europäische Player auf Grund enger nationaler Interessen mit unterschiedlichen Kräften verbündet. Italien und die EU unterstützen die Regierung von Premierminister Fajis al-Sarradsch, Frankreich hingegen General Chalifa Haftar. Im Übrigen ein praktisches Beispiel des ständigen Widerspruchs französischer Lippenbekenntnisse zu geeintem europäischen Handeln und realem nationalem Handeln. Hintergrund für die unterschiedlichen Allianzen sind die vollkommen divergierenden Ansichten, wie Libyen stabilisiert v.a. aber für die eigenen nationalen Interessen genutzt werden kann. Auf dieser Grundlage ist jedoch keine kohärente europäische Strategie möglich.

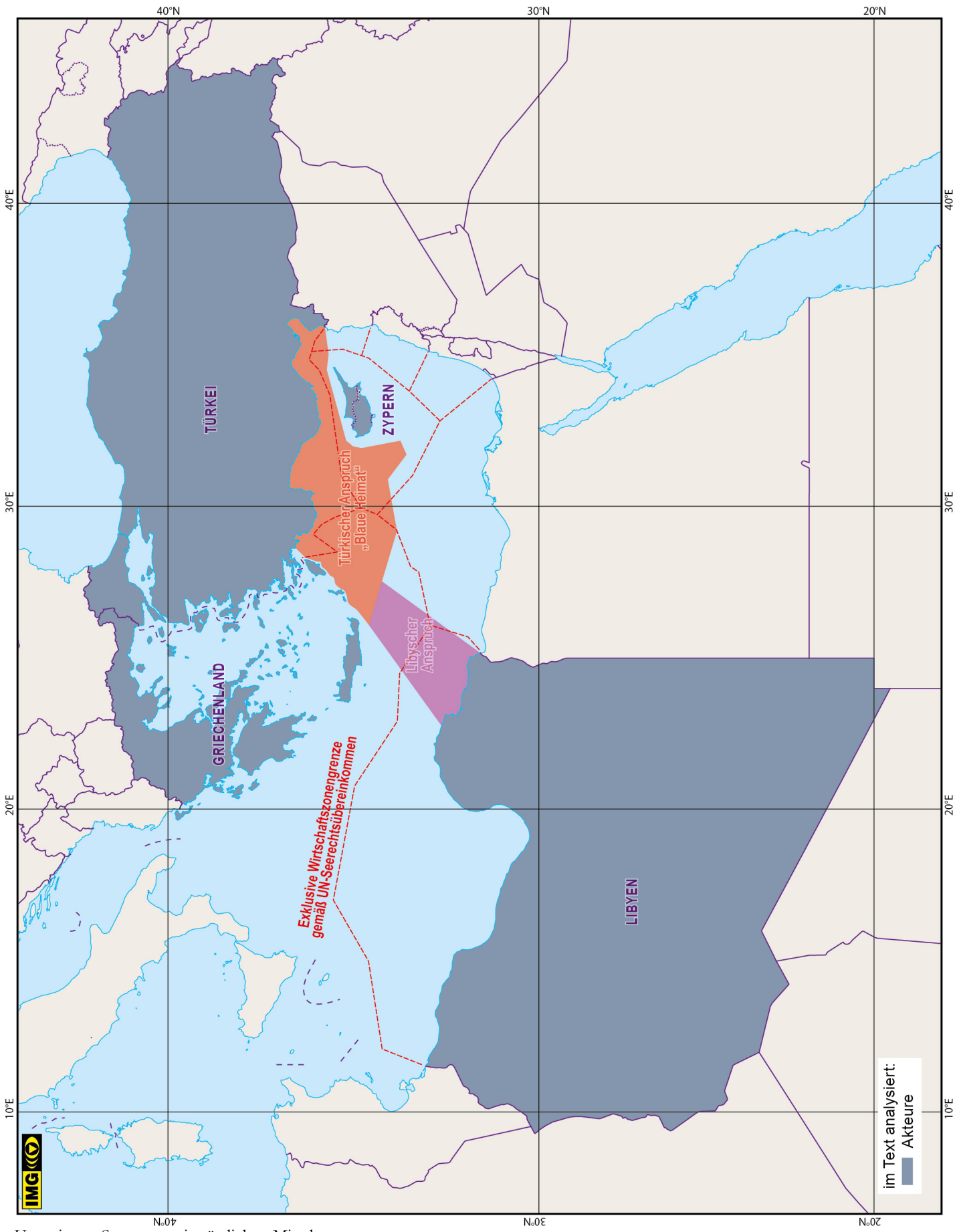
Deutschland - aber auch die EU - möchten unabhängig davon ihre Rolle keinesfalls militärisch untermauern. „Härtere“ Elemente einer Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik sind weder im Zuge der Libyenkrise noch anderer Konflikte des MENA-Raumes zu erkennen. Dadurch wird wieder einmal deutlich, dass bei zentralen verteidigungs- und militärpolitischen Fragen Europas neben einzelnen nationalen Akteuren nur die NATO ein relevanter kollektiver Akteur ist. Ein unwahrscheinliches Wirksamwerden im Zuge der Libyenkrise ist daher eher im Rahmen einer Koalition der Willigen denkbar. Der Akteur EU nimmt strategisch nur im unmittelbaren europäischen Raum eine relevante Rolle ein. Die Projektionsfähigkeit beschränkt sich im Wesentlichen auf die eigenen Mitglieder und Beitrittskandidaten. Außerhalb dieses engen regionalen

Rahmens ist die EU jedoch politisch fast wirkungslos. Im regionalen Umfeld Europas ist sie sicherheitspolitisch bisher eher als Instrument nationaler (v.a. französischer) Interessenspolitik, denn als eigenständiger Akteur aufgefallen. Im Nahen Osten oder in Asien ist die EU macht- und sicherheitspolitisch faktisch inexistent. Eine umfassende europäische Sicherheitspolitik ist in diesen Räumen daher bisher auch nicht erkennbar. Eine dauerhafte Lösung der einzelnen Krisen kann realistischerweise ohnehin nur aus der Region selbst kommen. Nichtsdestotrotz sind die Erfolgsaussichten dafür nicht als sehr hoch einzuschätzen. Zu beachten ist überdies, dass die Masse der lokalen Bevölkerung des MENA-Raumes keine westlichen Demokratievorstellungen hegt, sondern eine Islamisierung unterstützt. Eine Einmischung von außen, insbesondere unter Oktroyierung westlicher Herrschafts- und Lebensformen, ist auch daher zumeist kontraproduktiv.

Die potentiellen externen Gewinner des Chaos im MENA-Raum sind die Mächte, welche sich nicht mit moralisierenden Standpunkten und Haltungen aufhalten - Russland und die Türkei. Die beiden Staaten sind dabei zwar fast immer antagonistische Akteure, aber dennoch in der Lage, bei Bedarf pragmatisch zusammenzuarbeiten. Russland nutzt dabei seine Präsenz und seinen Erfolg in Syrien als Basis für einen begrenzten Einfluss im MENA-Raum. Es stellt damit einen alternativen Partner für die lokalen Machthaber dar. Neben der Realisierung wirtschafts- und rüstungspolitischer Interessen tritt Russland dabei dem Wirksamwerden islamistischer Kräfte im Raum entgegen, um eine Wechselwirkung mit muslimischen Kräften im postsowjetischen Raum zu verhindern. Durch die gleichzeitige Verbindung mit dem Iran hat es potentiell auch eine optimalere politisch-diplomatische Position als der Westen. Und auch die Verbindung zur mit Europa nur begrenzt kompatiblen Türkei dürfte trotz gegensätzlicher Positionen im Syrien-Konflikt stabil bleiben. Russlands Rolle könnte daher im MENA-Raum eine durchaus stabilisierende, Interessen einzelner westlicher Player jedoch abträgliche sein.

Von besonderem Interesse für Europa ist auch die Rolle des EU-Beitrittskandidaten Türkei, der zuletzt in Syrien erfolgreich die eigene machtpolitische Position abgesichert und ausgebaut hat. Nach dem Abzug der USA aus dem türkisch-syrischen Grenzgebiet übernahm die Türkei – wie schon lange zuvor angekündigt – die Kontrolle über den unmittelbaren Grenzraum.

Für die Türkei ist dabei nicht nachvollziehbar, dass die europäischen Akteure die enge Verbindung zwischen den kurdischen Volksverteidigungseinheiten (Yekîneyên Parastîna Gel / YPG) und der auch innerhalb der EU als Terrororganisation identifizierten Arbeiterpartei Kurdistans (Partiya Karkerên Kurdistanê / PKK) nicht zur Kenntnis nehmen wollen.



Umstrittene Seegrenzen im östlichen Mittelmeer

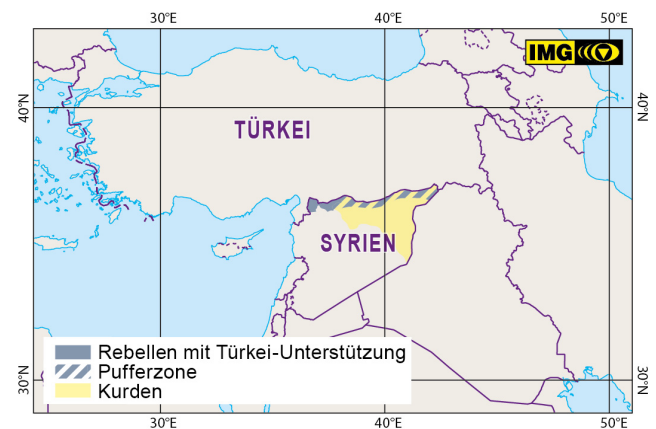
Für die Türkei ist jedenfalls nicht hinnehmbar, marxistische Kurdenmilizen dauerhaft direkt an der eigenen Grenze agieren zu lassen. Aus diesem Grund säuberte sie gemeinsam mit verbündeten islamistischen Milizen den Grenzraum nicht nur von kurdischen Streitkräften, sondern versucht durch die „Rückführung“ nicht-kurdischer syrischer Flüchtlinge in diesen Raum, die ethnische Zusammensetzung nachhaltig zu verändern.

Aber auch in Europa versucht die Türkei ihre Interessen einseitig durchzusetzen. So hat sie im Dezember 2019 gemeinsam mit der libyschen Regierung von Premierminister Fajis al-Sarradsch die Seegrenzen im östlichen Mittelmeer einseitig zuungunsten Griechenlands und Zyperns verändert. Die Türkei hat dazu den sogenannten Festlandsockel erweitert, um auf dieser Grundlage die im umstrittenen Gebiet vermuteten Erdgasfelder ausbeuten zu können. Dieser Vorgangsweise hat sich nicht nur Griechenland, sondern auch die EU entgegengestellt. Es wird in den nächsten Monaten und Jahren interessant zu beobachten sein, wie die EU ihre und die Interessen ihrer Mitgliedsstaaten durchsetzen wird. Zu erwarten ist, dass die EU weder den Willen noch die Fähigkeit hat, diese Frage zu lösen. Die strategische Handlungsunfähigkeit der EU in der Türkeifrage hat dabei ihren Ausgangspunkt in einer seit vielen Jahren fehlorientierten Türkeipolitik. Ziel der EU war es, in Verknüpfung kultureller, religiöser sowie machtpolitischer Gegebenheiten und Interessen, ein nicht kompatibles Land in die Union integrieren zu wollen. Auf dieser Grundlage wurde der Türkei eine Beitrittsoption eröffnet, welche eine sinnvolle und zukunftsorientierte strategische Beziehung hemmt, wenn nicht sogar blockiert. Die weiterhin ungelöste Migrationsfrage verschärft diese Situation noch massiv. Denn auf Grund der inneren Schwäche der EU und der daraus bedingten Unfähigkeit, die Migrationskrise notfalls auch selbst zu lösen, ist die EU permanent erpressbar. Erdogans „weapon of mass-migration“, der potentiellen Möglichkeit, hunderttausenden Flüchtlingen den Weg nach Europa zu öffnen, verhindert eine nüchterne interessensbezogene Türkeipolitik der EU. Die Aufrechterhaltung der Migrationsvereinbarung mit der Türkei bleibt somit die Voraussetzung für die Stabilisierung in der Migrationsfrage und daher zentrales Ziel der EU. Die autoritär antidemokratisch geführte und sukzessive zu einem islamistischen Staat umgewandelte Türkei ist daher nicht nur weiterhin formell Beitrittskandidat der EU, sondern gegenüber der EU auch grundsätzlich in einer sehr entspannten Verhandlungsposition.

USA - Abzug Syrien

Wie an dieser Stelle bereits vor einem Jahr angekündigt, haben sich die USA weitgehend aus Syrien

zurückgezogen. Anfang Oktober entschied US-Präsident Trump, die US-amerikanischen Truppen aus der Grenzregion zwischen Syrien und der Türkei abzuziehen. Diese Truppen hatten in den letzten Jahren vor allem die kurdische YPG in ihrem Kampf gegen den Islamischen Staat (IS) unterstützt. Mit dem Sieg über den IS und dem Ende seiner territorialen Existenz im ersten Halbjahr 2019 hatte die militärische Präsenz der USA ihre ursprüngliche Zielsetzung verloren und war faktisch zu einer Schutzmacht der YPG umfunktioniert worden. Da die YPG aber gleichzeitig von der Türkei als Terrororganisation und feindliche Macht eingestuft wird, bestand für die USA die permanente Gefahr, in den lokalen Konflikt hineingezogen zu werden. Trump lehnt es grundsätzlich ab, dass sich die USA (längerfristig) militärisch in einen Konflikt involviert, der nicht im unmittelbaren US-Interesse ist. Nach seinem Verständnis war es widersinnig, in Syrien als Puffer zwischen syrischen, türkischen und kurdischen Kräften zu verbleiben. Daher war der Abzug logisch und konsequent. Dass dem US-Rückzug aus Syrien keine Vereinbarung zwischen dem syrischen Regime und der kurdischen Partei der Demokratischen Union (Partiya Yekîtiya Demokrat / PYD) – dem politischen Arm der YPG - vorausging, ist jedoch verwunderlich. Diesen Umstand nutzte die Türkei, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.



Syrien

Wirklich erstaunlich war aber die mangelhafte Vorbereitung auf diesen von Präsident Trump seit langem angekündigten Schritt. Daraus ist erkennbar, dass Trump weiterhin Probleme hat, seine strategischen Ziele operativ umzusetzen. Dass dieser von ihm schon vor Monaten angekündigte Schritt vom US-Regierungsapparat und dem US-Militär nicht adäquat vorbereitet war, zeigt zweierlei: Erstens wurde deutlich, dass der US-Regierungsapparat versucht, auch unabhängig vom Präsidenten eigene Ziele und eigene Politik zu gestalten. Zweitens zeigen sich die Grenzen eines US-amerikanischen Präsidenten, der angetreten ist, die militärische Involvierung außerhalb enger US-amerikanischer Interessen massiv zu reduzieren.

Die Konsequenzen dieser mangelhaften Kooperation innerhalb des US-amerikanischen Regierungsapparates waren chaotischen Szenen und unklare Rahmenbedingungen für alle involvierten Kräfte. Trump musste in weiterer Folge unter dem Druck republikanischer Abgeordneten einer begrenzten Stationierung US-amerikanischer Truppen im äußersten Nordosten Syriens zustimmen. Die Absicherung der dortigen Ölfelder sollten gesichtswahrend einerseits Trump zwingen, einen Fuß in der Tür des syrischen Kriegsschauplatzes zu behalten, andererseits auf Grund der unmittelbaren geographischen Verbindung zum irakischen Raum jederzeit einen sofortigen Abzug sicherstellen. Mittelfristig ist Präsident Trump jedoch zuzutrauen, dass er seine persönlichen Ziele und Wahlversprechen auch in diesem Bereich gegen das außen- und sicherheitspolitische Establishment durchsetzen wird.

Militärische Konfrontation USA - Iran

Konträr zum Versuch, die Krisenherde vergangener Jahre und Jahrzehnte zu verlassen, fährt US-Präsident Trump weiterhin einen aggressiven Kurs gegenüber dem Iran. Dies ist kein Widerspruch, sondern Konsequenz seiner Prioritäten. Die Regierung Trump ist bereit, aggressiver als zuletzt, nationale Interessen durchzusetzen. Dazu zählt auch, unliebsame Herausforderer in ihre Schranken zu weisen. Im Bemühen, die Rolle des Iran nachhaltig einzudämmen, hat US-Präsident Trump nicht nur das von US-Präsident Obama unterzeichnete Atomabkommen mit dem Iran (Joint Comprehensive Plan of Action - JCPOA) von 2015 aufgekündigt und Wirtschafts- und Finanzsanktionen gegen den Iran verhängt, sondern geht auch gegen die im MENA-Raum agierenden iranischen Kräfte vor. Zielsetzung der US-Maßnahmen gegenüber dem Iran bleibt grundsätzlich ein Regime Change, zumindest aber eine Eindämmung seines regionalen Einflusses.

Neben dem iranischen Atom- und Raketenprogramm kritisieren die USA dabei insbesondere den Einsatz der Qods-Brigade, der im Ausland eingesetzten Eliteeinheit der iranischen Revolutionsgarden. Die Qods-Brigade arbeitet im MENA-Raum eng mit verschiedenen schiitischen Milizen zusammen. Sie ist ein zentrales strategisches Instrument der iranischen Führung, ihren Einfluss in diesem Raum zu festigen. Zuletzt wurden mit ihrer Hilfe sehr effektive schiitische Milizen im Irak aufgebaut. Dabei kam es beim Kampf gegen den IS sogar zu einer indirekten Zusammenarbeit mit US-Streitkräften. Unabhängig davon war die Qods-Brigade von den USA schon 2007 als Terrororganisation eingestuft worden. Diese Einstufung wurde Anfang 2019 überdies auf die gesamten Revolutionsgarden ausgedehnt.

Die Einhegung des Iran wurde und wird von den USA auch zukünftig primär auf wirtschaftlicher Ebene erfolgen. In dieser Hinsicht ist das neue Sanktionsregime bereits äußerst erfolgreich. Die Warenimporte in den Iran sanken – wie schon zuvor dargelegt – 2019 auf 77%, die Exporte auf 68% des Vor-Sanktions-Niveaus. Der Iran wird dadurch indirekt destabilisiert. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Maßnahmen den Iran mittelfristig durch den zwangsweisen wirtschaftlichen Niedergang und damit verbundene zivile Proteste entscheidend schwächen wird. Bereits Ende 2019 konnte die iranische Führung Proteste über Benzinpreiserhöhungen nur mit brutaler Gewalt niederschlagen. Vermutlich starben bei diesen Protesten einige Hundert Iraner.



Persischer Golf

Der Iran reagierte auf die US-Politik mit einer Politik der Nadelstiche und griff mit Hilfe der mit ihm verbündeten Milizen US-Kräfte vor allem im Irak immer wieder an. Im Juni 2019 kam es überdies zu Angriffen unbekannter Kräfte auf zivile Tankschiffe in der Straße von Hormuz, für welche die USA ebenfalls den Iran verantwortlich machten. Und es gelang dem Iran, zeitgleich an der Grenze zu seinem Luftraum eine US-Drohne abzuschießen. Auch der Drohnenangriff auf die saudische Ölraffinerie in Abkaik im September 2019 muss in diesem Zusammenhang betrachtet werden. Dabei ist es im Wesentlichen unerheblich, ob dieser Angriff von den durch den Iran unterstützten Houthi-Rebellen, oder von iranischen Kräften selbst durchgeführt worden ist. Angriffe auf US-Verbündete, vor allem aber natürlich US-Einrichtungen, demonstrieren eine grundsätzlich inakzeptable Schwäche der USA. Dennoch reagierten die USA bis zuletzt nicht militärisch. Es zeigt sich, dass Präsident Trump zur Eindämmung regionaler Mächte oder

feindlicher Staaten und zur Durchsetzung der eigenen Zielsetzungen grundsätzlich weiterhin nicht gewillt ist, militärische Mittel mehr als nur symbolisch einzusetzen. Nur zur Verwirklichung fundamentaler nationaler Interessen oder aber beim Überschreiten spezifischer roter Linien rückt er von diesem Grundsatz ab.

Dennoch kam es Anfang Jänner schlussendlich zu einer militärischen Konfrontation zwischen den beiden zentralen Akteuren. Auf sich steigernde Angriffe durch mit dem Iran verbündeten und von diesem ausgerüsteten Schiitenmilizen reagierte Trump schließlich. Als die durch ihn intern festgelegte rote Linie – dem Tod von US-Bürgern – im Zuge eines massiven Raketenangriffs auf eine irakische Militärbasis in Kirkuk überschritten wurde, ließ er Ende Dezember 2019 Stellungen der vom Iran unterstützten Katâ'ib Hezbollah-Brigaden angreifen. Die dabei getöteten 25 gegnerischen Soldaten stellten für die USA mit einem Verhältnis von 1:25 wohl das übliche Maß einer Vergeltungsmaßnahme dar. Als vom Iran gesteuerte schiitische Milizen und Zivilisten, vor allem Mitglieder der Katâ'ib Hezbollah-Brigaden, darauf wiederum mit einem Angriff auf die US-Botschaft reagierten, überschritten sie neuerlich eine rote Linie. Diese rote Linie ist nur im Zusammenhang mit den Ereignissen von Benghazi zu begreifen. Bei einem Angriff auf das US-Konsulat im libyschen Benghazi waren am 11. September 2012 – dem Jahrestag von 09/11 - neben dem US-Botschafter drei weitere US-Amerikaner ums Leben gekommen. Das rechte politische Lager und der jetzige US-Präsident hatten damals und im Präsidentschaftswahlkampf 2015/16 Hillary Clinton, der damaligen US-Außenministerin vorgeworfen, inadäquate Sicherheitsvorkehrungen getroffen zu haben. Eine wie immer geartete Wiederholung eines solchen Vorfalls war für Trump daher nicht hinnehmbar. Trump autorisierte daher die gezielte Tötung (*targeted killing*) von General Qâsem Soleymâni, dem Kommandanten der Qods-Brigade am 3. Jänner 2020 in Bagdad.

Soleymâni stand, wie inzwischen bekannt wurde, bereits seit längerem auf der Hit-Liste, seine Exekution war von Trump jedoch bisher nicht autorisiert worden. Soleymâni wurde im Übrigen auch von der EU offiziell zumindest seit Jänner 2019 als Terrorist eingestuft. An sich ist die gezielte Tötung eines Terroristen eine spezielle Form einer extralegalen Hinrichtung und wird durch die USA seit 09/11 vermehrt durchgeführt. Friedensnobelpreisträger Obama hatte diese Form der Kriegsführung perfektioniert und den „Killing Tuesday“ implementiert - an jedem Dienstag autorisierte er als US-Präsident die Durchführung solcher Missionen. Das Spezielle an der Tötung von Soleymâni war somit nur der Umstand, dass er eine offizielle militärische Funktion eines Staates ausübte – eher unüblich für die meisten als Terroristen Gejagten. Da die Qods-Brigade – wie bereits erwähnt - gemeinsam mit den gesamten

iranischen Revolutionsgarden jedoch von den USA als Terrororganisation eingestuft wird, ist dieser Umstand wiederum zu relativieren.

Für die USA war der Angriff jedenfalls erfolgreich, da der Mastermind offener und verdeckter iranischer Militäraktivitäten eliminiert wurde. Vor allem aber konnten sie dem Iran eine klare Botschaft übermitteln, die dieser offensichtlich auch verstanden hat, wie aus den nachfolgenden Ereignissen abzulesen ist. Um das eigene Gesicht vor allem vor der eigenen Bevölkerung zu wahren, musste der Iran zwar einen entsprechenden Gegenangriff durchführen. Die USA wurden über diesen Angriff und seine genauen Ziele jedoch Stunden vorab über mehrere Informationskanäle informiert. Luftfahrzeuge und die Masse der US-Soldaten konnten somit von den Stützpunkten abgezogen, der Rest in sicheren Bunkern geschützt werden. Dadurch wurden Opfer vermieden und die militärische Konfrontation beendet.

Parallel zu diesen Angriffen wurde durch ein Versehen, basierend auf Paranoia und Dilettantismus innerhalb der iranischen Sicherheitsstrukturen, ein ziviles Verkehrsflugzeug der Ukraine International Airlines in der Abflugschneise des internationalen Flughafen Teheran durch eine Flugabwehreinheit der Revolutionsgarden abgeschossen. Der Abschuss war nicht nur eine menschliche Tragödie, sondern offenbarte auch die Inkompetenz des iranischen Militärs und führte im Iran nach Bekanntwerden zu weiteren Protesten.

Was vielfach im Zuge dieser Auseinandersetzungen übersehen wird, ist die Tatsache, dass US-Präsident Trump im Gegensatz zu seiner Brachial-Rhetorik beim Realeinsatz militärischer Mittel sehr vorsichtig ist und es bisher auch strikt vermieden hat, Ziele im Iran anzugreifen. Dies unterstreicht, dass er nicht an einer offenen militärischen Auseinandersetzung interessiert ist. Sein Handeln im Jänner 2020 hat aber auch klargemacht, dass er notfalls nicht davor zurückschreckt. Auf militärischer Ebene werden die USA die iranfeindlichen Verbündeten Israel und Saudi Arabien weiter stärken, gegebenenfalls auch mit eigenen Truppen verstärken. Eine militärische Lösung des Konflikts streben sie aber nicht an.

Herwig Jedlaucnik

Die westliche Welt ...

Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran – eine Retrospektive

Das Szenario ist irgendwie nicht neu. Hochspannung zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Islamische Republik Iran. Von neuer Qualität jedoch sind Schwingungen einer möglichen Eskalation, die so schon lange nicht mehr zu vernehmen waren. Man spricht bereits ganz offen von einem neuen Krieg im Mittleren Osten.

Für den Iran verkörpern die USA offiziell den „gottlosen, großen Satan“, die „Wurzel allen Übels“ (letzteres insbesondere in Zusammenhang mit der Unterstützung Washingtons für Israel). Für das Weiße Haus wiederum gilt der Iran als nicht viel mehr als „ein fundamentalistisches Regime, das nach der Atombombe strebt“, ein wichtiger Teil der „Achse des Bösen“. Doch wie und wann fingen diese Spannungen, die zu den heutigen stabilen gegenseitigen Ressentiments führten, eigentlich an?



„Satan USA“ (2018)

Wenn man versucht, sich zu erinnern, woraus sich diese scheinbar nicht enden wollende Konfliktsituation entwickelte und was denn die eigentlichen historischen Ursachen für das heutige Lagebild sind, muss man zwangsläufig die Seiten der Geschichtsbücher um gleich mehrere Dekaden zurückblättern. Es genügt indes nicht, hier die Zäsur bei der Geiselnahme in Teheran (1979-81) zu setzen, in deren Verlauf sich 52 US-amerikanische Diplomaten 444 Tage lang in der Gewalt iranischer Revolutionswächter befanden.

Wie alles begann...

Die Geschichte der Beziehungen der Vereinigten Staaten mit der konstitutionellen Monarchie Iran begann bereits kurz nach der konstitutionellen

Revolution von 1906, in deren Verlauf das Land erstmals eine Verfassung und ein Parlament erhielt.

Die Rolle des Iran im Ersten und Zweiten Weltkrieg war dann die eines von verschiedensten Kriegsteilnehmern besetzten Staates, dessen hervorragende strategische Lage ihm letztlich zum Verhängnis wurde: Im Ersten Weltkrieg durch Osmanen, Briten und Russen besetzt, war das Land während des Zweiten Weltkrieges unter Briten, US-Amerikanern und Sowjets aufgeteilt und bildete eine der wichtigsten Nachschublinien alliierter Hilfe für die Sowjetunion in ihrem Kampf gegen Hitlerdeutschland („Persischer Korridor“).



Anglo-amerikanische Hilfe („Lend-Lease“) für Stalin: Bomber des Typs Douglas A-20 (u.a.) werden auf dem persischen Flugplatz Abadan bereitgestellt (Januar 1942)

Nach 1946 zogen die Besatzer zwar wieder ab, doch die weltpolitische Lage und mit ihr das Aufkommen des Kalten Krieges brachten es mit sich, dass die Auswirkungen dieser neuen Bipolarität auch vor Persien nicht Halt machte. Neben der wichtigen strategischen Position im Mittleren Osten war natürlich das Öl ein entscheidender Faktor, dass der Staat an der Naht zwischen Ost und West weiterhin auf der Agenda Moskaus wie auch Washingtons (und damals auch noch Londons) rangierte.

Der Putsch von 1953

Im Jahre 1953 kam es dann zu einer Kulmination ausländischen Einflusses auf inneriranische Angelegenheiten: Der regierende iranische Premierminister Mohammad Mossadegh, der die - für die Briten äußerst ungünstige - Umsetzung der im Jahre 1951 beschlossenen Verstaatlichung iranischen Öls betrieb, war London schon lange ein Dorn im Auge. Dem damaligen britischen Premier Winston Churchill gelang es in der Folge, US-Präsident Dwight D. Eisenhower davon zu überzeugen, der Iran könnte unter Mossadeghs Führung zum Vasall Moskaus werden, da er beabsichtige, u.a. mit Hilfe radikaler (auch kommunistischer) Kräfte und unter Ausschaltung des Parlaments per Dekret zu regieren. Mit einem solchen Coup hätte Moskau geschafft, wovon einst schon die

Zaren geträumt hatten: Die Kontrolle Persiens und damit ein strategisches Bollwerk im Mittleren Osten zu schaffen. Doch ein Erfolg sowjetischer Politik hätte in einer bipolaren Welt auch als revolutionäres Beispiel für die ganze Region gewertet werden können, ein Beispiel, dem möglicherweise auch die arabischen Nachbarn gefolgt wären. Das hätte den politischen Supergau westlicher Politik bedeutet - von der endgültigen Zerstörung angloamerikanischer Interessen in der Region ganz zu schweigen.

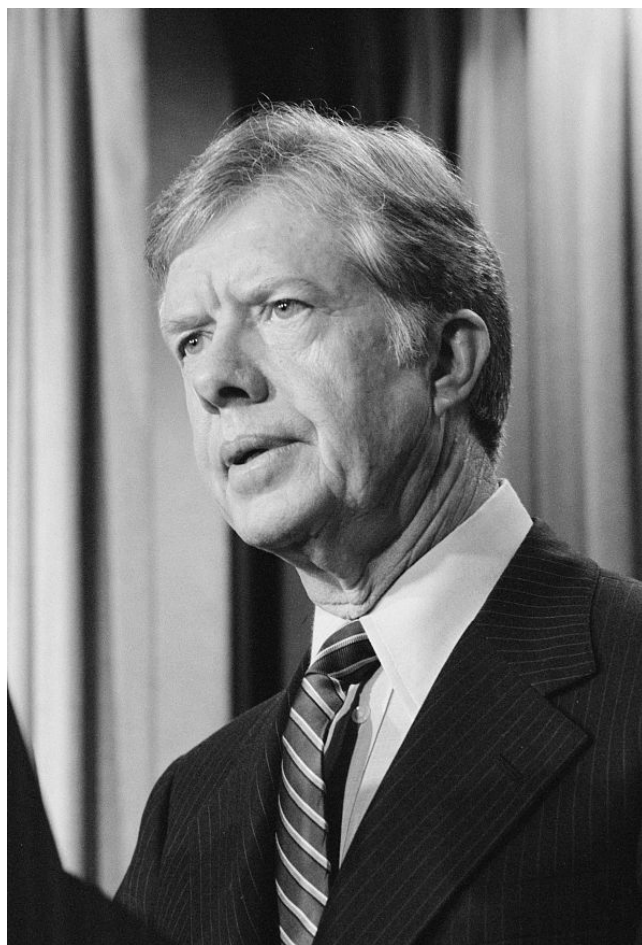


Dr. Mohammad Mossadegh (1951)

Mit der unterstützenden Rolle der CIA bei der Absetzung Mossadeghs (Operation „Ajax“) und der geplanten folgenden Implementierung General Fazlollah Zahedis als Premier war der Grundstein für die bis heute andauernden Ressentiments vieler Iraner gegenüber der Politik der USA in der Region gelegt. Dabei scheint es vielen Persern heute zweitrangig, dass Mossadegh zum genannten Zeitpunkt durch den damaligen (von den USA beeinflussten) Schah Mohammad Reza Pahlavi bereits abgesetzt worden war. Aus heute frei einsehbaren Dokumenten des US-amerikanischen Staatsarchivs geht die Rolle der CIA (und des britischen Pendant MI6) deutlich hervor: Bereits vier Monate vor dem Umsturz hatte CIA-Direktor Allen W. Dulles (der Bruder des damaligen US-Außenministers John Foster Dulles) mehr als eine Million Dollar bereitstellen lassen, um Mossadegh zu stürzen („in any way that would bring about the fall of Mossadegh“).

Spätestens seit 1953 also werden die Vereinigten Staaten von vielen Vertretern der iranischen Politik mit großem

Misstrauen betrachtet. Es entstand vielerorts der Eindruck, die CIA könne auf Knopfdruck Regierungen stürzen – dabei bestand ihre Rolle im Iran im Grunde darin, Agitatoren angeheuert und Stimmung für den Schah gemacht zu haben. Erst die Verbrüderung von Teilen der iranischen Armee mit den Demonstranten brachte in Wahrheit den Umschwung zuungunsten Mossadeghs. Die Rolle Washingtons bei der Wahrung der Interessen Israels tat ein Übriges, um die westliche Führungsmacht für viele Perser als „Satan“ erscheinen zu lassen, der an jedem politischen Übel, unter dem die Region leidet, seinen Anteil hat.



James Earl „Jimmy“ Carter jr., 39. Präsident der USA (1980)

Der Schah als Verbündeter Washingtons

Vorerst jedoch genoss die Familie des Schah Pahlavi lange Zeit die volle Unterstützung der USA. Mit der Kontrolle der Macht durch die Familie Pahlavi gingen brutale Unterdrückung aller Oppositionsgruppen einher: nicht nur der kommunistischen, sondern auch liberaler und islamistischer Gruppen. Für diese Unterdrückung der Opposition standen nicht nur die iranischen Machthaber und ihre gefürchtete Geheimpolizei („SAVAK“), sondern letztlich auch diejenigen Kräfte, die dem Schah diese seine Macht erhielten: allen voran die USA.

Sicherheitspolitisch war der Iran für die Vereinigten Staaten nicht nur aufgrund der Tatsache, dass der Iran in einer öldominierten westlichen Fortschrittswelt mit einem Anteil von mehr als 40% der Welterdölreserven eine entscheidende wirtschafstrategische Rolle spielte, wichtig. Die hervorragende geopolitische Lage und der Umstand, dass der persische Schah einer der größten Abnehmer US-amerikanischer Waffensysteme war, machte den Schah für Washington zu einer „zentralen Figur für die Außenpolitik der Vereinigten Staaten im Mittleren Osten“ (New York Times). Bis 1977 war der Rüstungsetat des Iran auf 9,7 Milliarden US-\$/Jahr gestiegen, das entsprach damals ungefähr der Hälfte des Verteidigungsetats der Bundesrepublik Deutschland. Der Großteil der Waffensysteme des Iran stammte aus US-Waffenschmieden. Zwischen 1968 und 1978 wurden allein fast 500 US-Kampfflugzeuge der Typen Northrop F-5, McDonnell F-4 und Grumman F-14 an den Schah geliefert.



Bis heute im Dienst: McDonnell-Douglas F-4E „Phantom II“ der iranischen Luftwaffe (2009)

Ironischerweise war es ein US-Präsident, der ungewollt Anteil an den nun kommenden revolutionären Ereignissen im Iran hatte. James Earl „Jimmy“ Carter jr., vormals Gouverneur von Georgia, wurde 1977 zum 39. Präsidenten der Vereinigten Staaten vereidigt. Sein starkes Engagement für die Menschenrechte setzte auch den persischen Schah unter Druck. Infolge der nun teilweise gelockerten Unterdrückung (sog. „Öffnung des politischen Raums“) kam es ab Januar 1978 auch wieder zu Demonstrationen für den seit 1964 im französischen Exil lebenden Ajatollah Ruhollah Chomeini - Demonstrationen, die sich bald zu einer mächtigen politischen Bewegung auswuchsen und ab Sommer desselben Jahres in landesweite Streiks übergingen, die die persische Wirtschaft praktisch zum Erliegen brachten. Im Januar 1979 musste der Schah das Land verlassen.

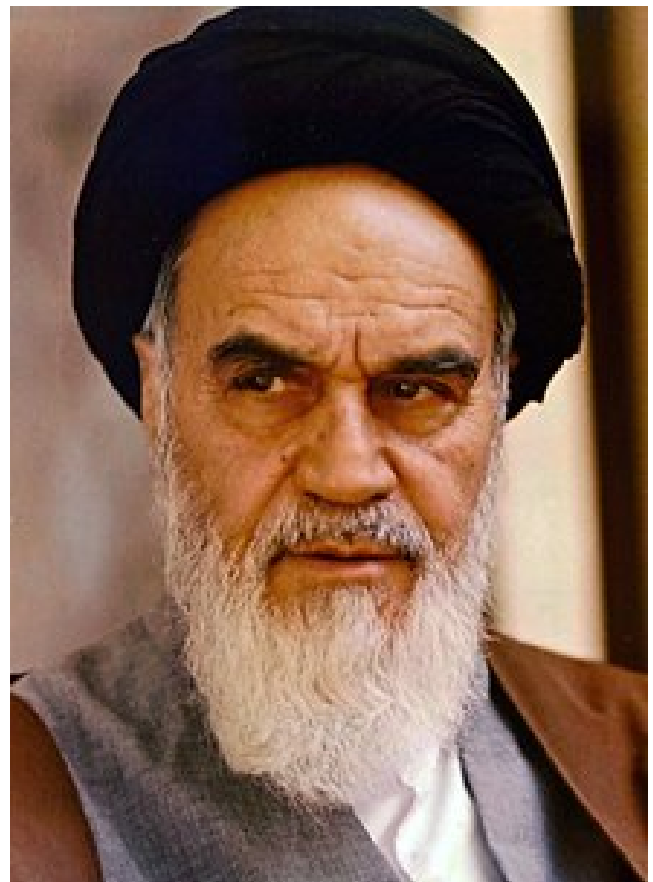
„Ich bin müde, ich brauche eine Pause. Sie haben jetzt alle Macht und Autorität in den Händen. Ich übergeben das Land in ihre und Gottes Hände“ waren die letzten

Worte, die der amtierende Schah Mohammad Reza Pahlavi dem damaligen rechtmäßig ins Amt gewählten iranischen Premier Schahpur Bachtiar gegenüber äußerte und daraufhin am 16. Januar 1979 mit seiner Familie vom Teheraner Flughafen aus das Land Richtung Ägypten für immer verließ.

Zu diesem Zeitpunkt sah sich Bachtiar tatsächlich als alleiniger Machthaber, die Rückkehr Ajatollah Chomeinis sollte schließlich erst am 1. Februar 1979 erfolgen. Danach überstürzten sich die Ereignisse und auch Bachtiar musste kurze Zeit später ins französische Exil fliehen.

Revolutionsjahr 1979

Chomeini kehrte zwei Wochen später im Triumph zurück und verwandelte die Monarchie innerhalb kürzester Zeit in eine Islamische Republik (Referendum vom 1. April 1979).



Ruholla Chomeini (1981)

Der Fall des persischen Schahs gilt bis heute für alle autokratischen Verbündeten der USA als warnendes Beispiel. Die einst uneingeschränkte Herrschaft des persischen Machthabers war von Washington innerhalb kürzester Zeit dilletantisch verspielt worden – und das an einem der geopolitisch wichtigsten Schauplätze des bipolaren Ringens. Letzterer Vorgang muß in diesem

Zusammenhang daher auch immer unter der Prämisse betrachtet werden, dass man sich 1979 im Kalten Krieg befand, die NATO-Nachrüstung in Europa schon vor der Tür stand und Washington sich angesichts der immer angespannteren Weltlage eigentlich gerade zu diesem Zeitpunkt kein außenpolitische Blöße geben durfte.

Zur Vorgeschichte: Im September 1978 steuerten die Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Opposition einem neuen Höhepunkt zu. Die iranische Regierung hatte veranlasst, Militär aufzubieten, um den Großdemonstrationen gegen das Regime Herr zu werden. Am „Schwarzen Freitag“ (8. September 1978), als das Militär auch Schusswaffen einsetzte, waren zahlreiche Tote zu beklagen (amtliche Darstellung: 86 Tote, 206 Verletzte). Islamistische Splittergruppen streuten landesweit Gerüchte von „mehr als 15.000 Toten und Verwundeten“, was in weiterer Folge zu einem Generalstreik führte. Hunderte Geschäfte und Banken und viele Symbole westlicher Lebensart (wie z.B. Kinos, Bars etc.), die den islamistischen Revolutionären von jeher ein Dorn im Auge gewesen waren, gingen in Flammen auf.

Diese Ereignisse des Herbstes 1978, in dem aufgrund der revolutionären Stimmung das ganze Land im Chaos versank und auch das Militär sich letztlich machtlos zeigte, war dann der Anlass für ein Umdenken in Washington.



Konferenz von Guadeloupe (1979): Helmut Schmidt (D), Jimmy Carter (USA), Valerie Giscard d'Estaing (F), James Callaghan (GB): Carter kündigt an, das Schah-Regime nicht mehr unterstützen zu wollen.

Auf der (informellen) Konferenz von Guadeloupe (4.-7. Januar 1979), zu der der damalige französische Staatspräsident Valerie Giscard d'Estaing geladen hatte, ließ der US-Präsident die Bombe platzen. Präsident Carter eröffnete den völlig überraschten westlichen Regierungschefs, dass der Schah „nicht zu halten“ sei und die USA das Regime nicht länger unterstützen würden.

Doch von einer siegreichen Revolution der Islamisten wollte Carter nichts wissen: Nach Carters Vorstellungen sollte die Macht im Iran in die Hände der iranischen Militärs übergehen, von denen zahlreiche Führungseliten in den USA ausgebildet worden waren.

Schah Reza Pahlavi hatte ursprünglich geplant, nach einem Zwischenstopp beim ägyptischen Staatspräsidenten Anwar as-Sadat in die Vereinigten Staaten weiterzureisen, um sich dort vorerst in Kalifornien niederzulassen. Doch US-Präsident Jimmy Carter, der noch im Sommer 1977 den Iran als „Insel der Stabilität in einem stürmischen Meer“ bezeichnet hatte, wollte nun vom Schah nichts mehr wissen. Zwei Tage nach der Flucht Pahlavis nach Ägypten, am 18. Januar 1979, ließ er verlauten, die USA wollten sich nicht in die inneren Angelegenheiten des Iran einmischen, das habe man aus Vietnam gelernt.

Das schnelle Erodieren der Macht des Schahs hatte auch die CIA, die dem Schah 1953 letztlich den Thron gerettet hatte, nicht vorausgesehen. Der US-Auslandsgeheimdienst hatte die Lage im Iran noch im Sommer 1978 als „denkbar fern einer Revolution“ bezeichnet.

Die Geiselnahme von Teheran (1979-1981)

Noch im gleichen Jahr sollte es zu einer weiteren Zäsur in den iranisch-US-amerikanischen Beziehungen kommen, eine Zäsur, deren Brisanz das politische Verhältnis der beiden Staaten zueinander (zusätzlich) bis heute schwer belastet:

Im November des „Revolutionsjahres“ 1979 stürmten mehrere hundert fanatisierte Studenten der Teheraner Universität – sog. selbsternannte „Revolutionswächter“ – die US-Botschaft in Teheran und nahmen 52 Diplomaten als Geiseln. Diese Geiselnahme sollte 444 Tage andauern.

Diese Besetzung war die Reaktion auf die Entscheidung Carters, den Schah nun doch für die Dauer seiner Krebsbehandlung temporär in die USA einreisen zu lassen. Am 22. Oktober 1979 war er zur Behandlung im Cornell Medical Center in New York eingetroffen. Daraufhin vermuteten die iranischen Demonstranten, die USA würde dem früheren iranischen Machthaber dauerhaft Asyl gewähren.

Die Studenten, die daraufhin die US-Botschaft stürmten, nahmen zuerst 90 Personen in Gewahrsam, von denen 66 später zu Geiseln erklärt und der Presse mit verbundenen Augen vorgeführt wurden. Ultimativ verlangte man von den US-Behörden die Auslieferung des Schahs, was vom Weißen Haus am 5. November abgelehnt wurde. Ohne die duldende Zustimmung sowohl des iranischen Revolutionsrates als auch Ajatollah Chomeinis hätte die Geiselnahme niemals durchgeführt werden können. Chomeini selbst war es ja gewesen, der am 4. November die Schüler und

Studenten aufgefordert hatte „mit all ihrer Kraft die Angriffe gegen die USA und Israel zu verstärken, so dass sie die USA zwingen können, den abgesetzten und kriminellen Schah auszuliefern.“



Iranische Studenten bei der Erstürmung der US-Botschaft in Teheran, 4. November 1979.

Operation „Eagle Claw“

Ein Versuch der USA, die Geiseln durch ein Kommandounternehmen mit Gewalt zu befreien, entwickelte sich zum militärischen Desaster:

Die Operation „Eagle Claw“ vom 24. April 1980 hatte zum Ziel, die Geiseln in Teheran in einer zweitägigen Operation zu befreien. Nach einer ersten verdeckten Landung von mehreren vom Flugzeugträger Nimitz gestarteten Sea-Stallion-Hubschraubern in der Wüste und nach einem Auftanken durch drei Lockheed C-130 „Hercules“ und Weiterverlegung der mitgeführten Delta-Force-Einheiten war das Beziehen eines Verstecks nahe Teheran geplant. Am nächsten Tag sollten dann weitere Transportmaschinen, die US-Army Ranger an Bord hatten, für die Einnahme des Flugplatzes Manzariyeh ca. 50 km südlich von Teheran sorgen. In weiterer Folge wollte man die 52 Geiseln in der US-Botschaft sowie drei Geiseln, die im iranischen Außenministerium festgehalten wurden, nachts durch die Delta-Force-Teams befreien, die Geiseln zum nahegelegenen Fußballstadion bringen und von dort mit den „Sealions“ zu dem dann bereits von den US-Army-Rangern besetzten Flughafen bringen. Von dort war eine Evakuierung durch Lockheed C-141 „Starlifter“ Transportmaschinen unter dem Luftschirm von Kampfflugzeugen der US-Navy (CVN-68 „Nimitz“) geplant.

Die ganze höchst komplexe Operation geriet zum Desaster, nachdem bereits die erste Welle (Delta-Force) mit ihren Hubschraubern in einen Sandsturm geraten war. Nachdem mehrere Hubschrauber wegen technischer Defekte ausgefallen waren, konnte die Evakuierung aller Geiseln rein technisch nicht mehr durchgeführt werden. Man entschied sich zum Abbruch

der Operation. Beim Rückzug kollidierte im Sandsturm ein weiterer Navy-Hubschrauber mit einer C-130, was acht US-Soldaten das Leben kostete.

Wie unschwer vorstellbar, wurde das militärische Desaster von Chomeini für Anti-US-Propaganda weidlich genutzt. Der US-amerikanische Außenminister Cyrus Vance, der sich von Anfang an gegen „Eagle-Claw“ ausgesprochen hatte, trat in der Folge zurück.



Im Vordergrund ein ausgebrannter „Sea Stallion“-Transporthubschrauber der gescheiterten Operation „Eagle Claw“ in der persischen Wüste (1980)

Das Scheitern des Unternehmens gilt heute als Hauptursache der Wahlniederlage Jimmy Carters bei den US-Präsidentenwahlen, die im November 1980 abgehalten wurden. Im Januar 1981 wurde der vormalige Gouverneur von Kalifornien, Ronald Reagan, als 40. Präsident der USA angelobt. Noch am gleichen Tag kamen die US-Geiseln auf Vermittlung Algeriens frei. Im Gegenzug wurden die eingefrorenen iranischen Konten, ca. 8 Milliarden US\$, von der US-Regierung wieder freigegeben. Der Grund für den Verhandlungserfolg gründete sich indes nicht so sehr auf den Umstand, als dass das Regime Chomeinis vor dem neuen US-Präsidenten Reagan umgehend in die Knie gegangen wäre, als viel mehr auf die seit Herbst 1980 über Nordafrika laufenden Verhandlungen mit der algerischen Regierung als Vermittlerin. Jimmy Carter hatte noch im Wahlkampf signalisiert, die eingefrorenen Gelder (und sogar noch unter dem Schah geordnete und bezahlte Rüstungsgüter) im Austausch gegen die Geiseln freigegeben zu wollen.

Die Geiseln selbst wurden am 20. Januar 1981 in ein Flugzeug gesetzt und über Zwischenlandungen in Athen und Algier schließlich auf den US-Stützpunkt Wiesbaden Air-Base nach Deutschland verbracht. Chomeinis Kommentar: „Jetzt brauchen wir sie nicht mehr.“

Was blieb, war eine vollständige politische und militärische Demütigung der westlichen Führungsmacht USA. Und mehr noch: Die Geiselnahme von Teheran hatte die Macht Chomeinis im eigenen Land gefestigt

und ihm geholfen, so die Dynamik der eigenen Revolution am Leben zu erhalten.

Politische Eiszeit

Was folgte, waren fast zwei Dekaden völliger politischer Eiszeit. Nach der Geiselnahme wurde vom Weißen Haus die Schließung der US-Botschaft in Teheran verfügt und gleichzeitig das iranische Botschaftspersonal in den USA des Landes verwiesen. Seither übernimmt die Schweiz die US-Interessen in Teheran während der Iran in den Vereinigten Staaten von Pakistan vertreten wird.

Neben den politischen Sanktionen waren es aber vor allem die wirtschaftlichen, die dem Iran zunehmend zu schaffen machten. Der gleichzeitige Ausbruch des Konfliktes mit dem Irak (Erster Golfkrieg oder Iran-Irak-Krieg; September 1980 - August 1988) hatte verheerende Folgen auf die persische Wirtschaft und forderte allein im Iran zwischen 260.000 und 500.000 Opfer (Schätzungen). Die Vernichtung persischer Infrastruktur belief sich im genannten Zeitraum auf ca. 644 Milliarden US\$. Trotzdem ist heute davon auszugehen, dass sich das klerikale Regime des damals unter Kriegsrecht geführten Staates eher noch festigte. Die seit 1979 umfassenden internationalen Sanktionen betreffend Rüstungsmaterialien jeder Art bewirkten – neben einem stetigen Mangel an Ersatzteilen bestimmter westlicher Systeme – aber auch, dass der Iran heute über eine eigene leistungsfähige Rüstungsindustrie verfügt.

Iran-Contra-Affäre (Irangate)

Die Administration Ronald Reagan (II) exportierte in den Jahren 1985/1986 verdeckt an den damals offiziell als „Feindstaat“ klassifizierten und unter strengen Embargovorschriften laufenden Iran ca. 2.800 Systeme der Lenkwaffen TOW und HAWK, um mit dem Erlös letztlich den Krieg der rechtgerichteten Contras gegen die sandinistische Regierung in Nicaragua zu finanzieren (urprünglich hatte man das Geld zum Freikaufen US-amerikanischer Geiseln im Libanon verwenden wollen). Es handelte sich dabei um eine gegen den ausdrücklichen Willen des US-Kongresses (Boland-Amendment) gerichtete Aktion, die nach ihrem Auffliegen als sog. „Irangate“ in die Geschichte einging. Letztlich zur Verantwortung gezogen wurde der eher unbedeutende Leiter der verdeckten Operationen im Weißen Haus, Lieutenant Colonel Oliver North, der jedoch letztlich nur ein Bauernopfer darstellte. Präsident Reagan – mehrfach dazu befragt – beteuerte, sich „an nichts erinnern“ zu können. Keiner der prominenten Beschuldigten wurde letztlich zur Verantwortung gezogen. North wurde zu 3 Jahren auf Bewährung und 150.000 US\$ Geldstrafe verurteilt, das Urteil wegen

Verfahrensfehler aber aufgehoben. Die anderen maßgeblichen Beschuldigten, darunter der damalige Verteidigungsminister Caspar Weinberger, Sicherheitsberater Robert McFarlane und Clair George, Chef der Divisions of Covert Operations der CIA, wurden von George W. Bush später begnadigt.

Fortgesetzte Spannungen

Am 3. Juli 1988 kommt es zu einer folgenschweren Verwechslung der US-Luftabwehr im Persischen Golf: Die USS Vincennes feuerte eine Luftabwehrrakete auf ein irrtümlich für ein iranisches Kampfflugzeug gehaltenes Luftfahrzeug, das sich allerdings als zivile Passagiermaschine des Typs Airbus A-300 der Iran-Air herausstellte. Bei dem Abschuss kamen alle 290 Personen an Bord ums Leben. Die meisten der an Bord befindlichen Passagiere waren iranische Pilger auf dem Weg nach Mekka.

Nach der Wahl des Geistlichen Mohammad Chātami zum fünften Staatspräsidenten des Iran im Mai 1997 kam es kurzfristig zu Entspannungen und auch Lockerungen der Embargos. In den drei großen Themen, der Frage der iranischen Beziehungen zu Israel, der Frage des Terrorismus sowie des iranischen Atomprogramms konnten jedoch keine substantiellen Fortschritte erreicht werden.

Die Anschläge vom 11. September 2001 stellten dann mit der Ankündigung des damaligen US-Präsidenten George W. Bush, den Iran ab sofort zu einer „Achse des Bösen“ zählen zu wollen, die Uhren wieder auf Null.

Das Atomprogramm des Iran

Am 1. Juli 1968 hatte der Iran den Atomwaffensperrvertrag unterzeichnet. Dieser Vertrag sieht eine Nutzung der Kernenergie für friedliche Zwecke vor und belegt alle Versuche eines Signatarstaates, die Kernenergie für militärische Zwecke zu nutzen, mit Sanktionen.

Die USA selbst waren 1959 praktisch zum „Geburtshelfer“ des iranischen Atomprogramms avanciert: Der damalige US-Präsident Dwight D. Eisenhower schenkte der Universität von Teheran den ersten Kernreaktor zu Forschungszwecken.

Im Jahr 1974 – wohl unter dem Eindruck der Ölkrise – verlaubte der persische Schah „so rasch wie möglich Kernenergie und alternative Energiequellen nutzen“ zu wollen. Die USA und der Iran unterzeichneten schon im folgenden Jahr das „National Security Decision Memorandum 292“, das die Zusammenarbeit der beiden Staaten auf dem Gebiet der Kernenergie zum Inhalt hatte. Im Rahmen des Abkommens waren nukleartechnische Ausrüstungen der USA im Wert von mehr als 6 Milliarden US\$ für den Iran beinhaltet. 1976

boten die Vereinigten Staaten dem Iran sogar eine praktisch „schlüsselfertige“ Lösung zum Kauf an, ein Angebot, das von US-Präsident Gerald Ford jedoch gegen Jahresende desselben Jahres wieder zurückgezogen wurde. Französische und deutsche Unternehmen sprangen sofort in die Bresche, die BRD unterzeichnete noch 1976, die Franzosen ein Jahr später nukleartechnische Kooperationsverträge mit dem Iran.

Das erste iranische Atomkraftwerk sollte in Buschehr entstehen. Den Reaktor sollte von der BRD gebaut, das angereicherte Uran später im Rahmen eines 10-Jahres-Vertrages von der Sowjetunion geliefert werden. Baubeginn war 1974, für 1982 war die Fertigstellung geplant.

Die islamische Revolution von 1979 stoppte vorerst alle Bemühungen. Der Grund hierfür ist nicht nur im weltweiten Embargo gegen den Iran zu suchen, sondern auch in der Einstellung des Regimes zur Nukleartechnik selbst. Ajatollah Chomeini erklärte Atomenergie 1979 für „unislamisch“ und verbot zunächst (bis 1984) jedwede iranische Forschung.

Erst 1995 konnte der Iran mit der Russischen Föderation einen neuen Partner gewinnen, der den Atommeiler von Buschehr letztlich bis 2010 fertigstellte – mit fast 30-jähriger Verzögerung.

Am 3. August 2005 wurde Mahmud Ahmadinedschad zum Präsidenten der Islamischen Republik Iran gewählt. Der Hardliner erließ ein Gesetz, das dem Iran das Recht zugestand, jederzeit die internationale Kontrolle seiner Atomanlagen aussetzen zu dürfen. Parallel dazu hatte das damalige Staatsoberhaupt, Ali Chamene'i, eine Fatwa (Akt der religiösen Rechtssprechung) ausgesprochen, die die Herstellung von Atomwaffen eindeutig verbot.

Das hinderte den Präsidenten jedoch nicht daran, den Non-Proliferation-Treaty (NPT) als „doppelzüngig“ in Frage zu stellen, da der Vertrag eigentlich die nukleare Abrüstung zum Ziel gehabt habe, es jedoch (damals) bereits drei De-facto-Staaten (Indien, Pakistan und Israel) gegeben habe, die sich nach 1968 Atomwaffen angeeignet hätten.

Bis heute bestreitet der Iran, jemals die Absicht gehabt zu haben, sich Atomwaffen durch ein eigenes Forschungsprogramm verschaffen zu wollen. Die USA wiederum sind davon überzeugt, dass das Gegenteil der Fall ist und warnen vor einer nuklearen Eskalation in der Region.

Sowohl die Europäische Union als auch die Russische Föderation haben 2005/2006 immer wieder mit dem Angebot der Lieferung schwach angereicherten Urans bzw. nicht-waffenfähiger Technologie den Versuch unternommen, dem Konflikt die Spitze zu nehmen. Diese Bemühungen scheiterten.

Tauwetter und Atomabkommen

Allgemein kann man den Zeitraum 2004 bis 2013 als eine Dekade betrachten, in dem der Nuklearstreit mit dem Iran in den Fokus des Internationalen Bewußtseins rückte. Am Schluss ließ der Iran schließlich internationale Kontrollen zu und rückte von der Entwicklung eigener militärischer Nuklearpläne ab.

Eine Überwindung der internationalen Isolation des Iran gelang schließlich kurzfristig 2013. Im September des Jahres kommt es erstmals nach über 30 Jahren zu einem Telefonat zwischen dem damaligen US-Präsidenten Barack Obama und dem als gemäßigt geltenden iranischen Präsidenten Hassan Rouhani.

2015 gelingt schließlich der Durchbruch: Die sog. „P5+1“ – die USA, China, Großbritannien, Frankreich, die Russische Föderation sowie Deutschland – schließen mit der Islamischen Republik Iran in Wien ein Atomabkommen, in dem sich der Iran verpflichtet, dem von den Signatarstaaten eingeforderten Verzicht auf eigene Entwicklung von Atomwaffen zu entsprechen und auch entsprechende Kontrollen der IAEA zuzulassen. Die friedliche Nutzung von Atomenergie ist gestattet. Im Gegenzug sollen die internationalen Sanktionen aufgehoben werden.

Die Ära Trump

Bereits kurz nach seiner Amtseinführung ließ der neue US-Präsident die Bombe platzen. Im Mai 2017 warf er anlässlich seines Staatsbesuchs in der saudischen Hauptstadt Riad dem Iran Terrorfinanzierung vor und forderte in der Folge 30 muslimische Staats- und Regierungschefs auf, Teheran zu „isolieren“. Wenige Monate später, im September 2017, drohte er dann in der UN-Vollversammlung dem „verarmten Schurkenstaat“ mit der Aufkündigung des Atomabkommens von Wien aus dem Jahre 2015.

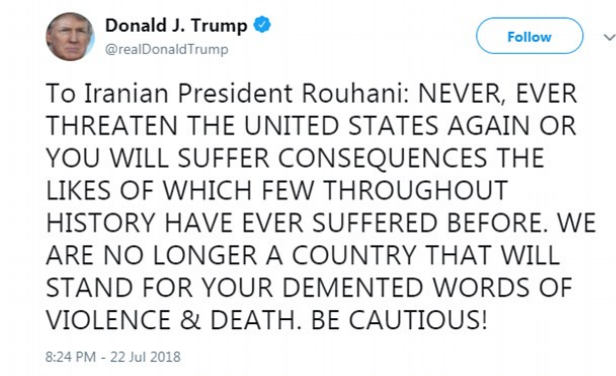
Am 8. Mai 2018 war es dann soweit: Donald Trump verlautbarte den Rückzug der USA vom Atomabkommen, dem seiner Meinung nach „schlechtesten Deal aller Zeiten“ – zum Entsetzen der an diesem beteiligten europäischen Partner. Wenige Monate später wurden auch die Sanktionen der USA wieder in Kraft gesetzt.

Die Reaktion der Europäer war einhellig: man hielt weiter am Atomdeal fest. Auch der Iran zeigte sich vorerst unbeeindruckt.

Auch das mit dem Deal von Wien aufgehobene Ölembargo wurde von den USA wieder in Kraft gesetzt. Trump drohte indes allen Staaten, die nach dem 4. November 2018 noch Öl vom Iran bezögen, mit harten wirtschaftlichen Sanktionen.

Der Iran, in dem sich eine hitzige Debatte entwickelte, ob man nun nicht seinerseits aus dem in Wien geschlossenen Deal aussteigen sollte, begann nun, selbst Drohungen auszusprechen: "Die Amerikaner sollten

aber wissen, dass Frieden mit Iran die Mutter aller Frieden ist (...) genauso wie ein Krieg die Mutter aller Kriege wäre", ließ Präsident Rohani verlauten. Die Spirale der gegenseitige Drohungen drehte sich immer weiter: Trump sprach nun bereits ganz offen von „Konsequenzen“ und warnte den iranischen Präsidenten erneut:



Aber auch der Iran beherrschte Grossbuchstaben: So schrieb der iranische Außenminister Javad Zarif am 23. Juli dem US-Präsidenten eine Antwort, in der er auf den „Untergang von Imperien“ verwies.



Trump wäre nicht Trump, wenn er nicht täglich für eine Überraschung gut wäre. So ließ er kurz nach dem „(Twitter-)Notenwechsel“ die Öffentlichkeit wissen, dass er nun plötzlich ohne Vorbedingungen zu einem Treffen mit Rohani bereit sei. Dieser lehnte jedoch ab. Zum Zweck der Erhaltung des Abkommens und der Möglichkeit, mit dem Iran weiter wirtschaftlich verkehren zu können, wurde im September 2018 von der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini angekündigt, dass von Seiten der EU eine entsprechende Institution gegründet werde, um die US-Sanktionen zu umgehen. Seit der Wiederaufnahme der US-Sanktionen gegen den Iran und den damit verbundenen wirtschaftlichen Konsequenzen für alle Firmen, die weiterhin mit dem Iran Geschäfte machen wollen, haben sich mittlerweile jedoch bereits viele Konzerne wieder vom Iran-Geschäft zurückgezogen – ungeachtet der Tatsache, dass sich die EU-

Signatarstaaten weiterhin an das Abkommen von Wien halten wollen.

Am 30. Januar 2019 erklärte US-Geheimdienstkoordinator Dan Coats, dass es keine Anzeichen gäbe, dass der Iran an einer Atomwaffe arbeite. Präsident Trump reagiert empört und nannte seine Geheimdienste daraufhin „naiv“.

Und Washington erhöhte weiterhin das Tempo: Im April 2019 wurde mit den iranischen Revolutionsgarden erstmals eine offizielle Militäreinheit auf die schwarze Liste ausländischer Terrororganisationen gesetzt (das schloss die von General Qâsem Soleymâni geführten Al-Kuds-Brigaden mit ein, siehe weiter unten).

Was dann folgte, waren eine ganze Reihe (gegenseitiger) Provokationen (die wahren Umstände einiger dieser Vorfälle können bis heute von keinem der beiden Kontrahenten mit absoluter Sicherheit belegt werden):

6. Mai: Verlegung einer US-Trägergruppe und zusätzlicher Bomber in den Persischen Golf.

8. Mai: Präsident Rohani verlangt neue Bedingungen für den Atomdeal und setzt der EU eine 60-Tage-Frist, andernfalls wolle sich der Iran schrittweise vom ursprünglichen Vertrag entfernen.

Mai/Juni: Angriffe auf Tanker im Persischen Golf. Die USA sieht im Iran den Drahtzieher.

13. Mai: Die „New York Times“ meldet mit Berufung auf einen Regierungsvertreter, ein möglicher US-Plan zur militärischen Lösung der Krise beinhalte die Verlegung von 120.000 US-Soldaten in die Region.

14. Mai: Angriff unbekannter Drohnen auf zwei Ölpumpstationen Saudi-Arabiens bei Riad. Es entsteht großer Sachschaden. Die jemenitische Huthi-Miliz übernimmt Verantwortung, die USA vermuten jedoch die wahren Urheber im Iran, der diese Milizen unterstützt.

20. Mai: Nach dem Einschlag einer Rakete in Bagdad droht Donald Trump dem Iran mit seiner Vernichtung: Auf Twitter spricht er ganz offen vom „offiziellen Ende“ des Irans.

13. Juni: Wieder werden zwei Tanker im Persischen Golf attackiert. Die USA, Großbritannien und Saudi-Arabien machen den Iran verantwortlich.

17. Juni: Teheran kündigt nochmals eine stärkere Urananreicherung an.

18. Juni: Die USA kündigen an, 1.000 Soldaten „zu Verteidigungszwecken“ in die Region zu verlegen.

20. Juni: Abschuss einer US-Drohne durch Revolutionsgarden. Präsident Trump spricht von einer Attacke im Internationalen Luftraum, der Iran spricht von iranischem Luftraum. Trump ordnet einen Vergeltungsangriff an, den er eigenen Angaben zufolge erst wenige Minuten vor Angriffsbeginn wieder abbricht.

23. Juni: Die "Washington Post" berichtet, die USA hätten einen Cyber-Angriff auf Computersysteme der iranischen Revolutionsgarden gestartet.

Juli 2019

Als Reaktion auf die US-Sanktionen verletzt der Iran erstmals offiziell das Abkommen von Wien: Die vertraglich festgesetzte Menge der auf 3,67% angereicherten 300 kg Uran wurde auf einen Anreicherungsgrad von 4,5% erhöht.

4. Juli: Bei Gibraltar wird ein iranischer Öltanker von der britischen Marine festgesetzt. Als Grund werden EU-Sanktionsverletzungen genannt.

10. Juli: Der Iran wird von London beschuldigt, versucht zu haben, einen britischen Öltanker in der Straße von Hormus zu übernehmen. Einheiten der britischen Marine hätten dies verhindert.

19. Juli: Revolutionsgarden stoppen einen britischen Tanker im Persischen Golf. Vorwurf: Nichtbeachtung von internationalen Vorschriften.

19. Juli: In der Straße von Hormus zerstören Einheiten der US-Navy eine iranische Drohne. Der Iran dementiert: "Wir haben weder in der Straße von Hormus noch anderswo eine Drohne verloren" twittert der iranische Außenminister Arras Arakchi.

Juli 2019

Die anhaltenden Spannungen führen zu jeweils gegenseitigen Statements, an keinem Krieg in der Region interessiert zu sein. Der iranische Außenminister stellt striktere Kontrollen des iranischen Atomprogramms in Aussicht, wenn die USA im Gegenzug die Sanktionen aufheben würden. US-Präsident Trump wiederum beteuerte, alles was er wolle, sei ein "fairer Deal".

18. August: Der vor Gibraltar vor Anker liegende iranische Öltanker wird von der britischen Marine wieder freigegeben. US-Außenminister Mike Pompeo droht daraufhin jedem Anrainerstaat, der den Tanker unterstütze, mit US-Sanktionen.

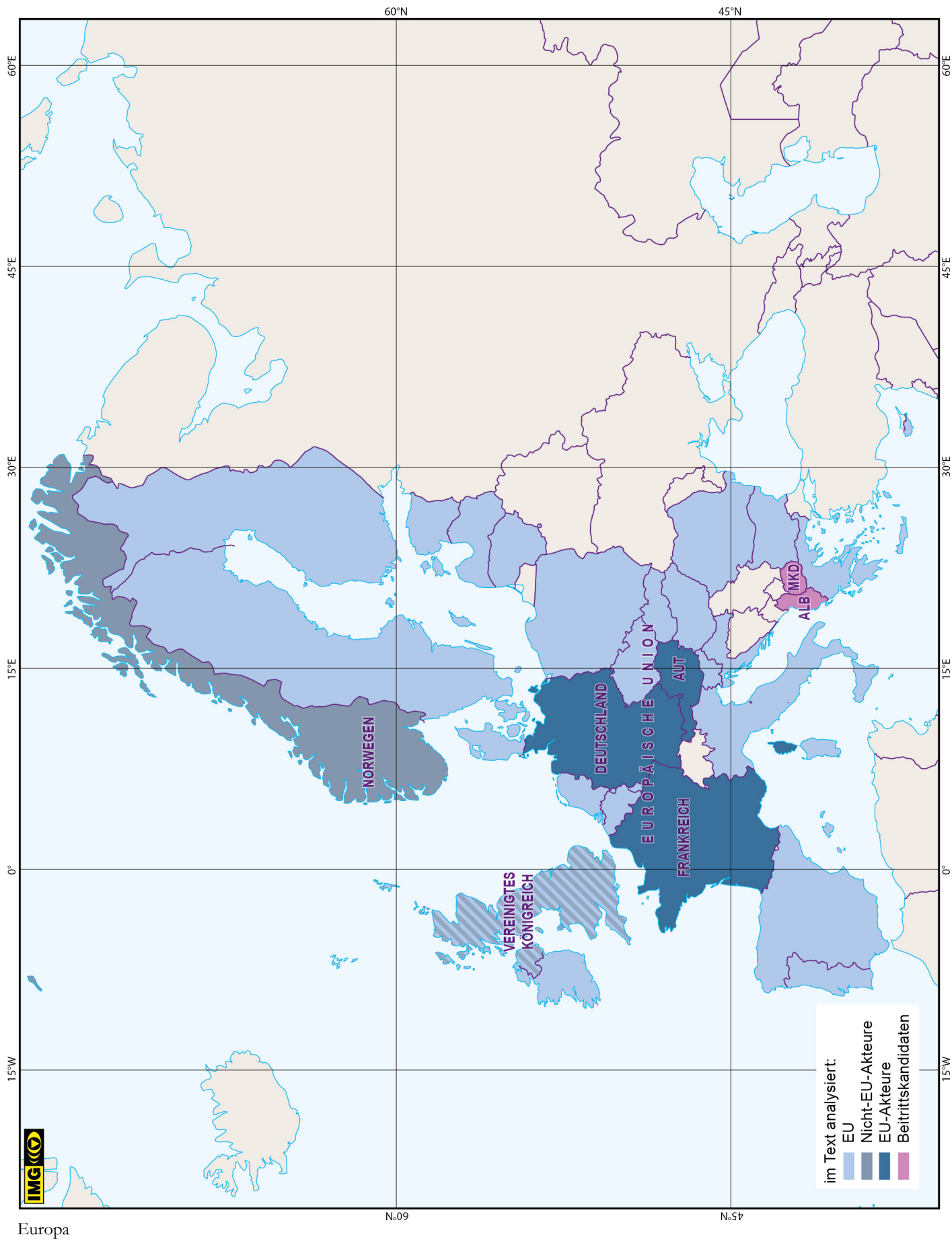
26./27. August. Auf dem G-7 Gipfel in Biarritz, an dem überraschend auch der iranische Außenminister Sarif als

Gast teilnimmt, versucht der französische Präsident Macron zu vermitteln und spricht bereits von der Möglichkeit eines baldigen Gipfeltreffens zwischen den USA und dem Iran.

3. Januar 2020: Einer der wichtigsten iranischen Militärs, General Qâsem Soleymâni, wird im Irak von einer US-Drohne getötet. Der Iran kündigt "schwere Vergeltung" an und zieht sich vom Atomabkommen zurück.

8. Januar 2020: Iranischer Angriff mit Boden-Boden-Raketen auf zwei Militärstützpunkte im Irak, die auch von US-Streitkräften benutzt werden. Im Rahmen dieser "Vergeltung" wird Flug PS752, eine Zivilmaschine der "Ukraine-International-Airlines", die wohl irrtümlich für ein US-Kampfflugzeug gehalten wurde, von der iranischen Luftabwehr abgeschossen. Alle 176 Insassen kommen ums Leben. Der Iran spricht von "menschlichem Versagen", kündigte volle Aufklärung und Entschädigungsleistungen für die Hinterbliebenen der Opfer an.

Felix Schneider



Europa und die EU

Die neue EU-Kommission und ihre „grünen“ und „geopolitischen“ Ziele

Die Europäische Kommission ist die einzige Institution der EU, die Gesetzesvorschläge einbringen kann. Sie wird jedoch nach wie vor national besetzt – also mit Persönlichkeiten, die von den jeweiligen EU-Mitgliedstaaten vorgeschlagen und im Fall eines positiven Hearings vom Europäischen Parlament gewählt werden. Die neue Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, zuvor Verteidigungsministerin der Bundesrepublik Deutschland, wurde ursprünglich Anfang Juli auf Drängen von Frankreichs Staatspräsidenten Emmanuel Macron nominiert und mit der hauchdünnen Mehrheit von neun Stimmen Ende November vom Europäischen Parlament gewählt. Ende November stimmten die drei größten Gruppen im Europäischen Parlament – EVP (Europäische Volkspartei, S&D (Sozialdemokraten) und ALDE (Liberalen) – für sie: „Es ist die bestmögliche Kommission im Rahmen des Handlungsspielraumes, den wir haben“, meinte die S&D-Fraktionschefin Iratxe García Pérez (Spanien). Die neue EU-Kommission will „grüner“ und „geopolitischer“ sein. Ursula von der Leyen kündigte einen „Green Deal für Europa“ an, der die Dekarbonisierung der EU bis 2050 für alle Mitgliedstaaten verbindlich einleiten und in der Folge umfassende Emissionsvorschriften und weitere verbindliche Ziele enthalten soll. Bis 2050 soll aus der EU die erste klimaneutral wirtschaftende Staatengemeinschaft werden. Dazu müssten die Kohlendioxid-Emissionen rapide sinken – um 50% oder besser um 55% bereits bis 2030. Das soll noch genauer im Sommer 2020 entschieden werden. Bisher galt 40% als Etappenziel. Die Kosten dafür belaufen sich laut Berechnungen der EU-Kommission auf jährlich 260 Milliarden Euro. Von einem ambitioniert wirkenden Narrativ bis zu einem konkreten Gesetzesvorschlag, der von den Mitgliedstaaten (Rat) und dem Europäischen Parlament verabschiedet werden soll, ist es noch ein langer steiniger Weg. Frans Timmermans zeichnet nun als Vizepräsident der Kommission für den „Green Deal“ verantwortlich. Gleich zu Beginn des Amtsantritts der EU-Kommission gab es betreffend der Klimapolitik Differenzen zwischen Frankreich einerseits sowie Österreich und Luxemburg andererseits. Grund war das Euratom-Budget: In einem Entwurf für den Etat über 1,6 Milliarden Euro hätte die Atomkraft ausdrücklich als Beitrag zur Klimapolitik erwähnt werden sollen, Österreich und Luxemburg legten daraufhin ihr Veto ein. Druck für die konkrete Klimagesetzgebung für den „Green Deal“ sollte die erstmalige Ausrufung des „Klimanotstandes“ durch eine Staatengemeinschaft sein (in diesem Fall seitens des

Europäischen Parlaments). Der Schritt erfolgte am 28. November, eine Woche vor dem Beginn des Klimagipfels in Madrid.

Die neue Kommission trat ihr Amt offiziell am 1. Dezember an – einen Monat später als geplant. Es gab vor allem Anfang November noch drei unbestätigte Mitglieder des Kommissionskollegiums, die noch durch die Anhörungen gebracht werden mussten. Diese stammten aus Frankreich, Rumänien und aus Ungarn. Erstmals seit dem EU-Beitritt des Vereinigten Königreiches gehört nun kein Brite mehr der Kommission an. Der Brexit steht nun tatsächlich bevor. Von der Leyen ist nun die erste Frau an der Spitze der Kommission. Sie steht jedoch vor denselben Problemen wie ihre Vorgänger – als „Dienerin zweier Herren“: einerseits bleibt sie abhängig vom Europäischen Rat (also den Staats- und Regierungschefs der EU-Mitgliedstaaten). Sie verdankt ihren Posten dem französischen Staatspräsidenten Emmanuel Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel sowie auch Regierungschefs aus den Visegrád-Ländern. Andererseits ist sie demokratiepolitisch vom Europäischen Parlament weiterhin abhängig – für ihre großen Reformvorhaben und vor allem für das erforderliche Budget benötigt sie die Stimmen der EU-Abgeordneten in Straßburg. Zudem existieren in der EU zu viele divergierende Interessen, was die Zukunft der Union betrifft. Heikle Zukunftsthemen bleiben vor allem die Bewältigung illegaler Migration sowie auch die Frage betreffend die Vergemeinschaftung für nationale Verbindlichkeiten in der Eurozone. Gegen letztere spricht sich mit Nachdruck die sogenannte „Hanse“ aus, die sich als Interessensgruppe aus norwesteuropäischen EU-Mitgliedern zusammensetzt. Zudem soll die EU „geopolitischer“ werden. Wie das geschehen soll, bleibt nach wie vor die große ungelöste Frage. Deutschland und Frankreich schlugen in ihrem „Non-Paper“ – einem zweiseitigen Papier – vor, eine Konferenz über die Zukunft der EU einzuleiten, die zwei Jahre dauern und die Weichen für die Reform der EU stellen soll. Die Reformkonferenz sollte während der deutschen EU-Präsidentschaft im zweiten Halbjahr 2020 beginnen und bis zur französischen Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2022 beendet sein. Ein erster Zwischenbericht über die Ergebnisse der EU-Reformkonferenz soll 2021 vorliegen.

EU vertieft militärische Kooperationen

Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) – auf Englisch Permanent Structured Cooperation (PESCO) – wurde erst acht Jahre nach deren vertraglichen Verankerung durch die daran mittlerweile teilnehmenden 25 EU-Mitgliedstaaten beschlossen: 2017 wurden die ersten 17 Projekte beschlossen, 2018 folgten weitere 17. Mit 12. November 2019 existieren

nun 47 Projekte innerhalb dieser Kooperationen. Diese Projekte wurden durch einen EU-Verteidigungsfonds unterstützt mit dem Ziel, Forschung und Entwicklung im Verteidigungssektor an die aktuellen und künftigen sicherheitspolitischen Herausforderungen anzupassen. Die neuen Projekte bezwecken den Auf- und Ausbau von Ausbildung und Know-how im Cyberbereich durch einen EU Cyber Academia and Innovation Hub, mit dem Cyber and Information Domain Coordination Center soll ein stehendes multinationales militärisches Element entstehen. Das Integrated European Joint Training and Simulation Centre soll künftig taktische Ausbildungs- und Simulationseinrichtungen in Europa netzwerktechnisch verbinden. Das EU Network of Diving Centre soll in Hinblick auf künftige Verteidigungsmissionen der EU derartige Fähigkeiten koordinieren und verbessern, die European Patrol Corvette zielt auf die Schaffung eines neuen Schiffstypus ab. Das Maritime Unmanned Anti-Submarine System beinhaltet die Etablierung neuer Führungs- und Kommunikationssysteme für den U-Boot-Kampf. Das Special Operations Forces Medical Training Centre wird sich auf die medizinische Unterstützung für Spezialoperationen konzentrieren und das Polish Military Medical Training Centre in Łódź erweitern.

Die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (SSZ) – auf Englisch Permanent Structured Cooperation (PESCO) – wurde bereits 2009 im EU-Vertrag von Lissabon verankert. Es geht vor allem darum, die militärischen Fähigkeiten der teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten verstärkt zu koordinieren. Erst im November 2017 wurde auf politischem Weg diese Zusammenarbeit aktiviert – beginnend mit der Verabschiedung der ersten 17 Projekte. Folgende Staaten nehmen nicht daran teil: Dänemark, Malta und das Vereinigte Königreich. 2018 wurden seitens der teilnehmenden EU-Staaten weitere 17 Projekte beschlossen.

Die CBRN Defence Training Range zielt auf die Herstellung praktischer Ausbildung im Bereich Bekämpfung chemischer, biologischer, radiologischer und nuklearer (CBRN) Bedrohungen. Das Projekt Airborne Electronic Attack soll die Operationssicherheit für Luftstreitkräfte aus EU- und NATO-Ländern erhöhen. Das Timely Warning and Interception with Space-based TheatER Surveillance Scheme soll die EU-Mitgliedstaaten darauf vorbereiten, effektiver und effizienter gegen Bedrohungen aus dem Luftraum vorzugehen. Materials and Components for Technological EU Competitiveness soll eine verteidigungstechnologische und industrielle Grundlage

entwickeln. Mit der EU Collaborative Warfare Capabilities Initiative sollen die Streitkräfte der EU-Mitgliedstaaten in die Lage versetzt werden, zielgerichteter und adäquat auf künftige Bedrohungen zu reagieren und entgegenwirken zu können. Diese neuen Projekte verdeutlichen auch, dass diese Formen der militärischen Kooperationen innerhalb der EU nicht mehr wegzudenken sind. Die EU-Mitgliedstaaten sind nun ernsthaft daran interessiert, sich militärisch besser als noch Jahre zuvor zu koordinieren und aus diesen Kooperationen heraus zeitgemäße militärische Mittel zu entwickeln.

Wird die EU durch SSZ/PESCO „strategisch autonom?“

Das Ziel der EU, „strategisch autonom“ zu werden, wurde als langfristiges Ziel in der EU-Globalstrategie aus dem Jahr 2016 definiert. Es bleibt jedoch weiterhin unklar, was genau „strategische Autonomie“ für die EU und vor allem für ihre Mitgliedstaaten, die sich gerade in sicherheitspolitisch herausfordernden Zeiten darin einig sein sollten, bedeutet. Zudem ist auch nicht klar, was „strategische Autonomie“ vor allem in Hinblick auf die künftige Gestaltung der transatlantischen Sicherheitsbeziehungen bedeutet. Mit dem Vereinigten Königreich noch eingerechnet gehörten Anfang 2020 von den noch 28 EU-Mitgliedstaaten 22 der NATO an, mit einem Brexit wird sich gerade dieses Verhältnis nicht ändern (27:21). Laut EU-Globalstrategie soll sich „strategische Autonomie“ jedoch gegen niemanden richten. Ursula von der Leyen, die neue EU-Kommissionspräsidentin, meinte, dass die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU einerseits autonomer werden und andererseits transatlantisch bleiben soll. Umgekehrt verlangen die USA gerade von den europäischen Verbündeten seit Dekaden einen ausgeglicheneren Beitrag zu den transatlantischen Verteidigungsanstrengungen innerhalb der NATO. „Strategische Autonomie“ beinhaltet vor allem zwei wesentliche Ziele:

- eine echte und permanente Koordination und Zusammenarbeit zwischen den EU-Mitgliedstaaten beim Aufbau wesentlicher militärischer Mittel, um in die Lage versetzt zu werden, auch selbständig und umfassend Operationen durchführen zu können.
- Zudem soll das Heranziehen künftiger militärischer Fähigkeiten nicht durch Caveats von jenen Staaten verhindert werden, die nicht der EU angehören.

Mehr Investitionen in den Verteidigungssektor führen jedoch nicht automatisch zur Steigerung der Effizienz in diesem Bereich. Gerade militärische Hochtechnologie sollte gemeinsam innerhalb der EU und mit klaren Zielsetzungen in Hinblick auf künftige Aufgabenteilungen zwischen den EU-Mitgliedstaaten

beschafft werden. Dazu benötigt es zwischen den Mitgliedstaaten eine stets zu definierende Prioritätenliste, einen gemeinsamen Beschaffungsplan (den es ebenso stets zu adaptieren gilt) sowie die gemeinsame autonome Entwicklung europäischer Schlüsseltechnologien. Die Prioritätenliste existiert bereits – mit dem Capability Development Plan, der von der Europäischen Verteidigungsagentur (EVA – auf Englisch: European Defence Agency – EDA) entwickelt und zuletzt 2018 adaptiert wurde. Eine derartige Prioritätenliste dient zugleich als Kompass für die weiteren Jahre, die Finanzierung derartiger Projekte soll dadurch garantiert werden. Die koordinierte jährliche Überprüfung im Verteidigungsbereich (Coordinated Annual Review on Defence – CARD) unterstützt dabei die Zielerreichung für die Planungen und Entwicklungen gemeinsamer militärischer Fähigkeiten. Die EU soll – so lautet das Ziel – auch mit Hilfe der SSZ/PESCO „strategische Autonomie“ erreichen, wann und wie diese erreicht werden soll, bleibt noch unklar.

Norwegens umfassende Verteidigungspolitik

Ziele der norwegischen Verteidigungspolitik bleiben einerseits Abschreckung und „Reassurance“ – d.h. aus Sicht des norwegischen Verteidigungsministers Frank Bakke-Jensen „glaubwürdige Verteidigung“ – sowie Dialog und Zusammenarbeit. Damit sollen Transparenz, Vorhersehbarkeit und gute nachbarschaftliche Beziehungen erreicht werden. Eine besondere Herausforderung für Norwegen stellt das Abschmelzen der Polkappen dar. Laut Prognosen soll die Arktis bis zum Jahr 2050 während der Sommerzeit eisfrei werden. Der Zugang zu größeren Gebieten, die eisfreies Wasser umfassen, eröffnet Möglichkeiten für Wirtschaftswachstum und die Ausbeutung von Ressourcen – vor allem für andere (geopolitische) Akteure. Aus norwegischer Sicht ist erkennbar, dass sich Länder, die sich in der Vergangenheit für den arktischen Raum weniger engagiert hatten, nun plötzlich starkes Interesse für diesen Raum bekunden. Daraus leiten sich aus der Sicht von Oslo künftig vermehrte und stärkere militärische Aktivitäten in diesem Raum ab. Vor allem vom Nachbar Russland ist erhöhte militärische Präsenz im arktischen Raum zu erwarten. Seit 2009/2010 befinden sich die russischen Streitkräfte in einem Prozess permanenter Modernisierung. Neue und leisere U-Boote befahren in diesem Kontext nun vermehrt die arktischen Gewässer, Langstreckenpräzisionswaffen können mittlerweile in ganz Europa Ziele erreichen. Von Russland aus wurden auch vermehrt simulierte Angriffe auf norwegische Ziele durchgeführt, GPS-Signale auf norwegischem Territorium wurden gestört. Russlands Streitkräfte haben ihre Fähigkeiten verbessert, in relativ kurzer Zeit große Anzahlen von Personal und Ausrüstung über weite Distanzen zu verlegen.

Sogenannte „Snap exercises“ (also zum Teil sehr kurzfristig angelegte Militärübungen) werden von russischem Militär vermehrt entlang der östlichen Grenzen der NATO bzw. der EU durchgeführt. Die Warnzeit verkürzt sich dadurch erheblich, die Intentionen Russlands bleiben ungewiss. Enorme Auswirkungen auf die Verteidigung des Landes hat aus Sicht der norwegischen Regierung die Entwicklung neuer Technologien – vor allem in den Bereichen der Künstlichen Intelligenz (Artificial Intelligence – AI), unbemannter „Waffenplattformen“, Cyber, Weltraum, Hyperschallwaffen und Langstreckenpräzisionswaffen. Einige Akteure verbessern ihre netzwerkzentrierten Systeme mit dem Ziel, Systeme und Infrastruktur von möglichen Gegnern nicht nur zu beschädigen, sondern auch nachhaltig zu eliminieren. Akteure haben sich auch zum Ziel gesetzt, in weltraumgestützte Fähigkeiten zu investieren. Aus diesen Gründen leitet Norwegen seine Verteidigungspolitik wie folgt für sich ab:

- Stärkung der nationalen Verteidigungsfähigkeit – das inkludiert auch die Bereitstellung von höherem Budget unter anderem für die Beschaffung neuer Flugzeuge und U-Boote.
- Sicherstellung der kollektiven Sicherheit und Verteidigung innerhalb der NATO.
- Bilaterale Kooperationen mit engen Verbündeten.



Arktis

Terroranschläge in Frankreich und Deutschland

Bei einer Messerattacke am 3. Oktober in der Polizei-Hauptdienststelle von Paris wurden vier Menschen ermordet, eine Frau wurde schwer verletzt. Der 45-jährige Attentäter radikalisierte sich selbst. Er hatte zuvor seit 2003 als IT-Spezialist im Hochsicherheitsbereich des Polizei-Geheimdienstes gearbeitet, der für den Kampf gegen den radikalen Islam zuständig ist. Sein mörderischer Gang durch das

Präfekturgebäude dauerte insgesamt sieben Minuten, bis ihn ein 24-jähriger Praktikant erschoss, der erst den sechsten Tag bei der Polizei seinen Dienst verrichtet hatte. Der Täter schien zuvor völlig unauffällig gewesen zu sein: „Wir haben keinen Hinweis auf eine eventuelle Radikalisierung“, so eine Regieurngssprecherin. Es hatte bei ihm „nicht einmal das geringste Warnsignal“ gegeben, so Frankreichs Innenminister Christophe Castaner. Jedoch war von psychischen Problemen des Mannes die Rede. Der Attentäter war zum Islam konvertiert. Er soll laut Aussage eines Kollegen den Anschlag auf „Charlie Hebdo“ 2015 gerechtfertigt haben. Der Vater zweier Kinder – er stammte ursprünglich aus Martinique – besuchte eine umstrittene Moschee in seinem Wohnort Gonesse bei Paris, hatte Kontakte zu Mitgliedern der salafistischen Szene und eine „radikale Sicht auf die Religion“, wie der Leiter der Antiterrorabteilung der Pariser Staatsanwaltschaft erläuterte. Die Autopsien der Todesopfer ergaben, dass der Mann den Terror mit extremer Gewalt ausgeführt hatte. Premierminister Édouard Philippe kündigte verschärfte Kontrollen in all jenen Geheimdiensten an, die an der Terrorismusbekämpfung beteiligt sind.

In Halle an der Saale griff ein 27-jähriger Deutscher (Stephan B.) am 9. Oktober die Synagoge an und erschoss danach zwei Menschen (eine Frau nahe der Synagoge und danach einen Gast in einem nahen Dönerladen). Der Täter hatte noch sein Morden gefilmt und live in das Internet übertragen. Es befanden sich antijüdische Aussagen auf dem Videomaterial, er warf in Tarnuniform und mit Stahlhelm zweimal granatenähnliche Sprengsätze auf den jüdischen Friedhof. Der 9. Oktober 2019 galt als der Jom-Kippur-Feiertag sowie auch der 30. Jahrestag der „Friedlichen Revolution“ in der damaligen DDR. „Dass die Synagoge in Halle an einem Feiertag wie Jom Kippur nicht durch die Polizei geschützt war, ist skandalös“, meinte Josef Schuster, Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland. In Limburg stahl einen Tag zuvor ein 32-jähriger Syrer einen LKW und fuhr damit gegen mehrere Autos, dabei wurde aber niemand schwer verletzt. Es gab acht Leichtverletzte. Das Motiv war hier nicht eindeutig. Der Verdächtige war polizeibekannt, jedoch nicht aufgrund extremistischer Umtriebe. Er hatte „keine Verbindungen in die gewaltbereite islamistische Szene“, so die Staatskanzlei in Hessen. Der Syrer soll wegen Drogenbesitzes, Ladendiebstahls und gefährlicher Körperverletzung aufgefallen sein. Er kam 2015 nach Deutschland, ein Jahr später wurde ihm subsidiärer Schutz gewährt. Erinnerungen an den Anschlag auf einen Berliner Weihnachtsmarkt wurden bei dieser Tat wach, als 2016 Anis Amri aus Tunesien einen LKW gestohlen und ihn als Waffe gegen Besucherinnen und Besucher des Marktes benutzt hatte. Damals handelte es sich eindeutig um einen Terroranschlag.

Neuer Reformvorschlag zur EU-Erweiterung bremst vorläufig Beitrittsprozesse

Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron hatte im Oktober den Beschluss zur Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nord-Mazedonien und Albanien verhindert. Er begründete diesen Schritt damit, dass seiner Ansicht nach die EU derzeit für die Aufnahme neuer Staaten nicht bereit sei. Macron forderte – ausgehend von einem sechseitigen Dokument mit dem Titel „Non-Paper: Reforming the European Union accession process“ – eine umfassende Reform des EU-Beitrittsprozesses. Die vier Grundsätze der Erweiterung wären aus französischer Sicht demnach:

- Künftige Beitritte sollen schrittweise durchgeführt werden. Derzeit dauert es ziemlich lang, bis die 35 Kapitel der Beitrittsverhandlungen abgeschlossen sind. Doch sobald alle Kapitel ausverhandelt wurden, wird das Beitrittsland Vollmitglied der EU.
- Regelungen sollen strenger bindend wirken – insbesondere im Bereich der Rechtsstaatlichkeit. Beitrittsländer müssten EU-Grundsätze so umfassend einführen, dass sie praktisch unumkehrbar werden würden. Der Vollbeitritt zur EU soll nur dann erfolgen, wenn „greifbare wirtschaftliche und soziale Konvergenzkriterien“ erfüllt werden.
- Stärkere und gezieltere Unterstützung der EU für beitrittswillige Länder – Prinzip: mehr Geld für mehr Fortschritt.
- Bisherige Integrationsschritte sollen auch wieder umgekehrt werden, falls ein Beitrittsland bestimmte Kriterien nicht mehr erfüllt oder aufhört, eingegangene Verpflichtungen einzuhalten.

Die österreichische Bundesregierung versuchte im November mit einer eigenen Initiative, die Erweiterungsblockade aufzulösen. Außenminister Alexander Schallenberg äußerte sich gemeinsam mit seinen Amtskollegen aus der Tschechischen Republik, Polen, Italien, Slowenien, der Slowakei und Estland in einem gemeinsamen Brief, einen alternativen Weg einzuschlagen. In diesem Brief wird auf die Notwendigkeit der Heranführung der Länder des Westbalkans verwiesen. Zwecks Beseitigung der Differenzen mit Macron wird vorgeschlagen, dass die Europäische Kommission bis Jänner 2020 Vorschläge zur Reform des Beitrittsprozesses vorlegt. Somit sollen auch, wie von Macron gefordert, Instrumente geschaffen werden, um Reformen in und die Integration von Beitrittsländern zu erleichtern. Eine Reform der EU-Erweiterungspolitik soll die Heranführung neuer Mitgliedstaaten nicht blockieren, sondern unterstützen.

FRONTEX stockt auf, Migration soll nachhaltig gesteuert werden

Die EU-Mitgliedstaaten beschlossen am 8. November nach Abstimmung mit dem Europäischen Parlament eine Reform der EU-Grenzschutzagentur FRONTEX. Ab Jänner 2021 ist die FRONTEX demnach befugt, Grenzschrützer aus der Personalreserve in die Mitgliedstaaten ebenso wie in Ursprungsländer starker Migrationsströme zu entsenden. Bedienstete der FRONTEX sollen auch Abschiebungen durchführen können. Zudem soll die FRONTEX bis zum Jahr 2027 insgesamt 10.000 Einsatzkräfte samt Fahrzeugen und technischem Gerät umfassen. Das Versagen nationaler Behörden kann die FRONTEX jedoch weiterhin nicht gegen den Willen der EU-Mitgliedstaaten korrigieren. Seit Mai 2019 ist die FRONTEX erstmals in einem Drittstaat tätig – in Albanien, wo 50 Bedienstete, 16 Einsatzwagen sowie ein Fahrzeug mit Wärmebildkamera bei der Bewältigung der illegalen Migration sowie bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität mithelfen.

Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen drängt auf eine nachhaltige Reform des EU-Asylwesens: „Es muss unser Ziel sein, ein Vorbild zu werden, wie man Migration nachhaltig und mit humanem Ansatz, aber effektiv steuern kann.“ Die Dublin-Verordnung, wie sich diese derzeit darstellt, habe sich als inpraktikabel erwiesen. Zudem ist es für Migranten ebenso einfach, im Schengenraum weiterzureisen, wie es für die nationalen Behörden aufwendig ist, sie wieder an die Erststaaten (fast durchwegs Griechenland und Italien) rückzustellen.

Die neue griechische Regierung unter Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis beklagte die mangelnde Solidarität innerhalb der EU-Mitgliedstaaten in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Am 20. November verkündete deshalb die griechische Regierung die Schließung von drei chronisch überfüllten Flüchtlingslagern auf den Inseln Lesbos, Chios und Samos. Ein Ersatz derartiger Einrichtungen auf fünf Inseln ist geplant – mit einer Aufnahmekapazität von jeweils 5000 Personen. Mitsotakis kündigte insgesamt eine restriktivere Flüchtlings- und Migrationspolitik an. Die neuen Lager auf Lesbos, Chios, Samos, Kos und Leros sollen ausschließlich „geschlossen“ sein, d.h. ankommende Flüchtlinge/Migranten dürfen sich in Zukunft nicht mehr frei bewegen. Ankommende sollen in der Folge besser kontrolliert und ihre Weiterreise auf das Festland verhindert werden. Außerdem sollen die Lager in „Vor-Rückführungszentren“ umbenannt werden. Zudem will die griechische Regierung die Rückführung von illegal eingewanderten Migranten, die aus der Türkei auf die griechischen Inseln gelangt sind, verstärken.

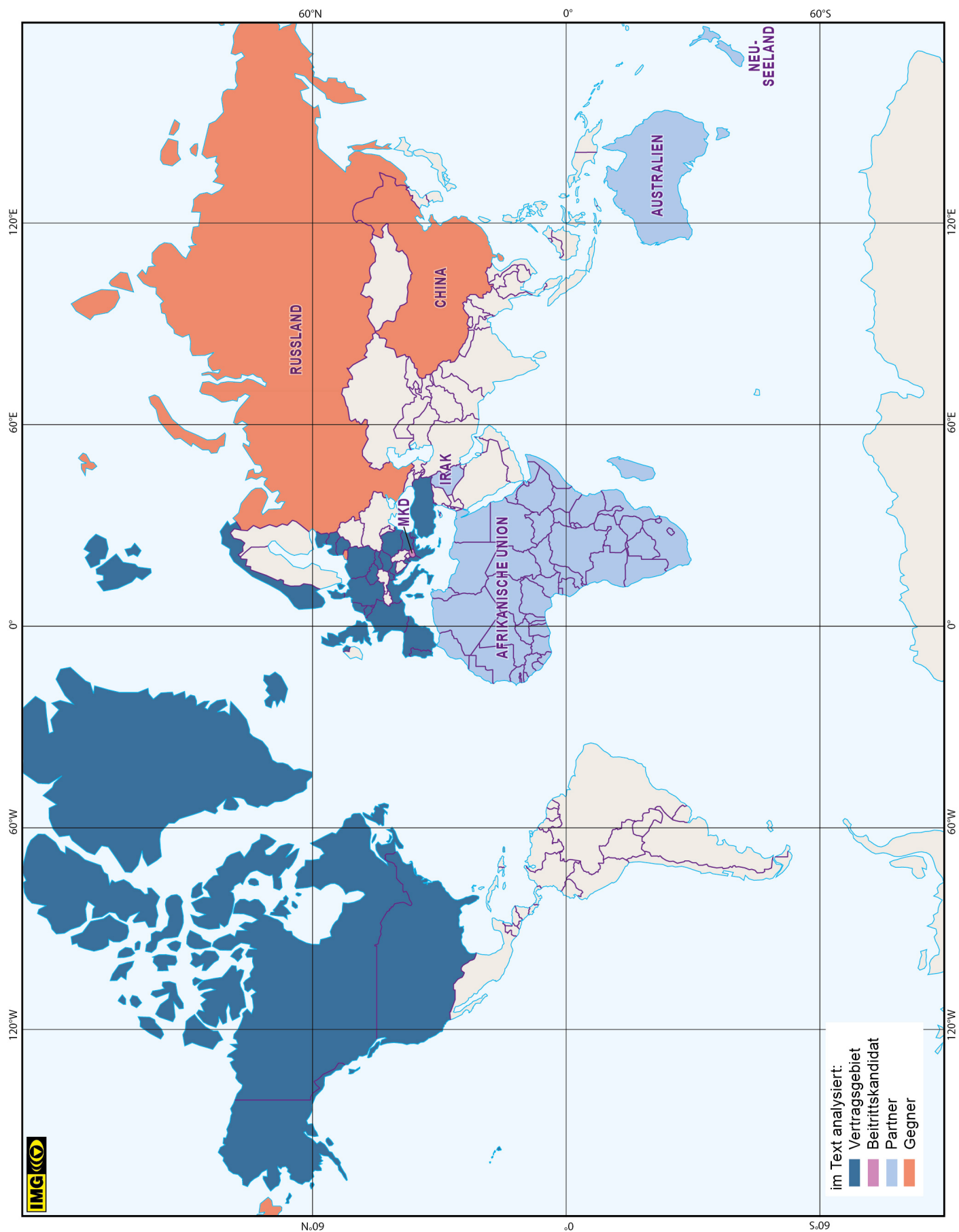
Die Menschenrechtskommissarin des Europarates, Dunja Mijatovic, hatte nach ihrem Besuch Ende Oktober die Lage der Flüchtlinge/Migranten auf jenen griechischen Inseln als „explosiv“ bezeichnet. Es

mangle an medizinischer Versorgung und ausreichend sanitären Einrichtungen. Die Lage hatte sich deutlich verschlechtert. Im Lager auf Samos, das für 650 Menschen ausgelegt ist, befanden sich Ende 2019 mehr als 6000 Flüchtlinge/Migranten.

“Get Brexit done”

Der Brexit soll nun doch umgesetzt werden – das verkündete der britische Premierminister Boris Johnson („Get Brexit done“). Am 31. Jänner 2020 soll das Vereinigte Königreich aus der EU austreten. Dies ist bereits der vierte Termin, ursprünglich sollte der Brexit am 29. März 2019 stattfinden. Der Brexit wurde zunächst auf den 12. April, dann auf den 31. Oktober 2019 verschoben. Ende Oktober gaben die Staats- und Regierungschefs der EU-27 einen weiteren Aufschub. Ein Aufschub, zu dem Johnson seitens des britischen Parlaments gezwungen worden war. Am 12. Dezember wurde erneut das britische Unterhaus gewählt. Mit einem klaren Sieg der Tories und vernichtender Niederlage der Labour Party brachte acht Tage später das Unterhaus den Austritt aus der EU auf dem Weg – mit einer Mehrheit von 124 Stimmen. Mit 31. Jänner 2020 werde, so Boris Johnson, „der Brexit erledigt sein. Aus und vorbei.“ Johnson besitzt im Unterhaus nun eine Mehrheit von 80 Sitzen: „Das neue Jahr wird großartig für uns werden – das Jahr, in dem wir den Brexit erledigen“, so Johnson. Bis zum Ablauf einer Übergangsfrist Ende 2020 ist Johnson bestrebt, ein Handelsabkommen mit der EU abzuschließen. Sonst würde ein Hard Brexit drohen. Noch vor den Wahlen zum britischen Unterhaus gab Johnson dieses Ziel bekannt. Die Labour Party plädierte für einen neuen Brexit Deal mit der EU innerhalb von drei Monaten, das Vereinigte Königreich soll demnach eng mit der EU wirtschaftlich verbunden bleiben. Innerhalb von sechs Monaten, so Labour, soll ein neues Referendum durchgeführt werden. Die Liberalen sprachen sich für ein neues Brexit-Referendum und insgesamt gegen einen Brexit aus. Das Vereinigte Königreich ist nach drei Jahren immer noch in zwei Hälften gespalten: „Der Brexit war nie eine ökonomische Entscheidung. Es geht um ein Identitätsgefühl. Viele haben das Gefühl, dass Großbritannien die Kontrolle über das eigene Land verloren hat“, erklärte der ehemalige britische Handelsminister, Lord Stephen Green. Die Schweiz schloss über 50 Einzelabkommen mit der EU ab. Das Verhältnis zwischen dem Vereinigten Königreich und der EU „dürfte am Ende des Tages ähnlich werden“, erläuterte Green.

Gunther Hauser



Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Einleitung

Wie schon in den letzten Analysen setzten sich auch in den vergangenen 6 Monaten die internen Spannungen des nordatlantischen Bündnisses fort. Der interessierte Leser konnte dies anhand der Beschaffung von russischen S-400 Luftabwehrraketen durch die Türkei oder der „Hirntod“-Analyse des französischen Präsidenten Macron im „Economist“ selbst verfolgen, um nur einige Beispiele zu nennen. Dies führte auch dazu, dass die NATO ihren 70. Geburtstag eher bescheiden mit einem kurzen „Leader-Treffen“ in London feierte.

Vor diesem Hintergrund sollte das formelle Auslaufen des INF-Vertrags mit Anfang August 2019 für die atlantische Solidarität noch die leichtere Übung sein.

Das Ende des INF-Vertrags und die NATO

5 Wochen vor der formellen Beendigung war der INF-Vertrag naturgemäß ein Hauptthema bei der Konferenz der NATO-Verteidigungsminister Ende Juni. Wie schon bei früheren Anlässen sieht die Allianz aber in Russland den Hauptverantwortlichen, da Moskau bereits seit Jahren Systeme entwickelt, die dem Inhalt des Vertrags zuwiderlaufen. NATO-Generalsekretär Stoltenberg warnte daher die Russische Föderation zur Einhaltung der Vertragsbestimmungen, da andernfalls die NATO angemessen und koordiniert auf das Ende des Abkommens reagieren werde. Er ging nicht näher auf die Reaktionsmöglichkeiten der Allianzmitglieder ein, sondern wiederholte nur den bekannten Standpunkt, dass das Bündnis keinen Rüstungswettlauf wolle. Einmal mehr forderte er Moskau auf, die verbleibende Zeit zu nützen und zum Verhandlungstisch zurückzukehren. Ein im Juli vorgesehenes Treffen des NATO-Russland Rates wäre noch eine Möglichkeit dafür. Doch dürfte dies schon zu diesem Zeitpunkt vergeblich gewesen sein, da Russlands Präsident Putin bereits Anfang Juli das Ende des Abkommens besiegelte.

In Übereinstimmung mit dem Vertragstext endete daher das INF-Rüstungskontrollabkommen aus 1987 exakt 6 Monate nach der Aufkündigung durch die USA, also am 2. August. NATO-Generalsekretär Stoltenberg wiederholte zu diesem Anlass die bekannten Positionen des Nordatlantikrates und betonte die Einheit der Alliierten in der Unterstützung des US-Standpunktes.

Hier also noch Einigkeit. Eine wesentlich größere Bedrohung stellte aber das eigenmächtige Agieren Ankaras in der Beschaffung russischer Luftabwehrraketen dar, da diese die integrierte NATO-Luftverteidigung gefährden. Präsident Erdogan war aber

gewillt, die wegen Syrien begonnene Partnerschaft mit dem Kreml mit konkreten Inhalten fortzusetzen.

Unverändert testen Washington und Ankara die allianzinterne Solidarität, aus Frankreich kommt die Diagnose: Hirntod. Dennoch ist die Allianz in der Lage, gemeinsame Beschlüsse umzusetzen, wie Übungen, Modernisierung und die Aufstellung neuer Kommanden zeigen. Generalsekretär Stoltenberg wird aber auch im 1. Halbjahr 2020 gefordert sein, die Einheit des Bündnisses zu wahren.

Die Türkei und das S-400 Programm

Ein US-Ansatz zur Verhinderung dieser Absicht war das Kampfflugzeugprogramm F-35, an dem die Türkei seit Jahren beteiligt war und 100 Stück des Typs erhalten sollte. In Fortsetzung früherer Überlegungen teilte der amtierende US-Verteidigungsminister Shanahan seinem türkischen Amtskollegen mit, dass das Pentagon beabsichtige, im Falle der Auslieferung des S-400 Systems alle türkischen Beteiligungen am F-35 Programm einzustellen. Überdies könnten Sanktionen des US-Kongresses die Rüstungsindustrie und ganz allgemein die Wirtschaft des Landes treffen, aber auch bilaterale Übungen in der Türkei wären gefährdet. Darüber hinaus war auch denkbar, dass der Kongress weitere, wenn auch indirekte Maßnahmen gegen die Türkei beschließt. In diese Richtung ging eine Forderung des US-Senats zur Aufhebung des seit 1987 bestehenden Verbots des Verkauf von US-Rüstungsgütern an Zypern.

Trotz der amerikanischen Warnungen trafen am 12. Juli 2019 mit einem Großraumflugzeug die ersten Teile des russischen S-400 Luftabwehrsystems auf einem Militärflugplatz nahe Ankara ein. Insgesamt sollen die türkischen Streitkräfte zwei Batterien dieses Typs erhalten und beide Seiten versicherten, dass die Auslieferung in voller Übereinstimmung mit den Vertragsvereinbarungen ablaufe. Daraufhin setzten die USA die ersten Schritte. In Aussendungen des Pentagons und des Weißen Hauses wurde der vorläufige Ausschluss des Landes vom F-35 Programm zur Kenntnis gebracht. Als Folge davon mussten alle am Programm beteiligten türkischen Staatsbürger die USA bis 31. Juli verlassen, die bereits von der Türkei angeschafften 4 Flugzeuge verblieben in den USA und die Mitwirkung an der Produktion durch die türkische Rüstungsindustrie wird mit März 2020 beendet. 937 Teile des Kampfflugzeugs wurden von dieser gefertigt und die damit verbundene Suche nach Alternativen wird das Auslieferungsprogramm vermutlich um 1 – 2 Jahre verzögern, aber dies nahmen die USA in Kauf. Sie erklärten einen gleichzeitigen Betrieb von S-400 und F-

35 als „inkompatibel“, ließen aber noch ein Fenster offen. Eine Haltungsänderung Ankaras könnte die Entscheidung jederzeit wieder rückgängig machen.

Neben rüstungspolitischen gibt es aber natürlich auch noch unvorhersehbare allgemeine politische Folgen des allianzinternen Konflikts. Washington hofft daher, dass diese vielschichtige Partnerschaft, vor allem im NATO-Rahmen, nicht weiter gefährdet wird. Doch das ist alles andere als sicher und dieser Zwist öffnet dem Kreml bisher ungeahnte Möglichkeiten. Russland bot daher auch gleich der Türkei eigene Su-35 Jets als Kompensation für den Ausschluss aus dem F-35 Programm an.

Nachdem die S-400 nun schon einmal ausgeliefert waren, drängte die US-Seite darauf, dass die türkische Luftwaffe das \$ 2,5 Mrd teure System nicht in Betrieb nehmen sollte, da damit eben NATO-Aktivitäten der Gefahr des Ausspähens ausgesetzt seien. Insbesondere wird befürchtet, dass Sensoren der S-400 Datenverbindungen der türkischen und der Partnerstreitkräfte erkennen, auswerten und nach Russland übertragen könnten. Auch russische Cyberangriffe über die S-400 werden nicht ausgeschlossen.

Mittlerweile, im Vorfeld des Besuchs von Präsident Erdogan in Washington Mitte November, stellten Rüstungsverantwortliche des Pentagon klar, dass für die meisten von der türkischen Industrie gefertigten Teile Ersatzlieferanten gefunden wurden. Vor dem Kongress waren diese Vertreter zuversichtlich, dass die Türkei wie geplant mit März 2020 gänzlich aus dem Programm ausscheiden werde - es sei denn, die Türkei steige doch noch auf das „Patriot“-System um, wie es Präsident Erdogan bei einer Pressekonferenz am Ende des Besuches andeutete. Damit schien die für 2020 vorgesehene Auslieferung der zweiten S-400 Luftabwehrbatterie noch als unsicher, doch die bald darauf folgende Anerkennung des Völkermordes an Armeniern 1915 durch den US-Kongress verschärfte erneut die bilateralen Beziehungen. In einem TV-Interview drohte Präsident Erdogan mit der Sperre des Fliegerhorstes Incirlik und der Radarstation Kürecik. Da beide Basen auch von der NATO benützt werden, wäre die Allianz gesamt betroffen. Und dann marschierte die Türkei in Nordsyrien ein.

Das NATO-Verteidigungsministertreffen Ende Oktober bildete die erste Möglichkeit, um darüber in der Allianz zu beraten. Mehrere Verbündete demonstrierten ihre Ablehnung, indem sie ankündigten, ein Waffenembargo gegen den Alliierten zu verhängen, ein einmaliger Vorgang. Zusätzlich ging es auch um die Frage der fortgesetzten Beistellung eines Luftabwehrschirms durch Italien und Spanien. Diese Unterstützung wird Ankara seit 2012 gewährt, als Antwort auf eine damals glaubhaft wahrgenommene Bedrohung. Vor dem Hintergrund der laufenden

türkischen Operation wollen beide Staaten ihr Engagement überdenken. NATO-Generalsekretär Stoltenberg unterstützt aber die Fortsetzung der Mission, um trotz starker allianzinterner Differenzen zumindest in diesem Bereich Einigkeit zu zeigen.

In diesem Sinne, nämlich als ermutigendes Zeichen der allianzinternen Kohärenz sieht er auch die fortgesetzten Beiträge der Alliierten zu NATO-Missionen im Irak und in Afghanistan. Der deutsche Vorstoß für eine Stabilisierungsoperation in Nordsyrien wurde ebenso begrüßt. Weitere Themen waren die „Four Thirties“, also die Bereitstellung von 30 Bataillonen, 30 Fliegerstaffeln und 30 Schiffen innerhalb von 30 Tagen für NATO-Einsätze sowie die Bewältigung hybrider Bedrohungen. Hier stand der Schutz kritischer Kommunikationsinfrastruktur im Sinne von „Resilienz“ im Zentrum, so sollen 5G-Netze auf Cyber-Bedrohungen untersucht und die Auswirkungen staatlicher 5G-Betreiber in die Risikoanalyse einfließen. Dazu eingeladen waren auch die Partner Schweden und Finnland sowie die EU. Einen Fortschritt gab es bei der „militärischen Mobilität“, da nun Flugzeuge im NATO-Einsatz ein „NATO-Rufzeichen“ erhalten und damit von den nationalen Flugsicherungsstellen prioritär behandelt werden.

NATO-Außenministertreffen

Zur Vorbereitung des NATO-Gipfels am 3. und 4. Dezember in London trafen sich zwei Wochen davor die Außenminister der Allianz in Brüssel. Erörtert wurden die Festlegung des Weltraums als operativer Bereich neben Land, See, Luft und Cyber, Fragen der Energiesicherheit, der Kampf gegen den Terrorismus und die Positionierung gegenüber China, Russland sowie die Rüstungskontrolle.

Die ersten Schritte der Allianz im Weltraum dienen dem Schutz der Satellitenkommunikation und der Navigationseinrichtungen in technischer Hinsicht. Sie versetzen die Planungsoffiziere zusätzlich in die Lage, von den Nationen benützte Satelliten für NATO-Zwecke anzufordern. Generalsekretär Stoltenberg versicherte, dass alle Aktivitäten des Bündnisses defensiv und in Übereinstimmung mit geltendem Recht seien.

In der Energiesicherheit ging es vor allem um den Schutz der kritischen Infrastruktur und damit um die Erhöhung der Resilienz. Beim Kampf gegen den Terrorismus möchte die Allianz einmal mehr den internen nachrichtendienstlichen Datenaustausch verbessern und ihre Operationen in Afghanistan, im Irak und ihren Beitrag im Kampf gegen ISIS fortsetzen.

NATO „Leader“-Treffen

Wie von den Verteidigungs- und Außenministern vorbereitet fokussierten die Gesprächsthemen auf die

Verbesserung der Einsatzbereitschaft, auf die Einsetzung des Weltraums als neuen operativen Bereich, auf den Kampf gegen den Terror und auf die Herausforderungen der 5G-Telekommunikation im Sinne der Resilienz. In der abschließenden Pressekonferenz verwies NATO-Generalsekretär Stoltenberg naturgemäß auf die Erfolge des eintägigen Treffens.

So wurde die „Readiness Initiative“ abgeschlossen, womit die Allianz nun über je 30 deklarierte Einheiten aller Teilstreitkräfte verfügt, die in 30 Tagen einsatzbereit sind (s. o.). Die Allianz engagiert sich weiterhin im Kampf gegen den Terror, auch in ihren Einsätzen in Afghanistan und im Irak. Auch sicherten alle Staats- und Regierungschefs zu, bei der 5G-Telekommunikation die nötigen Sicherheitserfordernisse einzuhalten. In Bezug auf Russland wurde die bekannte Position des Dialogs basierend auf Abschreckung fortgeführt und erstmals wurde auch China in diesem Kreis erörtert. Und um den inneren Zusammenhalt wieder zu verbessern, wurde ein „Reflexionsprozess“ eingesetzt.



Staats- und Regierungschefs der NATO beim NATO „Leader“ Treffen

Neben der Anerkennung Chinas als Risiko und Herausforderung gleichermaßen versuchten die Staats- und Regierungschefs der Allianz auch noch, Peking in die Rüstungskontrolle einzubeziehen. Zukünftige Abkommen, die an die Stelle des INF-Vertrags treten könnten, sollten auch das Raketenarsenal Chinas inkludieren. Doch dürften die Anstrengungen der Allianz auf diesem Gebiet nur von spärlichem Erfolg gekrönt werden, da die USA als wichtigster Alliierte derzeit kein zu großes Interesse an derartigen Abkommen zeigen. So ist auch die Zukunft des 2020 auslaufenden START-Vertrags ungewiss.

Ebenso ungewiss ist die konkrete NATO-Politik gegenüber Peking, da einige Alliierte einen derart globalen Ansatz der Allianz nicht unterstützen und andere ausgeprägte wirtschaftliche Beziehungen mit China pflegen, die sie nicht gefährden möchten. So dürfte die Anerkennung Chinas als Risiko und Herausforderung vorerst nicht mehr als ein Start zu

ersten vagen Strategiedebatten sein, deren konkreter Ausgang offen ist.

NATO beurteilt den Abzug aus dem Irak

Im Gefolge der stetig steigenden Spannungen zwischen dem Iran und den USA und als Reaktion auf einen entsprechenden Beschluss des Parlaments in Bagdad beriet die NATO Anfang Jänner über die Zukunft ihrer Trainingsmission im Irak. Diese Beratungen wurden noch durch widersprüchliche Nachrichten aus Washington erschwert, die verfrüht einen eigenen Teilabzug ankündigten. NATO-Generalsekretär Stoltenberg brachte bei einem Telefonat mit dem irakischen Premierminister auch in Erfahrung, dass die Regierung des Landes durchaus ein Interesse an der Fortführung der Mission hat. Somit wurde eine zeitweilige Aussetzung der Unterstützungsarbeit, vor allem zum Schutz der eingesetzten Soldaten, als vorläufiges Ergebnis beschlossen. Nach der allgemeinen Lageberuhigung dürfte es vorläufig auch dabei bleiben.

Trotz interner Querelen noch Fortschritte

US-Senat bestätigt Beitritt Nordmazedoniens zur NATO

Ende Oktober billigte der US-Senat mit überwältigender Mehrheit den Beitritt des kleinen Westbalkanstaates zur NATO. Der Vorsitzende des Komitees für Außenbeziehungen sah darin auch ein klares Zeichen an alle anderen beitriftswilligen europäischen Länder. Skopje bestätigte schon vorher die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf 2%BIP, allenfalls noch vor 2024. Nach dem Rückschlag in Bezug auf die Aufnahmegespräche mit der EU kommt Nordmazedonien nun zumindest in der Allianz einen entscheidenden Schritt weiter, der 30. Mitgliedsstaat zu werden. Sieben Ratifikationsurkunden fehlten Ende 2019 noch.

NATO-Mitglieder verstärken Marinezusammenarbeit

Mitte September übten Seestreitkräfte von NATO-Alliierten mehr als eine Woche lang in portugiesischen Gewässern den Einsatz von unbemannten Über- und Unterwasserfahrzeugen. Deren Bedeutung für die Seekriegsführung, besonders für die Bekämpfung von Unterseeboten und die Minenjagd, steigt ständig. Dabei werden vor allem die neuen Systeme der russischen Marine und ihr möglicher Einsatz im Atlantik anvisiert. Und Anfang Oktober unterzeichneten Frankreich, Großbritannien sowie Belgien, die Niederlande und Deutschland ein Abkommen zur verstärkten

Kooperation der jeweiligen Seestreitkräfte im Kanal. Damit wurde ein Forum aus der Zeit des Kalten Kriegs wiederbelebt, das auch heute ein enges Zusammenwirken bei Ausbildung und Übung, bei Beschaffungen und beim Personalaustausch vorsieht. Ein zusätzlicher Aspekt ist die Anbindung britischer Marineeinheiten an Europa nach dem Inkrafttreten des „Brexit“. Der zwischen Frankreich und Großbritannien liegende Kanal ist eine der wesentlichsten Seeverkehrsverbindungen und besitzt vor allem in Krisenzeiten eine enorme Bedeutung. Nicht zuletzt soll mit dem Abkommen auch ein mögliches russisches Eindringen besser verhindert werden.

Neues NATO-Kommando einsatzbereit

In Umsetzung der 2018 beschlossenen Verstärkung der NATO-Kommandostruktur wurde in Ulm das „Joint Support and Enabling Command“ (JSEC) aufgestellt, das am 17. September 2019 seine erste Einsatzbereitschaft erklärte. Aufgabe des Kommandos ist die logistische Sicherstellung und Beweglichkeit der rückwärtigen Einrichtungen und Verbindungen, also Verkehrswege und der Betrieb von Depots. In Friedenszeiten werden 160 Angehörige Dienst tun, die im Einsatzfall auf 600 aufwachsen können. JSEC untersteht direkt SACEUR und wird in den nächsten 18 Monaten seine Fähigkeiten überprüfen und wo nötig verbessern. Mit Herbst 2021 ist die volle Einsatzbereitschaft vorgesehen.

Nuklearwaffenübung „Steadfast Noon“

Kurz nach der Landung von B-52 Bombern in England führten Mitte Oktober Luftstreitkräfte von NATO-Staaten über Westdeutschland und den Niederlanden die Nuklearwaffenübung „Steadfast Noon“ durch. Im Sinne der „atomaren Teilhabe“ werden hier Einsätze europäischer Kampfflugzeuge, die mit US-Atomwaffen vom Typ B-61 bestückt sind, überprüft. Die Bundeswehr beteiligte sich mit „Tornado“-Jets des Jagdbombergeschwaders 33.

AGS und AWACS

Am 21. November landete das erste von fünf Air Ground Surveillance (AGS) Systemen in Sigonella auf Sizilien, nachdem es mittels Fernsteuerung einen 22-stündigen Überflugsflug aus den USA erfolgreich absolviert hatte. AGS basiert auf der amerikanischen Global Hawk, wurde für die Aufklärungserfordernisse der NATO entsprechend angepasst und von 15 Alliierten beschafft, darunter Nachbarstaaten von Österreich wie Tschechien, die Slowakei und Slowenien. Nach und nach werden die weiteren vier AGS auf

Sizilien eintreffen, eine erste Einsatzbereitschaft aller Systeme ist für das 1. Halbjahr 2020 vorgesehen.

Mehr oder weniger zeitgleich bestätigte NATO-Generalsekretär Stoltenberg im Vorfeld des Außenministertreffens die Entscheidung, dass die NATO-Staaten 1 Milliarde Dollar in die Kommunikationseinrichtungen des AWACS-Systems investieren werden, um die 14 Flugzeuge bis 2035 einsatzbereit zu halten. Ab diesem Jahr soll die 1982 eingeführte luftgestützte Aufklärungs- und Kommando-Plattform durch ein neues System abgelöst werden. AGS und AWACS sind zwei der wenigen militärischen Fähigkeiten, über die die NATO ständig verfügen kann.



NATO-Generalsekretär Stoltenberg vor einem der neuen Air Ground Surveillance (AGS) Systemen

Die USA überprüfen Seetransportfähigkeiten

In einer der größten Übungen der vergangenen Jahre zog das US Transportation Command 28 Transportschiffe der Ready Reserve Force zusammen. Dieses Kommando ist verantwortlich für den Seetransport von bis zu 90% der in einem größeren Konflikt benötigten Truppen und Material. Die dafür vorgesehenen Schiffe sind aber meist veraltet und es fehlen Besatzungsmitglieder, die sie noch bedienen können. Zusätzlich wären sie im Einsatzfall oft ohne Begleitschutz, da die Kampfeinheiten der Kriegsmarine reduziert wurden und daher hauptsächlich mit anderen Einsatzaufgaben versehen wären.

US-polnisches Abkommen zur Verstärkung der Truppenpräsenz

Bei seinem Besuch in Washington unterzeichnete der polnische Präsident Duda mit seinem Amtskollegen Trump eine gemeinsame Erklärung, die die Präsenz amerikanischer Soldaten um 1000 auf 5500 erhöhen wird. Vor allem im zentralen und westlichen Landesteil sollen Heeresfliegerkräfte, Spezialeinsatzkräfte und Drohneneinheiten stationiert werden. Ziel Warschaus ist eine dauerhafte Präsenz amerikanischer Verbände in Polen auf bilateraler Basis. NATO-seitig gibt es

Bedenken, ob damit nicht gegen den Inhalt der NATO-Russland Gründungsakte aus 1997 verstoßen wird.

Tschechien tritt multinationaler Initiative bei

Im Rahmen des Verteidigungsministertreffens trat Tschechien der 2016 gegründeten Initiative zur gemeinsamen Beschaffung von Airbus A330 als Tanker- und Transportflugzeug bei. Mit diesem von der NATO und der EU gemeinsam unterstützten Programm soll vor allem die europäische Abhängigkeit von den USA verringert werden. Die Auslieferung der ersten Flugzeuge ist für Mitte 2020 geplant.

Partner

Stabsgespräche mit der EU und mit der Russischen Föderation

Ende November 2019 fanden hochrangige militärische Kontaktgespräche zwischen der NATO und der EU, sowie mit russischen Vertretern, statt.

Den Anfang machte der „Internationale Militärstab der NATO“ mit dem „EU Militärstab“. Dabei ging es im Sinne des politischen Rahmens der „NATO-EU-Kooperation“ um den nachrichtendienstlichen Informationsaustausch, um die wechselseitige Teilnahme an Übungen der EU und NATO, um die Verbesserung der militärischen Mobilität und um die Herausforderungen in der Fähigkeitsentwicklung, vor allem im Sanitätsbereich. Diese Form des gegenseitigen Gedankenaustauschs existiert seit 2013 und wurde mit dem Beschluss der „NATO-EU Kooperation“ ab 2016 intensiviert.

Am selben Tag traf sich der Vorsitzende des NATO-Militärkomitees, Luftmarschall Peach, mit dem russischen Generalstabschef, General Gerassimow. Im Sinne der Transparenz wurden dabei Fachthemen erörtert und beschlossen, diese Dialoge fortzuführen.

Serbien

Air Chief Marshal Sir Peach stattete dem PfP-Partner Serbien Mitte September einen zweitägigen Besuch ab. In seinen hochrangigen Gesprächen mit der Staats- und Regierungsspitze sowie dem Generalstabschef würdigte er die beiderseitige Zusammenarbeit auf Basis des „Individual Action Plan“ mit Erfolgen wie die Katastrophenschutzübung 2018. Bei den politischen Unterredungen standen die Stabilität am Westbalkan, der Belgrad-Pristina-Dialog und die fortgesetzte Unterstützung von KFOR im Mittelpunkt.

Eine Woche später wurde in Kragujevac das modernisierte Zentrum zur Vernichtung von veralteter Munition eröffnet. Die NATO unterstützt seit vielen

Jahren mit Expertise und Geld, in den nächsten Jahren sollen gesamt 1.300 Tonnen sicher entsorgt werden.

Während die NATO gefährliche Altlasten beseitigt, verkauft die Russische Föderation neue Waffen an Belgrad. Nach einer gemeinsamen Übung in Serbien wurde die Beschaffung von drei Flugabwehrbatterien mittlerer Reichweite SA-22 „Greyhound“ bestätigt, geplant sind überdies mehrere Hubschrauber vom Typ Mi-17 und Mi-35.

Afrikanische Union (AU)

Während eines zweitägigen Symposiums in Neapel unterzeichneten die NATO und die AU eine Erklärung zur vertieften Zusammenarbeit. Die Allianz hatte schon in früheren Jahren die AU mit Luft- und Seetransport, mit Planungskapazitäten für die Mission in Somalia sowie mit Expertise zum Aufbau der „African Standby Force“ unterstützt. Mit diesem Abkommen sollen nun die aktuellen Herausforderungen besser bewältigt werden.

NATO-Generalsekretär Stoltenberg besucht Australien und Neuseeland

Anfang August stattete NATO-Generalsekretär Stoltenberg den beiden pazifischen Partnern Australien und Neuseeland einen mehrtägigen Besuch ab und erneuerte dabei mehrere Abkommen. Die beiden Staaten leisteten beeindruckende Beiträge zu ISAF und sind auch über „Resolute Support“ unverändert in Afghanistan engagiert. Australien ist darüber hinaus Mitglied bei den „Enhanced Opportunity Partners“, dem qualitativ höchsten Niveau der Partnerschaftsbeziehungen. Hier befinden sich auch Finnland und Schweden.



NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg und Linda Reynolds, Verteidigungsministerin Australiens, bei der Unterzeichnung eines Partnerschaftsabkommens zwischen der NATO und Australien an Bord der HMAS Hobart

Zusammenfassung

Als wesentliches Ergebnis der vergangenen sechs Monate gilt es einmal mehr die brüchige allianzinterne Solidarität zu bestätigen. Doch ist der Hauptakteur dieses Mal nicht Washington, sondern Ankara. Neben dem völkerrechtswidrigen Vorgehen in Syrien, das den grundlegenden politischen Werten der Allianz widerspricht, ist es das fortgesetzte Zusammengehen mit Moskau, das viele zusätzlich irritiert. Ankara kooperiert mit dem Kreml in Syrien und bei der Luftabwehr, wie die Beschaffung von S-400 Raketen und Verhandlungen über den Erwerb von Su-35 Kampfflugzeugen zeigen, während die NATO an der Ostflanke ihr Dispositiv gegenüber Moskau verstärkt. An einer anderen „Front“ steht das Abkommen zwischen Libyen und der Türkei, das auch die Seegrenzen zwischen beiden Mittelmeerrainern definiert. Diese Übereinkunft hat den Protest Athens hervorgerufen, da es den südlichen Festlandssockel der Insel Kreta verletzt, Griechenland will deswegen sogar die NATO einschalten. Hintergrund der Auseinandersetzung ist die Vermutung, dass im östlichen Mittelmeer erhebliche Gasvorkommen lagern, die von allen genutzt werden wollen. Deswegen kommt es auch zu Spannungen zwischen der Türkei und Zypern. Das östliche Mittelmeer hat solcherart das Potenzial, zu ernststen Auseinandersetzungen zwischen der Türkei, Griechenland und Zypern und damit zu Konflikten zwischen der EU und Ankara zu führen. Die NATO stünde dabei zwischen den Fronten und könnte allenfalls vermitteln. Im Bündnis lässt Erdogan aber berechnete Zweifel aufkommen, ob im Falle der Beratungen zum Artikel 5 NATO-Vertrag über die gegenseitige Beistandspflicht die nötige Einstimmigkeit aller Alliierten noch gegeben ist. Dies und das rasche Aufgeben der Kurden als Verbündete seitens des US-Präsidenten werden zu manchem nervösen Nachdenken besonders in kleineren NATO-Mitgliedsstaaten führen. Ein weiterer Ausdruck der internen Spannungen bedeutete auch das Interview des französischen Präsidenten Macron im „Economist“, der Anfang November die NATO als „hirntod“ bezeichnete. Als Begründung führte er das unkoordinierte Vorgehen der USA und der Türkei in Nordsyrien an. Weder der Abzug der US-Truppen noch der Einmarsch der türkischen Kräfte wurden irgendwie in der Allianz besprochen oder gar koordiniert. Macron forderte als Antwort darauf eine stärkere strategische Ausrichtung der EU zur Wahrnehmung eigener sicherheitspolitischer Interessen.

Damit liegt er richtig, denn die Konflikte im Nahen Osten und in Nordafrika befinden sich alle in der unmittelbaren Nachbarschaft der EU, oder mit Zypern sogar auf ihrem Unionsgebiet. In Zeiten, in denen autoritäre Regimes in Moskau und in Ankara in diesen Krisen Akteure sind und ihre Politik verfolgen, reicht es

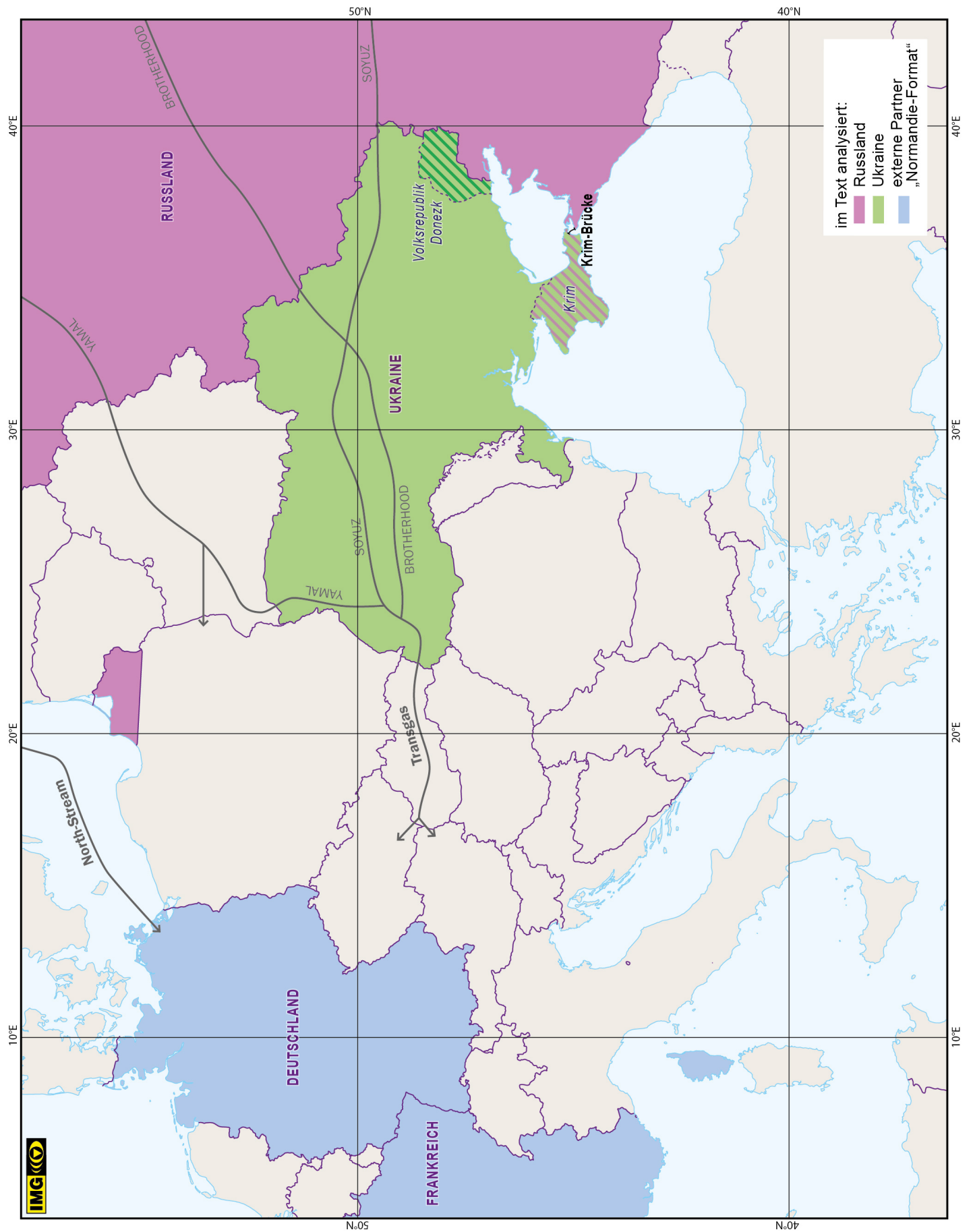
nicht, wenn Europa außer der Mediatorrolle in Minsk, Paris und Berlin sonst nicht wirksam wird. Allein die Möglichkeit einer erneuten Migrationskrise, die alle angesprochenen Konflikte in sich tragen, müsste die Europäer nach den Erfahrungen aus 2015/16 zum einheitlichen Handeln zwingen, um eine weitere Erschütterung ihrer Union zu vermeiden.

Ob die Europäer den französischen Weckruf hören, ist vorerst ungewiss, obwohl die Aufwertung der europäischen Verteidigung in der neuen Kommission ein Signal in Richtung sicherheitspolitischer Eigenverantwortung bedeutet. Leider finden sich im Programm der neugebildeten österreichischen Bundesregierung widersprüchliche europäische Positionen. Der Aufweichung des Einstimmigkeitsprinzips in sicherheitspolitischen Entscheidungen der EU steht die Forderung nach mehr nationalstaatlicher Zuständigkeit („Subsidiarität“) gegenüber. Und Hinweise, wie die nationale Politik in der NATO/Partnerschaft für den Frieden zu gestalten wäre, fehlen völlig. 25 Jahre nach dem Beitritt zu dieser Initiative kommt das Kürzel „NATO/PfP“ nicht einmal mehr vor.

Ausblick

In den kommenden sechs Monaten wird das nordatlantische Bündnis einerseits gefasste Beschlüsse umsetzen und andererseits weiterhin interne Stresssituation bestehen müssen. Dazu zählen vor allem die Lieferung der zweiten S-400 Batterie an die Türkei, das Verhalten Ankaras im östlichen Mittelmeer und ganz allgemein politische Aktionen der Präsidenten Erdogan und Trump. Die sind nicht vorhersehbar, Trump ist ab Sommer spätestens im Wahlkampf und einsame Entscheidungen, beispielsweise über Afghanistan, sind immer möglich. Im gegebenen Fall wird NATO-Generalsekretär Stoltenberg gefordert sein, die Einheit des Bündnisses zu wahren. Dieses wird mit der US-Übung „Defender 2020“, die die Verlegung einer ganzen Division von Nordamerika nach Westeuropa und von dort nach Osteuropa zum Inhalt hat, Verlegeübungen aus der Zeit des Kalten Kriegs reaktivieren. Und auch die NATO-EU-Kooperation im Sinne der „militärischen Mobilität“ wird hier getestet.

Otto Naderer



Russisch-ukrainische Konflikträume und zentrale Erdgaspipelines von Ost- nach Westeuropa

... und ihre Partner und Herausforderer

Status Quo der ukrainisch-russischen Beziehungen

Nach dem Wechsel an der Staatsspitze in der Ukraine im April 2019 wurden unter dem neuen Präsidenten Wladimir Selenskyj unterschiedliche Maßnahmen eingeleitet, um die im Wahlkampf angekündigte Deeskalation mit Russland zu realisieren. Die Bemühungen, die seit 2014 äußerst angespannten Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland zu verbessern, wurden von der EU begrüßt, obwohl zunächst durchaus berechnete Skepsis hinsichtlich der Kooperationsbereitschaft der russischen Führung vorherrschte. Eine Annäherung und somit die Einleitung eines bilateralen Konsolidierungsprozesses ausgehend von Kiew wurde zwar nicht von allen politischen Kräften der Ukraine unterstützt, dennoch konnte sich Präsident Selenskyj trotz Zweifel aus dem In- und Ausland mit seinen Vorhaben im untersuchten Berichtszeitraum durchsetzen. Zu den wesentlichen Entwicklungen in der zweiten Jahreshälfte 2019 zählen der Austausch von Gefangenen, Vereinbarungen betreffend eine Waffenruhe in der Ostukraine sowie ein ukrainisch-russisches Transitgasabkommen.

Machtwechsel in der Ukraine

Die eingeleiteten Veränderungen im Verhältnis zu Russland wurden durch den fulminanten Sieg von Selenskyj ermöglicht, der bei den Präsidentschaftswahlen am 21. April 2019 mit 73,22% zu 24,4% der abgegebenen Stimmen gegen den damaligen Amtsinhaber Viktor Poroschenko gewann. Mit diesem starken Vertrauen der Bevölkerung ausgestattet wird von der neuen Führung in Kiew ein Bruch mit den bis dahin geltenden politischen Praktiken angestrebt. In der Innenpolitik wurde eine Abkehr vom „Oligarchensystem“ angekündigt, obwohl Selenskyj selbst eine Nähe zu einem der mächtigsten Wirtschaftsmagnaten des Landes, Igor Kolomoiski, nachgesagt wird. Aufgrund von unzähligen Korruptionsaffären der „Post-Maidan-Elite“ unter Präsident Poroschenko wünschte sich die Mehrheit der ukrainischen Wählerinnen und Wähler eine Änderung der Machtverhältnisse, dazu kam auch die Kriegsmüdigkeit der Bevölkerung und genau diese Stimmungslage stellte Selenskyj in den Mittelpunkt seines Programms in der Auseinandersetzung mit dem damaligen Amtsinhaber. Außen- und sicherheitspolitisch ist Selenskyj zur Wahl angetreten, den Krieg im Osten des Landes zu beenden und das Verhältnis gerade zu Russland zu verbessern, das seit der Annexion der Krim auch pro-russische Rebellen

aktiv unterstützt. Poroschenko hingegen versuchte das nationalistische Lager zu mobilisieren, in dem er einen möglichen Krieg gegen Russland in den Raum stellte und Selenskyj Verrat von ukrainischen Interessen unterstellte. Diese Argumentationslogik war in der Bevölkerung jedoch nicht mehrheitsfähig und der Wunsch nach Veränderung weit verbreitet.

Parlamentswahlen

Die dem Krieg gegenüber weitgehend kritisch eingestellte Bevölkerung bescherte Selenskyj nicht nur das Amt des Präsidenten, sondern verschaffte seiner Partei „Diener des Volkes“ mit 43,16% auch einen klaren Sieg bei den Parlamentswahlen am 21. Juli 2019. Dahinter weit abgeschlagen wurden die anderen Parteien platziert: Zweitstärkste Partei wurde der sozialdemokratische und pro-russische „Oppositionsblock“ mit 13,06%. Vertreten im Parlament sind künftig zudem die Allukrainische Vereinigung „Vaterland“ von Julia Timoschenko mit 8,18% und die Partei von Poroschenko mit lediglich 8,10%. Ebenfalls ins Parlament schaffte es die liberale Partei „Golos“ mit 5,82% der abgegebenen Stimmen. Damit wurde die Macht der liberalen und gemäßigten Kräfte im ukrainischen Parlament gegenüber nationalistisch-gesinnten Akteuren fundamental gestärkt.

Am 29. August 2019 wurde schließlich auch die aus der Parlamentswahl hervorgegangene neue Regierung unter dem erst 37-jährigen Rechtsanwalt und Gefolgsmann Selenskyjs, Oleksij Hontscharuk, gebildet. Abgestützt auch auf legislative Macht konnte nun Präsident Selenskyj seine innen-, außen und sicherheitspolitischen Vorhaben realisieren. Allerdings, so die Expertenmeinungen, genießt zwar die neue Führung hohe Unterstützung in der Bevölkerung, die Loyalität der Strukturen in der öffentlichen Verwaltung und insbesondere im Sicherheitsapparat müssen sich Präsident Selenskyj und die neue Regierung erst sichern.

Sicherheits- und verteidigungspolitische Maßnahmen

Zweifelsohne spielt der eingefrorene Konflikt in der Ukraine für die europäische Sicherheit eine zentrale Rolle. Somit besteht im internationalen und europäischen Kontext das Interesse, die Situation in der Ukraine nachhaltig zu stabilisieren. Der bewaffnete Konflikt im Osten der Ukraine hält seit 2014 an und forderte bereits über 13.000 Menschenleben. Dies schwächt die Ukraine politisch, gesellschaftlich sowie wirtschaftlich und somit galten die ersten Maßnahmen der neuen ukrainischen Führung, eine Verbesserung der Situation in der Ostukraine einzuleiten. Um dies aber realisieren zu können, war es notwendig, den Dialog zu Moskau wiederherzustellen.

Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland

Zu den ersten Maßnahmen der neuen ukrainischen Führung zählten jene, die zur Entspannung entlang der Kampflinien zu den von Russland unterstützten Separatistengebieten der selbsternannten „Volksrepubliken“ Donetsk und Lugansk führen sollten. Einer der wichtigsten Umsetzungsschritte der neuen Kiewer Führung war der bis dahin größte Gefangenenaustausch zwischen der Ukraine und Russland, der am 7. September durchgeführt wurde. Diesem Austausch waren seit Ende Juli vertraulich geführte Verhandlungen zwischen Kiew und Moskau – also unmittelbar nach dem Sieg von Selenskyjs Partei bei den Parlamentswahlen – und ein persönliches Telefonat zwischen dem ukrainischen und dem russischen Präsidenten vorausgegangen. Bei dieser Aktion wurden je 35 Gefangene ausgetauscht.

Unter den ukrainischen Gefangenen befanden sich auch 24 ukrainische Marinesoldaten, die im November 2018 in der Meerenge von Kertsch von russischen Behörden festgenommen worden waren. Damals haben sich beide Seiten vorgeworfen, die Abmachungen zur Nutzung der Meerenge missachtet zu haben. Jedenfalls veranlasste dieser Vorfall den damaligen ukrainischen Präsidenten Poroschenko, in Teilen der Ukraine das Kriegsrecht mit dem Vorwand auszurufen, einen unmittelbaren Angriff Russlands auf die Ukraine abwehren zu müssen. Innenpolitische Kritiker warfen dem damaligen Präsidenten jedoch vor, mit der Ausrufung des Kriegsrechts die Meinungs- und Versammlungsfreiheit im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen einschränken zu wollen. Poroschenkos Maßnahmen stießen auch bei der NATO und einigen wesentlichen Verbündeten auf Unverständnis.

Unter den im September aus russischer Gefangenschaft freigelassenen Personen befand sich auch der Regisseur Oleh Senzov, der von einem russischen Gericht wegen angeblich geplanten terroristischen Anschlägen auf Denkmäler auf der Krim zu einer Haftstrafe von 20 Jahren verurteilt worden war. Senzov wurde im Mai 2014 auf der bereits im März von Russland annektierten Halbinsel verhaftet. Für seine Freilassung haben sich unter anderem auch westliche Prominente aus Kultur und Politik eingesetzt. 2018 wurde ihm vom EU-Parlament der Sacharov-Preis für geistige Freiheit verliehen.

Im Rahmen des Gefangenenaustausches wurde mit Wladimir Zemach auch der äußerst umstrittene Kommandant einer Luftabweereinheit der Separatisten im Donbas von der Ukraine an Russland übergeben. Zemach wird beschuldigt, im Rahmen seiner militärischen Funktion für den Abschuss des malaysischen Passagierflugzeugs MH17 am 14. Juli 2014 über der Ostukraine mitverantwortlich zu sein. Bei

diesem Vorfall starben 298 Passagiere, 198 von ihnen waren Niederländer. Die Freilassung von Zemach, der erst im Juli 2019 im Rahmen einer Aktion des ukrainischen Geheimdienstes in seiner ostukrainischen Heimatstadt entführt worden war, stieß in einigen EU-Ländern und insbesondere in den Niederlanden zum Teil auf heftige Kritik. Gegen die Freilassung von Zemach haben sich unter anderem 40 EU-Parlamentsabgeordnete ausgesprochen. Vertreter der niederländischen Staatsanwaltschaft haben zumindest eine Einvernahme durch das ermittlungsführende Joint Investigation Team (JIT), das Untersuchungen zur Absturzursache von MH17 leitet, gefordert.

Der im September durchgeführte Gefangenenaustausch wurde sowohl von Selenskyj, als auch vom russischen Präsidenten Putin öffentlich begrüßt. Laut Putin sei der Austausch „ein großer Schritt hin zur Normalisierung“. Positive Reaktionen kamen insbesondere aus den USA. So übermittelte US-Präsident Donald Trump via Twitter einen „Glückwunsch an beide Länder!“ und schrieb weiter: „Sehr gute Nachrichten, vielleicht ein erster großer Schritt zum Frieden“.

Wiederbelebung des Normandie-Formats

Aufgrund der positiven Impulse in den ukrainisch-russischen Beziehungen wurden unterdessen auch auf der internationalen Ebene reale Chancen auf eine Konsolidierung der sicherheitspolitischen Situation erkannt. Als erstes versuchte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron die neue Dynamik zu nutzen und kündigte infolge eines bilateralen Treffens mit Putin im Vorfeld des G7-Gipfels im südfranzösischen Biarritz im August 2019 an, eine Sitzung des Normandie-Formats bestehend aus Frankreich, Deutschland, Ukraine und Russland auf der höchsten politischen Ebene einzuberufen. Dadurch wurde nicht nur eine neue außenpolitische Annäherung von Frankreich an Russland unterstrichen, sondern auch die Absicht von Macron bestätigt, Paris und Berlin im Rahmen des Normandie-Formats wieder stärker in die Friedensbemühungen im Osten der Ukraine einzubringen.

Etabliert wurde das Normandie-Format vor dem Hintergrund der Eskalation der militärischen Konfrontation zwischen Kiew-treuen Kräften und den von Russland unterstützten Rebellen in der Region Donbas als eine Plattform, um einen Dialogprozess zwischen der ukrainischen und russischen Führung implementieren zu können. Ziel war es unter anderem, die im Minsker Abkommen vereinbarten Abkommen auf der höchsten politischen Ebene zu evaluieren und somit eine Stabilisierung und Deeskalation im Sinne der Sicherheit in Europa zu ermöglichen. Obwohl das Normandie-Format anfänglich eine immense Bedeutung für das Unterbinden einer Eskalationsspirale hatte, wurde oft bemängelt, dass weder die EU noch die USA

als wesentliche Sicherheitsakteure strukturell in das Normandie-Format eingebunden wurden. Die Vermittlungsaufgaben des französischen Präsidenten und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel zielten primär darauf ab, die Gesprächsbereitschaft zwischen den höchsten Entscheidungsträgern in Kiew und Moskau aufrechtzuerhalten. Da aber die Animositäten zwischen dem ehemaligen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko und Präsident Putin unüberbrückbar waren, blieben die Gestaltungsmöglichkeiten des Normandie-Formats nach anfänglichen diplomatischen Erfolgen hinter den Erwartungen zurück. Somit wurde die letzte Sitzung des Normandie-Formats auf höchster politischer Ebene im Jahr 2016 abgehalten. International wurde die am 9. Dezember 2019 durchgeführte Zusammenkunft des französischen Präsidenten, der deutschen Bundeskanzlerin zusammen mit den Präsidenten der Ukraine und Russlands in Paris mit Spannung erwartet. Dieses Treffen wurde im Vorfeld deshalb als sehr bedeutsam gewertet, weil die Präsidenten Selenskyj und Putin erstmals einander persönlich begegnen würden. Über die Medien kommunizierten die beiden bereits miteinander. So lobte Putin seinen ukrainischen Amtskollegen als „sympathisch“ und Selenskyj ließ seine Landsleute in einem Fernsehauftritt wissen, dass er den „Menschen Putin“ kennenlernen wolle. Demnach unterschied sich die Rhetorik wesentlich von Selenskyjs Vorgänger Poroschenko, der vor allem fundamentale anti-russischen Positionen vertrat. Deutsche Medien äußerten sich zudem zuversichtlich, dass Macron und Merkel genau aufpassen würden, damit der „Voll-Profi“ Putin den „Politik-Neuling“ aus der Ukraine „nicht über Tisch ziehen“ würde.

Konsolidierungsprozess für die Ostukraine

Schließlich hat das Treffen des Normandie-Formats die allgemeine positive Erwartungshaltung erfüllt und eine ukrainisch-russische Annäherung führte sogar zum Beschluss von weiterführenden Maßnahmen. Somit wurde ausgehend vom ersten Treffen zwischen Selenskyj und Putin eine reale Möglichkeit geschaffen, die bilateralen Spannungen abzubauen und eine nachhaltige Waffenruhe in den umkämpften Gebieten der Ostukraine mit einem darauf aufbauenden Konsolidierungsprozess zu implementieren.

Die konkreten Ergebnisse dieses Treffens mündeten zu gemeinsamen Schlussfolgerungen in drei zentralen Bereichen. Im Abschlussdokument wurde zunächst hervorgehoben, dass die Basis der weiteren Friedensbemühungen im Normandie-Format das Minsker Protokoll vom 5. September 2014, das Minsker Memorandum vom 19. September 2014 sowie das Maßnahmenpaket von Minsk vom 12. Februar 2015 bleiben würden. Der OSZE wird auch künftig eine wesentliche Funktion anvertraut. Zusammengefasst

wurden beim ersten Treffen zwischen dem ukrainischen und russischen Präsidenten im Rahmen des Normandie-Treffens folgende Vereinbarungen getroffen:

- 1.) „Sofortige Maßnahmen zur Stabilisierung der Lage im Konfliktgebiet“:
 - Vollständige und umfassende Umsetzung des Waffenstillstands bis Ende 2019,
 - Entwicklung und Durchführung eines aktualisierten Plans zur Minenräumung,
 - Entflechtung von Truppen und Ausrüstung bis Ende März 2020 entlang der Konfliktlinie,
 - Freilassung und Austausch von Gefangenen nach dem Prinzip „alle gegen alle“,
 - Schaffung neuer „Übergangspunkte“ entlang der Konfliktlinie,
 - Ausnützung des Mandates der Sonderbeobachtermission der OSZE und Möglichkeit, dieser einen geschützten Zugang sowie Bewegungsfreiheit gewähren.
- 2.) „Maßnahmen zur Umsetzung der politischen Bestimmungen der Minsker Vereinbarungen“:
 - Erzielung der Funktionsfähigkeit der „lokalen Selbstverwaltung“ („Sonderstatus“) der Selbstverwaltungsgebiete Donezk und Luhansk,
 - Aufnahme der „Steinmeier-Formel“ ins ukrainische Recht,
- 3.) Folgemaßnahmen:
 - Sicherstellung der erzielten Vereinbarung durch die Außenminister,
 - Durchführung eines erneuten Treffens im Normandie-Format innerhalb der nächsten vier Monate.

Die Ergebnisse dieses „Normandie-Gipfels“ wurden international äußerst positiv aufgenommen. Zuversichtlich äußerte sich die deutsche Bundeskanzlerin zum Ergebnis und den weiteren Entwicklungen: „Wir haben heute die Zeit des Stillstands überwunden. Wir werden dann natürlich auf diesem Weg auch weitermachen.“ Gerade die Vereinbarung über die Aufnahme der sogenannten „Steinmeier-Formel“ in das ukrainische Recht stellt eine Wende in den Bemühungen dar, eine politische Lösung für den Konflikt in der Ostukraine zu ermöglichen. In seiner damaligen Funktion als deutscher Außenminister hat Frank Walter Steinmeier 2015 einen Kompromiss erreicht, wonach das Inkrafttreten eines Sonderstatusgesetzes und somit die Gewährung einer Autonomie für die Rebellengebiete Luhansk und Donezk im Rahmen des ukrainischen Staates am Tag von durchgeführten Lokalwahlen sowie „nach positiver Beurteilung dieser Wahlen durch die Wahlbeobachtungsmission der OSZE“ erfolgen sollte. Gerade diese „Steinmeier-Formel“ war aber im Nachhinein für die Kiewer Führung unter dem

ehemaligen ukrainischen Präsident Poroschenko nicht annehmbar, da diese als eine „Niederlage“ für die Ukraine interpretiert wurde. Von nationalistischen Kräften wurden daher die erzielten Vereinbarungen des Normandie-Formats im Dezember 2019 auch als „Verrat“ von Präsident Selenskyj an der Ukraine interpretiert.

Gastransit durch die Ukraine

Ein weiterer „bilateraler“ ukrainisch-russischer Konfliktpunkt mit einer weitreichenden geopolitischen und –ökonomischen Dimension ist der Transit von russischem Gas über die Ukraine und weiter nach Westeuropa. Im Berichtszeitraum haben sich wichtige Entwicklungen ergeben, die nicht nur für die Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland, sondern auch für die europäische Sicherheits- und Energiepolitik ausschlaggebend sind.

Infolge der Annexion der Krim durch Russland und den Kämpfen in der Ostukraine entschied die russische Führung, den Vertrag mit Kiew über den Transit von russischem Gas über die Ukraine und weiter in den Westen ab 2020 nicht mehr zu verlängern. Stattdessen sollte die Energieversorgung von EU-Ländern mit einer neuen Gaspipeline - der North Stream 2 – die über die Ostsee und dann weiter nach Deutschland führen soll, gewährleistet werden. Dadurch würde die Ukraine jährlich 2,9 Mrd. Dollar an Einnahmen verlieren. Dies könnte neben finanziellen Einbußen auch dazu führen, dass die Ukraine aus strategisch-geoökonomischen Überlegungen ins Hintertreffen geraten würde.

Gerade die Schwächung der Ukraine schien Moskau darin zu bestärken, den Bau der North Stream 2 zu forcieren. Für die Realisierung des Vorhabens wurde ein Konsortium, die North Stream 2 AG, gegründet, in das neben der ÖMV auch die Unternehmen Uniper und Wintershall (beide Deutschland), Royal Dutch Shell (Niederlande) und Engie (Frankreich) involviert sind. Für die 1.224 Kilometer lange Gaspipeline wurden zunächst 9,5 Milliarden Euro veranschlagt. Die Finanzierungsvereinbarung wurde am 24.4.2017 unterzeichnet, wobei die Hauptkosten der staatsnahe russische Konzern Gazprom trägt. Die ÖMV ist mit 10% an den Baukosten beteiligt. Laut ÖMV wird mittels North Stream 2 die Energiesicherheit Mitteleuropas langfristig sichergestellt. Demnach würden Transitstrecken von Gas nach Europa wesentlich verkürzt und durch die Umgehung der Ukraine auch geopolitische Risiken minimiert.

Gegen den Bau von North Stream 2 haben sich neben der Ukraine auch die baltischen Staaten, Polen und insbesondere die USA vehement eingesetzt. Die USA sehen darin eine steigende energiepolitische Abhängigkeit Europas von Russland und somit eine geopolitische Schwächung der EU und NATO-

Verbündeten. Hervorzuheben sei, dass die USA eigene wirtschaftliche Interessen verfolgen und mit dem Verkauf von Flüssiggas von der Nachfrage am europäischen Markt profitieren wollen.

Auch auf EU-Ebene war das Vorhaben von Anbeginn an äußerst umstritten. Erst im Februar 2019 wurde während der rumänischen Ratspräsidentschaft vom EU-Parlament eine neue Gasrichtlinie verabschiedet, gegen deren Umsetzung die North Stream 2 AG im Juli 2019 eine Beschwerde beim Europäischen Gerichtshof (EuGH) eingereicht hat. Unabhängig von dieser Klage entschied der EuGH erst am 11. September 2019 in einer Grundsatzentscheidung, dass die North Stream 2 teilweise unzulässig sei. Begründet wurde dies damit, dass nach EU-Recht das Prinzip der „Solidarität“ bei der Energieversorgung verletzt werden würde. Die Klage hatte Polen eingereicht, um unter anderem zu verhindern, dass die Ukraine vom Gastransit aus Russland ausgeschlossen wird. Hinter den Kulissen wurde seitens der EU sehr wohl zwischen Ukraine und Russland vermittelt, um eine Lösung bei den zentralen Fragen des Gastransits zu finden. Trotz Klage und der neuen Gasrichtlinien stellt die EU keine unüberbrückbare Hürde da, so die Bewertung von Experten. Nachdem vor allem Dänemark im Oktober 2019 seinen Widerstand gegen das Projekt mit einer zuvor positiv beschiedenen Umweltverträglichkeitsprüfung aufgegeben hatte, schien zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung die Fertigstellung der Pipeline mit keinen größeren Schwierigkeiten mehr konfrontiert zu sein. Diese Bewertung änderte sich mit der Annahme eines Gesetzes in den USA.

Am 8. Dezember 2019 wurde im Kongress der National Defense Authorization Act (NDAA) beschlossen, der dann am 17. Dezember im Senat bestätigt und am 20. Dezember von Präsident Donald Trump unterschrieben wurde. Mit dieser Maßnahme wurde die Fertigstellung der Pipeline North Stream 2 als eine Gefährdung der nationalen Sicherheit gewertet und deshalb setzen sich die USA den Schutz der europäischen Energiesicherheit zum Ziel. Die Maßnahmen sehen unter anderem vor, Sanktionen gegen all jene Firmen zu verhängen, die sich am Bau der Pipeline beteiligen. Die Vorgehensweise der USA wurde von der EU-Kommission scharf kritisiert, besonders heftig fiel die Reaktion der deutschen Regierung aus, die den Fall als eine klare Verletzung der eigenen Souveränität betrachtet. Offiziell hieß es dazu aus Berlin: „Die Bundesregierung lehnt derartige extraterritoriale Sanktionen ab“. Demnach treffen die Sanktionen „deutsche und europäische Unternehmen und stellen eine Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten dar.“ so die Einschätzung des Regierungssprechers. Noch deutlicher fielen die Worte von Vize-Kanzler Olaf Scholz (SPD) aus, dieser sprach von einem „schweren Eingriff in die Souveränität

Deutschlands und Europas“. Während die Vertreter der CDU und CSU ihre Ablehnung eher diplomatisch formulierten, äußerte der SPD-Fraktionsvorsitzende, Rolf Mützenich, offene seinen Missmut aus: „Die EU und Deutschland sind für Trump offenbar keine verbündeten Partner, sondern tributpflichtige Vasallen.“ Auch der sonst so zurückhaltende Tagesspiegel sah darin eine neue Zuspitzung im „Wirtschaftskrieg“. Aufgrund der angedrohten US-Sanktionen hatte ein schweizerisches Unternehmen bereits angekündigt, die Arbeiten an der Fertigstellung der Pipeline abzubrechen, wodurch sich die Inbetriebnahme der North Stream 2 verzögern wird. Russische Firmen werden die Arbeiten beenden, hieß aus Kreml.

Von der EU-Kommission sowie einigen EU-Mitgliedsstaaten wurde verlangt, dass die Ukraine beim Gastransit nicht umgangen wird und der Zeitrahmen für eine Einigung schien die größte Hürde dafür zu sein, denn der 2009 abgeschlossene Vertrag endete am 31.12.2019. Nur einen Tag vor dem Vertragsende gelang ein Durchbruch bei den Verhandlungen um den Transit von Gas über die Ukraine in die EU. Künftig sollen aber statt 90 Milliarden Kubikmeter im Jahr geringere Mengen Gas durch die Ukraine befördert werden. Im Jahr 2020 sollen es 65 Milliarden Kubikmeter sein und von 2021 bis 2024 sind nur noch 40 Milliarden Kubikmeter Gas pro Jahr geplant. Des Weiteren wurde von Gazprom zugesichert, dem ukrainischen Unternehmen Naftogaz rund 2,6 Milliarden Euro zu zahlen, um mehrere Rechtsstreitigkeiten beilegen zu können. Mit diesem Kompromiss wurden zumindest vorläufig Streitigkeiten zwischen der Ukraine und Russland beigelegt. Der damalige russische Regierungschef, Dmitri Medwedew, zeigte sich daraufhin in sozialen Medien optimistisch mit den Worten: „Jetzt sind alle Probleme gelöst“. Die EU-Kommission, die unter anderem an der Vermittlung zwischen Kiew und Moskau beteiligt war, zeigt sich ebenfalls mit dem Kompromiss zufrieden.

Fertigstellung der Krim-Brücke

Die Erleichterung in Kiew über die erzielte Einigung im Streit um den Gastransit wurde überschattet von einer Meldung wenige Tage zuvor, die auch international ambivalente Reaktionen hervorrief. Am 25. Dezember fuhr der erste Zug mit rund 500 Passagieren an Bord über die kürzlich erst fertiggestellte 19 Kilometer lange Krim-Brücke, die das russische Festland mit der annektierten Halbinsel verbindet. Die Schwarzmeer-Passage der Zugstrecke wurde am 22. Dezember von Präsident Putin selbst eröffnet. Die ukrainische Staatsanwaltschaft leitete daraufhin ein Strafverfahren ein, weil der Zug illegal die Staatsgrenze der Ukraine überquert hätte. Zudem wurde der Bau der Brücke sowie die Freigabe der Strecke auch von der EU als

Verletzung der „territorialen Unversehrtheit und der Souveränität der Ukraine“ gewertet.

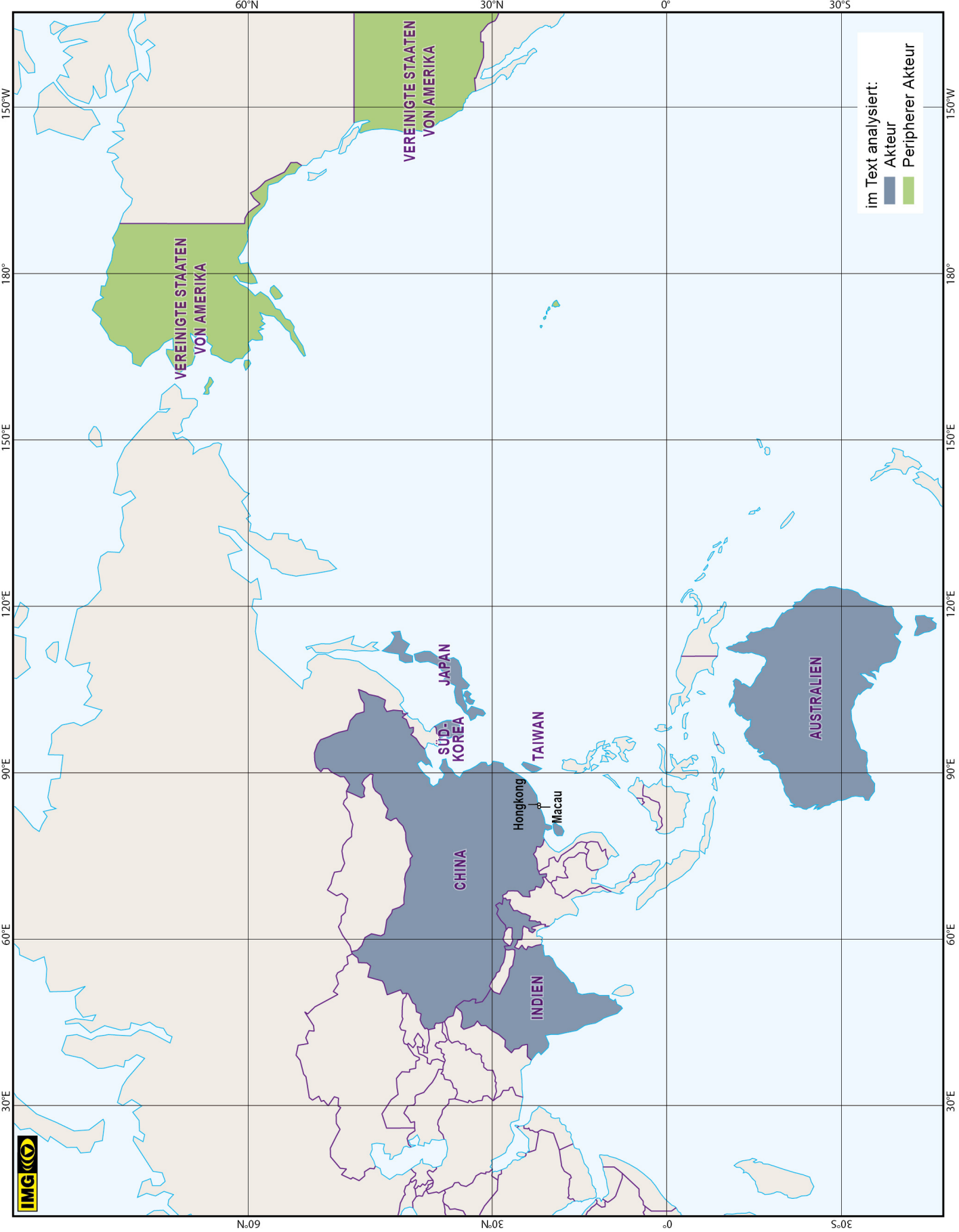
Trotz negativer Reaktionen hinsichtlich der Krim-Brücke wurde zu Jahresende 2019 von der neuen Führung in Kiew ein positives Resümee über die jüngsten Entwicklungen in den ukrainisch-russischen Beziehungen gezogen. Erfreulich war, dass noch am 29. Dezember rund 200 Gefangene zwischen der Ukraine und den prorussischen Separatisten ausgetauscht wurden. Dieser erneute Gefangenenaustausch wurde ebenfalls international sehr positiv aufgenommen und als eine wichtige humanitäre Geste der Konfliktparteien vor dem Neujahrsfest gewertet.

Ausblick

Die vernichtende Niederlage der bis zu den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen 2019 regierenden Post-Maidan-Elite unter Poroschenko brachte die Frustration der Bevölkerung über das vorherrschende politische System zum Ausdruck. Mit Präsident Selenskyj wurden Hoffnungen geweckt, erstmals eine pro-westliche Führung an der Staatsspitze der Ukraine zu haben, die auch den Kampf gegen die Korruption ernsthaft betreiben und sich um die Verbesserung der Lebensverhältnisse bemühen würde. Solange Selenskyj und seine Regierung Maßnahmen gegen die Korruption setzen und womöglich auch die Lebensverhältnisse der Bevölkerung verbessern, kann er sich auch der Unterstützung für seinen Konsolidierungsprozess im Osten des Landes und somit auch für die Annäherung an Russland sicher sein. Die zum Teil heftigen Reaktionen der Opposition auf die Ergebnisse des Normandie-Treffens deuten jedoch auf deutliche Spannungslinien im innenpolitischen Kräfteverhältnis der Ukraine hin.

Russland hingegen dürfte vor allem aus wirtschaftlichem Interesse an einer Verbesserung der Beziehungen zur Ukraine interessiert sein. Denn mit der Umsetzung des Minsker Abkommens könnten auch die EU-Sanktionen gegen Russland aufgehoben werden, was wiederum einen positiven Effekt auf die Wirtschaftsbelegung haben würde. Vor diesem Hintergrund dürfte sich die Phase der Entspannung auch 2020 fortsetzen, sollte nicht Unerwartetes eintreten. Essenziell werden die weiteren innenpolitischen Entwicklungen in der Ukraine sein. Die Stimmung im Land und somit auch das Wohlbefinden für Präsident Selenskyjs Reformkurs werden zu einem erheblichen Teil von der weiteren wirtschaftlichen Stabilisierung und daher von der Anhebung des Lebensstandards für breite Bevölkerungsschichten abhängen.

Rastislav Bachora



Indo-pazifischer Raum

Der indopazifische Raum

Bisherige Herausforderungen werden im indopazifischen Raum zunehmend als Bedrohungen empfunden. China erhöht seine Militärkapazitäten mit der Inbetriebnahme eines zweiten Flugzeugträgers. Für den Aufbau eines strategischen Raketenfrühwarnsystems findet es Unterstützung in Russland. Die USA stärken ihre Machtprojektion mit der Entsendung der USS Gabrielle Giffords und mit Waffenlieferungen an Taiwan. Gleichzeitig drohen essenzielle US-Allianzen zu erodieren, speziell mit Südkorea. Die politische und (geo-)strategische Dimension der Wirtschaft ist seit längerem in der Seidenstraße evident und zeigt sich nun auch vor dem Abschluss des weltgrößten Freihandelsvertrages in Asien.

China, Hongkong & Taiwan

Die komplexen Beziehungen und Souveränitätskonflikte zwischen China, Hongkong und Taiwan kamen angesichts Hongkongs schwerster politischer Krise seit der Übergabe an China 1997 deutlich zum Vorschein. Die Protestbewegung, die Vorgangsweise Chinas, aber auch die Positionen von Hongkong, Taiwan und den USA beeinflussten wiederum die Parlamentswahlen in Taiwan am 11.1.2020. Dessen internationale Isolation führte China fort. Die kleinen pazifischen Inselstaaten, z.B. die Salomonen, Kiribati und Vanuatu, sind zwar keine großen politischen Akteure, verfügen jedoch über eine strategische Lage und ihre Abkehr von Taiwan über eine symbolische Bedeutung.

China

Die größte Militärparade seit 1949, die am 1.10. zum 70. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik stattfand, war ein deutliches Zeichen nach außen und innen. Als Symbol für den Zusammenhalt des Landes nahmen diesmal auch Amtsvorgänger von Xi Jinping teil. Die chinesische Führung könnte jedoch weniger stabil sein als angenommen, wie geleakte Geheiminformationen über Xinjiang zeigen. Die Präsentation von modernem Militärgerät unterstrich Chinas Selbstbewusstsein und den Status von Xi Jinping. Die Waffen dienen in erster Linie der Abriegelung und wurden großteils zuvor noch nie öffentlich gezeigt. „*No force can stop China, marching forward*“, kommentierte Xi Jinping. Erstmals wurde auf Hongkong und das Prinzip „Ein Land, zwei Systeme“ Bezug genommen, z.B. mit Spruchbändern. Mit diesem Prinzip sagte China 1997 Hongkong und Macao die Beibehaltung ihrer Autonomie zu, außer für die Verteidigungs- und Außenpolitik und speziell mit Blick

auf eine potenzielle künftige Wiedervereinigung mit Taiwan.

Bewertung

Tatsächlich veränderten sich die zwei unterschiedlichen Systeme seit 1997. Das Wirtschaftssystem Chinas glich sich dem Kapitalismus in Hongkong an. Sein politisches System stellt China hingegen zunehmend als Alternativmodell zur westlichen Demokratie und als (moralisches) Vorbild für Entwicklungsländer in den Vordergrund. Aus chinesischer Sicht ist es dem dysfunktionalen westlichen Modell überlegen. Als effektive Projektionsfläche dient v.a. die Seidenstraße. Denn die Moral spielt im Nullsummenspiel der Weltpolitik eine entscheidende Rolle, argumentierte einer der führenden Politikwissenschaftler Chinas, Yan Xuetong, im September 2019. Für den internationalen Erfolg, für den Auf- oder Abstieg einzelner Mächte ist - neben der materiellen und politischen Macht - ihre moralische Weltsicht verantwortlich. Im Gegensatz zu den USA (siehe die entsprechenden Ausführungen von Oberst Dr. Jedlaucnik in ISS-Aktuell 3/2019, S. 7) beabsichtigte China niemals einen Export seiner Werte. Es legt allerdings großen Wert darauf, wie es in der Welt wahrgenommen wird. Außerdem unterscheidet sich die chinesische Definition von Moral deutlich. Die Projektion von moralischer Stärke auf die Weltpolitik resultiert aus einer besonnenen und konsequenten Definition der nationalen Interessen, dem Schutz von internationalen Normen, der Übernahme von globaler Verantwortung und der Glaubwürdigkeit bei Kooperationspartnerschaften. China spricht nicht von Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit. Es bezieht sich in erster Linie auf das Wirtschaftswachstum und die Zurverfügungstellung von Kollektivgütern, z.B. von Infrastruktur und Stabilität im Rahmen der Seidenstraße. Die Moral muss spezifisch und konkret sein. Sie unterstützt den staatlichen Handlungsspielraum und wirkt nach außen und nach innen, etwa zur Disziplinierung. Die Elemente seiner Theorie des „moralischen Realismus“ führt Yan Xuetong auf traditionelle chinesische Philosophen zurück.

Die Entwicklungstendenzen Chinas zeigen eine Zunahme der strategischen Elemente, der Parteikontrolle und der proaktiven internationalen Mitsprache. Vorrangig ist die Sicherstellung der politischen Legitimität, basierend auf dem materiellen Wohlstand, und die Erweiterung der internationalen Unterstützungsbasis. Zu den Hemmnissen für seine Entwicklung zählt China die lokale US-Präsenz und die Weltordnung wegen ihrer Instrumentalisierung zugunsten der westlichen Interessen. Gleichzeitig fördert und nutzt China die internationalen Institutionen, z.B. die Welthandelsorganisation. Diese erlaubte China Ende Oktober 2019 im Zuge einer

langjährigen Klage die Verhängung von Zöllen in der Höhe von 3,6 Mrd. US-\$ auf US-Produkte (ohne Bezug zum aktuellen Handelskonflikt).

Unruhen in Hongkong

Zugrunde liegt den Unruhen in Hongkong eine tiefgehende öffentliche Unzufriedenheit, verstärkt durch Souveränitätskonflikte zwischen China, Hongkong und Taiwan. Über eine Exitstrategie verfügt weder Hongkong noch China. Die Demonstranten sehen keinen Sinn darin, einer nicht frei gewählten Regierung nachzugeben. Diese sieht sich gegenüber der Bevölkerung ebenso wenig verantwortlich wie China. Die entscheidungsschwache Regierungschefin Carrie Lam Cheng Yuet-ngor fühlt sich China gegenüber verpflichtet.

Die **Ursache** für die Unruhen ist ein Mord, begangen vom Hongkonger Studenten Chan Tong-kai in Taiwan Anfang Februar 2019 und gefolgt von seiner Flucht nach Hongkong. Zwar unterhält Hongkong mit 20 Ländern Vereinbarungen zur Auslieferung von Straftätern und zur gegenseitigen Rechtshilfe, jedoch nicht mit China, Taiwan oder Macao. Um die Zulässigkeit der Auslieferung von Chan nach Taiwan entspann sich ein heftiger Disput. Vergebens drängte Hongkong Taiwan, die freiwillige und informelle Auslieferung zu akzeptieren. Taiwan beanstandete wiederholt und am 9.5.2019 offiziell das Fehlen eines bilateralen Abkommens. Dieses wäre allerdings gleichbedeutend mit einer formellen Anerkennung der Legitimität und Souveränität Taiwans sowie einer Institutionalisierung seiner Beziehung zu Hongkong und China.

Der **Auslöser** der Unruhen ist die umstrittene Gesetzesänderung für das Auslieferungsgesetz, die mit einer unüblich kurzen Begutachtungsfrist von drei Wochen am 13.2.2019 eingebracht wurde. Mit der räumlichen Ausweitung der Gültigkeit auch auf China oder Taiwan sollten bisherige Schwachstellen beseitigt werden. Dazu zählt die Kompromittierung fairer Gerichtsverfahren aufgrund der bisher fallbasierten Entscheidungen über Auslieferungsanträge, die eine Bestätigung durch den Legislativrat erforderten und dadurch Informationen an die Öffentlichkeit brachten. Aufgrund des heftigen Widerstandes wurde der Gesetzesentwurf am 14.6. ausgesetzt, der formelle Rückzug am 4.9. verkündet und am 23.10.2019 schließlich durchgeführt.

Die **Heterogenität der Proteste** resultiert aus sehr unterschiedlichen Sichtweisen. Im Vordergrund steht die Sorge über die unterschiedlichen Rechtsrahmen in Hongkong und China, Zweifel an der Fairness von Gerichtsverfahren in China und die Frage, wer mit

welcher Begründung nach China ausgeliefert würde. Taiwan stellte wegen der potenziellen Auslieferung von Taiwanern aus Hongkong nach China eine Reisewarnung in Aussicht. Befürchtet wird die Ausweitung der chinesischen Kontrolle, die Untergrabung der lokalen Autonomie sowie der Meinungs-, Versammlungs- und Religionsfreiheit und ein weiterer Verlust an (wirtschaftlicher) Relevanz. Der Anteil Hongkongs am gesamtchinesischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) sank seit der Übergabe an China 1997 von 20% auf 5%. Das Pro-Kopf-Einkommen übertraf jenes in China um das 35-fache, heute nur mehr um das 5-fache. Dennoch ist das Risiko des Bedeutungsverlustes wegen der langfristigen Einbindung in Chinas strategische Entwicklungskonzepte gering (siehe die Sonderseite zu Hongkong). Zu den Bedenken kommen die hohen Lebenskosten und 20% Armut, die aus der langjährigen engen Beziehung zwischen den Wirtschaftstykons und der Politik resultieren. Auch über die äußeren Einflussnahmen, etwa aus den USA, Europa oder Singapur, sind die Meinungen geteilt.

Die **Resilienz der Proteste** entstammt, neben der öffentlichen Solidarität, der internen Dynamik aufgrund des repressiven Zugangs sowie der Ermächtigung der Polizei gegenüber der politischen Lokalmacht. Die Solidarität zwischen den offensiven und den friedlichen Demonstranten sowie der unbeteiligten Bevölkerung bezieht sich auf die Einigkeit über die Ziele, jedoch nicht über die Methoden. Die Gesellschaft ist effizient organisiert, gut mobilisierbar sowie zunehmend politisiert und polarisiert. Dies wurde als „Nationalismus ohne Staat“ bezeichnet.

Die **ungewohnte Vorgangsweise** betrifft die Absenz einer offensichtlichen Führung. Die Organisation erfolgte dezentral über das Internet, die Mobilkommunikation sowie teils verschlüsselte oder anonyme soziale Medien, z.B. Telegram. Gängige Apps, wie etwa Uber oder Pokemon Go, wurden für die Informationsweitergabe umfunktioniert. Die Anwendung spieltypischer Elemente und die Nutzung der gemeinsamen Apps zeigt die Gamification der politischen Proteste. Dem persönlichen Blickwinkel entsprechend wählten v.a. die jungen Demonstranten eine Rolle für sich, z.B. als friedlicher Unterstützer oder als Angreifer. Die Forderungen der Demonstranten sowie die Polarisierung zwischen ihnen und den Unternehmen verschärfte sich. Die Gewalttoleranz nahm ebenso zu wie die effektive Taktik, die Kosten für China maximal zu erhöhen. Die ab Juli teilweise radikale Vorgangsweise mit Vandalismus und gezielten Angriffen auf Staatssymbole erfolgte vorrangig in den Geschäftsvierteln zur Maximierung der medialen Aufmerksamkeit und wegen der vorteilhaften Lage,

etwa für Straßenblockaden. Die Verlagerung der Kommunikation auf die Straße beruht auch darauf, dass die Debatten wegen der methodischen Untergrabung der Opposition nicht innerhalb des politischen Rahmens geführt werden können. Politische Parteien bzw. Politiker, die gestärkt durch die Wahlen 2016 für die Unabhängigkeit Hongkongs eintraten, wurden mit Verweis auf das Grundgesetz verboten. Die Pro-China-Mehrheit der Abgeordneten veränderte den parlamentarischen Prozess zu ihrem Vorteil. Seit der Kolonialzeit existieren zwar vielschichtige, jedoch zunehmend ineffektive Feedback- und Dialogmechanismen zum Aufspüren der öffentlichen Meinung. Daher waren die Regierungen sowohl in China als auch in Hongkong vom Ausmaß der Unzufriedenheit und der Bürgermobilisierung sowie der Heftigkeit der Proteste überrascht.

Die **Polizei** nutzte traditionelle, noch aus der Kolonialzeit stammende Taktiken zur Bekämpfung der Ausschreitungen. Die Grundlage ist die Kapazität zur Kräftermobilisierung, die einen raschen Wechsel von der Tagesroutine in eine interne Sicherheitsstruktur mit bedeutender Feuerkraft und entsprechender Ausrüstung erlaubt. Die idealerweise nur temporären Maßnahmen sind mitunter offensiv, z.B. durch den Special Tactical Squad, die paramilitärische Einsatzgruppe der Hong Kong Police Force. Der strategische Misserfolg liegt im Zuwachs der radikalisierten Demonstranten. Die bislang öffentlich akzeptierte Polizei wurde für die Demonstranten zunehmend zur Angriffsfläche. Deren Misstrauen begründete sich auf dem Vertrauensverlust, dass die Polizei die Menschen schützt. Andererseits stellt die paramilitärische Struktur sicher, dass zur Aufrechterhaltung der internen Ordnung nicht das chinesische Militär herangezogen wird.



Unruhen in Hongkong

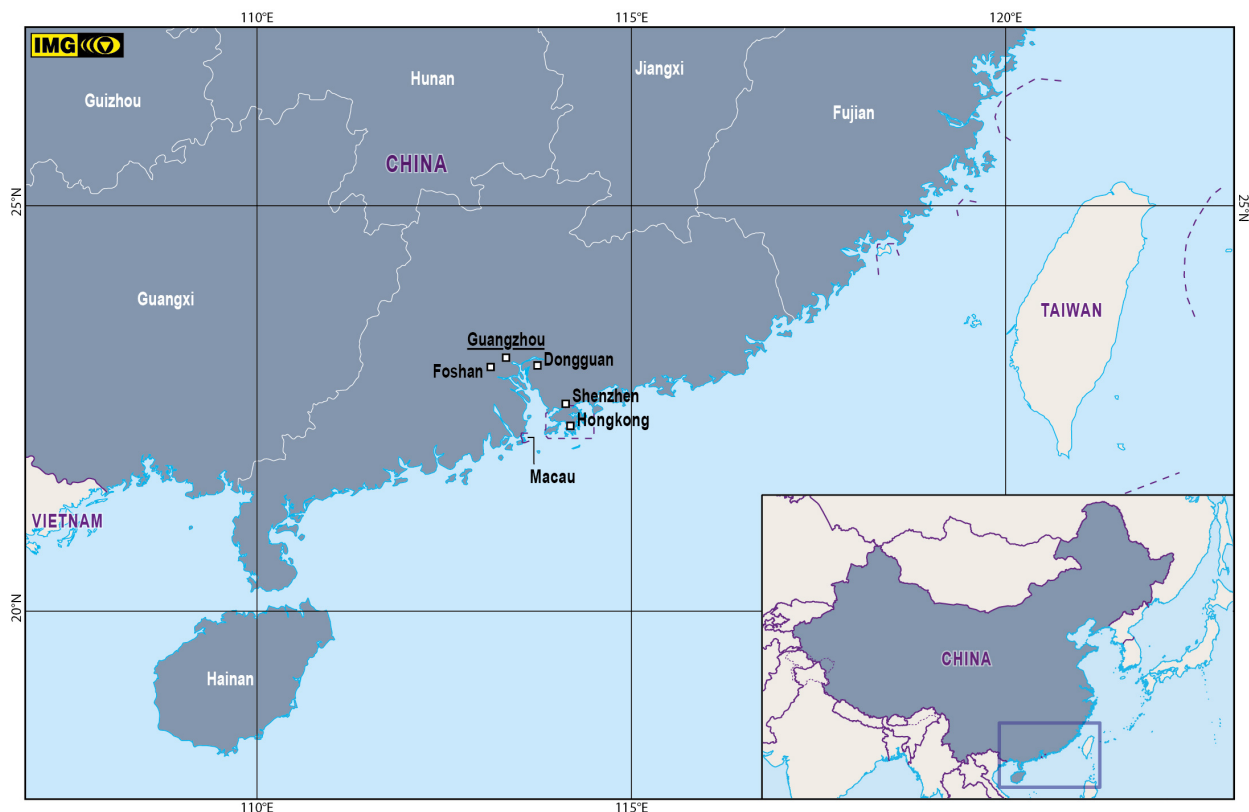
Hongkong geriet in eine Regierungskrise. Als Konsequenz bediente es Partikularinteressen und stärkte die Bindung zu einzelnen Bevölkerungsgruppen, z.B. durch Maßnahmenpakete für sozial Schwache. Speziell wegen der Hit-and-Run-Taktik der Demonstranten entschloss sich Hongkong Ende Oktober 2019 zur Aufstockung der bestehenden Polizeikapazitäten von 30.000 Mann. Schrittweise werden 1.000 pensionierte Polizisten für weitere 2,5 Jahre wieder in den Dienst gestellt. Abhängig vom Bedarf und den individuellen

Fähigkeiten sollen sie u.a. an vorderster Front, zum Auswerten von Bildmaterial oder für die Cybersicherheit eingesetzt werden. Die operative Leitung übernahm der Exkommandant der Elitesondereinheit der „Flying Tigers“, Frank Kwok Yam-yung. Diese Spezialeinheit wird vor allem im Antiterrorkampf eingesetzt. Die Bezirkswahlen erfolgten termingerecht, friedlich und mit einer relativ hohen Wahlbeteiligung von 71% Ende November 2019. Die deutliche Stärkung der demokratischen Bezirksräte in 17 von 18 Bezirken hat allerdings nur symbolische Bedeutung und kaum reale Auswirkungen.

China will eine Eskalation, direkte Intervention oder Gewaltanwendung mit Blick auf sein internationales Ansehen vermeiden. Die Forderungen der Demonstranten sieht es als Abspaltungsversuch. Die rote Linie zieht es bei der Gefährdung der nationalen Sicherheit sowie der Unterwanderung des Hongkonger Grundgesetzes oder der Autorität Chinas. China lehnt Kompromisse ebenso ab wie eine offene Einmischung aus dem Ausland. Dies stärkt den chinesischen Patriotismus. Die Wiederaufnahme der seit 2014 geforderten demokratischen Reformen, v.a. ein allgemeines Wahlrecht und demokratische Wahlen, eine unabhängige Untersuchung von Polizeigewalt und die Rücknahme der Klassifizierung als Aufruhr stehen für China nicht zur Diskussion. Unter dem seit der Kolonialzeit bestehenden Gesetz kann auch gewaltfreier Protest mit der Einstufung als Landfriedensbruch oder Zusammenrottung mit bis zu zehn Jahren Haft geahndet werden. China setzt auf Abwarten und die Zermürbung der Demonstranten. Seiner strategischen Kultur folgend nutzt es eine indirekte Vorgangsweise zur Untergrabung der gegnerischen Absichten.

In die Bemühungen zur Unterstützung Hongkongs band das Hong Kong and Macao Affairs Office unterschiedliche Regierungsorgane Chinas ein, wie etwa das Militär, die bewaffnete Polizei oder das Außenministerium. So warnte die Hongkong Garnison der PLA am 31.7.2019 vor einem möglichen, jedoch unwahrscheinlichen Einsatz zur Aufrechterhaltung der sozialen Ordnung. Die Mannstärke wurde im September 2019 auf ca. 10.000 Soldaten verdoppelt. Tatsächlich zeigten sich einige Soldaten am 16.11.2019 außerhalb ihrer Kaserne - zum Aufräumen. China instrumentalisierte Hongkonger Unternehmen mit Wirtschaftsinteressen am Festland sowie den lokalen öffentlichen Dienst, z.B. die Polizei, die Justiz und die Verkehrsbetriebe. Aus diesem Grund griffen die Demonstranten etwa die U-Bahn-Stationen systematisch an. Die Wiederherstellung von Recht und Ordnung wies China grundsätzlich der Hongkonger Regierungschefin zu. In China lenkt der Partei- und Medienapparat die Debatte.

Chinas strategische Wirtschaft - Hongkong & die Greater Bay Area



Im strategischen Wirtschaftskonzept Chinas spielen Hongkong, Macao und die südchinesische Küstenprovinz Guangdong eine entscheidende Rolle.

Bis 2035 soll die Greater Bay Area als synergetisches und global wettbewerbsfähiges Wirtschafts- und Entwicklungssystem fungieren, das hauptsächlich auf Innovation basiert. Diesem Ziel dient die integrierte Entwicklung des städtischen und des ländlichen Raumes. Die Städte wirken als zentrale Knotenpunkte mit spezifischen Eigenschaften. Die wichtigsten Stützen sind die Regionen Hongkong und Shenzhen, Guangzhou und Foshan sowie Macao und Zhuhai. Die wirtschaftliche Eingliederung erfolgt durch eine enge Zusammenarbeit und Vernetzung. Die physische Vernetzung geschieht beispielsweise durch die Ausweitung der intermodalen Transportachsen, mit dem Vorteil der Zeit- und Kostenreduktion. Die immaterielle Vernetzung wird etwa durch ein koordiniertes Informationsmanagement oder den (Aus-) Bildungssektor gefördert. Der grundsätzliche Rahmen soll bis 2022 geschaffen werden. Den strategischen Leitfaden skizzierte China Anfang Februar 2019 in Einklang mit anderen Konzepten, z.B. der Industriepolitik „Made in China 2025“. Dieser Innovationsinkubator umfasst die kompletten Lieferketten der neuen Technologien und Industrien sowie der Produktion und der Dienstleistungen. Die staatliche, institutionelle und finanzielle Förderung gilt der Grundlagenforschung bis zur raschen Vermarktlichung. Die Greater Bay Area ist strategisch als Innovations- und Technologiedrehscheibe positioniert sowie als Vorzeigeprojekt für eine tiefgreifende Kooperation zwischen dem chinesischen Festland, Hongkong und Macao. Sie umfasst eine Fläche von 56.000 km² und 70 Mio. Einwohner, das sind 5% der chinesischen Bevölkerung.

Innovation

Die Innovationsfähigkeit der Region Hongkong und Shenzhen als Regionalcluster listete der Global Innovation Index nach Tokyo an zweiter Stelle (gefolgt von San Francisco und Seoul). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) der Greater Bay Area betrug 2018 1,6 Billionen US-\$, das sind 13% des nationalen BIPs. Generell wächst die Wirtschaft in der Region schneller als im Rest des Landes, einzelne Städte (z.B. Shenzhen und Guangzhou) übertrafen das Wachstum von Hongkong um das Doppelte. Erstmals überholte das BIP von Shenzhen mit 340 Mrd. US-\$ 2018 jenes von Hongkong. Es soll bis 2035 auf 600 Mrd. US-\$ steigen. Auch andere City Cluster beweisen ihren erheblichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum. Das Jangtse-Delta bei Schanghai beispielsweise verantwortet 20% des chinesischen BIPs, der Großraum um Peking und Tianjin 10% und das Perlflossdelta 9%.

„Ein Land, zwei Systeme, drei Zollzonen“

Die Besonderheit der Greater Bay Area liegt in der Heterogenität der inkludierten Konzepte und Systeme, nämlich „Ein Land, zwei Systeme, drei Zollzonen“. Hongkong und Macao sind Sonderverwaltungszone. Dazu kommen neun bezirksfreie Städte in Guangdong. Diese befinden sich im wirtschaftlichen Übergangsprozess von der derzeit dominierenden Produktions- zur Dienstleistungsindustrie. Weiters umfasst die Greater Bay Area Sonderwirtschaftszonen (Shenzhen und Zhuhai), Freihandelszonen (Nansha, Hengqin, Qianhai und Shekou) und zollfreie Häfen. Die multilateralen Verhandlungen konzentrieren sich nun auf die Kernpositionierung der Städte und ihre Arbeitsteilung, z.B. auf die Differenzierung der Hafenfunktionen. Im Mittelpunkt stehen die Dezentralisierung, die Koordination der finanziellen Ressourcen und eine Steuerreform zugunsten der Forschung sowie der Klein- und Mittelbetriebe. Von Vorteil ist die existierende solide industrielle Basis mit alten und neuen Wirtschaftssektoren sowie die gute Vernetzung. Die Ressourcenzuteilung und die regionale Entwicklung sind vergleichsweise ausgeglichen, die Wirtschaftsdynamik, die Internationalisierung und die Marktoffenheit eine der besten in China.

Seidenstraße

Die Schaffung eines weltweit konkurrenzfähigen Geschäftsumfeldes macht die Greater Bay Area auch zu einer bedeutenden Stütze für die kontinentale und die maritime Seidenstraße. Die internationalen Standards für den Handel und Investitionen sollen berücksichtigt werden. Der Schutz von geistigem Eigentum soll verbessert, die Öffnung fortgeführt sowie die Marktintegration und die zivil-militärische Kooperation vertieft werden. Generell sind die Privatwirtschaft, die Exportorientierung und der Hochtechnologiektor stark in der regionalen Wirtschaft verankert. Hongkong wird als Zentrum für Rechtsdienstleistungen und die internationale Streitschlichtung gestärkt. Macao übernimmt die Brückenfunktion zu den portugiesisch sprechenden Ländern der Seidenstraße.

Komplementäre Diversität

In der komplementären institutionellen Diversität liegt die Stärke der Greater Bay Area. Es gibt unterschiedliche Städtecluster mit einer mehrfachen Marktpositionierung. So spezialisiert sich Shenzhen auf die Technologieinnovation, Dongguan auf die Produktion oder Hongkong auf den Finanzsektor. Guangzhou agiert als internationales Handels- und Industriezentrum sowie als integrierte Transportdrehscheibe. Die Tokyo Bay Area beispielsweise konzentriert sich auf die Industrie. Doppelgleisigkeiten oder eine Fragmentierung sollen vermieden werden. Angestrebt wird der (über-) regionale Austausch von Fähigkeiten, Technologie, Information, Kapital und Investitionen. Shenzhen zieht die meisten Fachkräfte an, gefolgt von Hongkong und Guangzhou. Hinderlich sind allerdings die unterschiedlichen Steuersätze. In Hongkong beträgt der höchste Steuersatz im Gegensatz zum Festland nur 15%. Immer mehr Städte bieten daher einen entsprechenden finanziellen Ausgleich für Arbeitskräfte an und schaffen damit erstmals eine Wettbewerbsneutralität für die regionale Privatwirtschaft. Firmenfusionen erfolgen branchenintern zur Bildung von innovativen Kooperationsplattformen, z.B. durch die Kombination der Werkstoffherstellung mit der Geräteproduktion. Sie geschehen branchenübergreifend, z.B. zur Optimierung der traditionellen Produktion. Die Übernahme von vor- oder nachgelagerten Bereichen können die Wertkette erweitern. Häufig erfolgen Firmenfusionen auch mit dem Fokus auf die Grundlagenforschung.

Künstliche Intelligenz

Als Schwerpunkte gelten die Informationsinfrastruktur, z.B. Smart City Cluster, die Wissenschaft und Technik sowie der Finanz- und Versicherungssektor. Im Bereich der Wissenschaft und Technik konzentriert sich die Forschung auf die Logistik und Lieferketten, die Informations- und Kommunikationstechnologie, KFZ-Komponenten, Textilien sowie Nano- und andere moderne Werkstoffe. Zur Unterstützung entstehen ein Big Data-Zentrum und zusätzliche Innovationsplattformen. Die Vernetzung von Forschungsinstituten, Unternehmen, Institutionen und Ressourcen wird optimiert. Die strategischen neuen Industrien, z.B. 5G, sollen in Guangdong bis 2020 210 Mrd. US-\$ erwirtschaften. Im Bereich der künstlichen Intelligenz betrug der Wert der Kernindustrien in Guangdong 3,7 Mrd. US-\$, ein Drittel des Landes. Die damit verbundenen Industrien wie etwa die Robotik und intelligente Geräte erreichten 28,5 Mrd. US-\$. Bis 2030 soll die Spitze der globalen Wertkette erreicht werden. Die künstliche Intelligenz wird systematisch mit der Produktions- und der Dienstleistungsindustrie vernetzt. Speziell der Robotik bietet die Greater Bay Area aufgrund der Verfügbarkeit der gesamten Wertkette ein großes Potential. In Guangzhou, Foshan und Dongguan werden die meisten Industrieroboter hergestellt und eingesetzt. Sie unterstützen beispielsweise die Ausrüstungshersteller, die Verpackung oder die (Lager-) Logistik. In Kooperation mit dem österreichischen Flugzeugzulieferer FACC soll nun das weltweit erste Lufttaxi mit elektrischem Antrieb sowie senkrechter Start- und Landefähigkeit zur Serienreife gebracht werden. Das chinesische Unternehmen EHang ist in Guangzhou beheimatet. Guangdong spezialisiert sich auf die zugrunde liegenden Ressourcen, z.B. für Cloud Computing, Smart Cities (z.B. die Firma Tencent) oder ein intelligentes Gesundheitsdienstleistungssystem (z.B. die Firma iFlyTek). Hongkong hingegen konzentriert sich auf die Forschung und Entwicklung, beispielsweise auf die Gesichtserkennung (z.B. die Firma SenseTime). Shenzhen fokussiert auf die Anwendungen und Foshan auf die intelligente Produktion. Dongguan dient als solider Produktionsstandort mit einem großen Potential für die integrierte Entwicklung.

Hongkong gilt als Symbol für Chaos und für die Zerstörung der als nationales Interesse definierten Einheit des Landes. Die Anliegen der Demonstranten bieten kaum Anknüpfungspunkte für eine Solidarisierung auf dem Festland.

Dazu kommt eine besonders komplexe internationale Dimension. Die **USA** verabschiedeten am 27.11.2019 den „Hong Kong Human Rights and Democracy Act of 2019“. Dieses Gesetz sieht eine jährliche Neubewertung der US-Wirtschafts- und Handelsprivilegien vor bzw. Sanktionen, sollte Hongkongs Autonomie untergraben werden. China untersagte als Konsequenz am 2.12. US-Kriegsschiffen das Anlegen in Hongkong. Das ist ein negatives und sporadisch vorkommendes Signal, zuletzt im August 2019, militärisch jedoch aufgrund der vorhandenen Alternativen von untergeordneter Bedeutung.

Taiwan

Im Wahlkampf für die Präsidentschafts- und Parlamentswahlen in Taiwan am 11.1.2020 instrumentalisierten die zwei Großparteien die Unruhen in Hongkong zur Positionierung gegenüber China bzw. den USA. Sowohl die Demokratische Fortschrittspartei (DPP) von Präsidentin Tsai Ing-wen, als auch die Kuomintang (KMT) verwiesen auf das Scheitern des chinesischen Prinzips von „Ein Land, zwei Systeme“. Tsai Ing-wen gewann damit erneut Stimmen, obwohl ihre - letztlich überwältigende - Wiederwahl noch 2018 gar nicht so sicher schien. Die DPP strebt grundsätzlich nach der Unabhängigkeit Taiwans und stellte unter Tsai Ing-wen den Peking-Konsens von 1992 in Frage. In diesem stimmen China und Taiwan überein, dass es nur ein China gibt, allerdings widersprechen sich die jeweiligen Ansichten über die Souveränität. Mit dem Peking-Konsens verzichtete Taiwan auf eine einseitige Unabhängigkeitserklärung. Die KMT favorisiert eine engere Wirtschaftsverflechtung mit China. Rechtzeitig vor der Wahl brachte die DPP ein Gesetz ein, um zu verhindern, dass ein potenzieller KMT-Präsident bzw. eine einzelne Partei China unumkehrbare politische Zugeständnisse macht. Als Voraussetzung für die Aufnahme derartiger Verhandlungen wurde die Zustimmung einer 75%-Parlamentsmehrheit sowie die Durchführung einer Volksabstimmung festgesetzt.

China intensivierte in den letzten Jahren seinen wirtschaftlichen, politischen, diplomatischen, kulturellen und militärischen Druck auf Taiwan. China entsandte z.B. am 17.11.2019 als Routineübung eine Flugzeugträgergruppe durch die Taiwan-Straße.

Nach jahrelanger Skepsis sehen die **USA** die DPP nun als wesentlichen Verbündeten gegen den chinesischen Expansionismus und für die US-Indopazifik-Strategie. Den Indopazifik betrachten die USA als vorrangigen

Schauplatz für ihre Machtpolitik. Dies zeigt sich auch an der Zusage von Militärgerät im höchsten Einzelwert seit Jahren von 8 Mrd. US-\$ an Taiwan, hauptsächlich 66 F-16 Viper Mehrzweckkampfflugzeuge.

Südkorea, Japan & die USA

Mit dem Argument des Vertrauensverlustes gegenüber Japan verweigerte Südkorea Ende August vorerst die jährliche Verlängerung der trilateralen Sicherheitskooperation mit den USA per 30.11., führt jedoch auf Basis der US-Allianz die gemeinsame Verteidigungspolitik fort. Das General Security of Military Information Agreement (GSOMIA) legt die grundsätzliche Vorgangsweise für die Weitergabe und den Erhalt von vertraulichen Militärintformationen fest. Der Informationsaustausch gilt als Schlüsselement für die Entwicklung einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, z.B. gegenüber der (Nuklear-) Bedrohung durch Nordkorea.

Südkorea unterzeichnete GSOMIA auf Druck der USA 2016, zuvor erfolgte der Informationsaustausch zwischen Südkorea und Japan über die USA. Eine de facto trilaterale Militärallianz vermied Südkorea und minimierte stets die Kooperation. Denn als Konsequenz der Aufstellung des US-Raketenabwehrsystems THAAD übte China ab 2017 starken (wirtschaftlichen) Druck aus. Folglich verpflichtete sich Südkorea in der „Three No“-Erklärung zur Ablehnung einer trilateralen Allianz sowie einer Aufstellung von weiteren THAAD oder ballistischen US-Raketensystemen. Südkorea erhoffte nach der GSOMIA-Aufkündigung vergeblich eine Mediation durch die USA, diese drängte auf die Fortführung. Der zunehmende Druck durch die USA erstreckt sich auch auf den Handel und die schon lange Zeit geplante, erhebliche Anteilserhöhung Südkoreas an den regionalen US-Verteidigungskosten.

Japan sieht in der Nichtverlängerung von GSOMIA eine Fehleinschätzung Südkoreas der aktuellen regionalen Sicherheitslage. Japan instrumentalisiert die nordkoreanische Bedrohung mehr als Südkorea, vor allem zur eigenen Aufrüstung.

Für die **USA** stellen die Allianzen im Indopazifik und speziell die trilaterale Sicherheitskooperation wegen der konzeptionellen und operativen Verknüpfung ihres Sicherheitsengagements seit langem ein strategisches Ziel dar. Die Basis bilden geteilte Werte und gemeinsame, gleichwohl unterschiedlich wahrgenommene und artikuliert Bedrohungen. Zur Koordinierung eben dieser Wahrnehmungen sowie zur Stärkung von Transparenz und Vertrauen dient der militärische Informationsaustausch. Limitiert war die Zusammenarbeit durch die spezifischen strategischen

Interessen sowie die innenpolitischen und wirtschaftlichen Bedingungen. US-Präsident Trump sieht die Allianzen vor allem als Kostenfaktor.

Zwischen **Südkorea und Japan** besteht aus historischen Gründen die schwächste Beziehung unter den drei Partnern, zurückzuführen auf die Zwangsarbeit unter der japanischen Kolonialherrschaft sowie auf den Inselstreit über Dokdo/Takeshima. Am 4.7.2019 implementierte Japan mit Sicherheitsargumenten eine strengere Exportkontrolle, die v.a. sensible Chemikalien für die Chipproduktion von SK-Telecom betraf. Dazu kam ein internationaler Vorfall zwischen Südkorea und Japan im selben Monat im Rahmen der ersten gemeinsamen militärischen Luftüberwachungsübung von China und Russland, die beide zunehmend selbstbewusst in der Region auftreten. Dabei drang ein russisches Kriegsflugzeug zwei Mal in den südkoreanischen Luftraum über Dokdo ein. Südkorea startete drei Tage nach der GSOMIA-Aufkündigung eine Militärübung bei Dokdo. Die zweitägige Übung findet halbjährlich und üblicherweise im Juni und Dezember statt, wurde jedoch wegen der Spannungen mit Japan verschoben. Der bisherige Name wurde von „Dokdo Verteidigungsübung“ zu „Schutzübung für das Territorium im Ostmeer“ abgeändert. Das Manöver inkludierte alle Teilstreitkräfte mit doppelter Stärke, die Küstenwache und erstmals den modernen Lenkwaffenzerstörer der Sejong the Great-Klasse (KDX-III). Die Marine übte die Abwehr einer ausländischen Militärbedrohung, die Küstenwache das Eindringen von nicht-militärischen Einheiten.

Südostasien: Wirtschaft als Machtfaktor

Der Abschluss des weltgrößten Freihandelsabkommens RCEP (Regional Comprehensive Economic Partnership) wird für Februar 2020 erwartet. Es inkludiert die zehn Länder Südasiens (ASEAN) plus die Dialogpartner Australien, China, Japan, Neuseeland und Südkorea. Weiteren Ländern steht RCEP nach dem Vertragsabschluss offen, z.B. Hongkong. Der Markt umfasst 30% des Welthandels, 25% der globalen Exporte, ein kumuliertes BIP von 24,8 Billionen US-\$ und 3,4 Mrd. Menschen, das sind 45% der Weltbevölkerung. Das langfristige BIP-Wachstum wird auf 137 Mrd. US-\$ geschätzt, bei der ursprünglich geplanten Inkludierung von Indien auf 171 Mrd. US-\$. Die größten Profiteure sind Kambodscha, Laos, Vietnam und Südkorea. RCEP zählt als einer der Schlüsselfaktoren in der inklusiven Indopazifik-Strategie Südasiens. Die politische und (geo-) strategische Dimension zeigt sich in der Unentschlossenheit des strategisch autonomen Indiens bezüglich einer - von den USA unerwünschten - Teilnahme. Indiens Zögern beruht auf den inkompatiblen Konzepten der USA und

von China, nämlich einerseits der eurasischen Integration in Form der Seidenstraße und andererseits der US-Indopazifik-Strategie. Mit dem „Blue Dot Network“ üben die USA seit Anfang November 2019 zusätzlichen Druck auf Indien aus und wollen es zu einer Beteiligung bewegen. Das „Blue Dot Network“ ist als Zertifizierungsprogramm für Infrastrukturprojekte in Asien und damit ausdrücklich als direkte Konkurrenz zur Seidenstraße skizziert. Der starke Rückgriff auf Privatinvestitionen ist allerdings ein komparativer Nachteil. Partner sind Japan und Australien. Es stützt sich auf das im Juli 2018 abgeschlossene trilaterale Investitionsabkommen und profitiert nach der Reorganisation der US-Entwicklungsagentur von der Ausweitung ihrer Befugnisse und (finanziellen) Mittel.

Nicht nur in der Wirtschaft, auch im angespannten Sicherheitsumfeld setzen die südostasiatischen Länder auf ausgeglichene Beziehungen sowohl zu den USA als auch zu China. Erstmals fand mit AUMX (ASEAN-U.S. Maritime Exercise) eine maritime Sicherheitsübung zwischen den USA und allen Ländern Südasiens statt. Die Zielsetzung war die Verbesserung der Interoperabilität und der praktischen Fähigkeiten sowie die Vertrauensbildung. Geübt wurden VBSS-Taktiken (visit, board, search, seizure), das Situationsbewusstsein im maritimen Bereich und die Verfolgung auf dem Meer. In einer Combined Task Force Struktur übten 1.260 Soldaten mit acht Schiffen und vier Wasseraufklärungsflugzeugen. Das Manöver startete am 3.9.2019 in Thailands Sattahip Naval Base im Golf von Thailand, erstreckte sich auch auf das Südchinesische Meer und endete fünf Tage später in Singapur. Eine vergleichbare Militärübung von ASEAN mit China im Oktober 2018 vor Zhanjiang konzentrierte sich auf untergeordnete Angelegenheiten, z.B. auf die maritime Sicherheit und die Praxis des CUES-Verhaltenscodes für unbeabsichtigte Begegnungen auf See.

Indien, Kaschmir & China

Indien beendete nach sieben Jahrzehnten den Sonderstatus des Teilstaates Jammu & Kaschmir. Nach dem Parlamentsbeschluss am 6.8.2019 wurden die Verfassungsartikel 370 und 35A per 31.10.2019 aufgehoben. Von der Autonomie ausgenommen waren Kommunikation, Verteidigung und Außenpolitik. Die mehrheitlich buddhistische Himalajaregion Ladakh an der Grenze zu China soll zudem von Jammu & Kaschmir getrennt und als separates Unionsterritorium ebenfalls direkt von Delhi verwaltet werden. Indien betrachtet das von China administrierte Aksai Chin als Teil von Ladakh, bestätigte jedoch am 12.8.2019 seine Akzeptanz der Line of Actual Control. Im Kaschmir-Konflikt vertritt China die Perspektive Pakistans. Diese Differenzen standen im Mittelpunkt eines informellen

Treffens zwischen China und Indien Mitte Oktober 2019 in Mahabalipuram nahe Chennai im südindischen Staat Tamil Nadu. Besprochen wurden auch die Grenzkonflikte und das enorme indische Handelsdefizit. China und Indien suchen einen neuen modus vivendi auf der Basis der gemeinsamen Verantwortung, um eine Zuspitzung der Differenzen zu vermeiden. Parallel vertieft China seine Beziehung zu Pakistan.

Maritimes Konfliktfeld

Chinas Abriegelung

Von großem strategischen Wert ist im indopazifischen Raum die Abriegelung (Anti-Access, Area Denial, A2/AD), resultierend aus den strukturell bedingten und langfristigen Sicherheitsanforderungen. Diese betreffen z.B. die Sicherung der essenziellen maritimen Kommunikationswege oder die Territorialdispute. Das strategische Ziel ist das Verwehren von feindlicher Verstärkung bzw. deren operative Tätigkeit. Die Erhöhung der Konfliktkosten für den (technologisch überlegenen) Gegner beeinflusst dessen strategische Entscheidung im Hinblick auf weitere Interventionen und eine potenzielle Eskalation. Denn der Anstieg der operativen Risiken und die unkalkulierbare Erfolgswahrscheinlichkeit prägt die strategische Kalkulation des Gegners im Vorfeld einer Konflikteskalation. Als mögliche Mittel zählen die eigene Machtprojektion, spezielle Fähigkeiten, der Gebrauch von Lenkwaffen oder ballistischen Raketen, die integrierte und differenzierte Luftverteidigung, die elektronische Kriegsführung und auch nicht-militärische Aktivitäten zur Erhöhung des Widerstandes. Mit „Anti-Access“ (A2) wird der Zugang zu einem Gebiet verhindert oder die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Das zwingt den Gegner zu einem Agieren aus einer größeren Entfernung. Mögliche Maßnahmen dienen der Verlangsamung der feindlichen Truppenentsendungen, der Blockade von Stützpunkten oder dem Versagen von Transit- oder Überflugsrechten. „Area Denial“ (AD) zielt auf die Einschränkung der Bewegungsfreiheit von konventionellen und maritimen, operativ oder taktisch überlegenen Kräften, die sich bereits in der Region befinden.

Chinas Vorteile bezüglich der Abriegelung umfassen die geographische Nähe zu seinem Hoheitsgebiet sowie die technologischen Modernisierungen, z.B. der Luftverteidigung. Die Nähe und die den Operationsradius erweiternde Militärpräsenz auf den Inseln im Südchinesischen Meer, v.a. den Paracel Inseln und den Spratly Inseln, fördern die Stationierung und Aufstockung des chinesischen Militärs. China strebt die Vorherrschaft in allen Operationsbereichen an: zu Wasser, zu Land, in der Luft sowie im Welt- und Cyberraum. Letzteren nutzt China defensiv, aber ebenso

zur Entwicklung offensiver und die Abriegelung unterstützender Fähigkeiten, z.B. für Attacken auf Computernetzwerke oder Informationsblockaden.

Seinen zweiten Flugzeugträger namens „Shandong“ stellte China am 17.12.2019 auf der Insel Hainan, dem südlichsten Hafen Chinas, in den Dienst. Als Machtdemonstration passierte er auf der Fahrt nach Hainan die Taiwanstraße. Insgesamt strebt China nach sechs Flugzeugträgern, der dritte ist anders strukturiert und bereits in Bau. Zumindest einer soll über einen Atomtrieb verfügen. Die Shandong ist mit einer Länge von 315 Metern und einer Verdrängung von 70.000 Tonnen vergleichsweise klein. Das Grunddesign beider Flugzeugträger sind STOBAR-Carrier (Short Take Off But Arrested Recovery). Die Flugzeuge starten mit Hilfe einer Sprungschanze am Bug, jedoch ohne Katapult und werden bei der Landung durch Seile gebremst. Im Vergleich zur Liaoning bietet die Shandong u.a. ein breiteres Flugdeck, stärkere Radare, mehr Flugabwehrwaffen und Platz für bis zu 32 Kampffjets des Typs Shenyang J-15 und 12 Hubschrauber. Die Insel, der turmartige Aufbau auf dem Flugdeck mit der Brücke, ist neu designt und kleiner. Die Shandong wurde ebenso komplett in China entwickelt wie das neue amphibische Angriffsschiff vom Typ 075. Dieses setzte China am 25.9.2019 zum ersten Mal in Shanghai ein, nun folgen Navigationstests und die Mängelbehebung. Mit einer Verdrängung von 40.000 Tonnen, einer Länge von 250 Metern und einer Breite von 30 Metern ähnelt es dem US-amerikanischen amphibischen Angriffsschiff der Wasp-Klasse.



Chinas zweiter Flugzeugträger „Shandong“

Die maritime Aufrüstung und die häufigeren Militärübungen mit simulierten Angriffen auf „feindliche Schiffe“ veranschaulichen die weitere Zunahme der strategischen Bedeutung der Inseln in der Region. Ihre Relevanz resultiert aus der grundsätzlichen Nutzungsmöglichkeit als logistische Unterstützungsbasis oder als Militärbasis für offensive und defensive Operationen. Die Verteidigung der Inseln mit strategischem Potential zählt zu den politischen und militärischen Risiken. Die Inseln sind ein Angriffsziel für jene, die sich von ihrer Entwicklung bedroht sehen. Häufig erhalten sie, etwa aus nationalistischen Gründen, eine überhöhte Bedeutung.

Machtprojektion der USA

„The Indo-Pacific region is where the future of the world will be shaped.“ (US-Konteradmiral Fred Kacher, 27.7.2019)

„The Indo-Pacific is a region that I would say is too big for one nation to go it alone“, fügte US-Konteradmiral Fred Kacher bei der Abschlusszeremonie der Militärübung Talisman Sabre am 27.7.2019 an. Er ist seit Mai 2019 Kommandant der in Japan stationierten amphibischen Truppe der 7. US-Flotte. Für die USA erhöhen die chinesischen Abriegelungsmaßnahmen im langfristigen Wettbewerb die Kosten und können die Glaubwürdigkeit ihrer regionalen Sicherheitsgarantien untergraben. Die Risiken für die USA steigen für ein Abschreckungsversagen sowie strategisch und operativ auf mehreren Ebenen für die US-Basen und die nach vorne eingesetzten Kräfte. Für letztere sicherten sich die USA Mitte September 2019 die Nutzung der Marine- und Luftwaffenbasen in Singapur durch die weitere Verlängerung des Abkommens bis 2035. Das ist nicht zuletzt ein Zeichen für Stabilität, angesichts der chinesischen technologischen Fähigkeit, mit ballistischen Präzisionsschlägen auch Singapur zu treffen. Die Changi Marinebasis dient als Ausgangspunkt für die US-FONOPs (Freedom of Navigation Operations) sowie als eine wesentliche Logistikkbasis für die Betankung und den Nachschub. Häufige Besuche erfolgen beispielsweise durch US-Flugzeugträgergruppen und atomare U-Boote. Seit 2013 sind im Rotationsprinzip US-amerikanische Littoral Combat Ships sowie P-8 Poseidon Seefernaufklärungs- und U-Boot-Jagdflugzeuge stationiert.

Die USA setzen auf die stete Verfeinerung ihrer Multi-Domain-Operationen (Luft, Land, Meer, Weltraum, Informationen) und einen zunehmend holistischen Zugang in ihrer militärischen Modernisierungsstrategie. Das US-Militär soll unter anderem zum Versenken von Schiffen, zur Neutralisierung von Satelliten und Raketen befähigt, der Feind an der maritimen Fortbewegung sowie an der Führung seiner Kräfte gehindert werden. Durch die praktische Testung der operativen Konzepte und die Identifizierung der am meisten nutzbringenden Ideen dienen die gemeinsamen Militärübung, wie etwa Orient Shield, der Optimierung der Multi-Domain-Operationen. Im Rahmen von Orient Shield setzten Japan und die USA bei einem simulierten Angriff gegen ein feindliches Schiff am 17.9.2019 erstmals bei einer gemeinsamen Militärübung in Japan Land-Schiff-Raketen ein. Schauplatz für die jährliche bilaterale Militärübung war der Oyanohara-Übungsplatz in Kyushu in der Präfektur Kumamoto. Er diente als

entlegene Insel unter Beschuss eines Kriegsschiffes. Die USA feuerten HIMARS ab, ein Artillerie-Raketensystem mit hoher Mobilität, und Japan die Surface-to-Ship-Rakete vom Typ 12.

Am 3.9.2019 legte das Kriegsschiff USS Gabrielle Giffords Richtung Indopazifik ab. Die USA stärken dadurch ihre Präsenz und ihre Fähigkeiten gegen die Abriegelungsmaßnahmen Chinas. Dies entspricht der am 1.6.2019 publizierten US-Indopazifik-Strategie und erfolgt nach der Reorganisation der US-Navy 2016 nun durch die Optimierung zweier langjähriger Konzepte. Erstens muss das Marine Corps dazu befähigt werden, Basen innerhalb des feindlichen Einflusses zu besetzen, zu verteidigen und von ihr aus für die wesentliche Machtprojektion zu sorgen (Expeditionary Advance Base Operations). Das übergeordnete zweite Konzept betrifft die Küstenoperationen in einer umkämpften Umgebung (Littoral Operations in a Contested Environment) und zielt auf die Sicherstellung der maritimen Kontrolle ab. Am 20.11.2019 drang die USS Gabrielle Giffords im Rahmen der US-FONOPs in die 12 nautische Meilenzone des Mischief Reefs in den Spratley Inseln ein. Sie ist als neuer, äußerst schneller Typ eines Küstenkampfschiffes für die asymmetrische Gefechtsführung im feindlichen Küstenvorfeld konzipiert. Die Ausstattung umfasst extrem präzise Seezielraketen, die über den Radarhorizont fliegen können und über Tarnkappeneigenschaften sowie eine große Reichweite verfügen. Die Northrop Grumman MQ-8C Fire Scout, unbemannte Vierblatthubschrauber mit autonomen Start- und Landefähigkeiten, dienen der Aufklärung und dem Angriff. Die Feinderkennung erfolgt passiv.



MQ-8B Fire Scout am Flugdeck der USS Gabrielle Giffords

USA, Australien & Japan: Talisman Sabre

Als Warnung an China präsentierte sich die internationale Militärübung Talisman Sabre heuer in ihrem bisher größten Umfang und einige Neuheiten. Erstmals waren die australischen Helikopterträger HMAS Adelaide und HMAS Canberra gemeinsam in einem kompletten taktischen Szenario inklusive einer amphibischen Landung im Einsatz. Die USA feuerten zum ersten Mal in Australien HIMARS ab. Ebenfalls erstmals nahm die neu geformte Amphibische

Schnelleinsatzbrigade Japans teil. Ziele sind die Verbesserung der Bereitschaft und Interoperabilität, die Maximierung der gemeinsamen Übungsmöglichkeiten, die maritime Vorpositionierung und Logistikoperationen. Unter der gemeinsamen Leitung der USA und Australiens beteiligten sich Japan, Kanada, Neuseeland und Großbritannien aktiv sowie Indien und Südkorea als Beobachter. 36 Schiffe und 34.000 Personen übten im Juli 2019 ein Monat lang an der australischen Ostküste die Befreiung einer Insel von bestens gerüsteten feindlichen Invasoren. Im Mittelpunkt standen Operationen zur kurzfristigen Reaktion auf unvorhergesehene Ereignisse durch die gemeinsamen Kräfte der USA und Australiens mit (Luftkissen-) Landungsbooten und Amphibienfahrzeugen. Dazu kamen umfangreiche Einsätze der F-35B Joint Lightning II, das sind Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeuge mit Überschallgeschwindigkeit, sowie von MV-22, Kipprotor-Wandelflugzeugen mit senkrechter Start- und Landefähigkeit sowie Kurzstart- und -landefähigkeit. Die USA entsandten unter anderem eine Flugzeugträger-Kampfgruppe und ein amphibisches Angriffsschiff, Japan einen Helikopterträger. Die verstärkte Beteiligung Japans belegt dessen Engagement für die US-Allianz nicht nur finanziell, sondern auch in Form von Marinekapazitäten. Außerdem zeigt Japan die Bereitschaft und Fähigkeiten zum Aufbau und zur Entsendung von Truppen zur Verteidigung der auch von China (und Taiwan) beanspruchten Senkaku/Diaoyu Inseln im Ostchinesischen Meer.

Australien: militärische Modernisierung

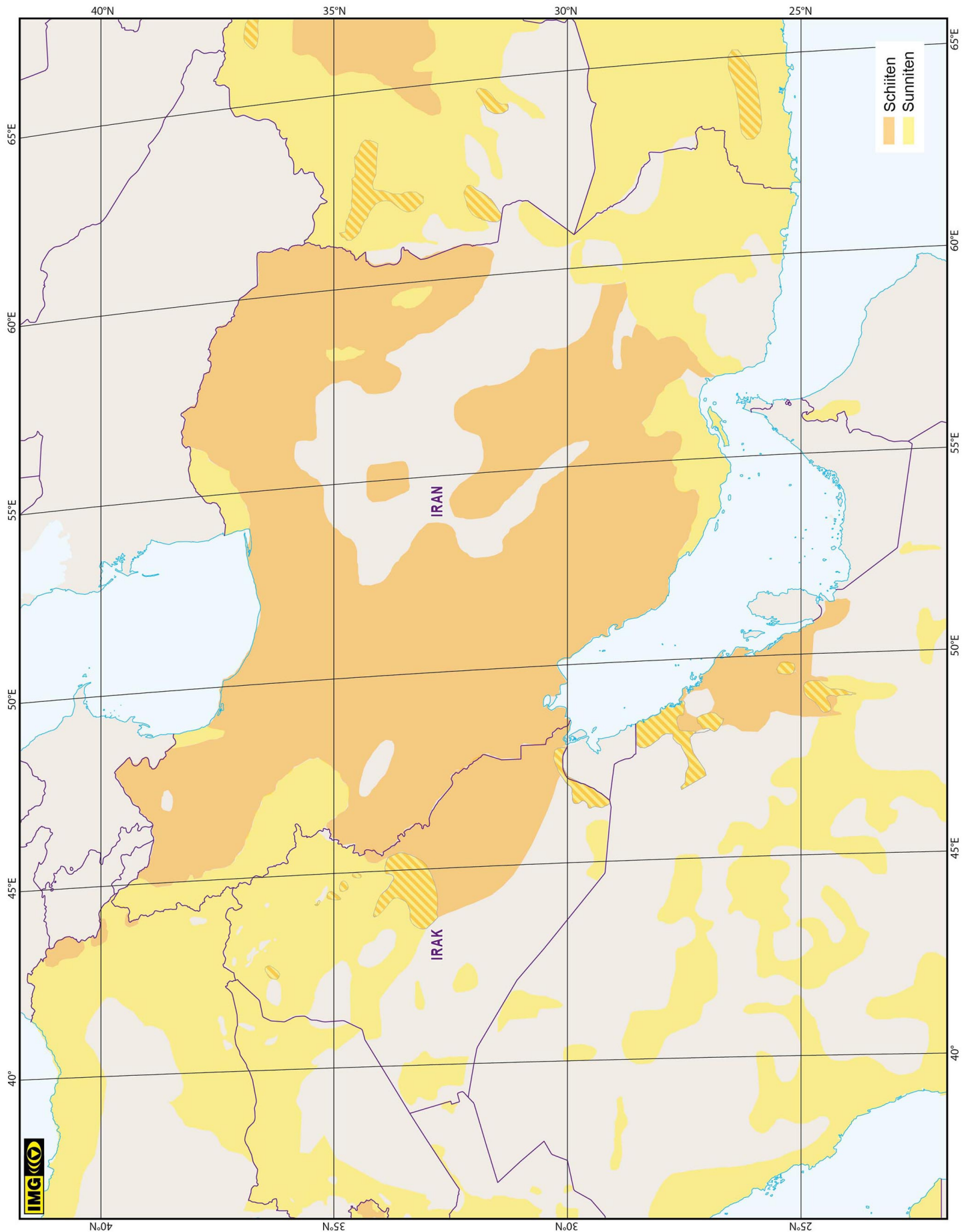
Australien nimmt seine strategischen Interessen mit der umfassendsten Modernisierung seines Militärs seit dem Kalten Krieg nun konkreter wahr. Es stärkt seine Militär- und Gefechtskapazitäten auf langen Distanzen und in einer unzugänglichen archipelagischen Umgebung, unter anderem durch die Beschaffung von Patrouillenschiffen der Arafura-Klasse. Die Lombrum-Marinebasis in Manus in Papua-Neuguinea wird erweitert und kann künftig auch von den USA und Australien genutzt werden. Das neue amphibische

Angriffsschiff der Canberra-Klasse eignet sich für 900 Mann sowie für Dreh- und Starrflügler inklusive der F-35B. Der Einsatz erfolgt wahrscheinlich gemeinsam mit den Lenkwaffenzerstörern der Hobart-Klasse und demnächst mit neuen Anti-U-Boot Fregatten der Hunter-Klasse. Deren geplante neun Schiffe sollen ab 2027/28 in den Dienst gestellt werden. Die Jagd-U-Boote der Collins-Klasse werden langfristig mit 12 Angriffs-U-Booten ergänzt. Die Collins-Klasse ist derzeit die einzige U-Boot-Klasse Australiens und gehört zu den weltweit größten modernen und nicht-nuklearen U-Booten. Sie ist für den Hochseeinsatz gegen Über- und Unterwasserziele vorgesehen und durch die Möglichkeit zur Verminung auch zur indirekten Sperre von Seegebieten in der Lage.

Indien: russische U-Boote

U-Boote sind ein Schlüsselfaktor für die Offset-Strategie und agieren hauptsächlich in Kampfgruppen. Sie ermöglichen eine uneingeschränkte Kriegsführung gegen feindliche Kräfte in andernfalls nicht zugänglichen Gewässern. Ein Atomtrieb erhöht die Reichweite für lange Distanzen und unter Wasser. Die Entwicklung von U-Booten stellt hohe Anforderungen an Technologie, Fachkenntnisse, finanzielle Mittel und Zeit. Indien least daher ein drittes Atom-U-Boot für zehn Jahre von Russland. Die Kosten betragen 3 Mrd. US-\$, die Lieferung erfolgt bis 2025. Derzeit verfügt Indien über neun russische U-Boote des Projekts 877EKM mit einem dieselelektrischen Antrieb, vergleichbar der australischen Collins-Klasse. Zum Aufbau einer indischen U-Boot-Flotte schlug Russland die Konstruktion von sechs nicht-nuklearen U-Booten ohne öffentliche Ausschreibung vor. Es handelt sich um Amur-1650 U-Boote des Projekts 677, potentiell ausgestattet entweder mit Club-S Lenkwaffen, der Exportvariante der russischen Kalibr-PL, oder mit BrahMos Lenkwaffen, überschallschnellen Seezielflugkörpern aus der gemeinsamen russisch-indischen Entwicklung.

Barbara Farkas



Regionale Verteilung von Schiiten und Sunniten am Persischen Golf

Iran: Legitimitätskrise der Revolutionsgarde

Tod Qâsim Soleymânîs und Abschuss Flug PS 752

Anfang 2020 kam es zu zwei für die iranischen Revolutionsgarden folgenschweren Ereignissen: am 3. Jänner wurde der Kommandant der Qods-Einheit (eig. Teilstreitkraft „Qods“, *nirû-ye Qods*), Generalmajor Qâsem Soleymânî, gemeinsam mit engen Mitarbeitern und dem Leiter der irakischen Volksmobilisierungseinheiten, Ġamâl Ġaʿfar Âl Ebrâhîm, genannt Abu Mahdi al-Mohandes (i.e. Abu Mahdi al-Muhandis), durch einen amerikanischen Raketenangriff getötet. Am 8. Jänner wurde eine Boeing 737-800 der Ukrainian International Airline (Flug PS 752) versehentlich von der Flugabwehr der Revolutionsgarde abgeschossen. Das eigene Versagen wurde erst vier Tage später zugegeben und führte zu landesweiten Protesten, die international großes Aufsehen erregten und nicht zuletzt vom amerikanischen Präsidenten kommentiert wurden. Beide Vorfälle müssen vor dem Hintergrund der iranischen und irakischen Institutionengeschichte gelesen werden. Das betrifft sowohl die iranischen Revolutionsgarden (RG) als auch die irakischen Volksmobilisierungseinheiten (VME). Die Entwicklung der genannten Institutionen ist untrennbar mit dem regionalpolitischen Engagement Irans im Irak und in Syrien verbunden.

Überblick: Sepâh-e Pâsdârân - die Revolutionsgarde

Das „Korps der Gardisten der Islamischen Revolution“ (*Sepâh-e Pâsdârân-e Enqelâb-e Eslâmî*, „Revolutionsgarde“) verdankt seine Entstehung dem Zusammenschluss verschiedener militanter schiitischer Netzwerke im Iran, von denen die meisten spontan in der Revolutionszeit entstanden waren. Ein kleinerer Teil kann seine Geschichte jedoch auf radikale, international vernetzte Gruppen zurückführen, die seit den 1940er Jahren im Untergrund aktiv waren. Diese Netzwerke wurden auf Befehl des ersten Revolutionsführers, Âyato-llâh Seyyed Ruḥo-llâh Homeynî vereint, auf ihn eingeschworen und unter ein einheitliches Kommando gestellt. Viele von ihnen waren bewaffnete politische Parteien. Sie wurden vor die Wahl gestellt, entweder bewaffnet am Aufbau der Revolutionsgarde teilzunehmen oder sich unbewaffnet in der Politik zu engagieren. Als Revolutionsgardisten war ihnen jedoch politische Aktivität untersagt. Allerdings bestand ihr Auftrag in der Verteidigung der Errungenschaften der Revolution, die sie nach dem Krieg von (im Kontext der Islamischen Republik) liberalen Kräften bedroht sahen.

Die Revolutionsgarde übte sowohl polizeiliche als auch paramilitärische Funktionen aus. So fungierten sie als bewaffneter Arm der landesweit aktiven Revolutionskomitees, denen parallel zur Polizei und

Gendarmerie die innere Ordnung oblag sowie als paramilitärische Infanterieeinheiten bei den Provinzgouverneuren, die für die Niederschlagung kommunistischer und separatistischer Aufstände verantwortlich waren, weil die Armee im ersten Jahr nach der Revolution kaum einsatzbereit war. Bei Kriegsbeginn 1980 wurden sie ausgebaut und neben der durch politische Säuberungen geschwächten Armee eingesetzt. Der hohe Blutzoll der Revolutionsgarde zu Beginn des Krieges erklärt sich aus der Unerfahrenheit ihrer militärischen Führer, die den Krieg weniger als Landesverteidigung sondern als revolutionär-spirituelle Reinigung auffassten, was die vielen „Selbstaufopferungsoperationen“ (*ʿamaliyât-hâ-ye estešbâdî*) erklärt.

Die Revolutionsgarde wurde bereits im ersten Kriegsjahr umgegliedert und unter Anleitung der Armee insgesamt zwölf Infanterie- später auch mechanisierte Divisionen auf landsmannschaftlicher Basis gegründet. Der landsmannschaftliche Zusammenhalt (z.B. bestand die 41. RG mech.-Div. „Sâro-llâh“ aus Kermanern) erklärt die Frontbewährung dieser anfangs ungeübten Truppe. Im Laufe des Krieges kam es zur militärischen Professionalisierung der Revolutionsgarde. Diese beinhaltete die Einführung von Stabsschulen und anderen Bildungseinrichtungen sowie die Ergänzung um eine Luft- (Kleinflugzeuge, Drohnen und später Raketen) und Seekomponente (Schnellbote).

1984 wurde als weiteres Mobilisierungselement die „Basiġ“ (d.h. Mobilisierung) gegründet. Basiġis wurden überwiegend aus der sozialen Unterschicht rekrutiert und an der Front häufig als Kindersoldaten über die Minenfelder geschickt; im Inland übten sie die Rolle islamischer „Parteijugend“ aus, mit der die Linientreue von Mitschülern und Lehrern sichergestellt wurde. Die Erinnerung an das Fronterlebnis, das jugendliche Alter der Freiwilligen und ihr hoher Fanatisierungsgrad sollten sich nach dem Krieg als politische Hypothek herausstellen, weil sie die schärfsten Gegner einer möglichen gesellschaftlichen und politischen Liberalisierung wurden. Schließlich ist noch der Nachrichtendienst der Revolutionsgarde zu nennen, der vom späteren Admiral und Verteidigungsminister und jetzigen Sekretär des Nationalen Sicherheitsrats, ʿAli Šamḥânî, aufgebaut und geleitet wurde. Dieser Dienst versuchte alle nachrichtendienstliche und staatspolizeiliche Funktionen (innen, außen, Politik und militärisches) zu arrogieren, wurde aber nach einem dramatischen Kräfteressen mit dem neu gegründeten „Informationsministerium der Islamischen Republik Iran“ (*vezârat-e eṭṭelâʾât-e ġomburi-ye eslâmî-e Irân*, VAJA, dem eigentlichen Geheimdienst der Islamischen Republik Iran), auf die Rolle eines militärischen Nachrichtendienstes im Fronteinsatz herabgestuft. Im Zuge der Neuordnung der Sicherheitskräfte in den Jahren 1990 bis 1992 wurde dieser Dienst als „Informations- und

Abwehrorganisation der Revolutionsgarde“ (*sâzemân-e eṭṭelâ‘at va ḥefâzat sepâh-e pâsdârân-e engelâb-e eslâmi SHE-Sepâh*) neu strukturiert. Seither konkurriert er mit VAJA um Kompetenzen, technische Ausstattung und vor allem Zugang zur politischen Führung. Außenstehende bezeichnen SHE-Sepâh als den brutalsten und unberechenbarsten aller iranischen Dienste.

In der Regel gilt die von der Präsidentschaft Âyato-llâh ‘Ali Akbar Hâsemi Rafsanġâni (1989-1997) geprägte Nachkriegszeit als Phase der Beruhigung und Erholung der iranischen Geschichte. Die Vereinigung von Polizei, Gendarmerie und Revolutionskomitees und die Schaffung der „Ordnungskräfte der Islamischen Republik Iran“ (*niru-bâ-ye entezâmi-ye Ġomhuri-ye Eslâmi-ye Irân*) führte zur Professionalisierung der Polizeiarbeit und dadurch zur Einhegung revolutionärer Gewalt. Kurzfristig wurde auch die Auflösung der Revolutionsgarde erwogen. Letztendlich entschied sich der Revolutionsführer aber für ihre Beibehaltung und weitere Professionalisierung. Das betraf den Ausbau der Universität Emâm Ḥoseyn als oberste Bildungseinrichtung der Revolutionsgarde, eine neue Uniformierung, Einführung von Dienstgraden u.ä. Mit attraktiven Lockangeboten (besserer Sold, Dienst in Kasernen in den Metropolstädten...) sollten talentierte junge Leute für den Wehrdienst bei der Garde gewonnen werden – was als deutliches Indiz für die Abnahme der politisch-religiösen Ideologisierung in der Gesellschaft gedeutet werden muss. Die Divisionsgliederung wurde 2009 aufgegeben und durch bei den Provinzgouverneuren verortete, bataillonsstarke paramilitärische Verbände ersetzt; man kehrte also zum Status quo ante bellum zurück. Dafür wurden die Raketenkomponente und die Wirtschaftsmacht der RG ausgebaut. Letztere erklärte sich aus dem Problem der Demobilisierung: die schon während der Kriegszeit eingesetzten Bau- und Pionierverbände wurden nun zum Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur des Landes eingesetzt. Das einsatzführende Kommando qg „Ĥâtamo l-Anbiyâ“ wurde bald zu einem der wichtigsten Bauunternehmen der Islamischen Republik Iran. Anfangs wurde vor allem eine große Anzahl von Kriegsveteranen beschäftigt, bevor ein Gutteil von ihnen sich beruflich umorientieren konnte. Später wurden auch andere Firmen aufgekauft und das Geschäftsfeld erweitert. Die Aktivitäten von Ĥâtamo l-Anbiyâ wurden auch in der westlichen Presse kommentiert, allerdings wurde die Bedeutung dieser dem Generalkommando der RG zugeordneten Organisation übertrieben: in fast allen Ländern des Nahen Ostens kontrollieren die Militär- und Sicherheitsapparate weite Teile der nationalen Wirtschaft aber im Vergleich zu Ägypten und Pakistan ist ihr Einfluss im Iran deutlich geringer.

Eine Innovation des Iran-Irakkrieges auf taktisch-operativer Ebene war die Einführung von auftragsspezifischen Kommanden, sogenannten *qarârgâh* (eig. Gefechtsstand, Stabsstelle, qg). Diese Kommanden

waren für Sonderaufträge vorgesehen: Qarârgâh (qg) Ramažân war für die Ausbildung kurdischer Freiwilliger (Peschmerga und anderer), die gegen Šaddâm Ḥoseyn kämpften, zuständig; qg Ḥamza für die Beobachtung und Bekämpfung der extremistischen Oppositionsgruppe Moġâhedîn-e Ḥalq auf irakischem Gebiet, qg Šâro-llâh war von 1999 bis 2009 und dann wieder ab 2019 für die Sicherheit des Großraums Teheran zuständig, qg Qods koordiniert die Grenzschutz und Sicherungseinheiten an der Grenze zu Afghanistan und Pakistan. Diese neu aufgestellte Einheit ist nicht mit einer anderen, gleichnamigen Qods zu verwechseln, der Vorläuferorganisation der heutigen Qods-Einheit, welche für Auslandsoperationen zuständig ist.

Iranische Auslandsoperationen: Qods und Qâsem Soleymâni

Unmittelbar nach der Revolution war das „Koordinationsbüro für Islamische Befreiungsbewegungen“ der Revolutionsgarde für Auslandsoperationen zuständig. Diese hochideologisierte Einheit glied mangelnde nachrichtendienstliche Expertise mit der Untergrunderfahrung ihrer Proponenten und einem hohen Grad an Aggressivität und Gewalttätigkeit aus. Das Büro wurde von Moḥammad Montažari, einem Sohn des ehemaligen Stellvertreter Ḥomeyni, Groß-Âyato-llâh Ḥoseyn ‘Ali Montažeri, dem mit ihm befreundeten damaligen Botschafter Irans im Libanon und späteren Innenminister, Seyyed ‘Ali Akbar Moḥtašamipur, und anderen gegründet. Ziel des Büros war der Revolutionsexport. Mitglieder des Büros waren in den 1980er Jahren im Sudan auf Seiten der islamistischen Regierung und in Afghanistan auf Seiten der Schiiten aktiv. Vor allem aber unterstützte das Büro unter Federführung Moḥtašamipurs eine Gruppe libanesischer und irakischer Schiiten, überwiegend ehemalige Da‘wa Mitglieder, beim Aufbau der libanesischen Ḥizbullâh finanziell und militärisch. Die Leitung dieses Büros übernahm nach dem gewaltsamen Tod Moḥammad Montažeris 1981 sein Schwager Mehdi Hâsemi. Unter ihm war das Büro in zahlreiche Terroranschläge in der Golfregion, im Libanon und in Afghanistan involviert. Allerdings entwickelte das Büro ein Eigenleben und war zudem in kriminelle Aktivitäten aller Art verwickelt, dass es auf Initiative Hamene‘is und Rafsanganis 1986 im Zuge der Iran-Contra Affäre (bzw. Mehdi Hâsemi-Affäre), die zum Sturz Groß-Âyatollâh Montažeris führte, gewaltsam aufgelöst, seiner bewaffneten Einheiten entblößt und als einfaches Koordinationsbüro ins Außenministerium transferiert wurde. Damit endete die Phase des unkontrollierten Revolutionsexports und iranischer Unterstützung für schiitische und andere Extremisten fürs erste.

Die militärischen und nachrichtendienstlichen Tätigkeiten des Büros wurden von anderen Einheiten übernommen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit übernahmen SHE-Sepah und VAJA einen Teil seiner Aufgaben, den Großteil dürfte jedoch auf die Qods Einheit übertragen worden sein. Qg Qods war während des Krieges für Gefechtsfeldaufklärung hinter den irakischen Linien verantwortlich. Dort nahm sie mit mäßigem Erfolg Tuchföhlung mit radikalen, schiitischen Gruppen auf, die sie ideologisch, nachrichtendienstlich und militärisch ertüchtigten. Aus dieser Zeit stammt die enge Zusammenarbeit mit der aus irakischen Kriegsgefangenen zusammengestellten Badr Einheit der Revolutionsgarde. Der Auftrag der auch im Westen bekannt gewordenen Qods Einheit wurde 1989 von Hāmene’i genauer formuliert, er betonte, dass Qods nur auf Einladung ins Ausland geschickt wird und dort ideologisch verlässliche Zellen identifizieren und militärisch ertüchtigen sollen; - im Prinzip wurden dieselben Aufgaben, die Qods schon während des Krieges wahrnahm, den neuen Gegebenheiten angepasst. Das bedeutet aber auch, dass die Auslandsoperationen der Qods auf die islamische, vorzugsweise schiitische, Welt beschränkt bleiben mussten. Mit hoher Wahrscheinlichkeit ist aber anzunehmen, dass die von den Iranern auf freiwilliger Basis während des jugoslawischen Bürgerkriegs in den 1990er Jahren nach Bosnien geschickten Gruppen bereits der Qods angehörten, ebenso wie die damaligen Militärattachés. Gesichert ist auf jeden Fall, dass zur gleichen Zeit Badr und Qods Agenten auch nach dem Krieg in den Sumpfreionen des irakisch-iranischen Grenzgebiets aktiv blieben, wohin sich Deserteure und Schmuggler geflüchtet hatten und versuchten, alte Kontakte zu pflegen und neue aufzubauen. Besonders dramatisch war für diese Gruppen das Jahr der Erhebung 1991, als die USA Šaddām Ĥusayn erlaubten, nach seinem Rückzug aus Kuwait den schiitischen Aufstand niederzuschlagen.

Westliche Beobachter stimmen darin überein, dass mit der Übernahme des Kommandos der Qods Einheit im Jahr 1998 durch Qâsim Soleymâni eine neue Ära begann. Soleymani (1957-2020) stammt aus dem in der Provinz Kermân ansässigen lurischen Stamm der „Soleymani“, der im Krieg gegen den Irak über 500 Kämpfer stellte. In seiner Jugend ging er nach Kerman, wo er sich der revolutionären Bewegung anschloss. Zu Beginn des Irakkrieges 1980 schloss er sich den Revolutionsgarden an. Damals soll er mehrere Bataillone in Kerman ausgebildet haben, wobei im Dunkeln bleibt, wo er seine eigene militärische Ausbildung erhalten hat. Später wurde er als Kommandant der RG Einheiten in der kurdischen Provinz West-Azerbaidšchan eingesetzt. Seine Hauptaufgabe blieb aber in Kerman, wo er zwei Bataillone Freiwilliger Revolutionsgardisten führte. Diese wurden 1981 mit anderen Einheiten zur Division 41 RG Šâro-llâh („Rache Gottes“) in Kerman zusammengefasst,

zu deren Kommandant Soleymani ernannt wurde. Seine iranischen Biographen betonen, dass er ein guter Kommandant und ausgezeichneter Operationsplaner gewesen sein soll, der bei mehreren Operationen beispielgebend wirkte. Nach dem Krieg wurde er nicht demobilisiert sondern vom heimatlichen Kerman aus mit der Sicherung der Ostgrenze beauftragt, das beinhaltete vor allem den Kampf gegen Schmuggler und Drogenbanden. 1998 wurde er von Hāmene’i zum Kommandanten der Qods Einheit ernannt. In dieser Funktion soll er die libanesische Ĥezbo-llâh maßgeblich gestärkt haben. Spätestens seit damals, vermutlich aber viel früher, war er mit der *éminence grise* der Ĥezbo-llâh im Libanon, dem in Iran, Syrien und Libanon lebenden Chef ihres militärischen Flügels, ‘Emâd Moğniyeh (1962-2008), befreundet, den er 2006, während des 33-Tage Krieges mit Israel, unterstützte. In Soleymânis Verantwortungsbereich fiel auch die Stärkung des palästinensischen Widerstandes. Unter seiner Ägide gelang es Teheran, seine nachrichtendienstliche und militärische Präsenz in der Region zu stärken und auszubauen. Offiziell in Anerkennung dafür wurde er 2011 vom Revolutionsführer zum Divisionär ernannt. Allerdings ist ein weniger heroisches Motiv für seine Beförderung ebenso wichtig: Gleichzeitig mit seiner Beförderung wurde Moğammad Ġa’fari, ebenfalls Kermaner wie Soleymâni und wie dieser ein ehemaliger Kommandant der Division 41. Šâro-llâh sowie Gründer der Qods Einheit, mit dem gleichen Dienstgrad Divisionär zum Kommandanten der Revolutionsgarde ernannt. Mit der Gleichrangigkeit der Kommandanten (im Iran sind Ernennungen höher als Brigadier selten) unterstrich Hāmene’i die direkte Unterstellung der Qods unter seinen Befehl. Der breiten Öffentlichkeit im Iran und im Ausland wurde er aber erst nach dem Beginn des arabischen Frühlings als Kämpfer gegen ISIS und Al-Qaida affiliierte Gruppen im Irak und in Syrien bekannt. In beiden Ländern betont Teheran, dass sie auf offizieller Einladung der jeweiligen Regierung aktiv sind. Iranische Beobachter schreiben ihm eine zentrale Rolle im Schutz Damaskus und Baghdads vor dem IS zu, allerdings ist seine Rolle im Aufbau der irakischen Volksmobilisierungseinheiten und pro-Assad Milizen in Syrien etwas zu relativieren, wie überall bestand seine Funktion wohl eher darin, zu beraten. Eindeutig in den Bereich der Legendenbildung ist die Behauptung zu verweisen, Soleymâni sei nach Moskau gereist und hätte Präsident Putin erfolgreich davon überzeugt, zugunsten der Syrer zu intervenieren. Russische Entscheidungsfindungsprozesse hängen nicht vom Iran ab, unbeschadet der Tatsache, ob objektive Interessenskonvergenzen vorliegen, oder nicht.

Iran im Irak

Iran hat im Irak gleich mehrere politische Herausforderungen zu bewältigen. So gibt es bis heute keinen Friedensvertrag zwischen den beiden Staaten und die Grenzfrage am Kârun/Şatt al-ʿArab ist nach wie vor ungeklärt. Der schiitische Klerus in Nağaf und Karbalâʿ ist wieder zum Konkurrenten des iranischen Klerus aufgestiegen und erhebt unabhängig von Ḥamenei seine Stimme. Zudem ist die irakische Regierung von den USA abhängig, die nach wie vor den größten Einfluss auf das Land zwischen Euphrat und Tigris ausüben. Andererseits herrscht überraschend große Interessenkonvergenz zwischen Teheran und Washington: beide wollen die Rückkehr der Baath und des IS verhindern, beide stehen kurdischen Unabhängigkeitsbestrebungen negativ gegenüber und beide haben, zumindest vordergründig, großes Interesse an der Stabilität des Landes. Allerdings streben beide Seiten auch danach, die jeweils andere aus dem Land zu drängen. Einigen irakischen Gruppen, wie zum Beispiel den kurdischen Parteien, die zu verschiedenen Zeiten von beiden Seiten Hilfe erhielten, gelang es, sich aus den iranisch-amerikanischen Spannungen herauszuhalten. Der schwachen irakischen Regierung und dem ebenso schwachen Sicherheitsapparat oblag die undankbare Aufgabe, ohne je offiziell dazu aufgefordert worden zu sein aber vom Eigeninteresse getrieben, zwischen den USA und Iran zu vermitteln. Allerdings stellte sich bald heraus, dass Iran mit oder ohne Qâsim Soleymani bei weitem nicht der allmächtige Strippenzieher im Land ist, wie es westliche Medien gerne darstellen. Vielmehr war er ein guter politischer Verhandler, der z.B. 2008 unter größter Geheimhaltung in die Green Zone kam und dort die zerstrittenen schiitischen Gruppen dazu brachte, sich auf einen Premierminister zu einigen. Auf politischem Feld verfügt Iran über großen Einfluss in der schiitischen Szene, der auf die jahrzehntelange Kooperation mit schiitischen Gruppen zurückgeht. Die wichtigsten sind Badr und SCIRI, die bis zum heutigen Tag bedeutende Rollen in der irakischen Politik spielen.

Die Badr-Einheit entstand aus der Zusammenführung zweier Gruppen, den Moğâhedîn und den Aḥrâr. Die Moğâhedîn, deren Ursprung noch etwas im Dunkeln liegt, waren eine, Ende der 1970er Jahre entstandene, militante schiitische Gruppe aus dem Umfeld der irakischen Daʿwa-Partei. Sie beriefen sich auf eine gleichnamige Gruppe schiitischer Kämpfer, die sich 1920 unter klerikaler Führung gegen die Briten erhoben hatten. Die zweite Gruppe der Aḥrâr waren schiitische irakische Kriegsgefangene, die sich während des Krieges bereit erklärt hatten, gegen Şaddâm Ḥusayn zu kämpfen. Gemeinsam bildeten sie die „Badr“-Brigade, die als regulärer Verband der iranischen RG aufgestellt und von iranischen Offizieren geführt wurde. Eine wichtige Schlüsselfigur bei Badr war ein ehemaliges Moğâhedîn-

Mitglied namens Ğamâl Ğaʿfar Moḥammad ʿAlî Âl-e Ebrâhim genannt Abu Mahdi al-Mohandes (1956-2020), der als Politiker auch im Vorstand des „Hohen Rats für die Islamische Revolution im Irak“ (SCIRI) aktiv war. Mit SCIRI versuchte Teheran in den späten 1980er Jahren, eine überparteiliche Plattform für alle Exil-Iraker aufzubauen, doch entwickelte sich die Organisation bald zu einer Partei, die die Interessen der mächtigen schiitischen Klerikerfamilie Al-Ḥakim vertrat. SCIRI und Badr arbeiteten im iranischen Exil so eng zusammen, dass angenommen wurde, Badr sei nichts weiter als die Parteimiliz SCIRIs. Wie wenig diese Überlegung den Tatsachen entsprach, wurde westlichen Beobachtern erst nach der amerikanischen Invasion 2003 deutlich vor Augen geführt. Badr stand der RG näher, aus der sie hervorging und verfolgte von Anfang an einen eigenen Kurs. Vor allem brachte sie die eigenen Anhänger im irakischen Innenministerium und bei der Polizei unter und Badr-Kommandant Ḥâdî al-ʿÂmerî wurde Transportminister. Schließlich baute Badr (diesmal als Organisation *munaẓẓamat Badr*) einen eigenen zivilen und später auch politischen Flügel aus. Der offizielle und von den Beteiligten längst erwartete Bruch mit SCIRI fand 2012 statt und führte dazu, dass SCIRI erstmals begann, eine eigene abhängige Parteimiliz aufzubauen, die ʿÂşurâʿ-*Kompanien*.

Badr und SCIRI sind die am engsten mit Teheran verbundenen Gruppen: Badr, weil sie Teil der Revolutionsgarde war und SCIRI, weil die Klerikerfamilie der Al-Ḥakims enge Beziehungen zu Revolutionsführer Ḥameneʿi unterhielt. Die Nähe zu den Teheraner Machtzirkeln bedeutete auch, dass im Gegensatz zu vielen anderen Flüchtlingen Badr- und SCIRI-Mitglieder sogar die iranische Staatsbürgerschaft bekommen konnten. Damit ist jedoch nicht gesagt, dass die beiden Gruppen reine Befehlsempfänger Teherans wären. Vielmehr war sich Teheran darüber im Klaren, dass ihre irakischen Partner irakische Interessen wahrnehmen werden. Deutlich wurde dies bereits in den 1990er Jahren, als Teheran nichts anderes übrig blieb, als zu akzeptieren, dass die schiitische irakische Opposition gegen Şaddâm Ḥoseyn am von den USA gesponserten Iraqi National Congress (INC) teilnahm. Als SCIRI und Badr 2003 im Schlepptau der Amerikaner in den Irak zurückkamen, sah Teheran keinen Grund, ihrer Kooperation mit den USA im Wege zu stehen. Größeren Diskussionsbedarf gab es jedoch innerhalb der Rückkehrer. Während die Mehrheit der Badr sich in Kooperation mit den USA (oder besser: unter Täuschung derselben) im Sicherheitsapparat etablierte, spalteten sich einige Gruppen von Badr ab, weil sie den USA vorwarfen, 1991 Şaddâm die Niederschlagung des schiitischen Aufstandes ermöglicht zu haben. Diese Gruppen verübten unverzüglich Anschläge auf amerikanische Ziele. Darunter war auch eine Gruppe namens Katâʿib Ḥezbollâh (KHB) unter Abu

Mahdi al-Muhandis, der bei den ersten freien Wahlen nach dem Sturz Šaddāms ins Parlament gewählt worden war. Abu Muhandis, der in der internationalen schiitischen Szene gut vernetzt und mit Qāsim Soleymāni persönlich befreundet war, befand sich auf mehreren Terrorlisten, weil er in den 1980er Jahren in Anschläge auf westliche Ziele in der Golfregion involviert gewesen sein soll, was er selbst stets bestritt. Dennoch musste er sich, nachdem die USA seine wahre Identität in Erfahrung gebracht hatten, in den Iran in Sicherheit bringen und kehrte erst nach dem Abzug der USA 2011 in seine Heimat zurück.

Vollkommen feindlich den USA gegenüber stand von Anfang an die Mahdi Armee Muqtadā Šadr. Der 1973 geborene Sohn des von Šaddāms Schergen ermordeten Āyato-llāh Muḥammad Šādiq Šadr (1943-1999) war selbst in Teheran weitgehend unbekannt. Sein Verhältnis zum Iran war bestenfalls schwierig und beizeiten offen feindlich; es hat sich jedoch in den letzten Jahren verbessert.

Konkurrierenden schiitischen Klerikerfamilien, insbesondere der in London lebenden Al-Ḥuyi-Familie oder den aus Teheran gekommenen Al-Ḥakim, trat er offen feindselig gegenüber. Sein Kampf gegen die USA dauerte Jahre und bereitete Teheran mehr Schwierigkeiten als Nutzen, weil sich Muqtadā von den Iranern nicht steuern ließ. Mehr Glück hatte Teheran mit den Abspaltungen der Mahdi Armee wie Ašā'ib Ahl al-Ḥazāli und Ḥarakat Ḥizbu-llāh al-Nuḡabā' (HHN) unter Akram Ka'bi. Beide Anführer sind übrigens Angehöriger wichtiger schiitisch-arabischer Stämme, die über eine große Anhängerzahl in der arabischsprachigen iranischen Provinz Qūzistān verfügen. Schon allein aus diesem Grund musste sich Teheran für diese Gruppen interessieren. Politisch und ideologisch dürfte Akram Ka'bi der wichtigere der beiden sein, weil er als Theologe anerkannter als Qays ist und daher zum Vertreter (vakil) wichtiger, im Iran lebender irakischer Āyato-llāhs wurde, wodurch ihm eigne Finanzmittel zur Verfügung stehen. Qays gilt als guter militärischer Kommandant und fiel wegen seines schrillen antiisraelischen Protests auf, was von gewissen Kreisen in Teheran wohlwollend aufgenommen wurde. Doch seine Gefangenschaft bei den Amerikanern und seine umfangreichen Aussagen über innerirakische und hier vor allem innerschiitische Verhältnisse, die über einen amerikanischen Think Tank an die Öffentlichkeit gespielt wurden, schädigten seinem Ansehen. Beide Milizenführer bzw. ihre Einheiten spielen eine wichtige Rolle in Syrien.

AAH und HHN werden von den USA als Sondergruppen (*special groups*) geführt, weil sie trotz des Waffenstillstandes zwischen Šadr und den Amerikanern den Kampf fortgesetzt hatten. Zu den Sondergruppen ist auch jene Abspaltung von Badr zu zählen, die sich dem Widerstand gegen die USA verschrieben haben, sowie eine Reihe anderer Gruppen. Nicht alle von ihnen unterhalten gute

Beziehungen zu Teheran, auch wenn ihre Führung jahrelang im iranischen Exil gelebt hat (z.B. Seyyed al-Šohadā'). Für Teheran bedeutete dies zunächst, dass das wichtigste Ziel, proiranische Gruppen in Politik und Sicherheitsapparat des Nachbarlandes zu etablieren, ohne großes Zutun gelang: Badr und SCIRI sind wichtige politische Organisationen, die jahrzehntelang im Iran im Exil waren (was übrigens auch für die KDP und PUK sowie ihren Peschmerga Einheiten gilt, die ohne iranisches Exil von Šaddām Ḥoseyn vernichtet worden wären) und gleichzeitig gute (SCIRI) oder wenigstens konfrontationsfreie (Badr) Beziehungen zu den USA unterhielten. Die Iraner verstanden von Anfang an, dass ihre Interessen hinsichtlich eines nicht baathistischen und stabilen Irak mit den Zielvorstellungen der USA übereinstimmten. Die iranische Unterstützung von Angriffen auf US-Truppen im Irak, die von den sogenannten Sondergruppen ausgeführt wurden, waren nur solange nützlich, wie sie unterhalb einer gewissen Eskalationsstufe blieben und keine direkte Reaktionen der USA gegen den Iran zur Folge hatten, den Amerikanern aber gleichwohl den Einfluss Teherans vor Augen führten. Sofern es sich um Gruppen handelte, die direkt von Teheran gesteuert wurden, wie das Heer des Muḥtār, Rache Gottes (Šāro-llāh) oder die Ḥorāsān-Kompanien, wurden Angriffe auf die USA vermieden, stattdessen konzentrierten sie sich auf die Ermordung ausgewählter Baathisten und Angriffe auf die oppositionelle iranische Terrorgruppe Moğāhedīn-e Ḥalq. Iranische Waffenlieferungen und Unterstützung für die Sondergruppen dienten den Iranern aber auch dazu, sich dieser Gruppen zu versichern, was vor allem bei AAH und HHN gelang. Schwieriger war es bei der KHB, weil Abu Mahdi al-Muhandis als politisches und militärisches Schwergewicht in der internationalen schiitischen Szene anerkannt war. Er war von Anfang an respektierter Partner und nicht Befehlsempfänger, wenngleich er ideologisch mit den Iranern weitgehend übereinstimmt.

Der Kampf gegen den IS und der Aufbau der VME

Der Beginn des Bürgerkrieges in Syrien stellte Teheran vor neue Herausforderungen. Zunächst ist festzuhalten, dass ein Teil des irakischen Bürgerkriegs sich dem Euphrattal entlang nach Syrien verlagert hatte, wo er die dortige Konfliktkonstellation weiter anheizte, weil den sunnitischen Extremisten schiitische Gruppen aus dem Irak nachfolgten. Der irakische und der syrische Schauplatz korrespondierten also miteinander. Im Zuge der Konfessionalisierung des Konflikts, die vom syrischen Machthaber und den islamistischen Extremisten unter Ausschluss der oppositionellen Bürgerrechtsbewegung gleichermaßen betrieben wurde, kamen immer mehr schiitische Freiwillige aus dem Irak und später aus dem Iran nach Syrien. Dieser Faktor wurde ausgenutzt, als das syrische Regime immer weiter unter Druck kam und

Teheran sich zur vollen Unterstützung entschied. Die Iraner waren bis dato in Syrien schon vertreten, doch für die neue Aufgabe, nämlich das Regime vor seinem Zusammenbruch zu bewahren, fehlten die Truppen. An regulären militärischen Einheiten setzte Teheran zunächst die Militärberater der Qods ein, sowie freiwillige Reservistenverbände der Basiğ und der RG – Fâteħin und Şâberin – die im Iran normalerweise bei großen Protesten eingesetzt werden aber auch in der Aufstandsbekämpfung geschult sind. Diesen wurden ausländische Freiwilligenverbände beigestellt, nämlich die Zeynabiyun und Fâtemiyun-Einheiten (beides Bataillone, die zu Brigadeäquivalenten ausgebaut wurden) für die pakistanisch-indischen Freiwilligen und die Afghanen (aus Iran und Afghanistan). Erst 2017 wurde auch eine Sondereinheit der iranischen Armee (*Arteş-e Ğomburi-ye Eslâmi-ye Irân* – AJA), nämlich Teile der 65. Luftlandebrigade zum Zweck der Ausbildungs- und Kampfführungsunterstützung nach Syrien entsandt. Wenig ist über den Einsatz von iranischen Luftabwehreinheiten und anderen technischen Truppen bekannt geworden. Beobachter scheinen davon auszugehen, dass die AJA-Einheiten direkt mit den Syrern kooperieren und nicht über Qods, der die Koordination dieser Freiwilligen oblag. Die Gesamtkoordination und Gesamtverantwortung lag jedoch mit Sicherheit bei Soleymâni in seiner Funktion als Repräsentant des Revolutionsführers.

Die zweifelsohne bedeutendste von Qods in Kooperation mit der libanesischen Hezbo-İlâh und einigen irakischen Gruppen aufgebaute Einheit ist jedoch die Abu İ-Faẓl al-Şabbâs Brigade. Sie wurde 2012 im in einem damaszener Vorort gelegenen schiitischen Heiligtum Sayyida Zainab gegründet. Für die freiwilligen Kämpfer wurde sorgfältig der Kult um Sayyida Zainab gepflegt, so als ob der aus Grabmal, Moschee und Bildungseinrichtungen bestehende Zainabiyya-Komplex dieselbe Bedeutung wie die heiligen schiitischen Stätten im Irak hätten. Dabei wurde Damaskus erst in den 1990er Jahren zum Pilgerort für die Schiiten und zum bevorzugten Exil schiitischer Gelehrter, die Teheran und der von den Iranern vertretenen ideologisch-theologischen Linie ablehnend gegenüberstanden. Das syrische Regime gewährte diesen schiitischen Dissidenten Zuflucht um ein – sehr sanftes – Druckmittel gegen seinen iranischen Verbündeten in der Hand zu haben. Die Sicherung des Zaynabiyya-Komplexes durch proiranische Kräfte bedeutete auch das Ende von Damaskus als Zentrum des schiitischen Dissenses. Doch geschickte Propaganda durch die Iraner und ihre klerikalen Verbündeten im Irak motivierte viele junge Iraker, sich für den Einsatz nach Syrien zu melden. Hierzu mussten sie sich bei einer der im Irak engagierten Milizen melden, bei der sie ihre Grundausbildung erhielten, später kamen iranische und libanesischen Ausbilder dazu. Schließlich sorgten die Iraner für ihre Überstellung nach Syrien. Nach allem, was bisher bekannt

wurde, wurden diese Einheiten im Westen und Norden des Landes eingesetzt. So kämpfte die Abu İ-Faẓl Brigade nicht nur in Damaskus sondern auch in der Gegend um Aleppo. Das ist insofern logisch, weil das syrische Regime und seine Verbündeten den IS in Syrien nicht energisch bekämpften, sondern sich auf Gruppen und Organisationen entlang der Linie Damaskus – Aleppo konzentrierten. Den Kampf gegen den IS führten – und gewannen – die USA und die kurdische YPG bzw. die mit ihnen verbündeten arabischen Gruppen im Rahmen der Demokratischen Kräfte Syriens. Die direkte Konfrontation mit dem IS suchten die Iraner und ihre schiitischen Verbündeten jedoch im Irak.

Der Aufstieg des IS hatte sich schon einige Zeit lang abgezeichnet, dennoch kam der rasche Zusammenbruch der irakischen Armee im Sommer 2014 überraschend. Die schnelle Reaktion der schiitischen Milizen und ihre Legitimierung durch den Aufruf Groß-Âyato-İlâh Sîstânîs, alle jungen Männer mögen die Vaterlandsverteidigung als ihre persönliche religiöse Pflicht verstehen, sowie der entsprechende Rechtsakt durch die irakische Regierung erlaubten die Gründung eines administrativ-militärischen Rahmenverbandes namens „Volksmobilisierungseinheit“ (*al-ħaşd al-şâʿabî*), mit der es letztendlich gelang, den IS niederzuringen. Gerade beim Kampf gegen den IS zeigte sich, dass die USA und Iran aufeinander angewiesen waren: so wurde General Qâsem Soleymâni von den Irakern offiziell eingeladen, an der anti-IS Koalition teilzunehmen. Er leitete die Gefechte bei Âmerlî und Tikrit (2014-15) gegen den IS, was von amerikanischer Seite durchaus anerkannt wurde (wohl auch mit dem Kalkül, die laufenden Nuklearverhandlungen mit Teheran als Ausgangspunkt für eine Detente zu nehmen). Gleichzeitig wäre der Erfolg bei weitem nicht so sicher gewesen, wenn die USA nicht umfangreiche militärische und nachrichtendienstliche Hilfestellung geleistet hätten. Doch Hoffnungen auf eine Fortsetzung der konstruktiven wenn auch indirekten Kooperation zwischen Iran und den USA gegen den IS und zugunsten des Iraks zerschlugen sich mit dem Amtsantritt Trumps, sofern sie je realistische Aussichten auf Erfolg hatten. Spätestens seit dem Fall von Mosul 2017 und verschärft durch die Verschlechterung der bilateralen US-iranischen Beziehungen betrieben die USA mit ihren Verbündeten eine Reform des irakischen Sicherheitssektors, mit der die VME neutralisiert und somit der iranische Einfluss zurückgedrängt werden sollte.

Im Irak war die genaue zukünftige Rolle der VME durchaus umstritten. Für ihre Beibehaltung und ihren Ausbau plädierte nachvollziehbarer Weise ihr Leiter, Abu Mahdi al-Muhandis. Andere wollten die Anzahl der VMEs reduzieren und möglichst geschlossen unter das Kommando der Armee stellen. Auf politischer Ebene kristallisierten sich bald zwei Extremstandpunkte heraus, einerseits die Behauptung, es würde sich bei ihnen nur um Lakaïen Teherans handeln – die Terminologie von den

VME als bloßen Surrogatkräften (*proxies*) rührt von dieser Logik her. Hierbei wird jedoch der wichtige Beitrag, den diese Kräfte zum Sieg über den IS geleistet haben, ignoriert. Andererseits reduzieren ihre Unterstützer ihre Argumentation auf die positive Rolle, welche die VMEs im Kampf gegen den IS gespielt haben und ignorierten Malversationen, Machtmissbrauch und die Rolle Irans. Außerdem wird von dieser Seite auch gerne die Unterstützung der USA für den Erfolg übersehen und der Konflikt mit dem IS als Teil der Konfrontation mit dem Westen verstanden, der nach dieser Logik (nämlich eingedenk der Erfahrung von 1991!) hinter dem IS steht. Dennoch gelang es den Irakern, die VME auf eine vernünftige gesetzliche Grundlage zu stellen. Die Einteilung der verschiedenen Milizen in Regimenter, die langsam greifende einheitliche Uniformierung, die Sicherung der Finanzierung, die Trennung von Partei und Miliz sowie die Herstellung einer – weitgehend – einheitlichen Befehlskette sind wichtige Maßnahmen, mit denen begonnen wurde, das Chaos der irakischen Milizen zu ordnen. Vor allem aber spielte ein Grundsatz eine wichtige Rolle: dass VME Einheiten nur im Irak zum Einsatz kommen können. Damit sollte Befürchtungen entgegengetreten werden, die VME würden – ähnlich wie die iranische RG – eine weitere ideologische Armee der Schiiten werden. Denn mehrere schiitische Milizen hatten ihre Kämpfer nach wie vor in Syrien, darunter auch die KHB des Abu Mahdi al-Muhandis.

Positiv betrachtet könnte argumentiert werden, dass es eben noch Zeit brauche, bis alle Iraker aus Syrien abgezogen seien und dass keine neuen Kräfte ins Nachbarland geschickt werden würden. Allerdings reicht die bisherige Präsenz verschiedener Milizen, vor allem KHB, AAH und HHN aus, um in Israel Befürchtungen wach werden zu lassen, an der israelischen Ostgrenze würde sich zusätzlich zur libanesischen auf Dauer ein weiteres iranhöriges, radikales Element schiitischer Militanter bilden, eine Art internationale Super-Hezbollah, die alle Schiiten weltweit gegen Israel an der syrischen Front in Stellung bringen könnte. Erfolgreiche Drohnenangriffe iranischer RGs von Syrien auf Israel sowie die Drohungen einzelner Milizenführer verstärkten die Wahrnehmung der Bedrohung in Israel. Dazu kommt, dass mit zunehmendem wirtschaftlichen und politischen Druck auf die Islamische Republik viele Meinungsmacher im Westen – und zwar sowohl in der Politik als auch bei den Nachrichtendiensten – davon ausgingen, dass die Unzufriedenheit im Iran und im Irak, die sich in monatelangen Protestkundgebungen gegen die jeweiligen Regierungen äußerte, zu deren Sturz (wie im Irak geschehen) oder gar zum Regimewechsel (wie für den Iran erhofft) führen mögen. Die zusätzliche Bedrohung Israels und die Überzeugung, der Iran habe seinen regional- und machtpolitischen Zenit überschritten, setzten die Szene für weitere Eskalation.

Eskalation in der Region und Auswirkungen auf den Sicherheitssektor im Irak und im Iran

Das iranische Engagement in der Region, so die Logik, würde durch die Sanktionen ungemein verteuert werden, sodass es genüge, den Druck auf allen Ebenen zu verschärfen, wodurch Iran zum Rückzug aus der Region gezwungen werden könnte. Die Ermordung von Qâsim Soleymâni und Abu Mahdi al-Muhandis würde in dieses Schema des maximalen Drucks auf Iran und seine Verbündeten passen. Als Begründung für den Anschlag auf Soleymâni und Muhandis – letzterer wird in den westlichen Medien kaum erwähnt – wurde von den USA mit einer imminently drohenden Gefahr für amerikanische Diplomaten begründet. Seine Anwesenheit im Irak hätte der Vorbereitung weiterer Anschläge gedient. Dem widersprach der irakische Premierminister ‘Âdil ‘Abd al-Mahdi: Qâsim Soleymâni sei auf seine, ‘Abd al-Mahdis, Einladung hin nach Bagdad gekommen, um die iranische Antwort auf einen saudischen De-Eskalationsplan für die Region zu diskutieren. Wenn dies der Fall war, wäre es der erste Schritt zu einer arabisch-iranischen Annäherung gewesen.



Qâsem Soleymâni, Kommandanten der iranischen Qods und Abu Mahdi al-Muhandis, Kommandant der irakischen Katâ’ib Hezbollah-Brigaden starben gemeinsam bei einem gezielten US-Drohnenangriff

Bemerkenswert ist der bisherige Verlauf der Eskalation: Ende Dezember hatten bislang unbekannte Täter, deren Hintermänner die USA in Teheran vermuten, einen amerikanischen Militärstützpunkt in der Nähe von Kirkuk mit einem Raketenwerfer angegriffen, was zum Tod eines amerikanischen Staatsbürgers führte. Daraufhin griffen die USA Stellungen der KHB an der syrisch-irakischen Grenze an, bei dem ungefähr 40 Kämpfer ums Leben kamen. Die Empörung darüber führte zum – unblutigen – Sturm auf die US-Botschaft in Bagdad durch schiitische Milizionäre, den wiederum die USA zum Anlass nahmen, Soleymâni und seine Begleiter zu töten, woraufhin der Iran – mit Vorwarnung – einen Raketenangriff auf eine amerikanische Militärbasis durchführte, bei der niemand

zu Schaden kam, die aber unter Beobachtern als beeindruckendes Beispiel der militärischen Fähigkeiten Teherans gilt. Schließlich schossen nervöse Soldaten der Luftabwehr der RG ein mit 176 Fluggästen besetztes Flugzeug einer ukrainischen Airline ab, was zu einem Sturm der Entrüstung im Iran führte. All diese Ereignisse zusammen verändern und verstärken vorhandene politische Dynamiken in Irak und Iran.

Der Tod der beiden wichtigen schiitischen Akteure betrifft vor allem die Reform des Sicherheitssektors in beiden Ländern. Für den Irak werden die Verhandlungen über das genaue Verhältnis der VME zur Armee schwieriger werden, weil Muhandis von allen schiitischen Gruppen gehört wurde und sich auch bei der Politik und der Armee Respekt verschaffen konnte. Das gilt nicht für seinen Nachfolger Hâdi al-Âmeri von Badr. Im Gegensatz zu KHB und Muhandis sind Âmeri und Badr direkt in die Parteipolitik des Landes involviert. Sie gehört auch zu den Gruppen, die die überkonfessionelle zivilgesellschaftliche Protestbewegung bekämpfen, die sich konstituiert hat, um Korruption und Misswirtschaft anzuprangern. Aber auch innerhalb der vielen schiitischen Milizen ist Badr zu exponiert um eine ausgleichende und vereinende Rolle zwischen den verschiedenen Fraktionen zu spielen und einen tragbaren und notwendigen Kompromiss hinsichtlich der zukünftigen Stellung und des Funktionierens der VME auszuarbeiten. Das wiederum bringt die Iraner ins Spiel, die Akram Ka'bi und AAH präferieren. Zwar sind AAH ebenso Partei, aber unmittelbar nach der Tötung Muhandis begannen Gespräche zwischen allen Gruppen und Parteiführern inklusive Muqtadâ Šadr in Qom, bei denen die weitere Vorgangsweise beraten wurde. Ein erstes Resultat dieser Gespräche scheint der Entschluss Šadrs zu sein, seine Unterstützung für die Protestbewegung zurückzuziehen. Es ist noch zu früh, zu beurteilen, welchen politischen Nutzen bzw. welche Zugeständnisse der begnadete Populist durch seine Haltungsänderung erzielen wird, doch so viel steht jetzt schon fest: sofern es sich nicht nur um eine temporäre Haltungsänderung Muqtadâs handelt, ist davon auszugehen, dass der schiitische Block in der irakischen Politik nun deutlich näher an Teheran gerückt ist. Vor allem dann, wenn sich bewahrheiten sollte, dass Ka'bi und die AAH zunehmend die Rolle Muhandis und der KHB übernehmen. Damit verschärft sich das Hauptproblem des irakischen Sicherheitssektors: seine Vierteilung in eine schwache Armee, eine ausgezeichnete, von den USA ausgebildeten Antiterrordivision, den kurdischen Peschmergas und den VME. Im schlimmsten Fall ist mit einer direkten Konfrontation zwischen US- und iranisch-gesponserten Einheiten zu rechnen, wofür die Rhetorik der USA spricht, die die VME in cumulo als Terroristen bezeichnen. Der Tod Muhandis bedeutet für die VME jedenfalls den Verlust eines politischen Schwergewichts, das in Teheran respektiert wurde und seine Ersetzung durch einen weit jüngeren Politiker, den

die Iraner recht früh in seiner Karriere unter ihre Fittiche genommen haben.

Der Tod Soleymânis rief im Iran tatsächlich große Bestürzung hervor und brachte Zehntausende auf die Straßen. Das lässt sich nicht einfach durch staatliche Zwangsmaßnahmen erklären oder mit dem Hinweis darauf, dass Angehörige der lurischen Volksgruppe ihren General verabschieden wollten. Soleymâni fand über die Grenzen der radikalen Schiiten hinaus in der weiteren iranischen Gesellschaft Anerkennung. So war er bei weitem nicht die finstere und sinistere Person, als die er im Westen gezeichnet wurde und auf die sich die radikalsten Elemente des iranischen politischen Systems zu berufen wünschten. Bei mehreren Gelegenheiten verteidigte er Außenminister Žarif gegen unqualifizierte Angriffe von dieser Seite. Dazu kam, dass er offensichtlich selbst davon überzeugt war, die Disposition Irans in der Region diene objektiven Interessen des Landes, vor allem dem Kampf gegen den IS. Dieses Argument wurde auch von säkularen Iranern weitgehend akzeptiert. Demnach sei es besser, den IS außerhalb Irans zu bekämpfen, als sich mit ihm im Lande selbst herumschlagen zu müssen. Für den Kampf gegen den IS wurde er 2019 mit dem höchsten militärischen Orden der Islamischen Republik ausgezeichnet. Vor diesem Hintergrund ist es verständlich, dass das Regime sich seiner (bzw. seines Todes) zum Zwecke der Legitimation bediente.

Doch der Versuch, seinen Tod für eine Propagandashow zu nutzen, scheiterte. Besonders peinlich für jene radikalen Kreise, die ihn zum Helden des Antiamerikanismus und Antizionismus hochstilisierten, war, dass sich iranische Passanten weigerten, auf die an prominenten Stellen ausgelegten amerikanischen und israelischen Flaggen zu trampeln. Selbst Moscheegeher verweigerten ein derartig anachronistisches – derlei geschah zu Beginn der Revolution – und peinliches Schauspiel. Damit setzten iranische Bürger ein Zeichen, dass seit Jahrzehnten von den Machthabern überhört wird: die Bevölkerung ist durchaus bereit, jenen Staatsdienern Respekt zu zollen – wie Soleymâni – die ihrer Ansicht nach dem Volk dienen (in seinem Fall der Kampf gegen den IS), lässt sich aber nicht durch billige Feindbilder einlullen oder emotional hochpeitschen. Damit hinterlässt Soleymâni seinem Nachfolger Qâ'âni eine Hypothek: zwar lassen sich seine nachrichtendienstlichen, militärischen und militärdiplomatischen Fähigkeiten leicht ersetzen, doch der Rückhalt in der Bevölkerung, den er nur wegen des Kampfes gegen den IS erhielt, wird seinem Nachfolger verwehrt bleiben, denn für regionalpolitische Machtprojektion mithilfe schiitischer arabischer Extremisten gibt es in der iranischen Bevölkerung kaum Verständnis. Denn dieselbe Bevölkerung, die Soleymâni Respekt zollte, ließ und lässt ihrem Zorn gegen

Korruption, Misswirtschaft, Intransparenz und Massenarmut freien Lauf.

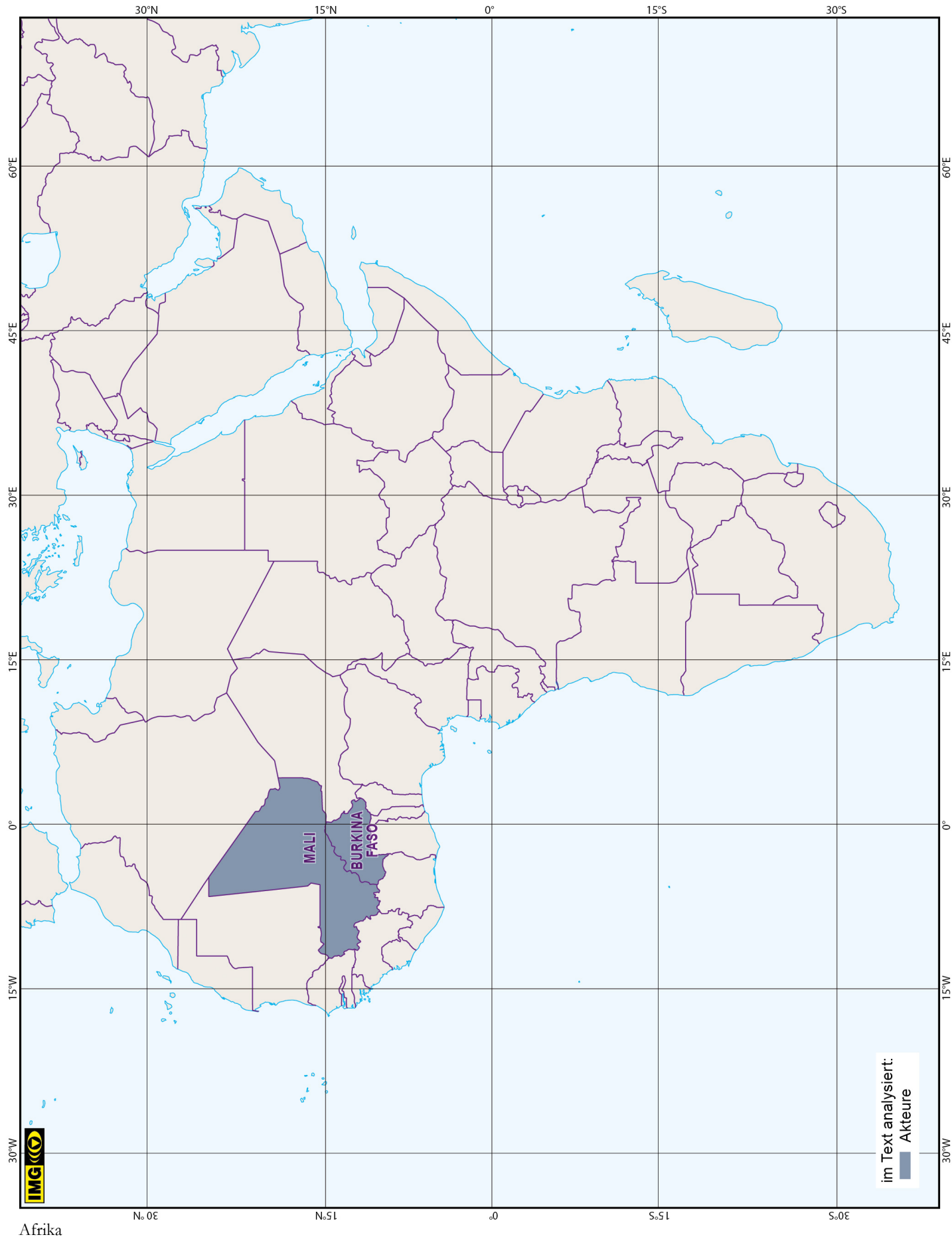
In der Regel ist die Islamische Republik Iran im Umgang mit Demonstrationen sehr erfahren. Nicht nur Gewalt, sondern exakte soziologische Analysen und ein Netzwerk überlappender Nachrichten- und Aufklärungsdienste sorgten bisher dafür, dass es zu keiner landesweit organisierten Protestbewegung kam. Außerdem war es bisher immer möglich, die verschiedenen Gruppen der Protestierenden auseinander zu halten. Bis heute protestieren das Bildungsbürgertum und die Technokraten von den Arbeitern und den Armen getrennt und aus verschiedenen Motiven heraus. Heikler ist es, wenn sich ethnische Forderungen mit einer allgemeinen landesweiten sozialen Protestbewegung mischen, wie es in Kurdistan geschah. Doch auch in diesen Fällen konnte das Regime sich bisher in Sicherheit wiegen und die Proteste als „Stresstest“ für den Sicherheitsapparat und die politische Führung abhaken. Allerdings kam es in den letzten Jahren immer häufiger zu solchen „Stresstests“ wodurch sich das Risiko der Überreaktion und daran anschließend einer echten Systemkrise erhöhen. Der auf Fehlbedienung zurückzuführende Abschuss des ukrainischen Fluges PS752 ist Teil einer gesamtstaatlichen Systemkrise. Diese betrifft die politische und die professionelle Ebene gleichzeitig, die Generalität der Revolutionsgarde ist dabei auf beiden Ebenen für das Unglück verantwortlich. Zunächst zur professionellen Ebene: Das komplizierte System der iranischen Luftabwehr wird zwar von einem eigenen Kommando (*Hâtamô l-Anbiyâ'* nicht zu verwechseln mit der gleichnamigen Wirtschaftseinheit der RG) koordiniert - unter seinem Dach koexistieren – sprich konkurrieren – jedoch die „Luftraumkräfte“ (*niruhâ-ye havâfâşâyi*) der RG mit der Teilstreitkraft „Luftabwehr des Heeres“ (*niru-ye padâfand-e havâyi-e Artes*). Das Insistieren der Revolutionsgarde, im Rahmen der Luftraumkräfte neben den prestigegeladenen ballistischen Raketen auch eine eigene Luftabwehr zu betreiben, ist militärisch nicht zu rechtfertigen. Vor allem dann nicht, wenn man in Betracht zieht, dass die Flugabwehr des Heeres im Jahre 2008 auf Befehl des Revolutionsführers zur eigenen selbständigen Teilstreitkraft (*niru*) erhoben wurde. Als solche verfügt sie über die notwendigen Ausbildungs- und Übungseinrichtungen, genügend akkumulierte institutionelle Erfahrung und vor allem ausreichend qualifizierte Infrastruktur für die Luftabwehr, während bei den Luftraumkräften der strategischen Raketenwaffe der Vorzug gegeben wird. Davon abgesehen betrifft das Unglück auch die militärische Führung der Revolutionsgarde: das beginnt mit dem Generalsekretär des Hohen Nationalen Sicherheitsrates Admiral Şamhâni, der den Luftraum nicht rechtzeitig sperren ließ und setzt sich bis zu General Amir-Ş Ali Hâğizâde, dem Kommandanten der „Luftraumkräfte“ RG fort, der nach tagelanger Verzögerung nicht wirklich

die Verantwortung für das Unglück übernahm – er sprach nur davon, dass er lieber „gestorben wäre“, was als rhetorische Floskel abgetan werden kann - und daher nicht zurücktrat.

Damit wird ein Kernproblem der Islamischen Republik verdeutlicht: die Straffreiheit und Allmacht der Generalität der Revolutionsgarde. Die Tatsache, dass es der Rücktrittsdrohung Präsident Ruḥânîs bedurfte und dass er anlässlich des vom Revolutionsführer geleiteten Freitagsgebets seinen Unmut für alle sichtbar äußerte, zeigt, wie schwer es ist, die Generalität der Revolutionsgarde zur Verantwortung zu ziehen. Erst nach Tagen und nach schweren internen Kämpfen wurde der „Verantwortliche“, der den Abschuss getätigt hatte, ein Offizier mittleren Ranges, als Bauernopfer ins Gefängnis gesteckt. Es ist unwahrscheinlich, dass von Seiten der Verantwortlichen begriffen wird, wie tief ihr Ansehensverlust wirklich ist. Einerseits versuchten sie ihr Image in der Öffentlichkeit wieder mit dem „Märtyrer“ Soleymâni aufzupolieren, andererseits war man bemüht, das „Macher-Image“ der Revolutionsgarde anlässlich der Flutkatastrophen in den Wüstengebieten Baluġistân und Sistân zu präsentieren. Allerdings sind Unterentwicklung und Armut in den in ethnischer und konfessioneller Hinsicht unterschiedlichen nichtpersischen Provinzen des Landes auch der schiitisch-revolutionären Natur des Staates verdankt, der sunnitische Muslime diskriminiert, indem er ihnen z.B. die Offizierslaufbahn unmöglich macht. Hilfseinsätze der Revolutionsgarde zum Katastrophenschutz haben auch in der Vergangenheit nicht die erwünschte Wirkung gezeigt. Wer aufgrund seiner anderen Konfession diskriminiert wird und deshalb Probleme mit der schiitisch-revolutionären Identität des Staates hat, wird auch nach einer Flutkatastrophe und der Hilfe durch die Verteidiger der Islamischen Revolution seine Probleme kaum überwinden können.

Sowohl für Iran als auch für Irak gilt, dass die Bevölkerung beider Staaten sich einen verantwortungsvollen und transparenten Staatsapparat wünscht. Hierzu bedarf es in beiden Fällen aus verschiedenen Gründen einer Reform des Sicherheitssektors, die durch den Tod von Muhandis und Soleymani noch unwahrscheinlicher wurde.

Walter Posch



Afrika

Gewalteskalationen im Sahelraum

In der zweiten Jahreshälfte 2019 war vor allem in den westafrikanischen Sahelstaaten ein signifikanter Anstieg der Gewalt zu verzeichnen. In Mali, Burkina Faso und Niger haben sich Anzahl und Intensität der Auseinandersetzungen weiter verschärft. Und auch in Mauretanien und im Tschad werden die islamistischen Kräfte stärker.

Im internationalen Krisen- und Konfliktmanagement wird schon sehr lange die These vertreten, dass in einer fragilen Umgebung nicht nur der betroffene Staat, sondern auch die Nachbarstaaten mit Stabilisierungsmaßnahmen unterstützt werden sollten. In und um Mali scheint sich diese These zu bestätigen. Seit Beginn des internationalen Engagements hat sich nicht nur die Sicherheitslage in Mali, sondern auch in den Nachbarstaaten deutlich verschlechtert. Die Gründe dafür sind vielfältig. Lokale Konflikte werden durch extreme Wetterphänomene bzw. den Klimawandel verschärft und Viehzüchter und Bodenbauern geraten immer mehr aneinander. Das lukrative Geschäft mit dem Menschensmuggel, Menschenhandel und dem Handel mit Waren aller Art ist stark umkämpft und verschiedene Gruppen versuchen, die Vorherrschaft darüber zu erlangen. Nicht zu unterschätzen ist aber auch, dass marginalisierte Gruppen, die kaum wahrgenommen werden, nur dann eine Chance sehen, ernst genommen zu werden und bei Verhandlungen mit am Tisch sitzen zu können, wenn sie von externen Akteuren auch als gewaltbereite terroristische Gruppe wahrgenommen werden.

Einen besonderen Entwicklungsschub haben die terroristischen/islamistischen Gruppen in den letzten Monaten erhalten. Die Qualität der Angriffe und die offensichtlich verbesserte Organisation legen den Schluss nahe, dass ein Wissenstransfer durch Rückkehrer bzw. Kämpfer aus anderen Regionen aus dem syrischen Bürgerkrieg in den Sahelraum stattgefunden hat. Dies wird in den kommenden Monaten eine große Herausforderung sowohl für die lokalen als auch für die internationalen Sicherheitskräfte sein. Eine weitere Eskalation in bereits bestehenden Konflikten und das Aufkeimen weiterer gewaltsamer Auseinandersetzungen scheinen somit für die nahe Zukunft kaum zu verhindern. Obwohl mit den G5 Sahel und der Operation Barkhane Möglichkeiten der Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg geschaffen wurden, kann das nicht über die Schwierigkeiten hinwegtäuschen, die nach wie vor existieren. Internationale Operationen und Missionen sind in ihren Möglichkeiten eingeschränkt, da die Nachbarstaaten in fast allen Fällen nicht vom Mandat erfasst werden und damit nicht Teil des Einsatzgebietes sind. Darüber hinaus lassen die Mandate auch ein proaktives Vorgehen zum Teil nur sehr begrenzt zu. Eine langjährige Erkenntnis aus Einsatzräumen rund um die

Welt, die nicht oder nur sehr bescheiden umgesetzt wird, fehlt auch im Sahelraum. Seit 2013 wurde zwar versucht, Mali zu stabilisieren, allerdings wurde den Nachbarstaaten viel zu wenig Augenmerk geschenkt. Dadurch konnte sich die Lage in Burkina Faso und Niger drastisch verschlechtern und trägt zur Unsicherheit in der Region bei.

Proteste gegen Frankreich haben scharfe Reaktionen aus Paris nach sich gezogen. Es wurde und wird öffentlich diskutiert, inwieweit sich Frankreich überhaupt im Sahelraum engagieren soll und wo tatsächlich französische wirtschaftliche Interessen liegen. Mit einer „Koalition für den Sahelraum“, den die G5 Staaten und Frankreich im Jänner 2020 abgeschlossen haben, sollte jedoch der französische Einfluss erhalten bleiben. In diesem Zusammenhang ist jedoch sehr interessant, dass die Währung der Währungsunion in Westafrika (Franc CFA) durch eine andere, neue Währung (ECO) abgelöst wird. In den neuen Gremien wird der Einfluss Frankreichs deutlich geringer sein. Allerdings bleibt auch der ECO an den Euro gebunden.

Mali

Die Gewaltspirale dreht sich weiter

Das krisengeschüttelte Land kommt nicht zur Ruhe. Im November 2019 kamen bei einer Hubschrauberkollision während eines Anti-Terror Einsatzes 13 französische Soldaten ums Leben – der schwerste französische Verlust seit drei Jahrzehnten. Als Antwort darauf bewaffnete Frankreich im Dezember 2019 seine Reaper Drohnen, welche bis dahin rein für Aufklärungszwecke in der Region im Einsatz waren. Seither werden bewaffnete Einsätze auf terroristische Ziele mit diesen unbemannten Luftfahrzeugen durchgeführt. Frankreichs Verteidigungsministerin Florence Parly verteidigte dies als notwendige Maßnahme, nicht als Änderung der Doktrin: für Drohneneinsätze gelten dieselben Einsatzregeln (RoE – Rules of Engagement) wie für bemannte Einsätze.

Sicherheitslage verschärft Humanitäre Krise

Die humanitäre Lage verschlechtert sich weiterhin. Laut den Vereinten Nationen sind 3,9 Millionen Menschen auf Schutz und Hilfe angewiesen, 700.000 mehr als im Vergleich zum Jänner 2018. Die Anzahl der Binnenvertriebenen stieg im selben Zeitraum von 80.000 auf 200.000 Menschen. Darüber hinaus befindet sich die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend Nahrungsmitteln auf dem schlechtesten Niveau seit fünf Jahren, Tendenz stark steigend. 650.000 Menschen sind unzureichend versorgt, im Vergleich zu 185.000 im Vorjahr. Diese Entwicklung ist bedingt durch eine zunehmende Verlagerung der bewaffneten Auseinandersetzungen vom dünnbesiedelten Norden in den stärker besiedelten Teil Zentral- und Südmalis. Zusätzlich weisen diese Konflikte neben dem

überregionalen Charakter zunehmend eine kommunale Komponente auf. 70% der betroffenen Bevölkerung lebt in den Regionen Mopti, Timbuktu und Gao. Die sich vom Norden ausdehnende Destabilisierung erfasst nun auch die zentral- und südmalische Regionen Ségou, Kayes und Koulikoro. Einzig in Kidal, im Nordosten des Landes, ist eine leichte Verbesserung der Sicherheitslage erkennbar.

Die Vereinten Nationen haben dieser Entwicklung nur wenig entgegenzusetzen. MINUSMA ist zwar weiterhin aktiv, allerdings ohne nennenswerte sicherheitsrelevante Erfolge. Ebenso können die Unterstützungsleistungen von UN-Hilfsorganisationen auf Grund limitierter Kapazitäten nicht maßgeblich zur Besserung der Situation beitragen. Ein Grund dafür ist die passive Haltung der malischen Regierung. Inhärente Korruption und politische Uneinigkeit über die Zukunft des Landes lähmen den Staatsapparat. Ein Wille zur Durchführung nachhaltiger Initiativen ist nicht erkennbar. Interne Konflikte innerhalb der malischen Streitkräfte tragen zur negativen Entwicklung bei. Daher ist davon auszugehen, dass bewaffnete Gruppen in weiten Teilen des Landes die Oberhand behalten bzw. ihre gewalttätigen Aktivitäten fortsetzen. Auf Grund der vielfach als Tatenlosigkeit empfundenen Zurückhaltung des Staatsapparates erhalten bewaffnete Gruppierungen auch weiterhin Unterstützung von breiten Teilen der Bevölkerung. Diese Entwicklung konterkariert ebenso die Implementierung des Friedensabkommens von 2015. Auf Grund der fragilen Lage sehen sich einzelne Konfliktgruppen nicht mehr verpflichtet, dieses zu befolgen und versuchen daher die Situation für ihre eigenen Interessen zu nutzen.

Wirtschaftlicher Hoffnungsschimmer

Trotz der verschärfenden Sicherheitslage bessert sich der Zustand der malischen Wirtschaft. Nach der ersten Überprüfung des Internationalen Währungsfonds (IWF) im Zuge der Extended Credit Facility (ECF), eines dreijährigen Abkommens zur finanziellen Unterstützung der malischen Wirtschaft, attestierte die Organisation eine positive Entwicklung. Das Wirtschaftswachstum stabilisierte sich in den vergangenen Jahren und strukturelle politische Reformen wurden eingeleitet. Eine besondere Herausforderung bleibt weiterhin, das Gleichgewicht zwischen Sozial- und Entwicklungsausgaben im Verhältnis zu notwendigen Sicherheitsausgaben zu halten. Ein ausgewogener Fiskalrahmen ist für eine nachhaltige wirtschaftliche Erholung Malis, aber vor allem für dessen wirtschaftspolitische Unabhängigkeit unerlässlich.

Zunehmende Fragilität durch regionsübergreifende Konflikte

Ethnische und religiöse Konflikte beeinflussen zunehmend die gesamte Region. Neben der ohnehin prekären Situation in Mali trägt die verschlechterte

Sicherheitslage in Niger und Burkina Faso zur Destabilisierung der Region bei, was Auswirkungen über das Grenzgebiet hinaus zeigt. Die ursprünglich von Mali ausgehende Destabilisierung hat sich dezentralisiert, womit sich einzelne Konfliktherde nun wechselseitig beeinflussen und zusätzliches Eskalationspotenzial bergen. Im Dezember 2019 starben bei einem Anschlag durch einen lokalen Ableger des „Islamischen Staates“ 71 Soldaten der nigrischen Armee in Inates, nahe der malisch-nigrischen Grenze. Die Fähigkeit grenzübergreifender Aktivitäten stellt einerseits die Stärke derartiger Gruppen dar, zeigt aber gleichzeitig die große Herausforderung für staatliche Sicherheitsakteure. Trotz der verstärkten Zusammenarbeit nationaler Sicherheitskräfte stellt diese „Regionalisierung“ der Konflikte auch für Mali eine massive Herausforderung dar. Dies wird zusätzlich durch den Klimawandel und die damit einhergehenden Veränderungen hinsichtlich schwindender Ressourcen und zunehmend unbewohnbarer Gebiete erschwert. Trotz positiver wirtschaftlicher Entwicklungen stellt die Vielzahl an politischen, ethnischen und religiösen Konflikten auf überregionaler als auch kommunaler Ebene sowie die zunehmende Fragilität der gesamten Region eine massive Herausforderung für Mali, dessen Nachbarstaaten und die internationale Gemeinschaft dar.

Burkina Faso

Intensivierung der Gewalt

Als Beginn der terroristischen Aktivitäten in Burkina Faso gilt das Jahr 2015, als es zu ersten Angriffen auf Sicherheitskräfte kam. Häufigkeit, Intensität und Komplexität der Aktionen waren zu Beginn relativ gering, ebenso wie die Opferzahlen. Die Angriffe wurden unterschiedlichen Gruppen zugeschrieben. Wenngleich die Verantwortung nicht immer geklärt werden konnte, reichten die Anschuldigungen von Boko Haram über regionale IS-Ableger bis zur malischen Koalition aus Al-Qaida im Islamischen Maghreb und Al-Mourabitoune.

Ende 2016 trat mit Ansarul Islam eine neue Organisation auf den Plan. Neben den transnational operierenden JNIM (Jama'at Nasr al-Islam wal Muslimin - „Gruppe für die Unterstützung des Islams und der Muslime“, zu Al-Qaida zugehörig) und IS-Ablegern gilt Ansarul Islam als stärkste burkinische Terrororganisation. Ihr Gründer war Ibrahim „Malam“ Dicko, ein Imam aus der Provinz Soum in der Region Sahel im Norden Burkina Fasos. Der Imam galt früher als tolerant, hatte eine anerkannte Gesellschaft für die Förderung des Islam und trat in Radiosendungen auf. Vermutlich hatte er sich radikalisiert, als er sich nach der Festnahme durch französische Truppen in Mali in Haft/Gefangenschaft befand. Seit dem mutmaßlichen Tod Ibrahim Dickos 2017 soll Jafar Dicko die Organisation leiten. Als ihr Ziel gilt die Errichtung eines

islamischen Fulbestaates nach dem Vorbild des Messina-Reiches im 19. Jahrhundert.

Seit dem Auftauchen von Ansarul Islam 2016 verschlechtert sich die Situation weiterhin. Von den etwa 300 Angriffen seit 2015 ereigneten sich über 100 alleine im Jahr 2019. Von den rund 600 Todesopfern sind etwa 200 in diesem Jahr zu beklagen. Die bisher blutigste Aktion war ein Hinterhalt Anfang November im Osten des Landes, bei dem etwa 40 Menschen ums Leben kamen und 60 verletzt wurden – hauptsächlich Zivilisten. Eines von mehreren Fahrzeugen des Militärs, die einen Konvoi mit Arbeitern der kanadischen Minengesellschaft SEMAFO begleiteten, fuhr auf einen Sprengkörper auf, woraufhin das Fahrzeug und die Busse unter Beschuss gerieten.

Bis inklusive 2018 richteten sich die Angriffe und Attentate meist gegen Einrichtungen des Militärs, die Soldaten selbst oder gegen andere Sicherheitskräfte. Seit Anfang des Jahres 2019 werden aber überwiegend Zivilisten Opfer der Angriffe. Auch Christen geraten zunehmend in den Fokus der Terrororganisationen, wie Anfang Dezember bei einem Angriff bewaffneter Männer auf eine Kirche im Osten des Landes, bei dem 14 Menschen starben.

Die Angreifer sind meist mobil und benutzen nicht selten Motorräder, um sich nach einem Angriff schnell zurückzuziehen und im unübersichtlichen Gelände zu zerstreuen, bevor Sicherheitskräfte oder Luftunterstützung eintreffen. Im Norden bewegen sie sich oft grenzüberschreitend zwischen Burkina Faso und dem benachbarten Mali. Besonders Ansarul Islam verfügt über Rückzugsorte auf der malischen Seite der fast 1.000 km langen gemeinsamen, meist durchlässigen Grenze.

Eine Zunahme der Gewalt kann auch im Kontext des Niedergangs des IS in Syrien und im Irak gesehen werden. Die beinahe unkontrollierbaren Weiten des Sahel und die bereits verankerten lokalen Ableger des IS bieten einen guten Nährboden für eine Ausdehnung der Aktivitäten und das Streben nach der Errichtung eines neuen Kalifats.

Die Interdependenz religiöser, ethnischer und ökonomischer Konflikte

Neben islamistisch motiviertem Terrorismus gelten ethnische Konflikte als zweite wichtige Quelle von Gewalt. Der ethnische und der religiös-ideologische Aspekt der Gewalt sind jedoch nicht getrennt zu betrachten. Vielmehr sind sie gemeinsam mit dem ökonomischen Aspekt im Zusammenspiel von Identitätskonstruktionen und der (gefühlten) Bedrohung dieser Identitäten zu sehen.

Anfang Jänner 2019 wurde das Dorf Yirgou etwa 200 km nördlich der Hauptstadt, dessen Bewohner den Mossi zugerechnet werden, überfallen und mehrere Menschen, einschließlich des Chefs des Dorfes, getötet. Daraufhin attackierten Gruppen von Mossi ein Lager einer Gruppe Fulbe und töteten mehrere Dutzend Menschen. Ein

ähnlicher Vorfall mit über 60 Toten ereignete sich im Verlauf mehrerer Tage von Ende März bis Anfang April in der nördlichen Grenzregion zu Mali.

Den überwiegend muslimischen Fulbe wird oft pauschal eine Nähe zu islamistischen Gruppierungen unterstellt. Diese (vor allem Ansarul Islam) rekrutieren sich tatsächlich zu nicht unwesentlichen Teilen aus Fulbe, der automatische Umkehrschluss, alle Fulbe als Sympathisanten der Islamisten zu sehen, ist allerdings nicht zulässig. Fulbe betreiben traditionell Viehzucht und führen dabei teils heute noch mit ihren Herden Wanderungsbewegungen durch. Auf diesen Routen kommen sie aufgrund sich verändernder klimatischer und sonstiger Umweltbedingungen vermehrt mit sesshaften Ackerbauern wegen der Nutzung von Ressourcen wie Wasser und Schäden an den Feldern durch Vieh in Konflikt. Dies gilt auch für sesshafte Viehzüchter, die zunehmend auf die gleichen Ressourcen wie die Farmer angewiesen sind.

Die gewaltsamen Ausbrüche und Anschläge, die auf diese drei unterschiedlichen Faktoren zurückzuführen sind, konzentrieren sich vornehmlich auf Regionen in denen sie wegen der Bevölkerungsstruktur besonders intensiv aufeinandertreffen, wie den Norden und Osten Burkina Fasos oder die Zentralregion Malis.

Eine klare Trennung ökonomischer, ethnischer oder religiöser Konfliktursachen ist daher nicht immer möglich oder sinnvoll. Eine dauerhafte Konfliktbearbeitung muss diese Verflechtung der Dimensionen berücksichtigen.

Counter-Terrorismus

Die Versuche, der terroristischen Bedrohung Einhalt zu bieten, waren bisher erfolglos - wenngleich die unzureichend ausgebildeten und ausgerüsteten Sicherheitskräfte (Armee und Gendarmerie) Teilerfolge verzeichnen. In Kooperation mit französischen Einheiten der Operation Barkhane und teils mit malischen Truppen wurden wiederholt Waldgebiete, die als Rückzugsgebiete für Terrorgruppen dienen, im Norden und Osten des Landes sowie auf malischem Territorium im Rahmen von Antiterroroperationen durchkämmt. Mitte des Jahres war es französischen Spezialeinsatzkräften im Norden Burkina Fasos außerdem gelungen, vier westliche Geiseln (zwei Franzosen, eine US-Amerikanerin und eine Südkoreanerin) zu befreien, die im benachbarten Benin gefangen genommenen worden waren und nach Mali gebracht werden sollten. Die Operation Barkhane ist in Burkina Faso mit etwa 200 Soldaten der Spezialeinsatzkräfte vertreten. Im Rahmen der internationalen Übungen Flintlock 2018 und Flintlock 2019 war jeweils ein Kontingent des österreichischen Jagdkommandos an der Ausbildung burkinischer Soldaten für den Kampf gegen Terroristen beteiligt.

Die offiziellen Bemühungen der staatlichen Sicherheitskräfte werden unter anderem durch die Ablehnung untergraben, die diesen im Norden von Teilen

der Bevölkerung entgegengebracht wird. Neben ethnischen Rivalitäten liegt dies auch an den Vorwürfen unverhältnismäßig brutalen Vorgehens seitens der Armee. So erhebt Human Rights Watch den Vorwurf, im Februar 2019 sei es im Rahmen von Operationen der Armee in der Region Boucle de Mouhoun nahe der Grenze zu den malischen Regionen Ségou und Mopti zu standrechtlichen Hinrichtungen gekommen.

Es gibt auch Widerstand gegen die französischen und ausländischen Truppen. Erst Anfang Dezember gab es nach einem Anschlag auf eine Moschee im Norden mit etwa 20 Toten eine Kundgebung in der Hauptstadt Ouagadougou, an der etwa 1000 Personen beteiligt waren. Sie prangerten die Erfolglosigkeit der ausländischen Intervention an und bezichtigten die westlichen Mächte, unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung Militärbasen zu errichten und die Rohstoffe der Region auszubeuten. Diese einzelne Aktion kann stellvertretend für ein erstarkendes anti-westliches, auch als anti-imperialistisch zu verstehendes Ressentiment gesehen werden.

Der französische Präsident Emmanuel Macron lud die Regierungschefs der Organisation G5 Sahel (bestehend aus Burkina Faso, Mali, Mauretanien, Nigeria und Tschad) Mitte Jänner 2020 nach Frankreich ein. Sie sollten wegen der auch von Politikern wiederholt öffentlich geäußerten Skepsis gegenüber der französischen Präsenz im Sahel Position beziehen und sich für oder gegen eine solche Aussprechen.

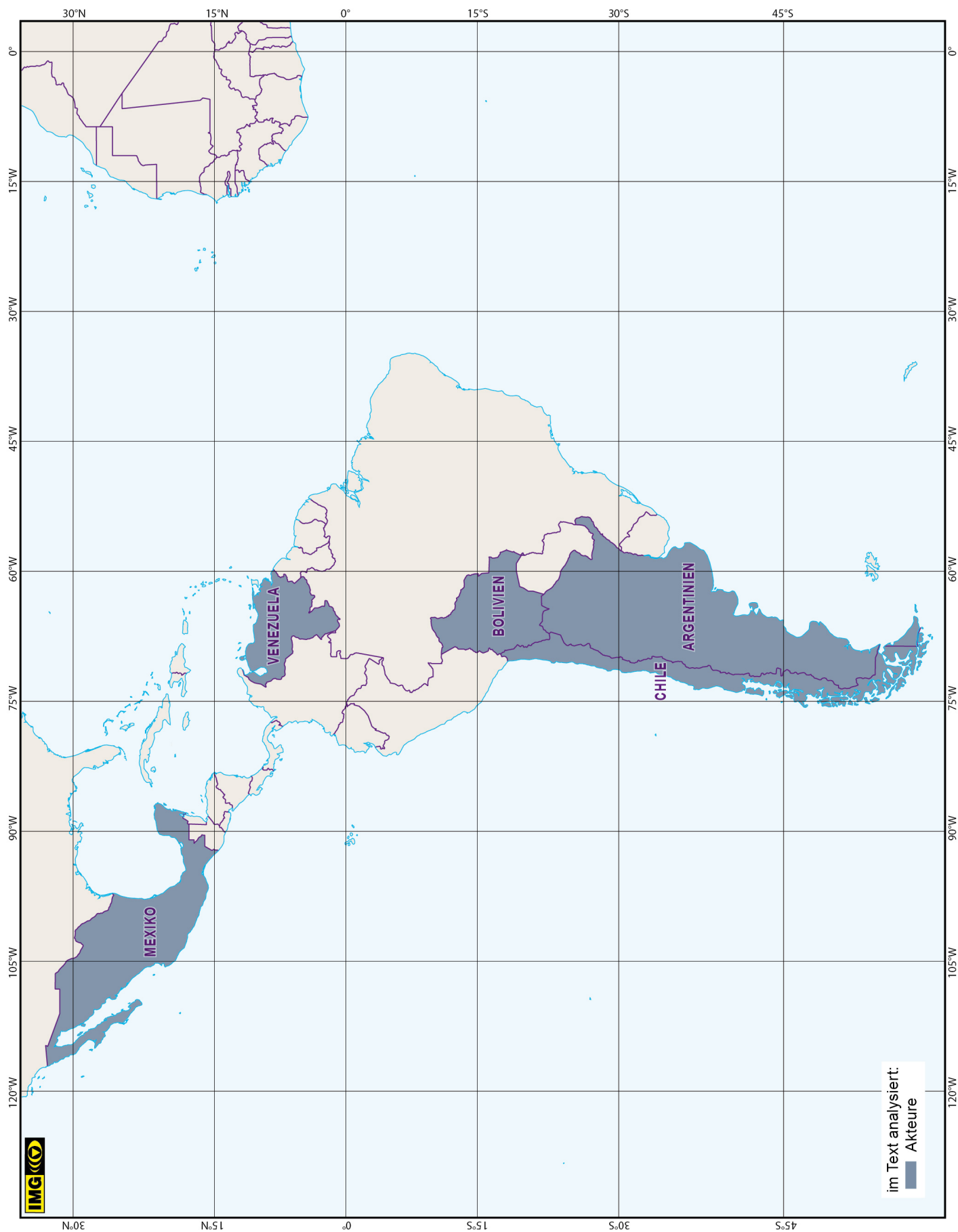
Der Präsident Burkina Fasos, Roch Marc Christian Kaboré, hatte Macron bereits im Oktober bei einem Besuch in Frankreich um verstärkte Unterstützung der Operation Barkhane gebeten, um den burkinischen Sicherheitskräften die Wiedererlangung der Kontrolle über die sich zuspitzende Lage zu ermöglichen. Im September waren die Staatschefs der ECOWAS (Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und der beiden G5 Sahel-Staaten Mauretanien und Tschad in der burkinischen Hauptstadt Ouagadougou für einen außerordentlichen Gipfel zusammengekommen. Auf der Agenda stand der Kampf gegen den Terrorismus. Es wurde unter anderem über die Zukunft des Bündnisses G5 Sahel und die Frage der Integration weiterer Staaten (wie Côte D'Ivoire oder Senegal) bzw. die Gründung neuer Initiativen beraten. Bezüglich der G5 Sahel gibt es wiederholt Forderungen von Politikern und Experten an die Vereinten Nationen, ihnen ein robustes militärisches Mandat unter Chapter VII zu verleihen, um eine nachhaltige und effektive Finanzierung durch die UN zu gewährleisten. Im November wies auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres auf die sich verschlechternde Sicherheitslage in Mali und Burkina Faso hin. Eine Aufwertung der G5 Sahel zu einer Chapter VII-Mission im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen scheiterte jedoch bis jetzt in erster Linie an der Veto-Macht USA, die bilaterale Unterstützung zu bevorzugen scheint.

Innenpolitische Auswirkungen

Die schlechte Sicherheitslage hat auch humanitäre und innenpolitische Folgen. Berichte sprechen von bis zu einer halben Million Binnenvertriebenen, die vor der Gewalt auf der Flucht sind und von 1,5 Mio. Betroffenen. Dazu kommen die eingeschränkte Nahrungsmittelversorgung sowie die negativen Effekte auf die Bildung. Besonders im Norden und im Osten werden durch Angst vor Gewalt und Vertreibung viele Kinder am Schulbesuch gehindert.

Im November 2020 finden im semi-präsidentiellen politischen System Burkina Fasos nach einer Amtszeit von fünf Jahren Präsidentschafts- und gleichzeitig Parlamentswahlen statt. Zwei Monate vor der letzten Wahl im Jahr 2015 hatte es einen Versuch gegeben, die nach dem Rücktritt des von 1987 bis 2014 regierenden ehemaligen Präsidenten Blaise Compaoré eingesetzte Übergangsregierung zu stürzen. Ein friedlicher und reibungsloser Ablauf der Wahlen 2020 wäre ein wichtiges Signal für die politische Stabilität im Land. Allerdings gibt es in den Reihen der Opposition (darunter die ehemalige Partei des früheren Präsidenten Blaise Compaoré) die Befürchtung, die Regierung könnte die unsichere Situation nutzen, um die Wahlen zu verschieben und somit länger im Amt zu bleiben. Darüber hinaus gibt es in diesem Kontext seitens der Opposition Vorwürfe der Intransparenz hinsichtlich der Ausgaben für den Sicherheitsbereich sowie Anschuldigungen, dass die Regierungspartei Verbindungen zu führenden Persönlichkeiten der terroristischen Organisationen pflege.

Gerald Hainzl, Maximilian Marek und Carmelo Rodriguez



Lateinamerika

Lateinamerika

Nach der sogenannten "Pink Tide" („Dominanz linksgerichteter Regierungen) in Lateinamerika - etwa von 2000 bis 2015 - wurden viele der emblematischen Führer der Linken abgewählt oder griffen, um die Kontrolle zu behalten, auf verschiedene autoritäre Strategien zurück. Nach dem Ende des Rohstoffbooms und dem Ausbruch von Korruptionsskandalen in mehreren Ländern wurden viele linke Führer oder Parteien in den darauffolgenden Jahren abgewählt. Dies geschah in Brasilien sowie in Argentinien, El Salvador und Chile. In Venezuela, Nicaragua und Bolivien selbst hielten die Linken durch zunehmend repressive und antidemokratische Verfahren an der Macht fest. Mit Ausnahme von Mexiko, wo Andrés Manuel López Obrador Ende 2018 die Präsidentschaftswahlen gewann, war die Linke in der gesamten Region rückläufig.

2019 hat sich ein neues Szenario entwickelt: Es kam zu massiven Protesten gegen neoliberale Wirtschaftspolitik und grassierende Korruption im Februar 2019 in Haiti und im Herbst 2019 in Ecuador (gegen Kürzungen von Treibstoffsubventionen) sowie in Chile und Kolumbien (gegen die hohen Lebenshaltungskosten).

Mexiko – das erste Jahr von AMLO

Im Dezember 2019 ist das erste Amtsjahr von von Andrés Manuel López Obrador (genannt AMLO) mit einer Anzahl von symbolischen Gesten, die einen klaren Bruch mit der Vergangenheit markiert haben, zu Ende gegangen. Neben der symbolträchtigen Kürzung der Gehälter der hohen Bürokraten (inklusive jenes des Präsidenten), einem Aufruf an den spanischen König und den Papst, die Verbrechen an der indigenen Bevölkerung während der Konquista öffentlich zu entschuldigen, wurde nach dem erfolgten Putsch gegen den bolivianischen Präsidenten Evo Morales, der in einer spektakulären Rettungsaktion ins mexikanische Exil geflohen ist (Inzwischen lebt Morales im argentinischen Exil). Gleichzeitig hat sich die prekäre Sicherheitslage, die AMLO von den Vorgängerregierungen übernommen hatte, nicht substantiell verbessert. Insbesondere die von Drogenhändlern erzwungene Freilassung des Sohnes von Chapo Guzman, einem in den USA einsitzenden Capo der mexikanischen Drogenkartelle, hat die Zweifel an einem effektiven Kampf gegen die grassierende Drogenkriminalität steigen lassen.

Bolivien – ein „ziviler“ Putsch beendet ein linkes Experiment

Evo Morales war der längstdienende linke Führer Südamerikas und der erste Präsident mit indigenen Wurzeln eines der ärmsten Länder der Region. Die Bilanz der dreizehnjährigen Regierungszeit des ehemaligen

Kokabauern-Gewerkschafters ist durchwachsen: einerseits konnte er mit Hilfe eines exzessiven extraktivistischen Wirtschaftsmodells (das insbesondere in der Ausbeutung von Rohstoffen bestand) große Teile der bolivianischen Bevölkerung aus der Armut befreien, die Infrastruktur und das Gesund- und Ausbildungssystem verbessern, andererseits war insbesondere die letzte Präsidentschaftsperiode von einem Hang zum Autoritarismus geprägt. So konnte er die vierte Wiederwahl nur noch mit Hilfe des von ihm installierten Höchstgerichtes sicherstellen, nachdem er ein entsprechendes Referendum verloren hatte. Nachdem die Wahlbeobachtungsmissionen der Organisation Amerikanischer Staaten bei den Präsidentschaftswahlen in Bolivien einem nicht unumstrittenen Communiqué der bolivianischen Regierung einen massiven Wahlbetrug unterstellten, erschienen der Oberbefehlshaber der Streitkräfte, Williams Kaliman und der Polizeichef, Vladimir Calderon Mariscal, vor den Kameras und forderten Morales auf, zurückzutreten. Daraufhin kündigte Morales seinen Rückzug an. Nachdem mit Morales auch der Vizepräsident, die Präsidentin des Senats und der Präsident der Abgeordnetenkammer zurückgetreten waren (einer von ihnen hätte laut Verfassung die Amtsgeschäfte übernehmen müssen) übernahm aber nicht das Militär die Macht, sondern Jeanine Añez als zweite stellvertretende Vorsitzende des bolivianischen Senats erklärte sich bereit, die Präsidentschaft interimistisch anzutreten. Die interimistische Präsidentin ist eine evangelikale Aktivistin (so wie auch der aktuelle brasilianische Präsident Bolsonaro) und gehört der konservativen Opposition an. Am kommenden 3. Mai werden die Bolivianer zur Wahl gehen, um einen neuen Präsidenten und die Mitglieder der gesetzgebenden Versammlung zu wählen. Evo Morales hat eine Kandidatur für die nächsten Wahlen ausgeschlossen und seinen ehemaligen Wirtschaftsminister Luis Arce und den Vorsitzenden der Cocagewerkschaft Andronico Rodríguez als mögliche Kandidaten für seine Partei Bewegung zum Sozialismus (Movimiento al Socialismo, MAS) genannt. Unter den Gegnern der MAS hat der frühere Präsident Carlos Mesa, der Morales 'Hauptkontrahent' bei den Wahlen im Oktober gewesen war, angekündigt, dass er sich erneut um die Position bewerben wird.

Venezuela – Maduro hält sich an der Macht

Trotz der anhaltend schlechten Wirtschaftslage und einem auf über 4 Millionen Venezolaner angewachsenen Flüchtlingsstrom in die Nachbarländer hält sich Präsident Nicolás Maduro weiterhin an der Macht. Juan Guaidó proklamierte sich im Jänner 2019 zum Interimspräsidenten und wird inzwischen von mehr als 50 Staaten (darunter auch Österreich) als solcher anerkannt. Diese Anerkennung ist völkerrechtlich umstritten, wie der

wissenschaftliche Dienst des deutschen Bundestages in einem Gutachten feststellte: Mit der Anerkennung Guaidós wird von ihrer bisherigen völkerrechtlichen Praxis abgewichen, nur Staaten, nicht aber Regierungen förmlich anzuerkennen. Ebenfalls fragwürdig, sei „die (vorzeitige) Anerkennung eines Oppositionspolitikers als Interimspräsidenten, der sich im Machtgefüge eines Staates noch nicht effektiv durchgesetzt hat“. Trotzdem gelang es Juan Guaidó bis jetzt nicht, die von ihm – trotz Unterstützung aus den USA und auch der EU – geforderte Abberufung von Präsidenten Nicolás Maduro einzuleiten und Neuwahlen auszurufen. Nicolás Maduro scheint sich weiterhin an der Macht halten zu können. Einer der Hauptgründe dafür ist, dass es Guaidó bis jetzt nicht gelungen ist, das Militär auf seine Seite zu bringen. Während dem venezolanischen Militär unter dem Vorgänger Maduros, dem ex-Militär Hugo Chavez, eine politische Funktion zukam, entwickelten sich die Streitkräfte unter dem aktuellen Präsidenten immer mehr zu einem wirtschaftlichen Akteur: So übernahmen aktive und pensionierte Militärs die Kontrolle über den Elektrizitätssektor, die U-Bahn in Caracas sowie Aluminium-, Eisen- und Stahlunternehmen von Caracas. Ab 2013 wurden vier Militärunternehmen gegründet: die Bank der Bolivarischen Streitkräfte (Banco de la Fuerza Armada Nacional Bolivariana Banfanb), ein Fernsehsender (tvfanb), ein Unternehmen für den Güterverkehr auf dem Luft-, See- und Landweg sowie das Agrarunternehmen Agrofanb. Seit der sich verschärfenden Wirtschaftskrise im Jahr 2016 dehnte sich die Kontrolle des Militärssektors auf strategische Bereiche wie Lebensmittel und Rohstoffe aus. Ein weiterer Hauptgrund für die relative Stabilität der Regierung Maduro ist in der besonderen Beziehung zu Russland, China und Kuba zu suchen. Sowohl Russland und China haben ein geopolitisches Interesse, die traditionellen hegemonial Interessen der USA in ihrem „Hinterhof“ mit Hilfe von diplomatischen, aber auch humanitären Gesten zu konterkarieren. Im Falle Chinas kommen noch hohe Kredite an Venezuela hinzu, deren Bedienung im Falle eines Regimewechsels in Caracas in Gefahr geraten könnte. Kuba unterstützt die Regierung Maduro einerseits mit Beratern und Ausbildern der Armee und der Entsendung von medizinischem Personal, andererseits sind die, wenn jetzt auch spärlicher fließenden, Öllieferungen sehr wichtig für die karibische Insel.

Chile – Protest gegen den Neoliberalismus

Chile wurde bis vor kurzem als die „Schweiz Südamerikas“ ob seiner stabilen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse seit dem Ende der Diktatur Pinochets angesehen. Die Proteste in Chile im Jahr 2019 manifestierten sich in einer Reihe von Demonstrationen und Unruhen, die in Santiago stattfanden und sich in allen Regionen Chiles ausbreiteten. Die größten Auswirkungen

auf die wichtigsten Städte des Landes, wie Valparaíso, Concepción und La Serena, waren in den Monaten von Oktober bis Dezember 2019 zu verzeichnen. Der unmittelbare Grund für diese Ereignisse war die Erhöhung des Tarifs für öffentliche Verkehrsmittel in Santiago, die am Sonntag, dem 6. Oktober 2019, in Kraft trat. Nach der Erhöhung organisierten sich Hunderte von Studenten, um Massenproteste in der U-Bahn von Santiago durchzuführen. Im Laufe der nächsten Wochen nahm die Anzahl der teilweisen sehr gewaltsam unterdrückten Proteste immer mehr zu. Präsident Pinera kündigte im November 2019 ein Referendum über eine neue Verfassung für den 26. April 2020 an. Hauptgründe der Proteste sind die seit General Pinochet im Jahre 1973 eingeführte neoliberale Wirtschaftsordnung mit privater Gesundheitsvorsorge, privatem öffentlichem Verkehr und privatem Bildungssystem. Dies machte aus Chile eines der Länder mit der ungleichsten Einkommens- und Vermögensverteilung nach dem Gini-Index² in Lateinamerika.

Argentinien – die Linke ist zurück

Ende Oktober 2019 setzte sich Alberto Fernández bei den Präsidentschaftswahlen als Vorsitzender der Partido Justicialista. Diese Partei steht für die Rückkehr des Peronismus, der politischen Kraft, die in den 40er Jahren von Juan Domingo Perón gegründet wurde und die seit sieben Jahrzehnten das politische Leben des südamerikanischen Landes bestimmt. Er ist ein 60-jähriger Anwalt, der 2008 Stabschef des verstorbenen Nestor Kirchner (2003-2007) sowie von dessen Nachfolgerin und Ehefrau Cristina Fernández de Kirchner war. Im Rahmen der Neuverhandlung über die von der Vorgängerregierung des rechtsgerichteten Mauricio Macri aufgenommenen Schulden will Fernández einen neuen Ansatz bei den Umschuldungsverhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) versuchen.

Die größte Herausforderung des neuen Präsidenten besteht wohl vor allem darin, die Beziehungen zum wichtigsten Verbündeten der Region, Brasilien, unter dem rechtsgerichteten Präsidenten Jair Bolsonaro zu normalisieren. Wenn die genannten Regierungen keine Übereinstimmung erreichen sollten, ist das Funktionieren des Mercosur³ in Gefahr, da die beiden Länder eine

² Der Gini-Index ist ein Maß für die statistische Streuung, die die Einkommens- oder Vermögensverteilung der Einwohner eines Landes darstellen soll. Es ist das am häufigsten verwendete Maß für Ungleichheit.

³ Der südamerikanische Handelsblock wurde 1991 durch den Vertrag von Asunción und das Protokoll von Ouro Preto gegründet. Mitgliedsländer sind Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay. Die Mitgliedschaft Venezuelas ist seit Dezember 2016 suspendiert.

ähnlich wichtige Funktion innerhalb des Marktes ausüben
wie im Falle der EU Deutschland und Frankreich.

Johannes Maerk

Aktuelle Cyberlage

Die Cyberlage im Berichtszeitraum war geprägt durch das Bekanntwerden zahlreicher Cyberoperationen zur Beeinflussung westlicher Demokratien. Das veränderte Informationsverhalten der Menschen, die Allgegenwart sozialer Medien, die guten Tarnmöglichkeiten für die Akteure, der geringe Aufwand für eine Desinformationskampagne kombiniert mit der Verfügbarkeit riesiger Datenmengen sowie den Möglichkeiten der raschen Analyse mit neuen Algorithmen machen Desinformationsoperationen zu einem äußerst attraktiven Mittel, nicht nur zu politischen Zwecken.

Vor allem der Iran, China und Russland wurden am häufigsten als Akteure weiter im Steigen begriffenen Spionageoperationen genannt. Auch bis dato kaum in Erscheinung getretene Länder und zahlreiche unbekannte Akteure wurden beobachtet. Die Masse der Spionageoperationen zielten auf die Ausspähung politisch und wirtschaftlich verwertbarer Informationen. Einige Aktivitäten könnten als Aufklärungstätigkeiten im Vorfeld von Sabotage oder kriminellen Attacken beurteilt werden. Auch im abgelaufenen Berichtszeitraum wurden zahlreiche Delikte zur Erpressung von Geld mittels Erpresserprogrammen gesetzt. Eine Besonderheit stellen die nordkoreanischen Cyberaktivitäten zur Erbeutung von Devisen dar.

Beeinflussung westlicher Demokratien durch Desinformationskampagnen über Soziale Medien

Über die modernen sozialen Netzwerke können zahlreiche Menschen weltweit oder in einem begrenzten geographischen Raum in einer sehr kurzen Zeitspanne erreicht werden. Diese Plattformen können zur Verbreitung von persönlichen und öffentlichen Informationen genutzt werden. Bei öffentlichen Informationen kann es sich um authentische aber auch um gefälschte Nachrichten in Bild-, Video- und Textform zu vergangenen, aktuellen und zukünftigen Ereignissen handeln. Je nach Absicht des Akteurs kann dieser gefälschte Nachrichten zu politischen (wirtschaftlichen, finanziellen), religiösen oder ethischen Themen in verschiedenen Eskalationsstufen verbreiten.

Unmittelbar nach den Präsidentenwahlen in den USA im Jahr 2016 wurden erste Berichte über deren mutmaßlich erfolgreiche Manipulation durch Desinformationskampagnen über Soziale Medien bekannt. Mittlerweile ist klar, dass derartige Kampagnen als Mittel zur politischen Einflussnahme aufgrund der geringen Kosten, der einfachen Verschleierungsmöglichkeit sowie der hohen Wirksamkeit von vielen Akteuren genutzt werden und permanent damit zu rechnen ist. Dazu kommt, dass die Gegenmaßnahmen - von der Sensibilisierung der eigenen

Bevölkerung über das Erkennen der Manipulation bis zum aktiven Unterbinden der Aktionen - äußerst aufwendig sind. Hinweise auf mutmaßlich staatliche Akteure finden sich in der Motivation, der Zielsetzung und im Aufwand, der für die Vorbereitung und Durchführung betrieben wird sowie der langen Dauer der Kampagnen.

Politisch motivierte Angriffe zielen auf die Beeinflussung von demokratischen Prozessen wie Wahlen, die Manipulation der öffentlichen Meinung, auf eine Polarisierung innerhalb der Bevölkerung, die Propaganda für die eigene Sache und die Verbreitung von Falschmeldungen ab. In der Vorbereitung der Kampagnen werden sensible und kompromittierende Daten (z.B. E-Mail-Verkehr, Kontobewegungen, etc.) über Parteien, einzelne Politiker oder bekannte Persönlichkeiten und Institutionen ausgespäht und die erforderliche große Anzahl an Accounts und Profilen in Social-Media-Plattformen angelegt. Die Informationen werden auszugsweise oder manipuliert medienwirksam veröffentlicht bzw. über soziale Medien gestreut. Wiederholt konnte beobachtet werden, dass die Ausführung der Kampagnen durch auf Public Relation spezialisierte Firmen erfolgt. Der chinesische Propaganda-Apparat führte seine Desinformationskampagnen bis vor einigen Jahren hauptsächlich im Inland durch.

Desinformationskampagnen nehmen stetig zu

Ein Bericht der Oxford University gibt einen Überblick über die weltweite Beeinflussung durch sogenannte „computational propaganda“ durch Regierungen und politische Parteien im Zeitraum 2016 – 2019. Demnach wurden 2019 in 70 Ländern Manipulationskampagnen über Social-Media festgestellt (2018 waren es 48, 2017 28 erkannte Länder). Mindestens in einem Land sollen eine politische Partei bzw. eine Regierungsbehörde direkt agiert haben, in 25 weiteren Ländern wurde mit privaten PR-Firmen oder Unternehmen für strategische Kommunikation zusammengearbeitet. Zu den betroffenen Ländern gehören neben Österreich auch EU-Staaten wie Spanien, Italien, Griechenland, Kroatien, Ungarn, Tschechien, Deutschland, Niederlande, Großbritannien, Polen, Schweden und Malta. Als Hauptplattform für die Verbreitung gelten nach wie vor Facebook, gefolgt von Twitter, WhatsApp, YouTube und Instagram (in ÖSTERREICH konnten Kampagnen auf Facebook und Twitter festgestellt werden).

Beeinflussung amerikanischer Wahlen

Die Analyse von Twitter-Accounts haben bestätigt, dass das russische Unternehmen Internet Research Agency (IRA) mit Firmensitz in St. Petersburg nicht nur im letzten US-Präsidentschaftswahlkampf 2016 sondern auch den bei den Midterm Elections massive Kampagnen zur Beeinflussung der Wahlen bzw. zur Verunsicherung der Bevölkerung über verschiedene soziale Medien

durchgeführt haben. So wurden zur Desinformation und Meinungsmache sowie für eine möglichst hohe Verstärkung von kontroversiellen Meinungen in den politischen Lagern in den USA insgesamt 3.836 gefälschte Twitter-Accounts identifiziert, die für die Verbreitung von mehr als 10 Millionen Tweets genutzt und von über sechs Millionen „Followern“ unterstützt wurden. Die meisten Accounts waren voll automatisiert und verwendeten bestimmte Services zum selbstständigen Überwachen von themenmäßig übereinstimmenden Blogs, Webseiten, etc., um geeignete Inhalte dann selbst weiterzuverbreiten. Außerdem organisierten und bewarben die Akteure über die Accounts politische Versammlungen und Veranstaltungen beider politischer Lager.

Sieben Desinformationsoperationen mit Ursprung in der RUSSISCHEN FÖDERATION

Facebook hat zahlreiche Accounts, die von Russland aus mit Inhalten befüllt worden sein sollen, im Mai 2019 stillgelegt. Die Analyse der Fake-Accounts ergab Aktivitäten auf über 30 Social-Media-Plattformen in mehreren Sprachen. Die über eigens dafür kreierte Accounts publizierten reißerischen „Stories“ basierten oftmals auf gefälschten Beweisen (z.B. in Adobe Photoshop manipulierte Screenshots von Twitter-Posts prominenter Politiker). Nach der Veröffentlichung wurden die Accounts sofort wieder gelöscht, vermutlich im Sinne operativer Sicherheit, um die Attribution und Zuordnung bzw. die Nachverfolgbarkeit zu erschweren. Insgesamt wurden sieben Kampagnen identifiziert. Die Zielsetzungen dieser Kampagnen sind einerseits in der Polarisierung der Bevölkerung durch Verstärkung von kontroversiellen Meinungen in den politischen Lagern zu vermuten. Andererseits soll die Bevölkerung durch die Verbreitung von Verschwörungstheorien, mit besonderem Fokus auf der „Extremen Rechten“, verunsichert werden. Die Kampagnen drehten sich um die angeblich geplante Ermordung von Boris Johnson durch BREXIT-Gegner, Spaltungstendenzen in IRLAND in Verbindung mit dem BREXIT, die Verbreitung von Anti-Ukraine-Narrativen, die Verstärkung von Pro-Russland-Themen, die Verstärkung der Spannungen zwischen den USA und der Ukraine, die Verstärkung von Ressentiments gegen Flüchtlinge und Migration in Deutschland, die Verstärkung von Spannungen zwischen Deutschland und Partnern, den USA und Polen, die EU-Wahlen 2019 und einen bevorstehenden Angriff auf Venezuela.

In einer weiteren Aktion wurden von Facebook (FB) hunderte FB-Accounts und –Seiten sowie dutzende FB-Gruppen und INSTAGRAM-Accounts mit Ursprung in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE), Ägypten, Saudi-Arabien und Spanien geschlossen. In den meisten Fällen waren Marketing- oder Public-Relations-Firmen involviert, die höchstwahrscheinlich im Auftrag von

verschiedenen politischen Akteuren die Kampagnen durchführten. Im Fall der von den VAE und Ägypten aus gesteuerten „falschen“ FB-Entitäten folgten mindestens 13,7 Millionen Accounts (1,4 Millionen im Fall von Saudi-Arabien) den Aktivitäten und Nachrichten, bei den saudischen Instagram-Accounts gab es bis zu 145.000 Follower.

Staatlich unterstützte polnische Marketingfirma betrieb Desinformation

Auch eine staatlich geförderte, polnische Marketing- und Kommunikationsfirma führte Desinformationskampagnen durch. Zu den Kunden zählten angeblich z.B. der öffentliche polnische Rundfunksender TVP, ein Politiker sowie ein anonymen Kunde, vermutlich von einer Rüstungsfirma. Die Firma bediente sich dabei der Manipulation und Steuerung von Äußerungen in Online-Foren, Medien und sozialen Netzwerken. Ziel war dabei die Verteilung von Inhalten und die Agitation von Personen des linken oder rechten politischen Spektrums.

Facebook, Twitter und YouTube sperren chinesische Propaganda-Konten

Facebook (FB), Twitter und YouTube sperrten bzw. löschten hunderte Kanäle, die koordiniert Falschinformationen zu den Demonstrationen in Hongkong verbreitet haben. Trotz Verschleierungsmaßnahmen zur Herkunft der Konten und deren Aktivitäten hätten Analysen ergeben, dass die Akteure mit der chinesischen Regierung in Verbindung stehen. China betreibt neben verdeckten Twitter-Konten auch offizielle, für Staatsmedien und andere Institutionen. Die staatliche Nachrichtenagentur XINHUA verteilte an Twitter-Nutzer in Hongkong bezahlte Anzeigen, in denen negativ über die Proteste berichtet wurde. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) verfügt über einen umfassenden Propaganda-Apparat, der hauptsächlich im Inland tätig ist. Seit einigen Jahren wird dieser auch im internationalen Umfeld in chinesischer und englischer Sprache eingesetzt. Abgesehen von Hongkong richten sich die chinesischen Desinformationskampagnen und die Social-Media-Propaganda auch gegen TAIWAN. Zur Einflussnahme werden in erster Linie beispielsweise Staatsmedien, staatlich gelenkte WEIBO-Konten (der größte chinesische Mikroblogging-Dienst), FB-Gruppen und das Onlineforum PTT GOSSIPING (das populärste Board, konzentriert sich auf die Diskussion von Nachrichten) verwendet.

Das Google-Tochterunternehmen YouTube hat ein Netzwerk aus 210 Kanälen von seiner Plattform gelöscht. In diesen Kanälen wurden koordiniert Falschinformationen zu den Demonstrationen in Hongkong verbreitet. Unter anderem verwendeten die Akteure VPN-Dienste zur Verschleierung der Herkunft ihrer Konten und ihrer Aktivitäten. Bereits am 19.08.2019

sperrten die sozialen Netzwerke Facebook und Twitter zahlreiche Konten, die von nicht näher genannten chinesischen Akteuren für Desinformationskampagnen in Hongkong genutzt wurden.

USA Operation gegen Mediennetzwerk des ISLAMISCHEN STAATS (IS)

Vermutlich um eine abschreckende Wirkung auf andere Akteure zu erzielen, wurde eine Operation der USA gegen das Mediennetzwerk des IS bekannt gegeben. Die Vorbereitungen von US Cyber Command (CYBERCOM) und National Security Agency (NSA) für die Operation begannen im Frühling und Sommer 2016. In der ersten Phase kam es zur Übernahme von zehn für die Verbreitung der Propaganda der IS über die ganze Welt verteilten, zentralen Konten und Server. In der zweiten Phase lag die Priorität dann auf der Störung des Wiederaufbaus des Mediennetzwerks, der Behinderung von Online-Tätigkeiten des IS, der Unterstützung von eigenen Bodentruppen in SYRIEN und dem IRAK mit Informationen aus dem Cyber-Raum und der Einschränkung von Möglichkeiten des IS, finanzielle Ressourcen auf digitalem Weg zu generieren bzw. zu verteilen.

Cyber-Spionage – Nutzung des Cyber-Raums zur Informationsbeschaffung

In der zweiten Jahreshälfte 2019 wurden Spionageoperationen am häufigsten dem Iran, China und Russland zugeordnet. Auch bis dato kaum in Erscheinung getretene Länder wie Vietnam und Usbekistan wurden mit Spionageangriffen in Zusammenhang gebracht. Daneben gibt es zahlreiche unbekannte Akteure, bei deren Aktivitäten nur die Frage Cui Bono Rückschlüsse auf die Täterschaft zulassen. Weiters wurden gravierende Schwachstellen von häufig genutzten IKT-Produkten bekannt, deren Kenntnis für Spionageattacken genutzt werden könnten.

Iranische offensive Cyberaktivitäten

Im Auftrag der iranischen Revolutionsgarden (IRGC) wurde 2009 die Gruppe GERDAB.IR mit der mutmaßlichen Zielsetzung, offensive Cyber-Fähigkeiten zu entwickeln, aufgestellt. 2011 wurde die Iranian Cyber Army (ICA) und das Khaybar Centre for Information Technology etabliert. Zur iranischen Cyberstruktur zählen vermutlich universitäre Einrichtungen wie die Shahid Beheshti Universität (SBU) mit dem Cyberspace Research Institute (CSRI), das durch IRANISCHE REVOLUTIONSGARDEN betriebene Mabna Institute und mehr als 50 verschiedene Auftragsnehmer (IT-Firmen, Hackerkollektive, Forschungseinrichtungen, etc.). Spätestens seit 2011 stehen iranische Akteure in Verdacht, Cyberangriffe gegen „westliche“ Ziele und SAUDI-ARABIEN durchzuführen. Mittlerweile sind auch

Angriffe gegen Ziele in den USA, Spanien, den Philippinen, Australien, Großbritannien, Kanada, Hongkong und der Schweiz bekannt geworden. Dabei wurden Daten aus Regierungs- und mehr als 60 Universitätsnetzwerken sowie aus Öl- und Gasunternehmen im Nahen und Mittleren Osten ausgespäht. Weitere Opfer waren Microsoft, Google und Yahoo Dienste. MS stellte fest, dass hunderte Accounts von US-Beamten, Journalisten mit Fokus auf globale Politikberichterstattung und außerhalb des IRANs lebenden prominenten Iranern nach vorhergehender Aufklärung durch Open Source Intelligence und mit Social Engineering Methoden angegriffen wurden. Auch eine Wasseranlage für die Wasserversorgung eines US-Militär Camps soll aufgeklärt worden sein. Täter waren die Gruppierungen COBALT DICKENS (soll Teil des MABNA Institute sein), LYCEUM, PHOSPHORUS, APT33 und APT34. Es ist davon auszugehen, dass die Spionageoperationen auch in Zukunft mit hoher Intensität fortgesetzt werden und die Erkenntnisse auch für Desinformationskampagnen, zum Beispiel beim US-Präsidentenwahlkampf, genutzt werden. Es kann auch nicht ausgeschlossen werden, dass einige Aufklärungsaktivitäten der Vorbereitung für spätere Sabotage-Operationen dienen.

Erkenntnisse zu russischen Cyberaktivitäten

Zu drei mutmaßlich russischen Gruppierungen kann aufgrund neuer Informationen auf eine arbeitsteilige Struktur geschlossen werden. Beim Akteur TURLA fiel zum wiederholten Male auf, dass besondere Aufmerksamkeit auf Persistenz und Verschleierung und Tarnung für einen möglichst langen und unentdeckten Zugriff gelegt wurde. Die Gruppierung APT28 wiederum dürfte an einer raschen initialen Informationsausspähung interessiert sein, um möglichst schnell feststellen zu können, ob ein System für weitere Aktionen von Bedeutung ist. Die Gruppierung ZEBROCY soll eine Subgruppe für die Identifikation von Zielen und die Schaffung von Zugängen zu Zielsystemen sein, eigenständig agieren und vermutlich als Unterstützungsteam für verschiedene Akteursgruppen (z.B. APT28) dienen. Die Gruppierung TURLA (auch bekannt als SNAKE, UROBUROS, SNARK, SENGOKU, REALBEAST, TAVDIG, CARBON, COBRA, WATERBUG) fiel im Berichtszeitraum mit zwei Operationen auf: Mindestens von Ende April bis August 2019 dauerte eine Operation, die Personen in der RUSSISCHEN FÖDERATION und WEISSRUSSLAND zum Ziel hatte und bei der neue Module der bereits bekannten Schadprogrammkomponente REDUCTOR zum Einsatz kamen.

Russisches Android-Spionage-Programm

Seit der ersten Hälfte 2018 kam es zu einem markanten Anstieg im Auftreten des russischen Android-Spionageprogramms „MONOKLE“, dessen Funktionen als Beispiel für eine moderne und äußerst leistungsfähige Schadsoftware aufgelistet werden. MONOKLE ermöglicht die Aufnahme des Bildschirms, das Nachladen von weiteren Schadprogramm-Modulen, das Auslesen von Kalendereinträgen, Kontakte und des benutzerspezifischen Wörterbuchs, die Aufnahme und Durchführung von Telefonaten, das Zurücksetzen des PIN-Codes, das Löschen von Dateien, das Anfertigen von Fotos und Videos, das Ausspähen von Geolokationsdaten, die Auflistung aller installierten Applikationen und das Erfassen von WIFI-Daten in der Umgebung, usw. Im Fokus stehen die Applikationen MICROSOFT WORD, Google DOCS, Facebook MESSENGER, WHATSAPP, IMO, VIBER, SKYPE, WECHAT, VK, LINE und SNAPCHAT. Hersteller ist vermutlich das russisch-stämmige Rüstungsunternehmen SPECIAL TECHNOLOGY CENTER LTD. (STC), welches nach eigenen Angaben „defensive“ (Antivirus-Software DEFENDER) und „offensive“ (Überwachungs- bzw. Spionageprogramm, vmtl. MONOKLE) Software für Android herstellt. STC ist seit dem Jahr 2000 in ST. PETERSBURG ansässig, beschäftigt etwa 1.500 Mitarbeiter und wurde 2016 durch die USA wegen angeblicher „materieller Unterstützung“ des GRU (Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije, Hauptverwaltung für Aufklärung, russischer militärischer Nachrichtendienst) in Verbindung mit der Beeinflussung des US-Wahlkampfs 2016 sanktioniert. STC produziert Rüstungsgüter für die russischen Streitkräfte und andere staatliche Organisationen und soll den GRU auch bei Signal Intelligence (SIGINT) unterstützen.

Erkenntnisse zu chinesischen Cyberaktivitäten

Chinesische Cyberaktivitäten dienen mit Schwergewicht der Unterstützung der chinesischen Wirtschaft durch Spionage sowie der inneren Sicherheit des Systems durch Überwachung der eigenen Bürger und von Feinden (Unterstützer und Sympathisanten der „Regenschirm-Bewegung“ in Hongkong, der Uiguren, des Dalai Lama, der Unabhängigkeit Taiwans) sowie der Propaganda. Bei den ausspionierten Branchen handelt es sich um exakt diejenigen, für die von der chinesischen Führung in ihren Fünf-Jahres-Plänen selbst große Weiterentwicklungen vorgegeben wurden. Durch die Spionage soll daher den chinesischen Unternehmen Marktvorteile eröffnet werden. Da zahlreiche Schadprogramme von den mutmaßlich chinesischen Gruppierungen APT1, APT3, APT10, APT17, APT18, APT19, APT20, und APT40 und THRIP genutzt werden, ist davon auszugehen, dass neben der Zielplanung auch die Technologieentwicklung zentral gesteuert wird.

Chinesische Cyberspionage-Operationen

Die mutmaßlich chinesische APT-Gruppierungen APT10, APT18, APT22, APT41 und THRIP führen seit mehreren Jahren Cyberspionage-Operationen gegen medizinische Einrichtungen durch. Die Kampagnen richten sich gegen japanische und US-amerikanische Forschungseinrichtungen und Unternehmen, die in den Bereichen Krebsforschung, Biotechnologie und Pharmazie tätig sind sowie gegen Gesundheitseinrichtungen. Die Täter stehlen sensible Informationen über Unternehmensvorgänge, Personaldaten, Steuerinformationen, Dokumente zu Akquisitionen, Forschungs- und Entwicklungsfinanzierung und klinischen Studien mit Arzneimitteln.

Weitere Spionageoperationen richteten sich gegen Ziele in Frankreich, Italien, Schweiz, den Niederlanden, Indien, Myanmar, Thailand, Kambodscha, Vietnam, Malaysia, Singapur, Macau, Indonesien, der Türkei, Großbritannien, Hongkong, Japan, Südkorea, auf den Philippinen, Südafrika und den USA. Ausgespäht wurden die Branchen Automobilbau, Finanz, Pharmazie, Dienstleistung, Gesundheitswesen, Einzelhandel, Kryptowährungen, Hochtechnologie, Telekommunikation, Hochschulbildung, zwischenstaatliche Einrichtungen, Reisedienstleister, Energie, Medien, Unterhaltung, Nachrichten, Software- und Computerentwicklung, maschinelles Lernen, autonome Fahrzeuge, medizinische Bildgebung, Unternehmen, die Mainboards, Prozessoren, Serverlösungen und Cloud-Computing und Organisationen in den Bereichen Seekommunikation und Satellitenkommunikationsanbieter anbieten.

Operation SOFT CELL

Am 25.06.2019 wurde die seit zumindest 2012 laufende Cyberspionageoperation mit der Bezeichnung „SOFT CELL“ bekannt. Die eingesetzten Techniken, Taktiken und Verfahren deuten auf die chinesische Gruppierung APT10 (auch bekannt als STONE PANDA, MENUPASS, MENUPASS TEAM, HAPPYYONGZI, POTASSIUM, DUSTSTORM, RED APOLLO, CVNX, HOGFISH, CLOUD HOPPER) hin. Die Cyberangriffe richteten sich gegen mehr als 10 verschiedene Mobilfunkanbieter mit mehreren hundert Millionen Kunden auf fünf Kontinenten in 30 Staaten. Die mutmaßlich erforderlichen Ressourcen, die raffinierte und durchdachte Vorgangsweise, die genutzten Werkzeuge und die Methoden zur Verschleierung weisen auf bestens ausgebildete, erfahrene Täter in einer Organisation mit hohem Reifegrad hin. Daher wird die Angriffsoperation als Beispiel, wie moderne Angreifer aktuell vorgehen, kurz dargestellt.

Über die gezielt ausgewählten Opfer wurden monatelang mehrere hundert Gigabyte an Daten gesammelt. In weiterer Folge konnte auf die vom Mobilfunkanbieter

aufgezeichneten Call Detail Records (CDR), das sind Metadaten, die beispielsweise Informationen über Quelle, Ziel und Dauer eines Anrufs, Gerätedetails, den physischen Standort und den Gerätehersteller und -version enthalten, zugegriffen werden. Zur Kompromittierung wurde eine Schwachstelle ausgenutzt und eine modifizierte Version von China CHOPPER, eine Software zur Fernsteuerung von Webservern, installiert. Im weiteren Verlauf gelang es dem Angreifer, die Kontrolle über den Domaincontroller zu erlangen und sich im betroffenen Netz persistent einzurichten. Das benutzte Remote Access Tool (RAT) „POISONIVY“ wird auch von anderen, mutmaßlich chinesischen Gruppierungen APT1 und DRAGONOK eingesetzt. Schließlich gelang es, vollständige Kontrolle über die betroffenen Computersysteme zu übernehmen. Zur Ausschleusung der Daten nutzt der Akteur das Tool WINRAR zur Komprimierung und verborgene, mit Passworte geschützte Archive. Über einen Tunnel eines implementierten VPN-Server wurden die Datenarchive nach Außen übertragen. Zur besseren Tarnung wurde zwischen den einzelnen Angriffsphasen Zeitabstände zwischen Wochen und Monaten eingehalten.

Spionage gegen und Überwachung von Smartphones

Seit zumindest Spätsommer 2018 setzen chinesische Behörden eine Spionage-App ein, die bei einem Grenzübergang von Einreisenden aus Kirgisistan deren Android Smartphone durchsucht. Die Spionage-App mit der Bezeichnung „Feng Cai“ wurde von der zum Teil in staatlichem Besitz befindlichen Ninjing Fiberhome Starrsky Communication Development Company Ltd. entwickelt. Personen müssen bei der Einreise nach China ihre entsperrten Android Smartphones für einen Zeitraum von ungefähr einer Stunde an chinesische Grenzschutzbeamte übergeben, die in dieser Zeit die Spionage-APP installieren, um damit das Smartphone nach bestimmten Dateien zu durchsuchen. Die digitale Durchsuchung erfolgt ohne Anfangsverdacht und betrifft jeden, der über den Landweg in die nordwestliche chinesische Provinz Xinjiang einreisen will. Laut Angaben der Grenzbeamten würden sie nach „Waffen, Terrorismus, Islamismus und Pornographie“ suchen. Die Spionage-App benötigt einen Speicherplatz von weniger als vier Megabyte und ist sehr einfach aufgebaut. Sie verfügt über zwei Schaltflächen, mit denen die digitale Durchsuchung gestartet und die Spionage-App gelöscht werden kann. Deshalb ist auch ungeschultes Personal in der Lage, sie sehr schnell bedienen zu können. Im Zuge der digitalen Durchsuchung werden alle Kurznachrichten, Kalender, Anruflisten, E-Mails, Texte, das komplette Adressbuch inkl. vorhandener Profilbilder, Informationen zum Smartphone selbst und die Nutzerkennungen für einige chinesische Social-Media-Seiten kopiert. Ferner wird auch überprüft, welche Apps auf dem Smartphone installiert sind. Des Weiteren ist es möglich, Bewegungen

einer Person zu verfolgen. Die Spionage-App sammelt auch Log-ins des chinesischen Kurznachrichtendienstes WEIBO, des Fahrdienstes DIDI und des Kartendienstes der Suchmaschine SOGOU. Die Übertragung der Daten erfolgt über ein an der Grenze aufgebautes WLAN-Netzwerk. Wo und wie lange die extrahierten Daten gespeichert werden, ist nicht bekannt. Die Spionage-App gleicht alle auf dem Smartphone gespeicherten Dateien mit einer vorgegebenen Liste, die rund 73.000 Hash-Einträge enthält, ab. Hierbei wird beispielsweise nach islamistischen Inhalten wie Hinrichtungsvideos, IS-Propagandazeitschriften, darunter INSPIRE, das englischsprachige Magazin von AL-QAIDA auf der Arabischen Halbinsel, verschiedenen Anleitungen für den Selbstbau von Waffen, das Entgleisen von Zügen, Bildmaterial mit IS-Kriegsgerät, Flaggen und Informationen über das Fasten im Ramadan gesucht. Des Weiteren wird nach Literatur über den Dalai-Lama und Taiwan gesucht. Ferner wird auch nach nicht-kriegerischen oder extremistischen Schriften, Fotos oder Musik, Koranversen, Büchern über arabische Sprache und Lexika gesucht. Die Spionage-App kann nur auf Smartphones installiert werden, die das Betriebssystem Android von Google benutzen. iPhones können damit nicht kompromittiert werden. Diese werden in der Grenzstation an ein Gerät angeschlossen und durchsucht. Welche Spionagesoftware hier zum Einsatz kommt, ist nicht bekannt. Die Entwickler versuchen nicht, durch technische Maßnahmen die Spionage-App zu verstecken. Ihr Symbol wird am App-Auswahlbildschirm angezeigt. Grundsätzlich wird die Spionage-App von den Grenzschutzbeamten gelöscht, bevor das Smartphone an seinen rechtmäßigen Eigentümer zurückgegeben wird. Wie aus dem Quellcode hervorgeht, wird das Smartphone im Hintergrund nicht weiter überwacht, wenn Feng Cai auf diesem verbleibt. Als Grund für die Überwachung gibt China an, dass Terroristengruppen zentralasiatische Länder als Stützpunkte für Angriffe in China nutzen. Außerdem ist es nicht bekannt, ob die mit der Spionage-App gesammelten Informationen zu einer Überwachung oder Verhaftungen von Personen führten. Bereits in der Vergangenheit ließ die chinesische Regierung in der Provinz Xinjiang die Spionage-Software Jingwang auf Smartphones von muslimischen Uiguren installieren. Laut den Informationen existieren geringfügige Überschneidungen bei den Sucheinträgen von Jingwang und Feng Cai. Die Liste von Feng Cai ist weitaus umfangreicher.

Weiters nutzen chinesische Behörden eine Android-Applikation, mit der Teile der eigenen Bevölkerung überwacht werden. Die Applikation mit der Bezeichnung „Study the great Nation“ verfügt über umfangreiche Spionagemöglichkeiten, um allgemeine Informationen über das Smartphone, Standortdaten, Prozesse, Dienste, installierte Applikationen sowie Verbindungs- und Benutzerinformationen zu sammeln. Ferner kann das

Mikrofon aktiviert werden, um eine Person abzuhören. Höchstwahrscheinlich versucht die politische Führung, durch Propaganda Mitarbeiter von staatlichen Organisationen und Unternehmen sowie Studenten von ihrer politischen Ideologie und ihren strategischen Zielen zu überzeugen bzw. diese auf der Parteilinie der KPCh zu halten. Die Spionagefunktionalität dient der Überwachung und Überprüfung der Loyalität dieser Personenkreise.

Eine der Reaktionen der USA auf die andauernde und ansteigende Bedrohung durch Cyberspionage ist der Marktausschluss von chinesischen Firmen am amerikanischen Markt. Neben Huawei (im Zusammenhang mit dem Aufbau von 5G Netzen) verbietet ein Gesetz aus 2018, das in öffentlichen Gebäuden in der Volksrepublik China (VRC) gefertigte Überwachungskameras genutzt werden und schloss damit die beiden chinesischen Unternehmen Hangzhou Hikvision Digital Technology (HIKVISION) und Dahua Technology (DAHUA) vom US-Markt aus.

Cybersabotage - Attacke gegen den Instant Messaging Dienst Telegram

Am 12.06.2019 führten unbekannte Akteure mehrere DDOS-Attacken gegen die Server des Instant-Messaging-Dienstes Telegram durch. Mit Telegram können Benutzer verschlüsselte Textnachrichten, Bilder und Videos. Von den durch die Angriffe herbeigeführten Ausfällen des Dienstes waren hauptsächlich Benutzer in Nord- und Südamerika (Ostküste), den Niederlanden, Deutschland, der Ukraine, Russland und der VR China betroffen waren. Telegram-Gründer Pavel Durov ist der Ansicht, dass die DDOS-Attacken von chinesischen IP-Adressen ausgingen und wies auf die zeitliche Übereinstimmung mit den Protesten in Hongkong hin.

17 Sicherheitslücken in SCADA Systemen entdeckt

Zwischen November 2018 und Juli 2019 entdeckten IT-Sicherheitsexperten 17 Sicherheitslücken und Exploits in Steuerungsmodulen und Mensch-Maschine-Entwicklungsumgebungen von Supervisory Control and Data Acquisition (SCADA) Anbietern. Zwölf Sicherheitslücken wurden als kritisch eingestuft. Betroffen waren Produkte von namhaften Herstellern. Diese Sicherheitslücken und Exploits ermöglichen es einem Akteur, einen beliebigen Schadcode auszuführen, Prozesse zu starten oder zu beenden, Administratorbefehle auszuführen, auf Dateisysteme und Datenbankmeldeinformationen zuzugreifen, einen Denial-of-Service zu verursachen, Passwörter von Benutzern zu ändern und durch Zurücksetzen von Anmeldeinformationen auf Werkseinstellungen auf die Weboberfläche zuzugreifen. Sicherheitslücken und Exploits in SCADA-Systemen sind besonders kritisch, weil diese Systeme zur Steuerung von kritischen

Infrastrukturen wie beispielsweise Strom-, Wasser-, Gasversorgung, Abwasserentsorgung, Transport, Produktion und auch für die medizinischen Versorgung benötigt werden. Dadurch können gezielte Cyber-Angriffe auf diese durchgeführt werden, wobei es auch zu großflächigen und/oder länger andauernden Ausfällen der hier beispielhaft genannten kritischen Infrastrukturen kommen kann.

Cyberkriminalität – Nutzung des Cyber-Raums zur Zahlungsmittelbeschaffung

Auch im abgelaufenen Berichtszeitraum wurden zahlreiche Delikte zur Erpressung von Geld mittels Erpresserprogrammen gesetzt. Eine Besonderheit stellen die nordkoreanischen Cyberaktivitäten zur Erbeutung von Devisen dar.

Nordkorea nutzt Hackergruppen, um finanzielle Mittel zu lukrieren

Der UN-Bericht vom 15.08.2019, indem die Ergebnisse der Analyse von 35 nordkoreanischen Cyber-Angriffen gegen Ziele in 17 Ländern dokumentiert wurden, kommt zum Schluss, dass die politische Führung in Pjöngjang ihre Hackergruppierungen einsetzt, um UN-Sanktionen zu umgehen und auf illegalen Wegen Gelder für die Finanzierung ihrer Massenvernichtungswaffenprogramme aufzubringen. Die Cyber-Angriffe richteten sich hauptsächlich gegen Finanzinstitute, Tauschplattformen für Kryptowährungen und das internationale SWIFT-System. Des Weiteren wird Cryptojacking eingesetzt. Dadurch gelang es den Akteuren, bis zu zwei Milliarden US-DOLLAR zu stehlen. Die Opfer befinden sich in Südkorea, Indien, Bangladesh, Chile, Costa Rica, Gambia, Guatemala, Kuwait, Liberia, Malaysia, Malta, Nigeria, Polen, Slowenien, Südafrika, Tunesien und Vietnam.

Erpressung einer Stadtverwaltung und von Krankenhäusern

Am 07.05.2019 attackierte ein unbekannter Täter die Computersysteme der Stadtverwaltung von BALTIMORE (US-Bundesstaat MARYLAND) mit einer Ransomware. Als Hauptangriffsvektor wurde das im April 2017 von der Hackergruppe SHADOWBROKERS veröffentlichte NSA-Hacking-Tool ETERNALBLUE verwendet. Aufgrund des Cyber-Angriffes entstand dem Bundesstaat MARYLAND ein Schaden von zumindest 18 Millionen US-Dollar.

Walter J. Unger

Bildnachweis

S. 6: Graphik: Jedlaucnik, Herwig; *Wirtschaftsentwicklung der USA und China im Vergleich, Steigerung des Bruttoinlandsprodukts, aktuelle Preise in Mrd. US-Dollar*, Daten: International Monetary Fund, World Economic Outlook Database, Oktober 2019

S. 8: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation; Zapad 2017: Iskander-K Tactical Ballistic Missile System launched a missile during active phase of drills (Leningrad Region), licensed under Creative Commons Attribution 4.0, URL: http://eng.mil.ru/en/structure/forces/strategic_rocket/media/photo/gallery.htm?id=45272@cmsPhotoGallery, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 8: Foto: Ministry of Defence of the Russian Federation; Baltic Fleet's S-400 crews repel missile attack of mock enemy, licensed under Creative Commons Attribution 4.0, URL: https://eng.mil.ru/en/news_page/country/more.htm?id=12214094@egNews, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 17: Foto: Masoud Shabrestani; Burning USA Flag, 4 November 2018, licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Iranian_Protesters_Burning_USA_Flag.jpg, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 17: Foto: USAF; Lend-Lease Program U.S. planes stand ready to be picked up at Abadan Field, Iran, 1942, Public domain, URL: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Abadanairfield.jpg>, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 18: Foto: Unknown; Mohammad Mosaddegh, Public domain, URL: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mossadeghmohammad.jpg>, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 18: Foto: Trikosko, Marion S.; President Jimmy Carter announces new sanctions against Iran in retaliation for taking U.S. hostages, Public domain, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jimmy_Carter_April_1980_cropped.jpg, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 19: Foto: Shahram Sharifi; An IRLAF F-4E takeoffs, 16 September 2009, licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International, 3.0 Unported, 2.5 Generic, 2.0 Generic and 1.0 Generic license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:An_IRLAF_F-4E_takeoffs.jpg, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 19: Foto: Mohammad Sayyad; Portrait of Ruhollah Khomeini By Mohammad Sayyad, 6 May 1981, Public domain, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Portrait_of_Ruhollah_Khomeini_By_Mohammad_Sayyad.jpg, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 20: Foto: Unknown; Jimmy Carter, Valéry Giscard d'Estaing, Helmut Schmidt and James Callaghan auf Guadeloupe, 1979, Public domain, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Carter_guadeloupe.gif, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 21: Foto: Unknown; Iranian students comes up U.S. embassy in Tehran, 4 November 1979, Public domain, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Iran_hostage_crisis_-_Iranian_students_comes_up_U.S._embassy_in_Tehran.jpg, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 21: Foto: سیاسی های پژوهش و مطالعات موسسه; US burned helicopter in Operation Eagle Claw, 29 November 2012, Public domain, URL: <https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Usburnedhelicopter.jpg>, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 24: Screenshot; Donald Trump, Tweet vom 22.07.2018, 20:24

S. 24: Screenshot; Donald Trump, Tweet vom 23.07.2018, 12:04

S. 35: Foto: NATO; Family photo with Her Majesty the Queen, the Prince of Wales, NATO Secretary General Jens Stoltenberg and NATO Heads of state and/or Government, released under the legally recognized terms of "Fair Use", URL: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pictures/2019_12_191203e-leaders-reception-queen/20191203_191203e-001.jpg, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 36: Foto: NATO; NATO Secretary General Jens Stoltenberg being briefed on the Alliance Ground Surveillance aircraft, released under the legally recognized terms of "Fair Use", URL: https://www.nato.int/nato_static_fl2014/assets/pictures/images_mfu/2020/1/17a-trip-sg-italy/200117a-001-1.jpg, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 37: Foto: NATO; NATO Secretary General Jens Stoltenberg and Linda Reynolds, Defence Minister of Australia signing a partnership agreement between NATO and Australia aboard the HMAS Hobart, released under the legally recognized terms of "Fair Use", URL: https://www.nato.int/cps/en/natohq/photos_168308.htm, zuletzt eingesehen am 27.01.2020

S. 49: Foto: Studio Incendo, Hong Kong IMG 3389, licensed under the Creative Commons Attribution 2.0 Generic license. URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hong_Kong_IMG_3389_\(48972901592\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hong_Kong_IMG_3389_(48972901592).jpg), zuletzt eingesehen am 09.01.2020

S. 54: Foto: Tyg728, 正在建造中的中国海军航空母舰 (Type 002 aircraft carrier of People's Liberation Army Navy), licensed under the Creative Commons Attribution-Share Alike 4.0 International license. URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Type_002_aircraft_carrier_of_People%27s_Liberation_Army_Navy.jpg, zuletzt eingesehen am 09.01.2020

S. 55: Foto: MC3 Josiah J. Kunkle/U.S. Navy, Sailors push an MQ-8B Fire Scout on the flight deck of USS Gabrielle Giffords, public domain. URL: [https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sailors_push_an_MQ-8B_Fire_Scout_on_the_flight_deck_of_USS_Gabrielle_Giffords_\(LCS_10\)._\(48793085853\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Sailors_push_an_MQ-8B_Fire_Scout_on_the_flight_deck_of_USS_Gabrielle_Giffords_(LCS_10)._(48793085853).jpg), zuletzt eingesehen am 09.01.2020

S. 65: Foto: Hossein Velayati (Fars News Agency), Abu Mahdi al-Muhandis at the funeral of Qâsem Soleymâni's father, licensed under the Creative Commons Attribution 4.0 International license, URL: https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Abu_Mahdi_al-Muhandes_%26_Qasem_Soleimani01.jpg, , zuletzt eingesehen am 27.01.2020

Kartenmaterial

erstellt vom Institut für Militärisches Geowesen (IMG)

Umstrittene Seegrenzen im östlichen Mittelmeer	Seite 12
Syrien	Seite 13
Persischer Golf.....	Seite 14
Vereinigte Staaten von Amerika.....	Seite 16
Europa.....	Seite 26
Arktis.....	Seite 29
North Atlantic Treaty Organization (NATO)	Seite 32
Russisch-ukrainische Konflikträume und zentrale Erdgaspipelines von Ost- nach Westeuropa.....	Seite 40
Indo-Pazifischer Raum.....	Seite 46
Guandong - Hong Kong – Macau Greater Bay Area.....	Seite 50
Regionale Verteilung von Schiiten und Sunniten am Persischen Golf	Seite 58
Afrika.....	Seite 68
Lateinamerika.....	Seite 74

Autoren

Dr. Rastislav BÁCHORA, eMA

Status quo der ukrainisch-russischen Beziehungen

Mag. Barbara FARKAS

Der indopazifische Raum

Chinas strategische Wirtschaft - Hongkong & die Greater Bay Area

Dr. Gerald HAINZL
Maximilian MAREK, BSc
Carmelo RODRIGUEZ, BA

Gewalteskalationen im Sahelraum

Dr. Gunther HAUSER

Europa und die EU

Dr. Herwig JEDLAUCNIK, MBA

Ungleiche Bipolarität als fragile Globalordnung

Dr. Johannes MAERK

Lateinamerika

Dr. Otto NADERER

Die NATO und die transatlantischen Beziehungen

Dr. Walter POSCH

Iran: Legitimationskrise der Revolutionsgarde

Dr. Felix SCHNEIDER

Der Konflikt zwischen den USA und dem Iran – eine Retrospektive

Mag. Walter J. UNGER

Aktuelle Cyberlage

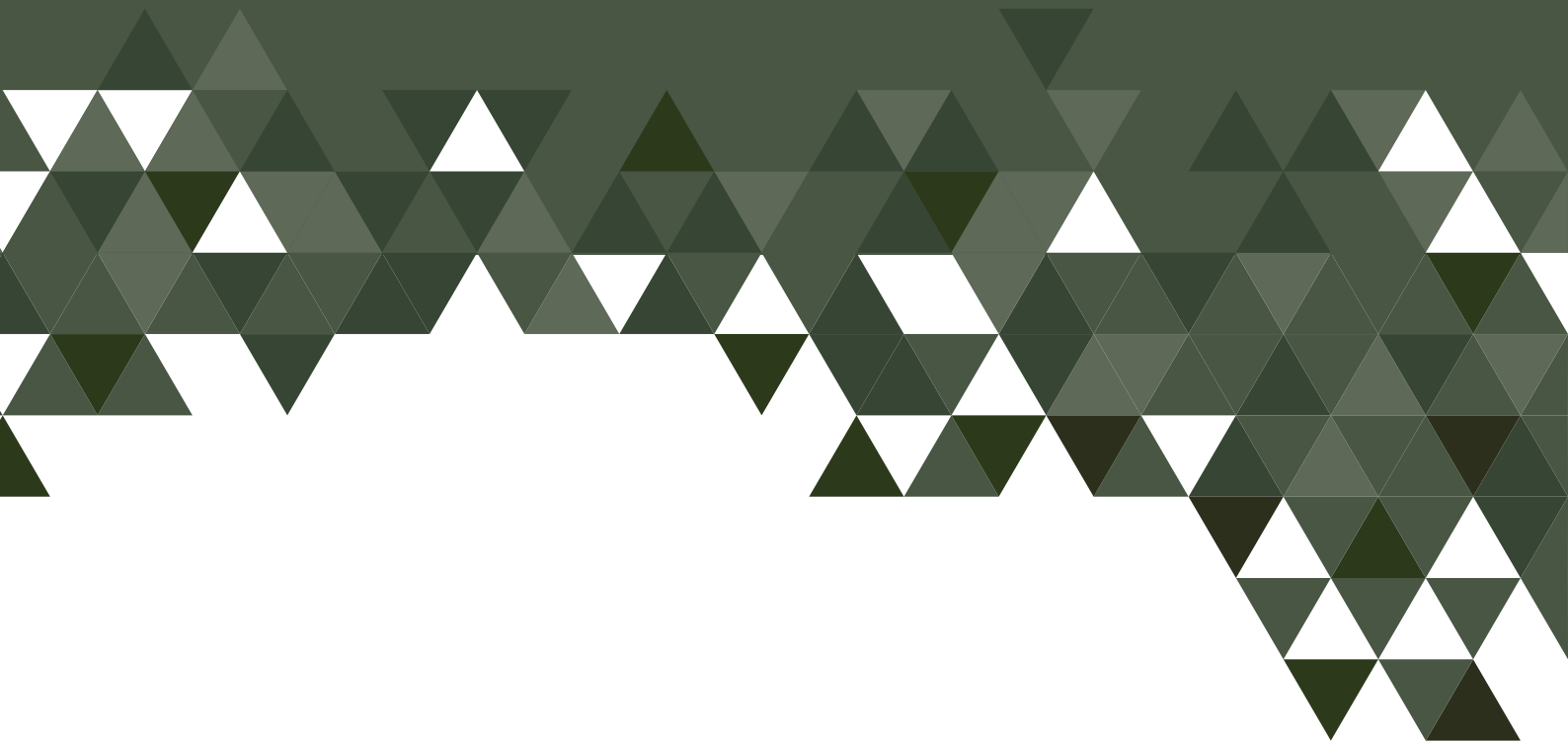
Institut für Strategie & Sicherheitspolitik (ISS)

Das Institut für Strategie und Sicherheitspolitik wurde 1967/68 als Institut für militärische Grundlagenforschung geschaffen und ist damit das älteste Forschungsinstitut der Landesverteidigungsakademie in Wien. Zum ursprünglichen Auftrag, das moderne Kriegsbild und dessen weitere Entwicklung zu erforschen, militärische Strategien zu vergleichen und den Einfluss der modernen Kriegführung auf die österreichische Landesverteidigung zu untersuchen, kamen inzwischen weitere Bereiche. In die Bereiche Strategie, internationale Sicherheit sowie Militär- und Zeitgeschichte gegliedert, widmen sich die Forscher des Instituts in enger Kooperation mit zivilen und militärischen wissenschaftlichen Institutionen im In- und Ausland der Erforschung aktueller strategischer, sicherheitspolitischer und zeithistorischer Fragen. Die Ergebnisse werden in Form von Publikationen sowie in der Lehre im Ressort und darüber hinaus vermittelt.

Erhalten Sie bereits die regelmäßigen Informationen über unsere neuesten Publikationen sowie Einladungen zu unseren Vorträgen und Veranstaltungen? Wenn Sie noch nicht auf unserer Verteilerliste stehen, bitten wir um eine kurze Nachricht an lvak.iss@bmlv.gv.at bzw. um Ihren Anruf unter +43 (0) 50201 10-28301, um Sie in unseren Verteiler aufzunehmen.

ISS: Forschung – Lehre – Meinungsbildung

www.bundesheer.at/iss



**LANDESVERTEIDIGUNGSAKADEMIE
INSTITUT FÜR STRATEGIE UND SICHERHEITSPOLITIK**

ISBN: 978-3-903121-81-2